

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

217

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

2. Jahrgang 1960 · Preis 2,- DM

1

Aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Revolution in China

*Eine Auswahl von Dokumenten und Materialien
aus den Jahren 1925-1933*

Herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Lehrstuhl
Geschichte der KPdSU und der Internationalen Arbeiterbewegung
191 Seiten · Ganzleinen 14,50 DM

Erstmalig werden in diesem Werk Presseberichte, Flugblätter und andere Materialien veröffentlicht, die den Kampf der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1925-1933 unter der Losung „Hände weg von China und von der Sowjetunion“ dokumentarisch belegen, Reden führender Genossen der KPD und Berichte über die vielen Kundgebungen zur Verteidigung der Revolution in China sind Zeugnis dafür, daß die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk im Feuer des gemeinsamen Kampfes gegen den Weltimperialismus und den Krieg geschmiedet wurde; diese Freundschaft wird heute beim gemeinsamen Aufbau des Sozialismus noch vertieft. Der Sammelband läßt mit seinen vielen Fotos und Fotomontagen vor dem Auge des Lesers ein Stück lebendiger Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorbeiziehen.

Horst Sindermann · Chinas großer Sprung

Internationale Reihe · 39 Seiten · Broschiert —,40 DM

Aus eigenem Erleben berichtet der Autor, wie China seine ökonomische Hauptaufgabe, England in der Produktion von Stahl und anderen industriellen Haupterzeugnissen zu überflügeln, löst und wie im Kampf um die Lösung dieser Aufgabe eine neue gesellschaftliche Organisation, die Volkskommune, geboren wurde.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung sowie durch „Interbuch“, Versandbuchhandlung, Leipzig C1, Postfach 259, und durch den „Buchdienst“, Versandbuchhandlung, Berlin O 17, Rungestraße 20.



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon: 20 05 81 / App. 4119

I N H A L T

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Die Aufgaben der Parteihistoriker bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes | 3 |
| Resolution der V. Internationalen Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte bei den Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien, Bukarest, August–September 1959 | 23 |
| N. I. Schatagin: Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den modernen Revisionismus | 27 |
| Kurt Wrobel: Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse 1945/46 | 51 |
| Ernesto Ragionieri: Der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die Herausbildung der Sozialistischen Partei in Italien | 66 |
| Erinnerungen | |
| Stefan Heymann: Während des Kapp-Putsches in Mannheim | 92 |
| Dokumente und Materialien | |
| Bruno Kaiser: Eine unbekannte Jugendarbeit von Friedrich Engels | 97 |
| August Bebel – Todfeind des Kapitalismus, Vorkämpfer einer marxistischen Arbeiterpolitik | 122 |
| Heinrich Gemkow: Briefe August Bebels aus den Jahren 1886/1887 | 135 |
| Klaus Mammach: Zu einem Protestschreiben Ernst Thälmanns | 153 |
| Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen | |
| Paul Schwenk: Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial | 158 |
| Rudolf Lindau: Ein Nachwort zum Beitrag von Paul Schwenk | 164 |
| Mitteilung des Sekretariats des Zentralrats der FDJ | 168 |
| Eine Bitte | 168 |

Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Zur Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Magdeburg (<i>Kurt Meissner</i>)..... | 169 |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

Berichte und Bemerkungen

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Bericht über die V. Internationale Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus und für Parteigeschichte in Bukarest (<i>Fritz Knittel</i>) | 173 |
| Eine wissenschaftliche Konferenz über die Bedeutung der Geschichte der DDR (<i>Günter Benser</i>) | 181 |
| Eine wissenschaftliche Tagung zum 10. Jahrestag der DDR in Prag (<i>Jiří Kořalka</i>) | 194 |
| Die Ausstellung „10 Jahre DDR“ im Museum für deutsche Geschichte (<i>Rolf Kiau</i>) | 196 |
| Die Kommission für historische Studien der Kommunistischen Partei Chiles (<i>Hernán Ramírez Necochea</i>) | 202 |

Kritik und Bibliographie

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale (<i>Gerhard Seifert</i>) | 204 |
| Fritz Köhler: Drei gerechte Forderungen (<i>Gerhilde Weber</i>) | 208 |
| Celina Bobińska: Marx und Engels über polnische Probleme (<i>Felix-Heinrich Gentzen</i>) | 213 |
| Neue tschechoslowakische Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (<i>Otto Falta</i>)..... | 220 |
| Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs I (1959) | |

Die Aufgaben der Parteihistoriker bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes¹

Mit der Verabschiedung des „Gesetzes über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965“ durch die Volkskammer hat ein neuer bedeutsamer Abschnitt im Leben aller Menschen unserer Republik begonnen. Da dieses große Planwerk nur im gemeinsamen Schaffen der gesamten Bevölkerung realisiert werden kann, erwachsen daraus auch den Historikern aller Spezialdisziplinen große Verpflichtungen und verantwortungsvolle Aufgaben.

Mit dem Siebenjahrplan verwirklichen wir in wenigen Jahren im Heimatland des Marxismus das Kampfziel von Generationen deutscher Arbeiter, den Sozialismus. Das hat grundlegende Bedeutung für die weitere Entwicklung des ganzen deutschen Volkes. Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe im Jahre 1961 und der Gesamtaufgaben des Siebenjahrplanes wird die allseitige Überlegenheit der sozialistischen Ordnung in unserer Republik über die imperialistischen Verhältnisse in Westdeutschland augenscheinlich machen und zu tiefgehenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses in Deutschland zugunsten der friedliebenden und demokratischen Kräfte führen. Jede Arbeitstat, die unsere Republik und den Sozialismus stärkt, trägt zur weiteren Isolierung der westdeutschen Kriegspolitiker bei, fördert den Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen in Westdeutschland für die Durchsetzung friedlicher, demokratischer Verhältnisse im Bonner Staat und erleichtert die Annäherung der beiden deutschen Staaten. Während die imperialistische deutsche Großbourgeoisie zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Leben und Zukunft der deutschen Nation aufs Spiel setzt, kämpfen die von der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei geführten Werktätigen unserer Republik, indem sie die Planziele erfüllen, gleichzeitig für die Verwandlung ganz Deutschlands in ein Land des Friedens.

Der Siebenjahrplan stimmt mit dem weltweiten Kampf der Völker für Frieden und Sozialismus und den internationalen Entwicklungstendenzen völlig überein. Er ist unser Beitrag für den weiteren Aufstieg des sozialistischen Weltsystems und für den Sieg des Sozialismus in dem sich entwickelnden friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

In den Jahren des Siebenjahrplanes werden im nationalen wie im internationalen Maßstab Entscheidungen fallen, die von geschichtlicher

¹ Das Redaktionskollegium stimmt mit den von Ernst Diehl, Leiter des Lehrstuhls „Geschichte der Arbeiterbewegung“ am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, entwickelten Gedanken völlig überein.

Tragweite für unser Volk und alle Völker der Welt sind. Die jahrtausendealte Menschheitshoffnung vom dauerhaften Frieden wird durch die Bautaten der Menschen im sozialistischen Weltlager und durch den Kampf aller friedliebenden Kräfte auf dem Erdball aus einem Traum zur realen Wirklichkeit. In einem Teil Deutschlands führen wir bereits heute die edelste Sache der Menschheit zum Siege, lassen für immer die alte, überlebte kapitalistische Ordnung mit allen ihren Gebrechen hinter uns und zeigen unserem Volk den Weg zu seiner nationalen Wiedergeburt als friedliebender, demokratischer Staat.

Diese vor uns stehenden geschichtlichen Entscheidungen weisen auch den Historikern in der DDR einen festen Kampfplatz und klar umrissene Aufgaben zu. Da im Sozialismus die Volksmassen erstmals in der Geschichte in die Lage versetzt sind, zu Herren ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse zu werden und diese planmäßig zu entwickeln, erhalten durch den Siebenjahrplan auch alle Gesellschaftswissenschaften wachsende Bedeutung. Nie lag auf den deutschen marxistischen und auf allen dem Frieden und der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichteten Historikern eine so große Verantwortung wie heute.

Die Historiker, die Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bearbeiten, müssen in all ihren Arbeiten zeigen, daß die Politik der marxistisch-leninistischen Partei, wie sie in den Beschlüssen des V. Parteitages und im Siebenjahrplan festgelegt ist, von den Lehren der deutschen Geschichte ausgeht und den viele Jahrzehnte währenden opferreichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei um die Lösung der nationalen Grundfragen unseres Volkes gegen den Militarismus und Imperialismus fortsetzt und krönt.

Die Erfahrungen der letzten sechs Jahrzehnte der deutschen Geschichte zeigen, daß die menscheitsfeindliche Politik des deutschen Imperialismus unvereinbar ist mit den Lebensinteressen unseres Volkes. Der Entwicklungsweg unserer Republik und die wahrhaft begeisterten Ziele des Siebenjahrplanes beweisen, daß Deutschland nur dann eine glückliche Zukunft und eine geachtete internationale Stellung haben kann, wenn unser Volk in ganz Deutschland den Einfluß der militaristischen und imperialistischen Kräfte beseitigt und einen friedlichen, demokratischen Entwicklungsweg einschlägt. Die revolutionäre Arbeiterpartei hat sich als die einzige Kraft erwiesen, die fähig ist, alle friedliebenden und patriotischen Kräfte zu sammeln und Deutschland zu Glück und Wohlstand, Frieden und Völkerfreundschaft zu führen.

Die richtige wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung erfordert die ständige offensive Auseinandersetzung mit der imperialistischen Geschichtsideologie. Die systematische und zielgerichtete Bekämpfung der feindlichen Auffassungen richtet sich gegen die ideologische Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung durch die „psychologische Kriegführung“ der Bonner Atomstrategen und soll ihr helfen, sich ein reales Bild von den in Deutschland und der Welt wirkenden Gesetzmäßigkeiten zu machen und sich gegen die ihr von Bonn drohende Gefahr zusammenzuschließen.

Die Historiker, die über Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung arbeiten, können dazu beitragen, daß sich die Hauptkraft des nationalen Kampfes in Westdeutschland, die Arbeiterklasse, zum vereinten Kampf gegen den revanchelüsternden Militarismus zusammenschließt. Sie können das, indem sie systematischer als bisher die Lehren und Erfahrungen des mehr als hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse nach Westdeutschland tragen helfen. Das kommt einerseits dem Bestreben vieler sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter entgegen, in ihren Organisationen eine echte, auf die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gestützte Arbeiterpolitik gegen das herrschende Großkapital zu entwickeln. Andererseits durchkreuzt das den Anschlag, den die bürgerlichen Führer in der SPD — und auch im DGB — mit der Durchsetzung des sogenannten Grundsatzprogramms der SPD auf dem Godesberger Parteitag gegen die Arbeiterklasse Westdeutschlands führten. Der ebenso reaktionären wie wirklichkeitsfremden Zielsetzung des Programms entspricht der in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse beispiellose Angriff auf alle bei Mitgliedern der SPD und der westdeutschen Gewerkschaften in irgendeiner Form noch vorhandenen revolutionären Traditionen und Klassenkampf Erfahrungen. Um so mehr muß das uns veranlassen, das Wissen um Marx und Engels, die Kenntnis von der revolutionären Tätigkeit Bebels, Wilhelm und Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in Westdeutschland und vor allem in der westdeutschen Arbeiterjugend zu verbreiten und besonders die Arbeiter Westdeutschlands mit den Erfahrungen der größten Revolution der deutschen Geschichte, die nach 1945 zur Entmachtung des Imperialismus und Militarismus in Ostdeutschland durch die Kraft der geeinten Arbeiterklasse führte, gründlich vertraut zu machen.

Die Entwicklung der ideologischen Offensive der Geschichtswissenschaft der DDR gegen die imperialistische Historiographie hat aber auch für den Sieg des Sozialismus in der DDR unmittelbare Bedeutung.

In der jetzigen Etappe des sozialistischen Aufbaus gewinnt die Erziehung des neuen sozialistischen Menschen und die Entwicklung des sozialistischen Lebens immer größere Bedeutung. Sozialistisches Denken und Handeln entwickeln heißt aber, den Werktätigen zu helfen, mit allen alten, aus der Ausbeutergesellschaft überkommenen Vorstellungen zu brechen, sich der weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse als des Schöpfers der neuen Gesellschaft bewußt zu sein, den Sieg des Sozialismus als eine objektive Gesetzmäßigkeit und nationale Notwendigkeit zu begreifen und dementsprechend sein eigenes Tun und Lassen einzurichten. Sieg des Sozialismus bedeutet, Millionen Menschen, vor allem aus den Mittelschichten, umzuerziehen, Menschen, denen durch Schule und Umwelt lange Zeit bürgerliche, ja, imperialistisch-reaktionäre Entstellungen der deutschen Geschichte vermittelt wurden und die häufig noch sehr unzureichende und auch völlig falsche Vorstellungen über den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung besitzen. Vor allem vermittelt die Kenntnis der Parteigeschichte

den Mitgliedern der Partei der Arbeiterklasse und allen mit der Partei verbundenen Arbeitern und Werktätigen die Gewißheit vom endgültigen Sieg des Sozialismus und des Marxismus-Leninismus und hilft ihnen, die Politik der Partei, insbesondere ihre Strategie und Taktik, zu verstehen und im täglichen Kampf zu verwirklichen. Indem die marxistischen Historiker die geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes und die großen Traditionen des Kampfes aller Ausgebeuteten und Unterdrückten für eine menschenwürdige Ordnung, des Kampfes der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiter und Werktätigen für den Sozialismus darlegen, tragen sie zum Sieg des Sozialismus in unserer Republik bei.

Die Vielfalt und Kompliziertheit aller genannten Aufgaben und die besondere Schärfe, die die ideologische Auseinandersetzung unter den Bedingungen des Kampfes zwischen der sozialistischen und der imperialistischen Ordnung in *einem* Land gewinnt, erfordern sowohl ein besonders hohes Maß marxistisch-leninistischer Prinzipienfestigkeit und die entschiedene Zerschlagung aller bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen als auch die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie und die Überwindung jeder hemmenden dogmatischen Auffassung.

In den letzten Jahren ist, vor allem im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD und dem 10. Jahrestag der Gründung unserer Republik, eine umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geleistet worden. Insgesamt gesehen wurden Forschung und Lehre stärker auf bestimmte wissenschaftliche Schwerpunkte von großer ideologischer Bedeutung konzentriert.

Die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte wurden in erster Linie erreicht dank der ständigen Anleitung, die das ZK der Partei und sein Erster Sekretär, Walter Ulbricht, der Geschichtswissenschaft der DDR erwiesen, sowie dank der Klärung von Grundfragen der Geschichte Deutschlands und der Parteigeschichte in solchen Dokumenten wie vor allem den Thesen des ZK „Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland“ und der Rede Walter Ulbrichts zu ihrer Begründung, den Thesen des Politbüros zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR und der Arbeit des Genossen Walter Ulbricht „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“. Angesichts dieser ständigen Hilfe der Parteiführung für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft und in Anbetracht der anderen günstigen Bedingungen für die geschichtswissenschaftliche Arbeit in unserem Staat muß man jedoch feststellen, daß weder der Umfang noch das wissenschaftliche Niveau der Arbeit den durch die Entwicklung des politischen Kampfes rasch wachsenden Anforderungen gerecht werden. Stellt man die Lage in der Geschichtswissenschaft der geradezu stürmischen Entwicklung in vielen Zweigen der sozialistischen Wirtschaft gegenüber, so muß man feststellen, daß die zweifellos auch in unserer wissenschaftlichen Arbeit erzielten Fortschritte nicht ausreichen und die Geschichtswissenschaft hinter den von der Parteifüh-

rung gestellten Aufgaben zurückgeblieben ist. Diese Einschätzung trifft auch völlig für die Lage auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu.

Eine Hauptursache für diesen Tempoverlust liegt darin, daß lange Zeit unter den Historikern der DDR Unklarheiten über den Zusammenhang ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit dem Kampf für die Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes vorhanden waren, Unklarheiten, die auch heute noch wirken. Sie kommen u. a. darin zum Ausdruck, daß man bei der Festlegung wissenschaftlicher Themen und bei ihrer Bearbeitung nicht immer vom Leben, von den politischen Aufgaben ausgeht, die der Kampf gegen den deutschen Militarismus und für den Sieg des Sozialismus in der DDR objektiv auf die Tagesordnung setzt und die in den Parteibeschlüssen niedergelegt sind, sondern eine geschichtswissenschaftliche Aufgabenstellung „an sich“, losgelöst von den politischen Erfordernissen verfolgt.

Diese subjektivistische Arbeitsweise steht im Widerspruch zum Geist und zu den Erfahrungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, die beweisen, daß echte, fruchtbare geschichtswissenschaftliche Arbeiten nicht abseits vom Leben und den großen Entscheidungen des Klassenkampfes entstehen, sondern aus dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen für den gesellschaftlichen Fortschritt herauswachsen und ihm dienen. Diese Einstellung führt auch dazu, daß in den meisten geschichtswissenschaftlichen Institutionen die Beschlüsse und Dokumente der Partei der Arbeiterklasse nicht als Beiträge zur marxistisch-leninistischen Wissenschaft und als Ausdruck der kollektiven Weisheit der Partei betrachtet werden. Ihr systematisches Studium wird sehr vernachlässigt. Das mußte unausbleiblich das Niveau vieler historischer Arbeiten und Publikationen beeinträchtigen.

Diese Schwächen wurden u. a. in Referaten und einer Anzahl von Diskussionsbeiträgen auf der zentralen Konferenz zum 10. Jahrestag der DDR sichtbar. Da die in den Thesen des Politbüros zum 10. Jahrestag getroffene wissenschaftliche Verallgemeinerung nur ungenügend ausgewertet wurde, kam es zu einer Reihe oberflächlicher, ja, falscher Einschätzungen und wurde die Entwicklung der DDR häufig losgelöst vom nationalen Grundproblem unseres Volkes behandelt.

Die genannten Mängel offenbarten gleichzeitig, daß an vielen historischen Instituten der DDR längere Zeit keine gründlichen, durchdachten Schlußfolgerungen aus der Beratung gezogen wurden, die die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED im Dezember 1958 durchführte und auf der Walter Ulbricht die Forderung an die Historiker der DDR richtete, „bei allen Arbeiten von der nationalen Grundkonzeption, d. h. von der Notwendigkeit der demokratischen, friedlichen Lösung der deutschen Frage auszugehen, davon, daß der Kern der nationalen Frage in Deutschland die Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus ist“.² Auch für die Lage auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung trifft die von Walter Ulbricht

² Neues Deutschland (B), 28. Dezember 1958.

auf dieser Beratung formulierte Feststellung zu; daß es zwar viele Einzelarbeiten gibt, die aber zusammenhanglos nebeneinander stehen und nicht durch diese Grundkonzeption miteinander verbunden sind. Erst mit beträchtlicher Verspätung, im Herbst 1959, begann man in der großen Mehrzahl der geschichtswissenschaftlichen Institutionen, die eigene Arbeit hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit der nationalen Grundkonzeption und mit den Beschlüssen und Hinweisen der Parteiführung zu überprüfen. Die Versäumnisse bei der Klärung dieses Problems wirkten sich auch sehr hemmend auf die Arbeit an einem geschlossenen Abriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus, für den das Institut für Marxismus-Leninismus die Hauptverantwortung trägt. Ohne ihre positive Rolle zu schmälern, spiegeln auch die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in ihrem ersten Jahrgang die ungenügende Auswertung der genannten Hinweise der Parteiführung wider.

Da von der Klärung aller mit der nationalen Grundkonzeption zusammenhängenden Fragen der erfolgreiche Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Erfüllung des Siebenjahrplanes in hohem Maße abhängt, seien hier einige Überlegungen dargelegt.³

Von der nationalen Grundkonzeption auszugehen heißt, die marxistisch-leninistische Theorie und vor allem den historischen Materialismus auf alle Probleme der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung schöpferisch anzuwenden. Tatsächlich haben die Schwächen, die sich bei der Berücksichtigung der nationalen Grundkonzeption gezeigt haben, ihre Ursache *auch* in den Mängeln unserer Geschichtswissenschaft auf theoretischem Gebiet, in der Scheu oder dem Unverständnis gegenüber der Aufgabe, geschichtliche Erscheinungen und Vorgänge tief und parteilich einzuschätzen, theoretisch gründlich zu durchdenken und die geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten aufzudecken. So wie im Siebenjahrplan ein höheres Niveau der Arbeit auf allen Gebieten notwendig ist, so wird die gründliche Aneignung und Beherrschung des historischen Materialismus zu einer Schlüsselfrage für die weitere erfolgreiche Entwicklung unserer Geschichtswissenschaft.

Nur der Historiker wird mit den erhöhten wissenschaftlichen Anforderungen Schritt halten, der gründliche philosophische Kenntnisse besitzt und den historischen Materialismus auf den geschichtlichen Stoff anzuwenden versteht.

Auch die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sollten der Untersuchung und Diskussion theoretischer Fragen in ihren Spalten erheblich mehr Raum geben und beispielsweise Artikel zu folgenden Problemen veröffentlichen: die deutsche Arbeiterbewegung und die nationale Frage in Deutschland in den verschiedenen Perioden, die Rolle der Volksmassen und vor allem der Arbeiterklasse in der Geschichte, die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, Charakter und Triebkräfte der Revolutionen.

³ Hierzu wurden Ausarbeitungen und Diskussionsbeiträge von Mitarbeitern des Lehrstuhls „Geschichte der Arbeiterbewegung“ am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED herangezogen.

Die Notwendigkeit, von der nationalen Grundkonzeption auszugehen und sie zugrunde zu legen, erfordert den offensiven Kampf gegen die antinationale Geschichtskonzeption der imperialistischen Geschichtsschreibung in Westdeutschland. Bei aller Verschiedenartigkeit der Gesichtspunkte, der Methode und bei aller Unterschiedlichkeit in den Akzenten haben die führenden NATO-Geschichtsideologen in Westdeutschland eine einheitliche Konzeption bei der Behandlung der deutschen Geschichte, vor allem der letzten sechs Jahrzehnte. Sie besteht in dem Versuch, die verbrecherische Politik und Ideologie der herrschenden Ausbeuterklassen, der deutschen Imperialisten und Militaristen, zu rechtfertigen und als den nationalen Traditionen Deutschlands entsprechend auszugeben, während die Rolle der Volksmassen in Deutschland verschwiegen und der zutiefst patriotische Kampf, den die Besten unseres Volkes, vor allem die Arbeiterklasse und ihre Partei, für eine friedliche und demokratische Entwicklung in Deutschland führten, mit Begriffen aus der gleichen antikommunistischen Giftküche „gewertet“ wird, aus der sich schon die namhaftesten Geschichtsfälscher des „Dritten Reiches“ ihre geistige Kost beschafften. Die antinationale Konzeption des NATO-Flügels der westdeutschen Geschichtsschreibung besteht weiter darin, den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus und seine Feindschaft gegen die Sowjetunion als Ausdruck „nationaler Größe“ hinzustellen und lediglich aus taktischen Gründen an bestimmten Maßnahmen der Raub- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus „Kritik“ zu üben, während sie das Eintreten für echte Völkerverständigung und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion in Übereinstimmung mit der Bonner Justiz als Landesverrat deklariert. Die antinationale Konzeption der Vertreter der „psychologischen Kriegführung“ im akademischen Gewande äußert sich schließlich darin, daß die geschichtliche Gesetzmäßigkeit des Niedergangs des deutschen Imperialismus und des Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse zur führenden Klasse der Nation geleugnet und alle imperialistischen Niederlagen auf Zufälligkeiten, Fehler von Einzelpersonen usw. reduziert werden.

Die Historiker der DDR sind es dem Frieden, der Zukunft unserer Nation und der Wissenschaft schuldig, in allen ihren Arbeiten die tiefe Unwissenschaftlichkeit und die gefährlichen politischen Konsequenzen dieser antinationalen Konzeption zu enthüllen. Es geht nicht allein darum, den einen oder anderen westdeutschen imperialistischen Geschichtsfälscher zu entlarven oder die Anzahl von kritischen Auseinandersetzungen mit westdeutschen historischen Publikationen zu vergrößern. Es geht vielmehr um die wissenschaftlich-politische Widerlegung der Konzeption, von der die reaktionäre westdeutsche Geschichtsschreibung bei der Darstellung einer bestimmten Geschichtsperiode bzw. eines bestimmten historischen Ereignisses ausgeht, es geht um die offensive Darlegung der historischen Wahrheit über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis heute.

Von der nationalen Grundkonzeption auszugehen heißt, unter Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie von den nationalen Interessen unseres Volkes auszugehen, von diesem Standpunkt die geschichtlichen Ereignisse und die Politik der verschiedenen Klassen und Parteien in Deutschland einzuschätzen und die geschichtlichen Lehren für unser Volk zu ziehen. Eine wissenschaftliche Arbeit, die die nationale Grundkonzeption berücksichtigt, kann nicht bei der Darstellung von Einzelfakten stehenbleiben und sich auch nicht auf die Behandlung der geschichtlichen Vergangenheit beschränken, sie muß aus der Darlegung der geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten richtige Schlußfolgerungen für die Gegenwart ziehen.

Das zentrale Problem unserer Geschichte seit der Jahrhundertwende besteht darin, den alten Grundwiderspruch in Deutschland zwischen der imperialistischen Politik der herrschenden Klasse und den friedlichen Interessen der Volksmassen zu lösen. Der Verlauf der deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten beweist — und das gilt es in den geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zu zeigen —, daß dieser Widerspruch nur durch die Ausrottung des deutschen Imperialismus und Militarismus und die Schaffung eines friedliebenden und demokratischen deutschen Staates gelöst werden kann.

Beim deutschen Imperialismus sind die Züge des Parasitismus und der Volksfeindlichkeit, die Wesenszüge des Imperialismus überhaupt sind, von Anfang an besonders ausgeprägt: Sein betont aggressiver Charakter — Ergebnis des Widerspruchs zwischen den starken ökonomischen Potenzen, die die deutschen Monopole vor dem ersten und zweiten Weltkrieg besaßen, und den engen Grenzen, die ihrem imperialistischen Expansionsdrang infolge der bereits vollzogenen Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Staaten gezogen waren — machte seine Politik besonders abenteuerlich und gefährlich für unser Volk und den Frieden. Die von den Bonner Machthabern betriebene Politik setzt diese unheilvolle Tradition fort, allerdings unter für die imperialistischen Kriegstreiber ungleich ungünstigeren Umständen als früher. Volksfeindlichkeit und Aggressivität machten den deutschen Imperialismus aber auch besonders verwundbar und führten gesetzmäßig zu seinen vernichtenden Niederlagen bei seinen zweimaligen Versuchen zur Neuaufteilung der Welt.

Die volksfeindliche Katastrophenpolitik macht die Beseitigung der imperialistischen Verhältnisse zu einer Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Der Kampf für den Sturz der Herrschaft des Rüstungskapitals wird zum Maßstab für eine wahrhaft nationale Politik.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus wuchs und erstarkte auch in Deutschland jene Klasse, die von der Geschichte berufen ist, dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen, die Produktivkräfte von den sie hemmenden Ausbeutungsverhältnissen zu befreien und ihre planmäßige, systematische Entwicklung durchzusetzen — die Arbeiterklasse. Als revolutionärste Klasse der menschlichen Gesellschaft führt sie mit dem Kampf für ihre eigene soziale

Befreiung zugleich den Kampf für die Befreiung aller anderen vom deutschen Imperialismus unterdrückten Schichten unseres Volkes, für die Existenz und Zukunft der deutschen Nation. Niemals hat die deutsche Arbeiterklasse für irgendwelche den Interessen der Nation entgegengesetzte Sonderinteressen gekämpft — das haben stets nur die deutsche Bourgeoisie und besonders kraß die Imperialisten getan —, sondern unablässig mit ihrer auf die Überwindung des Alten und die Durchsetzung des Neuen gerichteten Politik am konsequentesten und klarsten die Interessen der Nation vertreten. Diese nationale Grundlinie des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse von ihren Anfängen bis zur Gegenwart wissenschaftlich richtig herauszuarbeiten, erfordert, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung niemals — wie es in Artikeln und Vorträgen noch häufig geschieht — als Sache „für sich“ darzulegen, sondern stets ihren Zusammenhang mit der nationalen und internationalen Entwicklung zu zeigen und ihren Kampf für die Lösung der Grundfragen der nationalen Entwicklung unseres Volkes herauszuarbeiten.

Marx und Engels lehrten in der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung, für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und gleichzeitig für das Selbstbestimmungsrecht der von den deutschen Ausbeuterklassen unterdrückten anderen Völker zu kämpfen. Ihr nationales Programm war darauf gerichtet, für den sozialistischen Befreiungskampf des deutschen Proletariats die besten Kampfbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig spiegelte es am konsequentesten die damaligen Entwicklungsbedürfnisse unserer Nation wider.

Gleich zu Beginn des imperialistischen Zeitalters waren es Karl Liebknecht und die Linken, die mit ihrem Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus, für die gesellschaftliche Umgestaltung Deutschlands als erste zeigten, wie der Widerspruch zwischen den nationalen Lebensinteressen und der Profitjagd der Rüstungskonzerne allein gelöst werden kann. Damit erwarben sich Karl Liebknecht und die Linken ein unsterbliches nationales Verdienst.

Die Verwirklichung der geschichtlichen Befreiungsmission des Proletariats im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution macht erforderlich, daß es von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird. Angesichts der Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für das Schicksal der deutschen Nation sind die Aneignung des Leninismus und der Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durch die besten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, sind Gründung und Aufstieg der KPD Vorgänge von großer Tragweite für die künftigen Geschicke unserer Nation geworden.

Die weltverändernden Ideen Lenins gaben Antwort, wie die Grundwidersprüche der Epoche des Imperialismus zu lösen sind. Sie zeigten auch den einzig möglichen Weg zur Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes. Daher ist die marxistisch-leninistische Partei ihrer Rolle als Führerin der Arbeiterklasse und ihrer nationalen Auf-

gabe in dem Maße immer besser gerecht geworden, wie sie alle inneren Hemmnisse und feindlichen Einflüsse überwand und die Lehren Lenins schöpferisch auf die Kampfbedingungen in Deutschland anwandte.

Den Höhepunkt der nationalen Politik der deutschen Arbeiterklasse und der KPD bis 1945 bildet der heroische Widerstandskampf der Besten unseres Volkes gegen die verbrecherische faschistische Diktatur des deutschen Finanzkapitals. Die von der Partei befolgte nationale Grundlinie wurde auf den geschichtlich bedeutsamen Parteikonferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939) weiter ausgearbeitet. Die KPD zog die Lehren aus der Errichtung der Nazidiktatur in Deutschland und entwickelte die Strategie und Taktik der antifaschistischen Einheits- und Volksfront für die Errichtung einer demokratischen Ordnung in einem Deutschland ohne Monopolkapital und Militarismus.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Imperialismus ist zugleich ein Kampf für die Demokratie, für die Schaffung bzw. Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Im Unterschied zur Entwicklung in anderen kapitalistischen Ländern, vor allem Westeuropas, war der einheitliche deutsche Nationalstaat 1871 unter Führung der Reaktion mit den Mitteln militaristischer Gewaltpolitik und im Kampf gegen alle demokratischen Bestrebungen in Deutschland geschaffen worden. Die herrschende Ausbeuterklasse gab daher der nationalen Entwicklung ein betont antidemokratisches Gepräge. Diese historischen Ursachen verstärkten die erbitterte Feindschaft, die der deutsche Imperialismus seit jeher — veranlaßt durch seine besondere Aggressivität und Volksfeindlichkeit — gegenüber der Demokratie im Innern und nach außen hegte. In Deutschland bestätigt sich mit besonderer Deutlichkeit die Feststellung Lenins, daß „Imperialismus ‚Negation‘ der Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie ist“, daß „dem Monopol... die politische Reaktion“ entspricht.⁴

Die Arbeiterklasse ist dagegen an der möglichst umfassenden Entfaltung der Demokratie interessiert. In ihr sieht sie den einzigen Weg zum Sieg des sozialistischen Befreiungskampfes, denn „ein Proletariat... , das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen“⁵. In den Beschlüssen der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern zog die KPD aus dieser Leninschen Feststellung alle Schlußfolgerungen und bezeichnete es als Ziel des nationalen Kampfes, „eine antinazistische, antimilitaristische, demokratische und friedliche Staatsmacht zu entwickeln, die die Demokratie nach innen wie nach außen gewährleistet...“⁶ Diese Beschlüsse fanden im Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 ihre Fortsetzung, das sich — wie die Erfahrungen der letzten fünfzehn Jahre bestätigen — als einziges den Interessen unserer Nation entsprechendes Programm erwies. Mit der Aufstellung antiimperialistischer Kampfziele, deren Verwirklichung keineswegs schon Sozialismus bedeutet,

⁴ W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 34.

⁵ Ebenda, S. 14.

⁶ Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1178.

sondern der Sicherung der Demokratie dient und dem gesellschaftlichen Fortschritt das Tor öffnet, wurden gleichzeitig bedeutende Möglichkeiten geschaffen, große Teile der Bevölkerung, vor allem der Mittelschichten, vom imperialistischen Einfluß zu lösen, in die gemeinsame Kampffront einzubeziehen und zu Verbündeten der Arbeiterklasse zu machen. So führte die reaktionär-volksfeindliche Politik der imperialistischen Kräfte gesetzmäßig dazu, daß sich in Deutschland eine breite antiimperialistische Bewegung unter Führung der Arbeiterklasse entwickeln konnte und Millionen Werktätige in der DDR als Verbündete der Arbeiterklasse erstmals für ihr eigenes Glück und die friedliche Zukunft ganz Deutschlands arbeiten und kämpfen.

Die Anwendung der nationalen Grundkonzeption verlangt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der reformistischen Politik und Ideologie des „dritten Weges“ und ihren Resultaten. Während die marxistisch-leninistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung stets eine den nationalen Interessen entsprechende Politik betrieben und deswegen für die einheitliche Aktion des ganzen deutschen Proletariats gegen die großkapitalistischen Machthaber kämpften, wurde der Reformismus zu einer festen Stütze des antinationalen Imperialismus und Militarismus, zum Feind aller nationalen und sozialen Massenaktionen, eine verderbliche Tradition, die er mit der dem Godesberger Programm zugrundeliegenden Politik fortzusetzen sich bemüht. Die Unterordnung unter das antinationale Finanzkapital, die Spaltung der Arbeiterbewegung unter dem Banner des Antikommunismus haben nur die Lösung unserer nationalen Lebensfrage erschwert und auch den sozialdemokratischen Arbeitern schwer geschadet. Die geschichtlichen Erfahrungen und der allen Arbeitern und Werktätigen gemeinsame Wunsch nach einer friedlichen und demokratischen Zukunft Deutschlands setzen das gemeinsame Handeln aller deutschen Arbeiterparteien und -organisationen für Entspannung, Abrüstung und die Annäherung der beiden deutschen Staaten auf die Tagesordnung.

Die Konzeption der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut ist auch deswegen wahrhaft national, weil sie die Entwicklung in Deutschland in Übereinstimmung bringt mit den im internationalen Rahmen im 20. Jahrhundert wirkenden Gesetzmäßigkeiten. Der Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes geht in der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vor sich, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann. Er ist ein Teil des großen Kampfes, den die internationale Arbeiterklasse für Frieden und Demokratie gegen die imperialistischen Kräfte führt. Die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus traten dagegen vor allem im Verlauf des ersten und zweiten Weltkrieges als Feinde der Völker auf und brachten mit ihren Überfällen auf das erste Land des Sozialismus Erniedrigung und Schande über unser Volk. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse für eine demokratische Außenpolitik Deutschlands, für die nationale Freiheit aller vom deutschen Imperialismus bedrohten oder

unterdrückten Völker, für die freundschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit der Sowjetunion, mit der internationalen Arbeiterklasse und der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung entspricht den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und sichert unserem Volk treue Verbündete in seinem Kampf für Frieden und Demokratie. Während der deutsche Imperialismus Deutschland isoliert und das internationale Ansehen unseres Volkes aufs Spiel setzt, zeigt die internationale Stellung der DDR, daß ein friedliches, demokratisches Deutschland sich internationales Ansehen und große Autorität im Kreise der Völker zu schaffen vermag.

Der wichtigste Beitrag, den das große Kollektiv der Historiker unserer Republik, die sich mit Problemen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung befassen, zur Erfüllung des Siebenjahrplanes leisten muß, besteht in der beschleunigten Ausarbeitung des Abrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der ersten geschlossenen marxistisch-leninistischen Darstellung aller Abschnitte des heroischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei gegen Kapitalismus und Imperialismus, für die glückliche Zukunft Deutschlands. Im Zusammenhang damit sollen einige weitere Aufgaben zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den nächsten Jahren skizziert werden, Aufgaben, deren Lösung kollektive Anstrengungen und planmäßige, konzentrierte Arbeit erfordert.

Eine große nationale Verpflichtung unserer Geschichtswissenschaft ist die Erforschung des Lebenswerkes von Marx und Engels, vor allem ihrer Rolle als Führer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Das Institut für Marxismus-Leninismus hat mit der Herausgabe der Werke Marx' und Engels' begonnen und wird sie im Laufe des Siebenjahrplanes abschließen; darüber hinaus sind in der DDR zahlreiche Dokumente und Materialien veröffentlicht worden, die den Kampf der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus beleuchten. Doch gibt es in unserer Republik kaum wissenschaftliche Arbeiten zur Biographie dieser großen Deutschen. Von besonderer aktueller Bedeutung für das Verständnis der Politik unserer Partei wären Untersuchungen über die Hilfe, die Marx und Engels der Arbeiterbewegung der verschiedensten Länder bei der Herausbildung einer richtigen marxistischen Politik und Taktik erwiesen. Ebenso aktuell wären gründlichere Darstellungen ihres Kampfes für den internationalen Zusammenschluß des Proletariats. Angesichts der ununterbrochenen Versuche bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Geschichtsschreiber, Leben und Wirken von Marx und Engels zu verfälschen und den Einfluß ihrer Ideen auf die Arbeiterbewegung zu leugnen, müssen wir den untrennbaren Zusammenhang des Aufstiegs der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert mit der Verbreitung der marxistischen Lehren beweisen. Der wissenschaftliche Nachweis, daß alle Erfolge der revolutionären deutschen Sozialdemokratie sich aus der Durchsetzung des Marxismus in der Partei erklären, trägt dazu bei, innerhalb der Arbeiterklasse Westdeutschlands die große Bedeutung zu

klären, die der marxistischen Theorie für den Kampf gegen das klerikal-militaristische Bonner Regime zukommt.

Dem Kampf der deutschen Linken gegen Imperialismus und Militarismus am Vorabend und während des ersten Weltkrieges sind in den letzten Jahren eine größere Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten gewidmet worden. Doch fehlt außer vielen Einzeluntersuchungen (z. B. zur Haltung der Linken in der Massenstreikdebatte und in den Wahlrechtskämpfen der deutschen Sozialdemokratie, zum Kampf der Linken gegen die Rüstungs- und Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus und seine ideologische Kriegsvorbereitung, zur Rolle der Linken bei der Entwicklung neuer, den Kampfbedingungen der Epoche des Imperialismus angemessener Kampf- und Organisationsformen des Proletariats usw.) vor allem eine größere geschlossene Darstellung des Kampfes der Linken gegen Imperialismus und Opportunismus vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Eine derartige Arbeit sollte nicht nur die geschichtliche Bedeutung des antimilitaristischen, antiimperialistischen Kampfes der deutschen Linken sichtbar machen, sie müßte zeigen, wie die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse schon am Beginn unseres Jahrhunderts dem deutschen Volk den Weg zur Überwindung der imperialistischen Herrschaft und zu wahrer nationaler Größe wiesen. Für die Erziehung der Werktätigen und vor allem der Jugend ist die baldige Herausgabe einer Biographie Karl Liebknechts, den Walter Ulbricht als den „wahren nationalen Helden des deutschen Volkes“⁷ bezeichnete, anzustreben.

Die positiven Ergebnisse, die in den letzten Jahren bei der Untersuchung der von der KPD geführten Massenaktionen in der Zeit der Weimarer Republik erreicht wurden, müssen durch die tiefere Erforschung solcher Massenbewegungen wie des Kampfes gegen den Kapp-Putsch, der März-Aktion 1921, der Protestbewegung gegen den Rathenau-Mord und vor allem der Antifaschistischen Aktion ergänzt und weitergeführt werden. Es ist an der Zeit, daß Kollektive zur Zusammenfassung bereits vorliegender Einzelergebnisse übergehen und größere geschlossene Darstellungen der Geschichte der Novemberrevolution und des Jahres 1923 entstehen. Die wichtigste Aufgabe für diesen Abschnitt aber bleibt es, alle Schlußfolgerungen aus der 1958 geführten Auseinandersetzung mit der falschen Einschätzung der Novemberrevolution zu ziehen und gründlich zu untersuchen, wie die KPD sich immer tiefer die Leninsche Lehre von der sozialistischen Revolution und die leninistische Strategie und Taktik zu eigen machte und es deswegen immer besser verstand, große Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den Kampf gegen die imperialistische Reaktion zu führen.

Noch größeres Gewicht erhält angesichts der Bonner Atomaufrüstung die wissenschaftliche Untersuchung der geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse in den verschiedenen Perioden der Weimarer Republik und der faschistischen Herrschaft in Deutschland. Die Fortschritte, die die KPD in ihrem Ringen

⁷ Neues Deutschland (B), 10. November 1958.

um die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse vor allem gegen die rasch wachsende faschistische Gefahr in den Jahren 1930 bis 1933 erzielte, sind nicht nur eine wichtige Kampftradition des deutschen Proletariats; sie widerlegen alle Behauptungen rechter SPD-Führer, daß es angeblich niemals Gemeinsamkeiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gegeben hätte, daß die Aktionseinheit nur den Kommunisten nütze usw. Die Darstellung der Einheitsfrontpolitik der KPD vermag zu zeigen, wie die KPD sich bei allen Schritten zur Herstellung der Aktionseinheit von den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse, den Zukunftsinteressen der Nation leiten und sich davon auch durch die ideologischen Gegensätze zwischen Marxismus und Opportunismus nicht abbringen ließ.

Wesentlich größeres Gewicht muß in unserer Forschungsarbeit einer gründlichen Darstellung der Entwicklung der SPD in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gewidmet werden. Die Geschichte der SPD in dieser Zeit demonstriert anschaulich den ungeheuren Schaden, den Theorie und Praxis des „dritten Weges“ und die unter antikommunistischen Losungen vor sich gehende Spaltertätigkeit der rechten SPD-Führer über die ganze deutsche Arbeiterklasse und unser Volk gebracht haben. Gleichzeitig müssen wir viel stärker berücksichtigen, daß sich in der SPD zwei Klassenlinien zeigten, daß die Interessen der rechten Führer mit den Interessen der proletarischen Mitglieder und Anhänger und vieler Funktionäre der SPD, die sich ein gesundes Klassenempfinden bewahrt hatten, in Konflikt gerieten. Deswegen gehört zur Erforschung der Geschichte der SPD auch die Erforschung der Arbeiteropposition in ihren Reihen, ihrer Grundlagen, politischen Losungen, Schwächen usw., und vor allem das gemeinsame Auftreten von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Imperialismus und Faschismus.

Die zahlreichen Einzelarbeiten, die in den letzten Jahren zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Bewegung erschienen sind, machen es jetzt möglich, eine zusammengefaßte Darstellung des von der KPD geführten zwölfjährigen Kampfes der Besten der deutschen Arbeiterklasse und unseres Volkes gegen die Nazi Herrschaft abzufassen. Diese Darstellung könnte erstmals ein umfassendes Bild der heldenhaften Arbeit der deutschen Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration, in der Illegalität, im Zuchthaus und KZ, in den Rüstungsbetrieben und der Hitlerarmee und ihrer Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen die faschistischen Truppen geben und die leitende Tätigkeit des ZK der KPD zur Organisierung des antifaschistischen Kampfes zur Herstellung der Einheits- und der Volksfront aller deutschen Hitlergegner gründlich nachweisen. Es braucht angesichts der Versuche des Bonner Regimes, die leitenden Putschisten des 20. Juli 1944 zur „deutschen Opposition gegen Hitler“ zu machen und sich selbst in eine antifaschistische Toga zu hüllen, nicht bewiesen zu werden, welche ideologisch-wissenschaftliche Bedeutung einer solchen Arbeit zukommt.

Das Schwergewicht unserer Forschungsarbeit aber muß in Zukunft noch stärker auf die Entwicklung Deutschlands und der deutschen

Arbeiterbewegung in den letzten fünfzehn Jahren gelegt werden. Auch in den Spalten der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sind häufiger grundsätzliche Beiträge zu veröffentlichen, die die Erfahrungen der größten Revolution in der deutschen Geschichte darstellen und verallgemeinern. Die letzten wissenschaftlichen Konferenzen haben gezeigt, daß sich zahlreiche Wissenschaftler mit Fragen der ersten Periode der Nachkriegsentwicklung, der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, befassen, daß aber die Probleme des Aufbaus des Sozialismus in der DDR noch sehr ungenügend erforscht werden. In Vorbereitung auf den 15. Jahrestag der Gründung der SED (April 1961) sollte hier eine Umgruppierung der Kräfte vorgenommen werden. In vielfältiger Weise könnte wissenschaftlich nachgewiesen werden, wie die Partei in schöpferischer Anwendung der Leninschen Lehren Arbeiterklasse und Bevölkerung der DDR unter den komplizierten Bedingungen eines gespaltenen Landes und an der Grenze zwischen den beiden Weltlagern auf die Höhen des Sozialismus führt, einer Gesellschaftsordnung, die alle nationalen Probleme unseres Volkes völlig löst. Die wissenschaftliche Verallgemeinerung dieses Entwicklungsweges vermittelt der Arbeiterklasse Westdeutschlands und der westeuropäischen Länder die Erfahrungen der revolutionären Umwälzung in einem ehemals imperialistischen, industriell hochentwickelten Land.

Besonders groß sind bisher die Versäumnisse hinsichtlich der Untersuchung der Entwicklung der Arbeiterbewegung Westdeutschlands nach dem zweiten Weltkrieg. In unserer Geschichtsliteratur und auch in den Spalten der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sind solche wichtigen Probleme bisher kaum behandelt worden wie: die Bewegung in der westdeutschen Arbeiterklasse für die Herstellung der Arbeitereinheit in den ersten Nachkriegsjahren und die Rolle der rechten SPD-Führer bei der Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung, die großen sozialen und nationalen Massenkämpfe in Westdeutschland gegen die Spaltung Deutschlands und die Wiedererrichtung der Macht des Monopolkapitals, gegen die Remilitarisierung und die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, die neuen Unterdrückungsmethoden des Imperialismus gegen die westdeutsche Arbeiterklasse, die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, der Einfluß der unaufhaltsam erstarkenden DDR und der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus auf die Arbeiterbewegung Westdeutschlands, der Kampf der SED und des FDGB für die gesamtdeutsche Arbeitereinheit, vor allem aber die Geschichte des heroischen Kampfes der in die Illegalität gedrängten KPD für die Aktionseinheit gegen den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland.

Jetzt, da die Fragen der ökonomischen Entwicklung sowohl für die Erfüllung des Siebenjahrplanes und den Sieg des Sozialismus in der DDR wie im Ringen um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in ganz Deutschland zugunsten der friedliebenden, demokratischen Kräfte entscheidende Bedeutung gewinnen, erhält das Problem der Verände-

rung des Inhalts der Arbeiterbewegung im Ergebnis der demokratischen Umwälzung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats große Bedeutung.⁸ Bis 1945 — und in Westdeutschland auch heute noch — bildeten die Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse, ihre politische, organisatorische und ideologische Vorbereitung auf die Machteroberung, die allseitige Organisierung ihres Kampfes gegen den Imperialismus und Militarismus und vor allem die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Partei zum Führer der Mehrheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen den Hauptinhalt der Arbeiterbewegung. Mit dem Sturz des Kapitalismus, mit der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel verändert sich der Hauptinhalt der Arbeiterbewegung. Immer mehr tritt die Aufgabe in den Vordergrund, die von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse befreiten Produktivkräfte rasch zu entwickeln und zu vermehren und damit das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus immer besser auszunutzen, das verlangt, auf der Basis der höchstentwickelten Technik die Produktion ununterbrochen zu erweitern und zu vervollkommen, um die ständig wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft möglichst vollständig zu befriedigen und die allseitige Entwicklung aller ihrer Mitglieder zu ermöglichen.⁹

Bekanntlich ist die sozialistische Revolution, deren Ziel die Ersetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum und die Aufhebung jeglicher Ausbeutung ist, nicht mit der Machtergreifung durch das Proletariat abgeschlossen. Die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats bildet vielmehr erst den Anfang grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltungen und der bewußten Entwicklung neuer sozialistischer Produktionsverhältnisse. Die von der Partei geführten Volksmassen, die die Revolution durchführen und denen alle Früchte der Revolution zugute kommen, leisten nach der proletarischen Machtergreifung eine bewußte, schöpferische Arbeit für den Aufbau der neuen Ordnung. Der Sieg der neuen Gesellschaft hängt letzten Endes davon ab, wie die marxistisch-leninistische Partei und der sozialistische Staat es verstehen, die Vorzüge der neuen Produktionsverhältnisse und der sozialistischen Demokratie zur Entwicklung der schöpferischen Initiative der Arbeiterklasse und der Volksmassen, zur Erhöhung der Produktion, zur Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität, als sie der Kapitalismus kennt, und damit zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte zu nutzen.

Die Erfahrungen aller sozialistischen Länder widerlegen die revisionistischen Behauptungen, daß sich der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse spontan, im Selbstlauf vollziehen könne; sie entwickeln sich vielmehr als Ergebnis der bewußten Tätigkeit der Massen und der sich auf die demokratische Aktivität der Massen stützenden

⁸ Für die Behandlung dieses Problems wurde eine Ausarbeitung des Lehrstuhls „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED benutzt.

⁹ Vgl. Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 520.

sozialistischen Staatsmacht, als Ergebnis der Politik der Partei, die sich von der Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze leiten läßt und sich auf die neuen ökonomischen Gesetze stützt. Aus der neuen geschichtlichen Qualität der Volksmassen als bewußte Erbauer der sozialistischen Gesellschaft ergibt sich die Gesetzmäßigkeit der rasch wachsenden Rolle der Partei als des Führers der Massen und Organisators des sozialistischen Aufbaus. Die Erfolge in der Massenarbeit der Partei zur Erfüllung der ökonomischen Aufgaben entscheiden über den Erfolg der gesamten Politik der Partei.

In der großen Mehrzahl der vorliegenden historischen Arbeiten, Vorträge oder Vorlesungen über den Aufbau der neuen Gesellschaft in Ostdeutschland werden Ökonomie und Politik nicht richtig miteinander verbunden, wird die Entwicklung der ökonomischen Politik der Partei und unseres Staates nicht begründet und in den Mittelpunkt gestellt. Die tägliche Arbeit von Millionen Menschen in der Produktion, vor allem der Arbeiterklasse in der Industrie, aber entschied über den Erfolg der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und die Festigung dieser Ordnung entgegen allen imperialistischen Anschlägen. Die wachsende Arbeitsinitiative der Werktätigen und ihre Produktionserfolge waren entscheidende Faktoren, die im Verlauf des ersten Fünfjahrplans den Übergang zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR ermöglichten. Wenn die DDR heute die fünfgrößte Industriemacht Europas ist und keine Deutschland betreffende Frage mehr ohne ihre Mitwirkung entschieden werden kann, wenn wir den sozialistischen Aufbau in der nächsten Etappe abschließen können, dann wurden die Voraussetzungen dafür durch die Arbeitstaten der Arbeiterklasse, durch die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und die Verbreitung der Neuererbewegung geschaffen. In dieser Masseninitiative kommt überzeugend die schöpferische Rolle der Arbeiterklasse und der Volksmassen zum Ausdruck. Diesem Schaffen muß daher in unseren Arbeiten ein zentraler Platz eingeräumt werden.

Die Historiker, die über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung arbeiten, müssen gleichzeitig gründlich und allseitig den Kampf der Partei und der einzelnen Parteiorganisationen um die Verwirklichung der ökonomischen Politik der Partei, um die Mobilisierung der Arbeitsinitiative der Massen und die Überwindung der dabei auftretenden Widerstände und Schwierigkeiten zeigen, ebenso die Mithilfe der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen bei der Planerfüllung. Andererseits muß die Rolle der proletarischen Staatsmacht bei der planmäßigen Leitung der Wirtschaft und bei der Einbeziehung aller Teile der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau Gegenstand von Forschungsarbeiten werden. Nur wenn diese Aufgaben wissenschaftlich richtig gelöst werden, kann man die führende Rolle der Partei und die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution durch die Partei richtig herausarbeiten. Dabei kommt es natürlich darauf an, den unlöslichen Zusammenhang zwischen der Produktionssteigerung und der Entwicklung bzw. Festi-

gung sozialistischer Produktionsverhältnisse, den Zusammenhang von Ökonomie und Politik zu berücksichtigen, die Dialektik der Übergangsperiode im Auge zu behalten und nicht eine Geschichte der „Produktion an sich“ zu schreiben. Es geht um die richtige Anwendung des historischen Materialismus auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der DDR und die Parteigeschichte in den letzten fünfzehn Jahren.

Inwieweit die Geschichtswissenschaft erfolgreich zur Erfüllung des Siebenjahrplanes beiträgt, hängt auch von der Änderung der Arbeitsweise der Historiker der DDR, vom Übergang zur konkreten Planung der wichtigsten Forschungsvorhaben auf lange Sicht und von der umfassenden Anwendung der wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit ab. Auch in der Geschichtswissenschaft muß sich der neue Arbeitsstil durchsetzen, müssen sich die qualifizierte Leitung der Gesamtarbeit mit der Entwicklung der Eigeninitiative jedes Historikers verbinden.

Ausgehend von den Beschlüssen der Partei über die Aufgaben der Geschichtswissenschaft erarbeitete eine Kommission beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen im letzten Quartal des vergangenen Jahres den Entwurf für einen Siebenjahrplan der Geschichtswissenschaft der DDR. Dieser Entwurf wurde inzwischen in mehreren Beratungen in Anwesenheit von Vertretern aller geschichtswissenschaftlichen Institutionen diskutiert. Zwar steht die Bestätigung dieses Planes noch aus, doch wurden seine grundsätzlichen Festlegungen allgemein gebilligt. Erstmals in unserer Republik sind damit alle wichtigen geschichtswissenschaftlichen Aufgaben in einem langfristigen Plan vereint und koordiniert.

Dieses große Programm kann nur verwirklicht werden, wenn alle beteiligten Institutionen ihre eigenen Pläne in diesen Gesamtplan einordnen und die gemeinsamen Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer Forschungsarbeit stellen. In allen Instituten müssen sich die Partei- und die anderen gesellschaftlichen Organisationen für die Verwirklichung des Forschungsplans der Geschichtswissenschaft mitverantwortlich fühlen und regelmäßig beraten, wieweit er erfüllt ist.

In den Arbeitsplänen der Geschichtsinstitute ist genügend Raum für die propagandistische Tätigkeit im Rahmen der Nationalen Front, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und in anderer Form zu lassen. Dabei sollten sich alle marxistischen und fortschrittlichen Historiker ständig bemühen, auch neue Formen des propagandistischen und agitatorischen Wirkens zu finden. Wir denken dabei an vielfältige Möglichkeiten, in der Tagespresse, im Rundfunk oder in Zeitschriften durch knappe Beiträge über Kernfragen des nationalen Kampfes der Arbeiterklasse der Flut imperialistischer Geschichtsfälschungen offensiv zu begegnen.

Die Notwendigkeit, bestimmte Schwerpunktfragen vorrangig zu erforschen, sollten auch die Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung zu einer Änderung ihrer Arbeitsweise veranlassen. Während sich die Kommissionen bisher in erster Linie auf die Vorbereitung bestimmter Gedenktage orientierten, sollten sie jetzt

zur systematischen, langfristig geplanten Erforschung der wichtigsten Ereignisse der örtlichen Arbeiterbewegung übergehen.

Der Forschungsplan enthält eine Reihe von langfristigen Forschungsaufgaben, die nur erfüllt werden können, wenn auf dem in der DDR lange Zeit sehr vernachlässigten Gebiet der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung rasch ein Umschwung erreicht wird. Auf diesem Gebiet besteht völlige Zersplitterung und Planlosigkeit in der Forschung, der Ausbildung und beim Einsatz entsprechender Kader. Es gibt nur relativ wenige Spezialisten mit gründlichen Kenntnissen der Geschichte der Arbeiterbewegung anderer Länder. Die Erforschung der Geschichte des brüderlichen Zusammenwirkens der deutschen mit der Arbeiterbewegung anderer Länder, der gemeinsamen Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse und der Entwicklung der I., der II. und vor allem der III. Internationale steht noch in den Anfängen. Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung nach 1945, des Übergangs der Sowjetunion zum Kommunismus, des Entstehens der volksdemokratischen Staaten und des Aufstiegs des sozialistischen Weltsystems, des weltweiten Kampfes für Frieden und Demokratie werden wissenschaftlich nur sehr spärlich bearbeitet. Besonders schwerwiegend ist, daß die wissenschaftliche Arbeit und die Kaderausbildung auf dem Gebiet der Geschichte der KPdSU jahrelang stagnierte. Diesen Zustand nicht grundsätzlich und schnell zu ändern hieße, sich nicht nur der Erforschung wichtigster aktueller wissenschaftlicher Fragen zu entziehen, sondern die Offensive gegen die reaktionäre Geschichtsschreibung an wichtigen Abschnitten zu hemmen. Alle beteiligten Stellen müßten nach einem gut durchdachten Plan schnell darangehen, diese ernsten Schwächen zu überwinden.

Auch die „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ müssen in Zukunft zu den hier aufgeworfenen Fragen zusammenhängend Stellung nehmen und vor allem regelmäßig und nach einem festen Plan Probleme der Geschichte der KPdSU behandeln. Das Erscheinen der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, die in diesen Wochen in deutscher Übersetzung vorliegen wird, muß zu einem Aufschwung im Studium und in der Propaganda der Erfahrungen der führenden Partei der internationalen Arbeiterbewegung führen.

Um die kollektive Forschungsarbeit rasch durchzusetzen, müssen einige Probleme gründlich diskutiert und geklärt werden. Es geht bei der Entwicklung der wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit natürlich nicht darum, die individuelle wissenschaftliche Arbeit einzuschränken, sondern allein um die Überwindung des hemmenden Individualismus, um den Schritt vom Nebeneinander zum Miteinander, um die Diskussion der Probleme des gemeinsamen Forschungsgegenstandes. Es geht um die Überwindung des Institutsegoismus, um den Austausch der Forschungs- und Diskussionsergebnisse zwischen den wissenschaftlichen Instituten. Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist keineswegs eine vorübergehende Kampagne, sondern durch die immer stärkere Spezialisierung in der Geschichtswissenschaft be-

dingt, die die allseitige Beherrschung der Probleme auch nur eines bestimmten Zeitabschnittes und die Kenntnis des entsprechenden Tatsachenmaterials durch einen einzelnen immer mehr erschwert; sie ist bei uns auch von der Notwendigkeit diktiert, offensiv und schnell auf die Tätigkeit der imperialistischen Geschichtsideologen in Westdeutschland und Westberlin zu reagieren. Die wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit hängt mit der Durchsetzung sozialistischer Beziehungen zwischen den Historikern zusammen, mit der Überwindung solcher im Grunde bürgerlichen Erscheinungen wie egoistisches Verhalten, Konkurrenzneid und gegenseitige Mißgunst, fehlende Offenheit, Furcht vor Kritik, mangelnde Bescheidenheit u. ä. Ein wichtiges Mittel, die wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit zu fördern, können wissenschaftliche Diskussionen sein. Dabei sollten besonders Diskussionsformen gefördert werden, die den freien Gedankenaustausch ohne Manuskript, die Rede und Gegenrede ermöglichen. Die wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit mit anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen muß nach einem festen Plan systematisch entwickelt werden.

Vor allem die in den Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung gesammelten Arbeitserfahrungen, die für die Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit an vielen geschichtswissenschaftlichen Instituten sehr lehrreich sind, zeigen, welch große Kräfte unter sozialistischen Bedingungen dem Historiker bei seiner Arbeit zur Verfügung stehen.¹⁰ Das Auftreten geschichtsschreibender Arbeiter in den Betrieben und Kommissionen ist ein Ausdruck des tiefen Bewußtseinswandels, der sich in unserer Republik vollzieht. Die Fachhistoriker sollten diese Entwicklung mit allen Mitteln fördern, weil auf diese Weise die Lösung vieler wissenschaftlicher Aufgaben beträchtlich erleichtert wird.

Vor den Historikern der DDR steht als nächste wichtige Aufgabe, die Ergebnisse der Konferenz der Deutsch-Sowjetischen Historikerkommission „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ zu verarbeiten und zu verbreiten. Das ist gleichzeitig der beste Weg zur gründlichen Vorbereitung auf den 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus im Mai 1960.

Um diese unmittelbaren Aufgaben zu bewältigen und den langfristigen Forschungsplan der Geschichtswissenschaft in diesem Jahre in Angriff zu nehmen, ist es erforderlich, energisch und zielbewußt an die Überwindung der unserer Geschichtswissenschaft anhaftenden Mängel und Schwächen zu gehen und sich vor allem bei jeder Arbeit von der nationalen Grundkonzeption leiten zu lassen. Geschieht das, dann können die Historiker ihren Tempoverlust wettmachen und einen wirkungsvollen Beitrag zum Sieg des Sozialismus in der DDR und zur Bändigung der militaristischen und imperialistischen Kräfte in Westdeutschland leisten, einen Beitrag, der zugleich vom weiteren Aufblühen der fortschrittlichen, friedliebenden deutschen Geschichtswissenschaft zeugt und ihre glänzenden Perspektiven sichtbar macht.

¹⁰ Vgl. Neues Deutschland (B), 4. August 1959.

RESOLUTION

der V. Internationalen Konferenz

der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute
und Kommissionen für Parteigeschichte bei den
Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien,
Bukarest, August/September 1959

Die V. Internationale Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute und Kommissionen für die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien stellt mit Befriedigung die wachsende und sich stetig festigende Zusammenarbeit der Parteihistoriker der verschiedenen Länder bei der wissenschaftlichen Ausarbeitung der wichtigsten Probleme der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung fest. Das kommt besonders in dem erweiterten Teilnehmerkreis unserer jährlich stattfindenden Konferenzen zum Ausdruck. So nahmen zum Beispiel an der Konferenz in Prag im Jahre 1957 Vertreter von 14 Ländern teil, an der Konferenz in Berlin 1958 Vertreter von 20 Ländern, während auf der jetzigen Konferenz in Bukarest 25 Länder vertreten sind, und zwar die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Volksrepublik China, die Volksrepublik Albanien, die Volksrepublik Bulgarien, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolische Volksrepublik, die Volksrepublik Polen, die Ungarische Volksrepublik, die Rumänische Volksrepublik, die Demokratische Republik Vietnam, Großbritannien, Österreich, Belgien, Kanada, Chile, Dänemark, Frankreich, die Deutsche Bundesrepublik, Indien, Indonesien, Italien, Norwegen, Schweden.

Die Institute für Marxismus-Leninismus sowie die Institute und Kommissionen für die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien lassen sich in ihrer Tätigkeit von den Dokumenten der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957, den Beschlüssen des XX. und XXI. Parteitages der KPdSU sowie den Beschlüssen der Parteitage ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien leiten.

In der seit der IV. Internationalen Konferenz in Berlin vergangenen Zeit haben die Herausgabe der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus — Marx, Engels, Lenin —, die wissenschaftliche Ausarbeitung der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie die Herausgabe von Parteidokumenten usw. bedeutende Fortschritte gemacht. Ein großes Ereignis im ideologischen Leben der KPdSU und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist das Erscheinen des Lehrbuches „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“. Die Herausgabe des Lehrbuches der Geschichte der Kom-

unistischen Partei der Tschechoslowakei ist vorbereitet. Die Vorbereitungsarbeiten zu den Lehrbüchern der Geschichte der Rumänischen Arbeiterpartei, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Bulgariens, der Mongolischen Volksrevolutionären Partei stehen vor dem Abschluß. Großen Umfang haben die Vorarbeiten zu den Lehrbüchern der Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Chinas, der Partei der Arbeit Koreas sowie der Kommunistischen Partei Frankreichs, Schwedens, Italiens, Großbritanniens und Chiles angenommen. Die Institute für Marxismus-Leninismus sowie die Institute und Kommissionen für Parteigeschichte haben eine große Anzahl Arbeiten vorbereitet und herausgegeben, die gegen den modernen Revisionismus gerichtet sind.

Die Konferenz erörterte in ihren Plenartagungen Fragen der wissenschaftlichen Ausarbeitung der Geschichte des Kampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Einheit der Arbeiterklasse sowie die Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den modernen Revisionismus. In den Sektionssitzungen wurden der Prospekt für die Herausgabe eines Lehrbuches der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung geprüft und Fragen, die mit der Veröffentlichung von Parteidokumenten und mit der Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Instituten und Kommissionen für Parteigeschichte im Zusammenhang stehen, erörtert.

Die Konferenzteilnehmer schilderten in ihren Beiträgen die umfassende Tätigkeit der Institute und Kommissionen bei der Ausarbeitung der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien, betonten die Bedeutung der wissenschaftlichen Ausarbeitung der Geschichte des Kampfes gegen Revisionismus und Sektierertum, für die Einheit der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen bei der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit der kolonialen und abhängigen Länder sowie beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Der Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus bestätigt anschaulich die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus und zeigt überzeugend, daß der von den marxistisch-leninistischen Parteien gewählte Weg des heldenmütigen Kampfes für die revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische vom Sieg der sozialistischen Revolution in der UdSSR wie auch in den Ländern der Volkdemokratie, vom vollen und endgültigen Sieg des Sozialismus in der UdSSR und der Bildung des sozialistischen Weltsystems gekrönt wurde. Die Werke von Marx, Engels, Lenin, der bedeutendsten Führer der internationalen kommunistischen Bewegung, helfen der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder zu verstehen, daß eine der Hauptursachen der Spaltung der Arbeiterbewegung, der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung der Verrat seitens der rechten Sozialdemokraten und der modernen Revisionisten und ihre oppor-

tunistische Praxis ist; diese Werke erziehen die Werktätigen zum sozialistischen Bewußtsein.

Eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen den modernen Revisionismus, für die Einheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sind auch die wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien, in denen die Erfahrungen des heldenmütigen Kampfes für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus und Kommunismus verallgemeinert werden.

Die Konferenz stellt einmütig fest, daß die Institute und Kommissionen ungeachtet der beträchtlichen Arbeit, die auf dem genannten Gebiet geleistet wurde, nicht alle Möglichkeiten genutzt haben, um die revisionistischen Einstellungen der heroischen Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung endgültig zu entlarven. Die Konferenz ist insbesondere nicht befriedigt vom Stand der Ausarbeitung der Geschichte des Kampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Schaffung der Volksfront, die Einheit der Arbeiterklasse.

Pflicht unserer Institute ist es, Werke zur Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien, zur Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu schaffen, in denen die unüberwindliche Kraft der Ideen des Marxismus-Leninismus, die große organisatorische Stärke der marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt zutage treten und der verräterische Charakter der Politik und der Praxis der rechten Sozialdemokraten und der modernen Revisionisten aufgedeckt wird. Davon ausgehend, betrachtet die Konferenz als die Hauptaufgaben der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte in der nächsten Zeit:

1. Beendigung der Vorbereitungsarbeiten aller Institute und Kommissionen für die Herausgabe der Lehrbücher der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien.

2. Ausarbeitung eines populären Lehrbuches der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung durch die Bemühungen aller Institute und Kommissionen für Parteigeschichte.

3. Ausarbeitung von Monographien und populären Schriften über die Geschichte der Kommunistischen Internationale.

4. Wissenschaftliche Ausarbeitungen über die Probleme des Anwachsens der führenden und organisierenden Rolle der kommunistischen und Arbeiterparteien beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau.

5. Ausarbeitung von Werken, in denen die Erfahrungen des Kampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für die Volksfront, für die Einheit der Arbeiterklasse verallgemeinert werden.

6. Den Instituten und Kommissionen wird empfohlen, in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit besondere Aufmerksamkeit der Ausarbeitung der Geschichte der Entstehung und Festigung des sozialistischen Welt-

systems, der Verallgemeinerung der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in den sozialistischen Ländern, der Ausarbeitung der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu schenken.

7. Um die sich festigende Zusammenarbeit und die Kontakte in der Arbeit der Institute und Kommissionen zu verstärken, billigt die Konferenz die in den Sitzungen der Sektionen angenommenen Empfehlungen.

8. Es wird für zweckmäßig erachtet, die nächste, die VI. Konferenz im Juli/August 1961 mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

1. Die kommunistischen und Arbeiterparteien an der Spitze des Befreiungskampfes der Völker gegen die faschistische Aggression am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges. (Referat von seiten des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens; Korreferat von seiten der Kommission für Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs.)

2. Der Stand der Vorbereitungsarbeiten für das populäre Lehrbuch der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. (Bericht der Redaktionskommission des Lehrbuches und Berichte aller Institute und Kommissionen für Parteigeschichte.)

Die Konferenz hält es für notwendig, daß die Thesen zu den Referaten, die auf der nächsten Konferenz gehalten werden, den Teilnehmern 1–1½ Monate vorher übermittelt werden.

Die Konferenz bringt dem ZK der Rumänischen Arbeiterpartei ihre Anerkennung und herzliche Dankbarkeit zum Ausdruck für die Gastfreundschaft und die ausgezeichneten Bedingungen, die es für die Durchführung der Konferenz in Bukarest geschaffen hat. Die Konferenzteilnehmer danken ebenfalls der Leitung und allen Mitarbeitern des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei herzlich für die gute Organisation der Konferenz und für die den Delegierten erwiesene Fürsorge und Aufmerksamkeit.

Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den modernen Revisionismus*

In den zwei Jahren, die seit unseren Begegnungen auf den Konferenzen in Prag (1957) und Berlin (1958) vergangen sind, haben sich die marxistisch-leninistische und die sowjetische Geschichtswissenschaft als ein Bestandteil derselben besonders eingehend mit der Erforschung der Parteigeschichte sowie mit den Problemen der modernen kommunistischen und Arbeiterbewegung der Gegenwart beschäftigt. Diese zwei Jahre waren Jahre intensiver schöpferischer Arbeit der kommunistischen Historiker aller Länder auf dem Gebiet der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Es waren zugleich Jahre des unversöhnlichen Kampfes gegen den Revisionismus in der Geschichtswissenschaft.

In den beiden letzten Jahren fanden in einer Reihe von Ländern Parteitage der kommunistischen und Arbeiterparteien statt, so der XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die zweite Sitzungsperiode des VIII. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, der III. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens, der XV. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs, der XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens, der XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der USA sowie Parteitage anderer Bruderparteien.

Die Beschlüsse dieser Parteitage sowie die Schriften und Reden namhafter Vertreter der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung legten die Richtung fest, in der sich die Geschichtswissenschaft, insbesondere die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Parteien und der modernen internationalen Arbeiterbewegung, weiterentwickeln sollte. Diese Dokumente sind von der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus durchdrungen und stellen einen neuen großen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie dar.

Als Vertreter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU möchte ich, wenn auch nur in Form einer Aufzählung, an die

* Referat zum zweiten Punkt der Tagesordnung auf der V. Internationalen Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte bei den Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien, Bukarest, August/September 1959.

theoretischen Probleme erinnern, die der XXI. Parteitag der KPdSU in seinen Beschlüssen und im Referat des Genossen N. S. Chruschtschow ausgearbeitet hat. Die wichtigsten dieser Probleme sind: die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeiten des Hinüberwachsens des Sozialismus in den Kommunismus; die Verteilung der materiellen Güter im Sozialismus und im Kommunismus; die Entwicklungswege der kollektivwirtschaftlichen Form des sozialistischen Eigentums und des Volkseigentums sowie die Annäherung beider Formen; die politische Organisation der Gesellschaft in der Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus; der vollständige und endgültige Sieg des Sozialismus; die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und der mehr oder weniger gleichzeitige Übergang der sozialistischen Länder zum Kommunismus. Die wissenschaftliche Untersuchung dieser Fragen auf der Grundlage der verallgemeinerten Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der UdSSR und in den übrigen Ländern des sozialistischen Lagers haben die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ungemein bereichert.

Dem Revisionismus, der Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung, haben die Parteitage unserer Parteien einen vernichtenden Schlag versetzt. Das bürgerliche, verräterische Wesen des Revisionismus wurde entlarvt, seine Anhänger wurden aus den Parteien ausgestoßen und isoliert. Zugleich wurde dem Kampf gegen den Dogmatismus große Aufmerksamkeit geschenkt. Aber man muß, wie Genosse N. S. Chruschtschow sagte, auf der Hut sein, alle Erscheinungsformen des Revisionismus und Opportunismus in der kommunistischen Bewegung darstellen, entlarven und konsequente Maßnahmen gegen sie ergreifen.

Wir kommunistischen Historiker lassen uns in unserer Arbeit von den Beschlüssen der Parteitage, von den Hinweisen der Führer unserer Parteien leiten. Wir waren und sind bestrebt, unseren Beitrag im Kampf für die Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie auf unserem Arbeitsgebiet, der Geschichtswissenschaft, zu leisten.

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft, die an ihrem Abschnitt der ideologischen Front für die konsequente Verwirklichung der Beschlüsse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 sowie der Parteibeschlüsse kämpft, hat bereits einiges getan, um die bürgerlichen reformistischen und revisionistischen Ideologen zu entlarven, die die Grundprobleme der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und der Geschichte der kommunistischen Parteien vorsätzlich falsch interpretieren.

Die marxistisch-leninistischen Historiker der sozialistischen und kapitalistischen Länder haben in den vergangenen zwei Jahren an Werken über die Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung gearbeitet und dabei gleichzeitig die Fälschungen und ahistorischen Produkte der modernen Revisionisten entlarvt. Selbstverständlich wurden und werden diese untrennbar miteinander verbundenen

Aufgaben in jedem Lande entsprechend den jeweiligen Bedingungen und Erfordernissen gelöst.

Es sei mir gestattet, kurz daran zu erinnern, was in dieser Zeit in bezug auf den Kampf gegen den Revisionismus getan worden ist, welchen Beitrag die Historiker, insbesondere die Parteihistoriker, geleistet haben.

Für den Kampf gegen den modernen Revisionismus haben die Werke der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus eine ungeheure Bedeutung. Die Werke von Marx, Engels und W. I. Lenin sind uns eine mächtige ideologische Waffe im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und ihr Eindringen in die Arbeiterbewegung in Gestalt des Reformismus und Revisionismus.

In der Sowjetunion wurden neben den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus drei Sammelbände mit Schriften W. I. Lenins gegen den Opportunismus herausgegeben: „Über den Revisionismus“, „Gegen den Revisionismus — für den Marxismus“, „Über die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung“. Diese Sammelbände fanden bei uns weite Verbreitung und sind, soweit uns bekannt ist, in andere Sprachen übersetzt und in verschiedenen Ländern herausgegeben worden.

Ein bedeutendes Ereignis im ideologischen Leben unserer Partei war das Erscheinen der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, über deren Drucklegung wir auf der letzten Konferenz berichten konnten. Die Herausgabe dieses Buches ist auch für den Kampf gegen den modernen Revisionismus von großer Bedeutung, denn hier sind die reichen Erfahrungen dargelegt, die die bolschewistische Partei in ihrem mehr als ein halbes Jahrhundert währenden Kampf gegen die Opportunisten aller Schattierungen sowohl in Rußland als auch in der internationalen Arena gesammelt hat.

Sowjetische Verlage gaben im vergangenen Jahr in großen Auflagen drei Bände mit Artikeln zur Entlarvung des modernen Revisionismus heraus. Diese Sammelbände („Der Revisionismus — die Hauptgefahr“, Staatsverlag für politische Literatur; „Gegen den modernen Revisionismus“, Verlag der „Prawda“, und „Gegen den modernen Revisionismus“, Verlag für fremdsprachige Literatur) enthalten nicht nur Artikel sowjetischer Autoren, sondern auch von Vertretern der Bruderparteien. In den Sammelbänden werden die Auffassungen der modernen Revisionisten über die Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie, über die Geschichte der gegenwärtigen kommunistischen und Arbeiterbewegung und über Fragen der Parteigeschichte allseitig kritisiert.

Im theoretischen Organ der Partei („Der Kommunist“) und in den sowjetischen historischen Zeitschriften („Fragen der Geschichte der KPdSU“, „Fragen der Geschichte“, „Geschichte der UdSSR“, „Neuere und neueste Geschichte“, „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ u. a.) erschienen in den letzten beiden Jahren viele Beiträge und populärwissenschaftliche Artikel über Probleme der neuesten Geschichte und zur Entlarvung des bürgerlichen Wesens des Revisionismus.

Es kann festgestellt werden, daß sich die sowjetische Geschichtswissenschaft nach dem XXI. Parteitag entschieden der Erforschung der Probleme der Parteigeschichte, der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung der letzten vierzig Jahre zugewandt hat. Davon zeugen vor allem die Arbeitspläne der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Hochschulen unseres Landes, namentlich der Arbeitsplan des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Zu den wichtigsten Werken, an denen die sowjetischen Historiker arbeiten, zählen:

„Geschichte der KPdSU“ (Monographie in sechs Bänden), „Geschichte der Kommunistischen Internationale“ (Monographie in zwei Bänden), „Abriß der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“ (einbändiges populärwissenschaftliches Lehrbuch, das die Institute und Kommissionen für Parteigeschichte gemeinsam abfassen werden), „Geschichte der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts“ (dreibändiges Lehrbuch), „Abriß der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg“ (Monographie in zwei Bänden), „Abriß der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Ländern des Ostens nach dem zweiten Weltkrieg“ (Monographie in zwei Bänden), „Abriß der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Ländern des amerikanischen Kontinents nach dem zweiten Weltkrieg“ (Monographie in zwei Bänden), „Geschichte der II. Internationale“ (Monographie in zwei Bänden).

Außerdem arbeiten sowjetische wissenschaftliche Institute und Lehranstalten an einem Werk über die neueste Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung der einzelnen Länder Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas und Australiens. Diese Thematik nimmt auch einen großen Raum in den in Vorbereitung befindlichen historischen Kandidaten- oder Doktordissertationen ein.

Die sowjetische Fachpresse kritisierte die groben theoretischen und politischen Fehler in Artikeln, die die Zeitschrift „Fragen der Geschichte“ veröffentlichte, besonders in den Artikeln von E. Burdschalow. Diese Fehler bestanden darin, daß versucht wurde, die grundsätzlichen Unterschiede in den Auffassungen der Bolschewiki und der Menschewiki in der Frage der Hegemonie des Proletariats zu verwischen, die Lehre Lenins vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie über die Vorbereitung und Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu entstellen. Sie zeigten sich darin, daß das Prinzip der Parteilichkeit vergessen wurde, daß man auf die Positionen des bürgerlichen Objektivismus in der Geschichtswissenschaft abglitt und die Bedeutung des Kampfes unserer Partei gegen die Trotzisten, die Rechten und die anderen parteifeindlichen Richtungen und Gruppierungen verkleinerte. Neben der Kritik an diesen zutiefst falschen Auffassungen haben die sowjetischen Historiker zugleich viel getan, um die Buchstabengelehrtheit und den Dogmatismus zu überwinden.

Die sowjetischen Historiker sind froh zu wissen, daß sie die Erfor-

schung der Parteigeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts sowie die Bekämpfung des Revisionismus in der Geschichtswissenschaft in enger Zusammenarbeit mit dem großen Kollektiv der marxistischen Historiker der Staaten des sozialistischen Weltsystems sowie mit den kommunistischen Historikern der kapitalistischen Länder betreiben.

Ich will einige in den Ländern des sozialistischen Lagers in den beiden letzten Jahren erschienene Arbeiten aufzählen und bitte vorher um Verzeihung, daß ich nicht alle erwähne. Die chinesischen kommunistischen Historiker haben für uns alle höchst wertvolle Arbeiten veröffentlicht, zum Beispiel den Sammelband unter der Redaktion von Gaun Fyn mit dem Titel „Gegen den Revisionismus in der Methodologie historischer und philosophischer Forschungen“, die „Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas“ von Mjao Tschu-huan und einige andere Schriften.

Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik haben aus Anlaß des vierzigsten Jahrestages der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1918 und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands drei Dokumentenbände zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der neueren Zeit sowie einen Dokumentenband über den I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale herausgegeben. Fortgeführt wird die Herausgabe des Bulletins „Internationale Arbeiterbewegung“. Artikel gegen die Revisionisten erschienen in den Zeitschriften und in erster Linie im theoretischen Organ der Partei, der „Einheit“. Historiker der DDR — die Genossen Walter Bartel, Leo Stern u. a. — veröffentlichten wertvolle Monographien über Fragen der neuesten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so zum Beispiel Walter Bartel die Arbeit „Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg“.

Die Historiker der Tschechoslowakei gaben 1959 einen umfangreichen Sammelband „Gegen den Revisionismus“ heraus, der den Bernsteinianismus, Kautskyanismus, Austromarxismus und den modernen Revisionismus in einer Reihe von Ländern Europas, Amerikas und Asiens kritisch analysiert. Ein großes Ereignis im ideologischen Leben der KPČ wird zweifellos das Erscheinen des jetzt vorbereiteten Lehrbuchs der Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei sein.

1959 erschien in Warschau L. Kszemens Buch „Gegen die ideologische Entwaffnung der Partei“, in dem der Revisionismus in Polen überzeugend kritisiert wird. Die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung fand eine ausführliche Behandlung in dem dreibändigen Werk „Geschichte Polens“, das sowjetische Autoren mit großzügiger Hilfe polnischer Wissenschaftler schrieben.

Das theoretische Organ der Rumänischen Arbeiterpartei „Lupta de clasa“ („Klassenkampf“) veröffentlichte 1958/59 Artikel von N. Krecu über die Arbeit der rumänischen Historiker der neueren Zeit, von G. Tudor „Der Revisionismus und das Wesen des modernen Kapitalis-

mus“, von K. Alleschan „Der moderne Revisionismus – die Hauptgefahr in der Arbeiterbewegung“ sowie eine ganze Reihe anderer Artikel mit einer gehaltvollen und überzeugenden Kritik des modernen Revisionismus.

In Ungarn wurden außer den Dokumenten zur Entlarvung der konterrevolutionären Tätigkeit der revisionistischen Gruppe um Imre Nagy auch verschiedene Artikel veröffentlicht, die sich mit den revisionistischen Auffassungen von Imre Nagy sowie von Georg Lukacz und anderen auseinandersetzen.

Umfassende Arbeit zur Entlarvung der Revisionisten und zur Behandlung von Problemen der internationalen Arbeiterbewegung haben die Historiker Bulgariens geleistet. Erschienen ist ein Doppelband mit Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung Bulgariens. Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichten eine Vielzahl von Artikeln, die den Revisionismus entlarven.

Die Historiker Albaniens, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Demokratischen Republik Vietnam und der Mongolischen Volksrepublik veröffentlichten viele Zeitschriften- und Zeitungsartikel, in denen die Revisionisten kritisiert wurden (Zoi Tschan Ik in Korea und Tschan Dyk Thao in Vietnam).

Die gesamte internationale kommunistische Presse kritisierte einmütig das vom VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens angenommene Programm des BdKJ als ein Dokument, in dem die revisionistischen Auffassungen ihren stärksten Ausdruck fanden.

Somit wurden in den Arbeiten der sowjetischen und aller anderen marxistisch-leninistischen Historiker, die in den letzten zwei Jahren erschienen sind, die revisionistischen Konzeptionen in bezug auf die Grundfragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und der Geschichte der kommunistischen Parteien einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Ich konnte nur sehr wenig von dem, was die marxistisch-leninistischen Historiker in den letzten zwei Jahren zur Erörterung der Fragen der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie zur Entlarvung des Revisionismus geleistet haben, erwähnen. Ich hoffe, daß die Vertreter der Bruderinstitute und -kommissionen für Parteigeschichte mein Referat durch neue interessante Angaben ergänzen werden.

Es ist bemerkenswert, daß es unter den modernen Revisionisten keine bekannten Historiker gab und gibt, die die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung studiert hätten. Über die Geschichte schreiben die Revisionisten meistens nur dann, wenn sie gegen die Marxisten-Leninisten polemisieren, wobei sie den historischen Verlauf der Ereignisse auf jede erdenkliche Weise entstellen.

Für uns Parteihistoriker ist es zweckmäßig, wenn wir aus der Vielzahl der Probleme, um die seitens der Historiker an der Front gegen den Revisionismus gerungen wurde und gerungen wird, auf dieser Konferenz folgende Fragen erörtern:

1. Die Rolle der kommunistischen Parteien in der Arbeiterbewegung der Gegenwart.
2. Die Besonderheiten der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Etappe.

3. Die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Auf diese Fragen wollen wir auch in unserem Referat kurz eingehen, ohne dabei Anspruch darauf zu erheben, sie erschöpfend zu behandeln.

1. Die Rolle der kommunistischen Parteien in der Arbeiterbewegung der Gegenwart

Mit dem Anwachsen der Kräfte der Demokratie, des Sozialismus und des Kommunismus gewinnt die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien an Bedeutung, festigt sich die Verbindung dieser Parteien mit der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen, vervollkommen sich die Formen und Methoden ihrer Arbeit. Die Verstärkung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien ist die Grundbedingung für weitere Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in den Ländern des sozialistischen Lagers. Die Rolle der Partei gewinnt besonders beim Hinüberwachen des Sozialismus in den Kommunismus entscheidende Bedeutung. Diese Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Parteien hat der XXI. Parteitag der KPdSU nachdrücklichst hervorgehoben.

Gerade deshalb richteten die modernen Revisionisten, indem sie den sozialen Auftrag der Bourgeoisie erfüllten, ihren Hauptangriff gegen die marxistisch-leninistischen Parteien, gegen ihre theoretische und praktische Tätigkeit, ihre Organisationsprinzipien und ideologischen Grundlagen.

Während die geschichtlichen Erfahrungen und unsere moderne Wirklichkeit besonders anschaulich beweisen, wie lebenswichtig die kommunistischen Parteien sowohl in der Periode des Kampfes für die Diktatur des Proletariats als auch gerade in der Periode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft sind, richten die Revisionisten wütende Ausfälle gegen die marxistisch-leninistischen Parteien und fordern ihre Liquidierung. Besonders heftig treten die Revisionisten gegen die KPdSU als die allgemein anerkannte führende Kraft der kommunistischen Weltbewegung auf.

Die Partei aufzulösen und durch eine sogenannte „Assoziation für politische Aktionen“ zu ersetzen, forderte am offensten die rechtsopportunistische, revisionistische Gruppe in der Kommunistischen Partei der USA mit J. Gates (ehemaliger Redakteur des „Daily Worker“) an der Spitze. Das Hauptargument der Revisionisten, um diese Forderung zu rechtfertigen, bestand darin, daß die Partei das Produkt einer bestimmten revolutionären Situation sei und, da es eine solche Situation in den USA gegenwärtig nicht gebe, die Existenz der Partei auch nicht notwendig sei. Das war eine offen liquidatorische Forderung, die die Existenz der proletarischen Partei selbst betraf und — um mit Lenin zu

sprechen — auf die völlige Entwaffnung des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie hinauslief.

Diese Konzeption des Revisionismus, die der amerikanischen imperialistischen Bourgeoisie wie gerufen kam, wurde von den Revisionisten verschiedener kapitalistischer Länder Westeuropas sofort aufgegriffen. Unter den westeuropäischen Revisionisten fanden sich sogar Leute — wie zum Beispiel Harich in der DDR und Onofri in Italien —, die behaupteten, die kommunistischen Parteien würden die gesellschaftliche Entwicklung in der Gegenwart hemmen. Dabei konzentrierten sie ihr Feuer auf die Leninsche Lehre von der Partei, die nach ihrer Auffassung auf die Praxis der Arbeiterbewegung in den hochentwickelten Ländern überhaupt nicht anwendbar sei.

Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung demonstriert anschaulich die große umgestaltende Kraft der marxistisch-leninistischen Lehre von der proletarischen Partei und ihren ideologischen und organisatorischen Prinzipien. Die Erfolge der Völker der UdSSR und der volksdemokratischen Länder beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sind der beste Beweis für die Kraft und Lebensfähigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre von der Partei als der führenden Organisation der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Diese Erfolge widerlegen eindeutig die Versuche der Revisionisten, die kommunistischen Parteien als ein politisches Werkzeug zu charakterisieren, das nur zu kurzen revolutionären Aktionen fähig sei.

Die Kommunisten der USA zerschlugen die liquidatorischen internationalen Auffassungen Gates und seiner Gefolgsleute. William Foster rief auf, die Errungenschaften der proletarischen Parteien hochzuhalten und ihre großen politischen Erfahrungen gründlich zu studieren. „Die marxistisch-leninistische Partei“, schrieb er, „ist — unter welchen Bedingungen die Arbeiterklasse auch immer kämpfen mag — der beste Typus der führenden Organisation, und zwar sowohl in Perioden der Prosperität als auch unter faschistischem Terror, sowohl in imperialistischen Kriegen als auch während kolonialer Revolutionen, sowohl zur Erringung der Macht in den kapitalistischen Ländern als auch beim Aufbau des Sozialismus.“¹

Diese Worte William Fosters, des Ehrenvorsitzenden der Kommunistischen Partei der USA, eines hervorragenden Funktionärs und bedeutenden Historikers der internationalen Arbeiterbewegung, zeigen klar die Bedeutung der kommunistischen Parteien im Kampf für die Interessen des Proletariats und aller Werktätigen, sie charakterisieren glänzend ihre Rolle in der Arbeiterbewegung der Gegenwart.

Ein besonderer Platz in der marxistisch-leninistischen Lehre von der Partei gebührt den Organisationsprinzipien, deren Hauptinhalt der demokratische Zentralismus ist. Die theoretischen Prinzipien der Parteiorganisation und des Parteaufbaus wurden von Lenin schon zur Zeit der Bildung der SDAPR ausgearbeitet. Entsprechend den neuen Bedin-

¹ Der Kommunist (Moskau), 1958, Nr. 4, S. 86.

gungen wurde die Leninsche Lehre von der Partei neuen Typus ständig weiterentwickelt, sie vervollständigte und bereicherte sich unablässig durch die Verallgemeinerung der Erfahrungen der weltweiten Arbeiterbewegung, der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Wladimir Iljitsch Lenin begründete den wichtigen marxistischen Leitsatz, daß die Arbeiterklasse keine andere Waffe im Kampf um die Macht hat als die Organisation, und entwickelte ihn weiter. Die Arbeiterpartei ist nach Lenin die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats, die in ihren Reihen die fortschrittlichsten und bewußtesten Arbeiter vereinigt; sie ist mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ausgerüstet, eng mit den breiten Arbeitermassen verbunden, zusammengeschweißt durch die Einheit des Willens, des Handelns und der Disziplin. Die Partei beruht auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der die Wählbarkeit aller leitenden Organe von unten bis oben, deren Rechenschaftspflicht gegenüber den Parteiorganisationen, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und die Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die unteren einbeschließt. Diese Leitsätze des organisatorischen Aufbaus der Partei sind von den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats für seine Befreiung vom Joch der Bourgeoisie und für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft diktiert.

Weshalb ziehen die Revisionisten besonders gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus zu Felde? Weil der demokratische Zentralismus den Kern des organisatorischen Aufbaus der Partei ausmacht und seine Untergrabung die Untergrabung der gesamten Partei bedeuten würde.

Die Revisionisten verunglimpfen unter der Flagge des Kampfes gegen den Personenkult um J. W. Stalin besonders die vergangene Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der anderen kommunistischen Parteien und verleumdten sie, indem sie aus den trüben Quellen der käuflichen Boulevardpresse schöpfen. Sie verzerren die heroische Geschichte der kommunistischen Parteien und stellen ihre Tätigkeit für einen längeren Zeitabschnitt als einen Weg von lauter Fehlern und Mängeln dar. Die Revisionisten suchen die seinerzeit zerschlagenen und ausgeschlossenen verschiedenartigen parteifeindlichen Gruppierungen (der Trotzkisten, der Rechten usw.) und ihre Führer politisch zu rehabilitieren, den prinzipiellen ideologischen Kampf in unseren Parteien in den verschiedenen historischen Etappen als einen harmlosen Meinungsstreit, als eine Suche nach besseren Wegen darzustellen. Was die Frage der Rolle der kommunistischen Parteien anbetrifft, so sind die Revisionisten völlig als Steigbügelhalter der Bourgeoisie entlarvt worden.

Für den weiteren Kampf gegen den Revisionismus wird das Erscheinen der Lehrbücher der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien von großer Bedeutung sein. In der UdSSR ist, wie bereits

erwähnt, die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ erschienen.

Die Geschichte der KPdSU liefert lehrreiche Beispiele des unversöhnlichen Kampfes gegen den Revisionismus in der russischen und internationalen Arbeiterbewegung, Musterbeispiele dafür, wie politische Parteien, die sich, um die Massen zu täuschen, sozialistisch nannten, in Wirklichkeit aber die Interessen der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie verrieten, ideologisch zerschlagen und von den Massen isoliert wurden. Die KPdSU bewahrte ihre Kampfeinheit, konnte in der sozialistischen Revolution als Führer auftreten und die richtungweisende und lenkende Kraft des Sowjetstaates sowie der Inspirator und Organisator der Siege des Sozialismus und kommunistischen Aufbaus in der UdSSR werden, weil sie die Troztkisten, Sinowjew- und Bucharinleute, die bürgerlichen Nationalisten und die anderen Feinde des Leninismus innerhalb der Partei ideologisch und organisatorisch zerschlug. Die brüderlich verbundenen kommunistischen und Arbeiterparteien entstanden, entwickelten sich und wuchsen in erbittertem Kampf gegen den Revisionismus aller Nuancen und Schattierungen. Das Erscheinen der Lehrbücher, deren Abfassung von allen Bruderinstituten vorbereitet wird, wird ein großes Ereignis im ideologischen Leben der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung sein und zur Entlarvung des Revisionismus beitragen.

Durch die Herausgabe der Lehrbücher für Parteigeschichte wird die Forschungsarbeit zu umfangreichen Monographien über Einzelprobleme aus der Geschichte der kommunistischen Parteien belebt werden. Bei der Ausarbeitung derartiger Werke kommt der Erforschung der Tätigkeit der Parteien in der gegenwärtigen Etappe besondere Bedeutung zu. Man muß — auf der Grundlage des verallgemeinerten Tatsachenmaterials — die führende Rolle der Parteien beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus gründlich nachweisen. In dieser Tatsache kommen die Einheit von Theorie und Praxis und die wahrhaft parteiliche Behandlung der historischen Probleme zum Ausdruck. Gerade auf die Lösung dieser Aufgaben lenkte der XXI. Parteitag der KPdSU die Aufmerksamkeit der sowjetischen Parteihistoriker.

Zu den Aufgaben der Parteihistoriker gehört auch, das Problem des gesetzmäßigen Anwachsens der führenden Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erforschen. Es ist wichtig, anhand konkreten historischen Materials zu beweisen, daß je mehr Menschen sich aktiv an der Lösung der Aufgaben des ganzen Volkes beteiligen, um so höher das Niveau der organisatorischen Arbeit der Partei im Leben der Gesellschaft sein muß. „Alle Erfahrungen, die im Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus in unserem Land und in den anderen sozialistischen Ländern gewonnen wurden“, sagte N. S. Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU, „bestätigen die Richtigkeit einer der wichtigsten Thesen des Leninismus, daß im Prozeß des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft die Rolle

der Partei größer wird und nicht geringer, wie das die modernen Revisionisten behaupten.“²

In der sowjetischen Presse sind bereits mehrere Schriften und Artikel erschienen, in denen diese tiefe theoretische Verallgemeinerung des Genossen Chruschtschow erläutert wird. Das ist jedoch nur der erste Schritt. Wir sind davon überzeugt, daß die sowjetischen Historiker ebenso wie die Parteihistoriker der anderen Länder des sozialistischen Lagers der Ausarbeitung auch dieses Problems Beachtung schenken werden. Das ist dringend notwendig, sowohl im Interesse der Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre von der Partei als auch für den Kampf gegen die Revisionisten, die leugnen, daß sich die führende Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus verstärkt.

Große Bedeutung für das Studium der Parteigeschichte, der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und für die Entlarvung aller revisionistischen Fälschungen hat die Herausgabe von Dokumenten. Diese Aufgabe wird in allen Ländern des sozialistischen Lagers bekanntlich gut gelöst. Ich kann mitteilen, daß in der UdSSR jetzt eine Neuauflage der Protokolle und der stenographischen Berichte der Parteitage und Konferenzen der KPdSU sowie die Herausgabe von Dokumenten der Komintern in zwei Bänden in Angriff genommen worden sind. Wir betrachten das als eine unserer wichtigsten Aufgaben. Zugleich werden Dokumentenbände über die Tätigkeit der Parteiorganisationen der Republiken und Gebiete herausgegeben, was besonders wichtig ist, um die Verbindung der Partei mit den Massen und die praktische Tätigkeit der Parteiorganisationen zu zeigen.

In der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung der neueren Zeit nimmt die Geschichte der Komintern (1919–1943), die die Revisionisten auf jede Weise zu verunglimpfen suchten und suchen, einen besonders bedeutsamen Platz ein. Die Revisionisten fälschen die Geschichte, und zwar in der Richtung, als seien die kommunistischen Parteien nicht auf dem Boden der sich entwickelnden Arbeiterbewegung der jeweiligen Länder entstanden, sondern als „Agenturen des Kreml“ gegründet und eingesetzt worden, als sei die Kommunistische Internationale nicht im Interesse der weltweiten Befreiungsbewegung der Arbeiter, Bauern und der unterdrückten Völker der Kolonien, sondern im Interesse der Außenpolitik der Sowjetregierung geschaffen worden.

Die Komintern wurde bekanntlich von allen reaktionären Kräften der Welt wütend bekämpft. Die Revisionisten wiederholen in ihren Angriffen auf die Komintern die Verleumdungen, die die bürgerlichen Parteien und Organisationen verbreiteten und verbreiten. Im Zusammenhang damit ist die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Geschichte der Kommunistischen Internationale gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der marxistischen Historiker.

² N. S. Chruschtschow: Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 147.

Die Revisionisten entstellen besonders die Periode der Komintern, als in ihren Reihen gegen die Trotzlisten, die rechten Abweichler und andere Verräter an der Sache der Arbeiterklasse gekämpft wurde. Die jugoslawischen Kommunisten zum Beispiel erklären die Beschlüsse des V. und VI. Kongresses der Komintern für falsch. Man muß daran erinnern, daß die Beschlüsse dieser Kongresse bei der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, ihrer Säuberung von den Trotzlisten und Rechten, bei der Erziehung der führenden Kader und beim Zusammenschluß der kommunistischen Parteien unter dem Banner des Marxismus-Leninismus eine große Rolle gespielt haben. Der VI. Kongreß der Komintern nahm ein Programm an, dessen Hauptthesen auch heute noch nicht veraltet sind. In letzter Zeit wurden im Zusammenhang mit dem vierzigsten Jahrestag der Gründung der Komintern Versuche unternommen, die Rolle der Komintern in der dem zweiten Weltkrieg unmittelbar vorausgehenden Periode und in den Kriegsjahren zu entstellen. Entgegen den altbekannten Tatsachen, die von der entscheidenden Rolle der kommunistischen Parteien bei der Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen Faschismus und faschistische Aggression, beim Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte zum Kampf gegen die faschistischen Okkupanten zeugen, schwatzen die Revisionisten von einer Schwächung der kommunistischen Parteien am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges, von ihrer Passivität im Kampf gegen die Hitler-Aggression. Diesen Versuchen muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden.

Wir müssen eine wissenschaftlich zuverlässige Geschichte der kommunistischen Internationale schaffen, wir müssen zeigen, wie ihre programmatischen, organisatorischen und taktischen Prinzipien ausgearbeitet wurden, wir müssen ihre Beziehungen zu den Sektionen, ihre Rolle in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung darstellen. Man muß zugleich die wichtigsten Probleme der Geschichte der Komintern wissenschaftlich erforschen, vor allem ihren Kampf gegen den Opportunismus, insbesondere Revisionismus, die „Linken“ und die Rechten, den Dogmatismus und das Sektierertum, für die Aktionseinheit des internationalen Proletariats im Kampf gegen den Faschismus, für den Frieden, gegen den Krieg, für den sozialen Fortschritt, für die Verwirklichung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Wir haben alle Voraussetzungen und Möglichkeiten, um diese Aufgabe zu lösen. Mit gemeinsamen Anstrengungen können wir sie in kurzer Zeit erfüllen. Mit der Schaffung einer wissenschaftlichen Geschichte der Komintern werden wir den revisionistischen Entstellungen ihrer Tätigkeit einen vernichtenden Schlag versetzen.

In den nächsten drei bis vier Jahren feiern wir den vierzigsten Jahrestag des II., III. und IV. Kongresses der Komintern und der Gründung einer Reihe kommunistischer Parteien: Frankreichs, Spaniens und Englands (1960), Chinas, Italiens, der Tschechoslowakei, Rumäniens (1961) und Japans (1962). Im Zusammenhang damit haben die mar-

xistisch-leninistischen Historiker die Aufgabe, diese hervorragenden Daten in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung durch die Herausgabe von Monographien, populärwissenschaftlichen Arbeiten, Dokumentenbänden und Artikeln würdig zu begeben.

2. Die Besonderheiten der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Etappe

Zu den bemerkenswertesten Besonderheiten der neueren Geschichte gehört das ungewöhnlich stürmische Anwachsen der Arbeiterbewegung sowie das Wachstum der kommunistischen und Arbeiterparteien. In dreizehn Staaten der Welt ist die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse geworden. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in allen Ländern der Welt ist auf 160 Millionen angestiegen (gegenüber 60 Millionen vor dem zweiten Weltkrieg), von denen 95 Millionen im Weltgewerkschaftsbund vereinigt sind. Die Zahl der kommunistischen Parteien ist auf 83 angewachsen, ihre Mitgliederstärke hat 33 Millionen überschritten (vor dem Kriege gab es 43 Parteien mit 4,2 Millionen Mitgliedern). Die kommunistische und Arbeiterbewegung wurde zu einem entscheidenden Faktor der Weltpolitik und des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Volksmassen der kapitalistischen Staaten.

Nach dem Kriege nahm die Streikbewegung in den USA, in Frankreich, Italien, den Ländern Lateinamerikas und in Japan einen ungeahnt großen Aufschwung. In den USA gab es in den ersten neun Monaten des Jahres 1958 2175 Streiks, an denen sich 1 020 000 Arbeiter beteiligten und die einen Verlust von 11 Millionen Arbeitstagen bedeuteten. Im Juli 1959 traten 500 000 Arbeiter der Stahlindustrie für eine Lohnerhöhung in den Ausstand. Aus diesem Anlaß machte der Präsident der USA, Eisenhower, auf einer Pressekonferenz das folgende bemerkenswerte Eingeständnis: „Sie kennen meine Besorgnis darüber, daß die Verbreitung einiger von Marx aufgestellter Theorien in unserem Lande anscheinend üblich wird. Eine von ihnen spricht von der Unvermeidlichkeit eines erbitterten und unversöhnlichen Krieges gegen den werktätigen Menschen, eines Krieges zwischen den Arbeitern und denen, die sie mieten. Mir scheint, daß das eine antiamerikanische Theorie ist.“³

In Argentinien gab es in einem Jahr (von Juli 1957 bis Juli 1958) 1294 Streiks mit 7 383 000 Streikenden. In Italien gab es in fünf Monaten des Jahres 1958 793 Streiks mit einer Teilnahme von 792 000 Arbeitern. Im ersten Halbjahr 1958 wurden in Frankreich 655 Streiks registriert, an denen sich insgesamt über eine Million Streikende beteiligten. In England streikten von April 1957 bis September 1958 über eine Million, und die Zahl der durch die Streiks verlorenen Arbeitstage betrug 7,5 Millionen, in Japan gab es 449 Streiks mit 725 000 Streikenden.

Streikten im Jahrzehnt vor dem Kriege (1931–1940) in den USA, in

³ Zitiert nach Prawda vom 18. Juli 1959.

England, Frankreich, Belgien, Japan, Österreich und Kanada insgesamt etwa 20 Millionen Arbeiter, wodurch 191 233 000 Arbeitstage ausfielen, so ergibt das Jahrzehnt nach dem Kriege (1946—1955) entsprechend 72 324 000 Streikende und 630 276 000 Streiktage. Die Zahl der Streikenden und der Streiktage stieg also um mehr als das Dreifache.

Die Wirtschaftskrise von 1957/58 führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Nach den offiziellen, d. h. eindeutig zu niedrig gehaltenen Angaben betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende 1958 in den USA 5 Millionen, in Italien 1 627 000, in Indien 1 107 000, in Japan 570 000, in England 467 000, in Westdeutschland 339 000, in Kanada 312 000 usw.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Lage hat sich bedeutend verstärkt, wodurch anschaulich demonstriert wird, wie absurd die revisionistischen Theorien vom Klassenfrieden, von einer krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus und vom sogenannten „Volkskapitalismus“ sind.

Nur wer vom Haß gegen den Kommunismus und das Proletariat geblendet ist, kann all das nicht sehen und von „Perspektivlosigkeit“ und „Apathie“ in der Arbeiterbewegung reden. Aber gerade das tun die Revisionisten, die von einem Rückgang der Arbeiterbewegung schwatzen, der, wie sie sagen, in der Vergangenheit durch die Tätigkeit der Komintern und heute durch die Haltung der kommunistischen Parteien hervorgerufen sei. In dieser Hinsicht hat die revisionistische Verfälschung der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung wahrlich ungeheuerliche Ausmaße angenommen. Die bürgerlichen Politiker und Ideologen loben die Revisionisten dafür, daß sie die moderne Arbeiterbewegung schwächen und ihre Geschichte entstellen.

Die Revisionisten haben von der Bourgeoisie das abgedroschene Schlagwort von den „Handlangern Moskaus“ übernommen und ernten dafür den Dank ihrer Gönner. So brachte der Jesuitenphilosoph Bochen-ski in der antikommunistischen Bibel der Bourgeoisie, dem „Handbuch des Weltkommunismus“⁴, dem französischen Revisionisten P. Herve seine Sympathien zum Ausdruck. Der amerikanische Spionagechef Edgar Hoover lobte in einer Rede am 16. Juni 1958 in Charleston offen die revisionistischen Renegaten. „Viele ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei, die den Irrtum des Kommunismus begriffen haben“, erklärte er, „leisteten dem Bundesbüro für Aufklärung und der Kommission des Kongresses eine unschätzbare Hilfe im Kampf gegen die Wühltätigkeit, d. h. gegen den Kommunismus.“ Die Erklärung Hoovers bestätigt, daß der Kampf gegen die Partei die Revisionisten logischerweise zu offener Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat und seinen Spionageorganen führt.

Es ist bezeichnend, daß auf dem Londoner „Atlantischen Kongreß“ Anfang Juni dieses Jahres anläßlich des zehnten Gründungstages der NATO eine Art Wettstreit ausgetragen wurde, um eine antikommunistische Hysterie zu entfalten, an dem sich außer den bekannten bür-

⁴ Handbuch des Weltkommunismus, München 1958, S. 177.

gerlichen Politikern, Gelehrten, Diplomaten und Journalisten auch mehrere bekannte Reformisten beteiligten.

Die holländische Bourgeoisie und ihre Partei zeigten rührende Fürsorge für die revisionistische Gruppe um Brandsen. Bei den letzten Parlamentswahlen (März 1959) unterstützten sie äußerst aktiv diese Renegatengruppe, denn sie hofften, mit deren Hilfe der kommunistischen Partei Hollands ihre Parlamentsvertretung zu rauben. Die Arbeiter Hollands entschieden bei den Wahlen jedoch auf ihre Weise: sie gaben ihre Stimme den kommunistischen Kandidaten, und die Kandidaten der revisionistischen Clique fielen durch.

Trotz Unterstützung von seiten der Bourgeoisie und des Staatsapparates gelang es den Revisionisten nicht, eine nennenswerte Zahl von Arbeitern für sich zu gewinnen. Bei der weiteren Entlarvung des verräterischen Wesens des Revisionismus müssen wir den kommunistischen und Arbeiterparteien helfen, seinen Einfluß auf die Arbeiterklasse endgültig zu überwinden.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus und ihre hervorragenden Schüler zeigen in ihren Werken die historische Gesetzmäßigkeit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, ihre unüberwindliche Kraft, ihre Besonderheiten in den einzelnen Ländern.

Wir müssen, indem wir uns auf die Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus und der Fortsetzer ihres Werkes stützen und Dokumente und Tatsachen richtig verallgemeinern, grundlegende Werke über die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder schaffen. Das wird ein vernichtender Schlag für die bürgerlichen und revisionistischen Konzeptionen sein, die die Geschichte des Proletariats und seines Befreiungskampfes entstellen.

Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, die Probleme der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit auszuarbeiten, den einheitlichen Entwicklungsprozeß der Arbeiterklasse mit allen ihren Organisationen — den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen usw. — zu studieren. Wir müssen den Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse erforschen und die Ursachen der Spaltung der Arbeiterbewegung, die konkreten Schuldigen der Spaltung — die Reformisten und Opportunisten aller Nuancen und Schattierungen — entlarven. Wir müssen die schädliche Rolle der opportunistischen Führer, die durch ihre spalterischen Handlungen der Arbeiterklasse aller Länder unbeschreibliches Leid gebracht haben, vor den Völkern enthüllen.

Die kommunistischen Historiker haben mit der Ausarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung ihrer Länder begonnen. Wir hoffen, daß sie die heroische Vergangenheit des Proletariats und seinen gegenwärtigen Kampf, eingedenk der Worte Lenins, daß alle Länder unvermeidlich zum Sozialismus kommen werden, mit großer Eindringlichkeit darstellen werden.

Es muß besonders hervorgehoben werden, wie notwendig es ist, vor

allem die Geschichte der Arbeiterbewegung während des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegsperiode zu studieren. Dann wird noch klarer werden, wie absurd und wissenschaftlich unhaltbar die revisionistischen Erfindungen von einer angeblichen Passivität der Kommunisten und der Arbeiterklasse überhaupt während des Krieges sind.

Bei der Erforschung der wichtigsten Probleme der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung dürfen wir nicht vergessen, Biographien der hervorragenden Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse, für den Kommunismus, der standhaften und ergebnen Revolutionäre, die ihr Leben im Kampf gegen die Feinde des Proletariats gelassen haben, zu schreiben. Man muß auch über die heutigen Führer der Arbeiterbewegung schreiben, die den Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus leiten.

Wir brauchen von internationalen Kollektiven geschaffene historische Werke über aktuelle Fragen der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Insbesondere wäre es nützlich, in den Jahren 1959 bis 1964 ein Lehrbuch der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts vorzubereiten und herauszugeben, wie es auf der Berliner Konferenz im vergangenen Jahr vereinbart wurde und worüber wir der Konferenz eine Konzeption unterbreiten. Zu begrüßen wäre es, wenn wir durch gemeinsame Anstrengungen zum hundertsten Jahrestag der I. Internationale einen Sammelband unter dem Titel „Die I. Internationale und die Arbeiterbewegung der Gegenwart“ herausgeben würden.

In unserer Arbeit zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der Gegenwart müssen wir gegen alle jene kämpfen, die diese Geschichte entstellen, die versuchen, die marxistisch-leninistische Lehre, die Einheit der Arbeiterklasse und das sozialistische Lager zu untergraben.

3. *Über die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus*

Eine der Grundfragen, derentwegen die Marxisten-Leninisten einen heftigen Kampf gegen den Revisionismus führen, ist die Frage der Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieses Problem ist mit der Charakterisierung des modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus verbunden.

Die Marxisten leugnen nicht gewisse Veränderungen in der Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten, sie verwerfen aber entschieden die unwissenschaftlichen Behauptungen der Revisionisten, daß sich das ökonomische Wesen des Kapitalismus radikal gewandelt habe, der moderne bürgerliche Staat über den Klassen stehe, im Kapitalismus eine umfassende staatliche Planung möglich sei, die bürgerliche Nationalisierung sozialistischen Charakter habe usw.

Ohne Zweifel ist zu beobachten, daß in den letzten Jahren die staatsmonopolistischen Tendenzen in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern, wie England, Frankreich, Westdeutschland, Kanada, Italien usw., gewaltig zugenommen haben. Der Anteil des Staates an der

Gesamtsumme der Kapitalinvestitionen schwankt in einer Reihe von Ländern zwischen 14 und 36 Prozent. Besonders groß ist dieser Anteil in Österreich. In den USA gehören dem Staat die Betriebe der Atomindustrie, die Rüstungsfabriken, ein Teil der Eisenbahnen, die großen Wasserkraftwerke, die Kreditinstitutionen usw. In Frankreich ist ein Fünftel der Arbeiter und Angestellten in Betrieben beschäftigt, die dem Staat gehören. Alles das stimmt. Aber welche Schlüsse muß man aus diesen Tatsachen ziehen? Ist das Anwachsen der staatsmonopolistischen Tendenzen für Marxisten überraschend? Keineswegs. Schon 1917 bezeichnete Lenin die Epoche des Imperialismus als „die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus“⁵. Das Gerede der Revisionisten von irgendwelchen prinzipiell neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus entbehrt also jeglicher Grundlage.

Die Revisionisten betrachten die vor sich gegangenen Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft als etwas Grundlegendes, als etwas, das mit einem Hochkommen des Sozialismus im Rahmen des Kapitalismus identisch sei. Sie suchen das Wesen des Staatskapitalismus zu entstellen, indem sie ihn als eine Entwicklungsform der Kräfte des Sozialismus darstellen. So schrieb zum Beispiel vor nicht allzu langer Zeit R. Ratković, ein jugoslawischer Publizist, daß „der Staat der kapitalistischen Klasse das Eigentum an den Produktionsmitteln nimmt“, daß „gleichzeitig mit der Erweiterung des Staatseigentums auch die Klasse der Kapitalisten verschwindet“, und „vom Augenblick an, wo das Staatseigentum aufhört, individuelle Besitzer zu haben, werden seine Interessen in der Gesellschaft von den Vertretern des allgemeinen Besitzers wahrgenommen, von denen, die es in seinem Namen verwalten, von den Funktionären, den Bürokraten“. So stellen die Revisionisten den staatsmonopolistischen Kapitalismus dar, aber die Wirklichkeit entspricht dem nicht.

Schon Ende des vorigen Jahrhunderts entlarvte Engels die betrügerischen Machenschaften der bürgerlichen „Sozialisten“, die jede Form der Verstaatlichung der Produktion als Sozialismus ausgeben wollten. Er schrieb: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staats-

⁵ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 181.

bürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben.“⁶ Engels bewies, daß das Staatseigentum unter kapitalistischen Verhältnissen die revolutionäre Umwälzung nur vorbereitet, keineswegs aber diese revolutionäre Umwälzung bildet.

Unter den Bedingungen der modernen kapitalistischen Gesellschaft ist der staatsmonopolistische Kapitalismus das Produkt des fortschreitenden Prozesses der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, ein Produkt der Bildung von Monopolen, die allmählich die Schlüsselpositionen der Wirtschaft eines Landes an sich reißen und, gestützt auf ihre ökonomische Macht, vom Staat Besitz ergreifen, sich seinen Apparat unterordnen, um unmittelbar in die Wirtschaft des Landes einzugreifen, höchste Profite zu erzielen, günstige Positionen zu gewinnen usw. Alles das hat W. I. Lenin in einer ganzen Reihe seiner Schriften, namentlich in seiner genialen Arbeit „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ zutiefst wissenschaftlich, mit unwiderlegbaren Tatsachen bewiesen. Die heutige Entwicklung des Kapitalismus bestätigt aufs neue die Richtigkeit der Leninschen Theorie vom Imperialismus.

Die Revisionisten, namentlich die amerikanischen, verfälschen Lenins Theorie vom Imperialismus und ignorieren die unwiderlegbaren Tatsachen, sie charakterisieren den modernen Staat als „Staat des allgemeinen Wohlstandes“. So nämlich will Browder in seinem unlängst erschienenen Buch „Marx und Amerika“⁷ den amerikanischen Staat kennzeichnen. Zu diesem Zweck holt er die schon längst zerschlagene und vom Leben widerlegte Theorie von der amerikanischen Ausschließlichkeit hervor und versucht — allerdings vergeblich —, die marxistische Lehre von der absoluten und der relativen Verelendung der Arbeiterklasse zu widerlegen. Browder will insbesondere beweisen, daß „in Amerika das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sich eher in einem hohen Lohn der Arbeiter äußert als in einer Verelendung“⁸. Zweifellos sind die Arbeitslöhne durch historische Bedingungen in den USA höher als in den meisten anderen Ländern. Aber Browder will etwas ganz anderes beweisen. Er sucht das „neue ökonomische Gesetz“ zu entdecken, wonach im amerikanischen kapitalistischen System der Lohn der Werktätigen endlos steige und auf diese Weise eine Gesellschaft des allgemeinen Wohlstandes entstehe.

Die heute in den USA um sich greifende Arbeitslosigkeit ist eine der anschaulichsten Erscheinungsformen des Verelendungsprozesses der Arbeiterklasse, sie widerlegt zugleich voll und ganz Browders revisionistische Hirngespinnste.

Die Revisionisten haben mit ihren Auffassungen von den Veränderungen in der modernen Ökonomik des Imperialismus keinerlei neue

⁶ Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 137.

⁷ E. Browder: Marx and America, New York 1958, S. 146.

⁸ Ebenda, S. 24.

schöpferische Ideen hervorgebracht, sie plappern nur die Mode gewordenen bürgerlichen apologetischen „Theorien“ von einer „zweiten industriellen Revolution“, von einer „regulierten Wirtschaft“ usw. nach.

Die Revisionisten preisen den modernen Kapitalismus und entstellen natürlich die marxistische Theorie von den Klassen und vom Klassenkampf, deren Richtigkeit sich immer wieder erweist. Besonders reiches Material zur Bestätigung der marxistisch-leninistischen Theorie von den Klassen bietet der mehr als vierzigjährige Entwicklungsweg des Sowjetstaates und der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die kommunistischen Parteien verteidigen die grundlegenden Leitsätze der marxistischen Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf und berücksichtigen dabei, daß in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten besondere, spezifische Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen entstehen können, die sich nicht voraussagen lassen. Das bedeutet, daß die Marxisten, ausgehend von den grundlegenden Leitsätzen der Lehre von den Klassen, in jedem konkreten Fall die spezifischen Besonderheiten und Gesetzmäßigkeiten untersuchen müssen, die für die gegebene Situation im Kräfteverhältnis der Klassen charakteristisch sind. Beispiele solch schöpferischen marxistisch-leninistischen Herangehens an die Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen in den kapitalistischen Ländern in der gegenwärtigen Etappe sind die Erklärung der Moskauer Beratung, die Materialien des XXI. Parteitages der KPdSU und der Parteitage der kommunistischen Bruderparteien. Die Erklärung der Moskauer Beratung zeigt eine so wichtige Gesetzmäßigkeit der gegenwärtigen Entwicklung wie die schroffe Zuspitzung der Gegensätze in den kapitalistischen Ländern zwischen den großen monopolistischen Gruppen des Kapitals auf der einen und allen übrigen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft auf der anderen Seite. Dadurch „entstehen objektive Voraussetzungen dafür, daß sich unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Parteien breiteste Bevölkerungsschichten vereinigen zum Kampf für den Frieden, zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, zur Durchführung radikaler Agrarreformen, zum Sturz der Allmacht der Monopole, die an den nationalen Interessen Verrat üben“⁹.

Bei der schöpferischen Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie von den Klassen und vom Klassenkampf widmen die Marxisten-Leninisten dem Kampf gegen die rechtssozialistischen und revisionistischen Angriffe auf diese große Aufmerksamkeit. Unter dem Vorwand, daß die Klassenstruktur der Gesellschaft im modernen Kapitalismus äußerst kompliziert geworden sei, wollen die Reformisten und Revisionisten auf jede Art beweisen, daß der marxistische Begriff der „Klasse“ nicht mehr der Wirklichkeit entspreche. Dabei stellen sie der

⁹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957), Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 18–19.

marxistischen Lehre von den Klassen verschiedene moderne bürgerliche Theorien gegenüber, wie zum Beispiel die Theorie der „sozialen Stratifikation“. Die Verfechter dieser Theorie behaupten, daß sich ein genaueres Bild von der sozialen Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft nicht durch eine Analyse der Klassen ergebe, sondern durch eine Beschreibung der „strates“, d. h. der Schichten. Sie heben hervor, daß an Stelle des von Marx und Lenin analysierten Gegensatzes der beiden Hauptklassen — des Proletariats und der Bourgeoisie — heutzutage sich nur die Mittelschicht entwickle, die beide Klassen absorbiere. Am offensten wird diese Theorie neben den bürgerlichen Soziologen von den Rechtssozialisten vertreten, wie zum Beispiel vom englischen Labourführer C. Crosland und den österreichischen Sozialisten, die diesen Standpunkt in ihrem unlängst angenommenen von Benedikt Kautsky verfaßten Programm niedergelegt haben. Die selben Auffassungen, nur etwas verschleierte, entwickeln einige moderne Revisionisten, wie zum Beispiel Wiatr in Polen, Lukić in Jugoslawien usw.

Die Revisionisten suchen auch das Wesen der Leninschen Definition der Klassen zu fälschen. Ist bei Lenin eins der wesentlichsten Merkmale bei der Entstehung der Klassen die Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln, so sucht der jugoslawische Revisionist Goricar zu beweisen, daß das Hauptmerkmal der Klasse ihre Stellung in der gesellschaftlichen Produktion sei. Diese These verfißt er nur, um eine andere revisionistische These durchzuschmuggeln, nämlich jene, daß in modernen Staatskapitalismus die Hauptrolle in der Produktion nicht die Bourgeoisie spiele, sondern der Staat und sein bürokratischer Apparat. Das bedeute, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht die Bourgeoisie ausbeute, sondern die Bürokratie. Den Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie ersetzt er also durch Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der „ökonomisch-politischen“ Bürokratie. Der täglich heftiger werdende Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den Ländern des Kapitals widerlegt am treuesten diese revisionistischen Erfindungen.

Die Behauptungen der Revisionisten, der Kapitalismus mache eine zweite industrielle Revolution durch, die zunehmenden staatsmonopolistischen Tendenzen und die Nationalisierung verschiedener Industriezweige seien gleichbedeutend mit der Errichtung des Sozialismus, das von Marx entdeckte Gesetz der relativen und der absoluten Verelendung habe aufgehört zu wirken, die bürgerlichen Staaten würden sich unter dem Einfluß aller dieser Veränderungen in Staaten des „allgemeinen Wohlstandes“ verwandeln, sind nur eine Wiederholung der vom Leben verworfenen Theorien eines Streci (vgl. sein Buch: Der moderne Kapitalismus) und eines Benedikt Kautsky (vgl. das Programm der Sozialistischen Partei Österreichs).

In der ersten und besonders in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus haben sich die Beziehungen zwischen den Klassen und innerhalb der einzelnen Klassen aller Länder der Welt sich

bar gewandelt. Die Revisionisten versuchen diese Tatsache so zu interpretieren, als ob diese Veränderungen die marxistisch-leninistische Theorie der Klassen und des Klassenkampfes nicht bestätigen, sondern ganz und gar widerlegen würden. Der italienische Revisionist Giolitti und seine Anhänger erklärten, daß die treibende Kraft der Geschichte nicht der Klassenkampf sei, wie es der Marxismus-Leninismus lehrt und das Leben selbst bestätigt, sondern der technische Fortschritt. Deshalb, so behauptete ein anderer Revisionist, nämlich Imre Nagy, gehöre im Zeitalter der Atomenergie nicht der Arbeiterklasse, sondern der Intelligenz die entscheidende Rolle in der Gesellschaft. Einzelne Revisionisten versteigen sich dazu, die Bourgeoisie in zwei selbständige Klassen zu teilen – in eine Klasse der liberalen Bourgeoisie und eine andere der reaktionären Bourgeoisie. Die Revisionisten plappern hier nur die alte bürgerliche Theorie der Technokratie nach, die in der UdSSR einst von der konterrevolutionären Organisation der „Industriepartei“ unterstützt wurde.

Wir müssen die revisionistischen Entstellungen der marxistisch-leninistischen Theorie von den Klassen und vom Klassenkampf überzeugend widerlegen und diese Theorie in unseren historischen Forschungsarbeiten konsequent anwenden.

In engem Zusammenhang mit den sozialen und ökonomischen Besonderheiten des Nachkriegskapitalismus und mit der Frage des Kampfes und des Wettstreits der beiden Weltsysteme studierten und studieren die Marxisten-Leninisten in den letzten fünfzehn Jahren eingehend die Frage nach den Wegen des Übergangs der einzelnen Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus.

W. I. Lenin kam bei der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie der sozialistischen Revolution zu dem Schluß, daß die Kette des Imperialismus zunächst in einigen oder in einem einzigen Land reißen kann. Der gleichzeitige Sieg des Sozialismus in der Mehrzahl der Länder wurde unmöglich angesichts der immer größer werdenden Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und der Sieg der sozialistischen Revolution in den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens sind ein wahrer Triumph der marxistisch-leninistischen Theorie der sozialistischen Revolution.

Die Praxis der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und die mehr als vierzigjährigen Erfahrungen der sozialistischen Revolution und der Existenz der Diktatur des Proletariats machten es notwendig, die marxistisch-leninistische Theorie der sozialistischen Revolution weiterzuentwickeln.

Glänzende Beispiele solch schöpferischen Herangehens an die marxistische Theorie sind der XX. und XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die einen neuen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie der sozialistischen Revolution leisteten. Die Parteitage berücksichtigten die welthistorischen Veränderungen in der internationalen Lage, die darin bestehen, daß der Sozialismus den Rah-

men eines einzelnen Landes überschritten und sich in ein Weltsystem verwandelt hat. Sie unterstrichen die Allgemeingültigkeit der wichtigsten Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und stellten zugleich fest, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern heute noch vielfältiger sein können und auch der parlamentarische Weg möglich ist. Hierbei muß man betonen, daß unabhängig davon, ob die Revolution friedlich oder nicht friedlich ist, sie stets das Ergebnis des revolutionären Klassenkampfes und von tiefen sozialen Umwälzungen begleitet sein muß. Eine unabdingbare Voraussetzung der Revolution sind die Diktatur des Proletariats und die Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei.

Dieses neue Herangehen an die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution hat das marxistische theoretische Denken bereichert. Jede kommunistische Partei begann, entsprechend den konkreten Verhältnissen ihres Landes und den historischen Lebensbedingungen ihres Volkes, die Probleme des Übergangs zum Sozialismus auszuarbeiten. Hierbei betonten die Kommunisten aller Länder ständig ihre Treue zu den grundlegenden Prinzipien der marxistisch-leninistischen Theorie der sozialistischen Revolution. Sie gehen davon aus, daß die konkreten Besonderheiten der Geschichte der einzelnen Länder die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution nicht aufheben, sondern nur ihre Eigenart und ihre besonderen Erscheinungsformen bestimmen.

Eine diametral entgegengesetzte Haltung nehmen in dieser Frage die Revisionisten, die in den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder auftraten, ein. Sie reden von radikalen Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft, übertreiben die nationalen und historischen Besonderheiten in der Entwicklung der verschiedenen Länder und leugnen faktisch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution. Sie verabsolutieren den friedlichen Übergang zum Sozialismus und identifizieren ihn mit einem evolutionären Prozeß. So behauptete zum Beispiel der amerikanische Revisionist Gates, daß der Kampf der Arbeiterklasse der USA ausschließlich evolutionären Charakter haben und zu einer „Transformation“ des Kapitalismus in den Sozialismus führen werde. Eine ähnliche Stellung bezog der französische Revisionist Herve, der in seiner Broschüre „Revolution und Fetische“ verkündete, daß es notwendig sei, den Sozialismus an „die Forderungen und an die Transformierung der Zeit“ anzupassen, worunter die allmähliche Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus durch Reformen und soziale Zusammenarbeit zu verstehen ist. Die gleiche Position bezieht auch der italienische Revisionist Giolitti in seinem Buch „Reform und Revolution“.

Ausgehend von der falschen These, daß der moderne Kapitalismus sein Wesen radikal geändert habe, betrachten die Revisionisten den friedlichen, den parlamentarischen Weg zur Erköpfung der Macht, den sie im Geiste des alten Reformismus interpretieren, als den einzigen möglichen Weg des Übergangs zum Sozialismus. Sie beziehen die Posi-

tion der längst widerlegten Theorien der Austromarxisten Otto Bauer und Karl Renner und behaupten wie sie, daß die gewaltsame Eroberung der Macht und die Diktatur des Proletariats lediglich in wirtschaftlich rückständigen Ländern mit schwach entwickelter Demokratie möglich seien.

Die revisionistischen Angriffe auf die marxistisch-leninistische Theorie der sozialistischen Revolution erhielten von den kommunistischen Parteien aller Länder eine entschiedene Abfuhr. „Wir Kommunisten“, schrieb der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, „sind nicht Anhänger der Gewalt um der Gewalt willen, wir suchen stets einen weniger schmerzhaften Weg der sozialistischen Entwicklung. Wir wissen, daß heute, wo der Sozialismus so viele Siege in der Welt errungen hat, die Möglichkeiten weniger schmerzhafter Entwicklung viel größer sind, als sie gestern waren. Aber all das bedeutet keineswegs, daß wir die Möglichkeit erbitterter Klassengefechte ausschließen können, denn vor uns steht ein hartnäckiger und tückischer Feind, der zu allem fähig ist, der sich weder betrügen, noch einschläfern läßt.“¹⁰

Vor uns kommunistischen Historikern steht die Aufgabe, die in der Ökonomik und in der Klassenstruktur des kapitalistischen Weltsystems vor sich gehenden Prozesse gründlicher als bisher zu studieren. Das wird uns in die Lage versetzen, die Apologeten des modernen Imperialismus, die Reformisten und die Revisionisten, besser zu entlarven.

Zehn Jahre schon existiert das sozialistische Weltsystem. Viele historische Erfahrungen sind gesammelt worden, aber die Geschichte der Gründung und der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems ist noch nicht geschrieben. Diese Aufgabe zu lösen sind vor allem die Institute für Marxismus-Leninismus und die Institute und Kommissionen für Parteigeschichte berufen.

Die Stärke der KPdSU und der brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien besteht vor allem in ihrer ehernen Einheit und Geschlossenheit auf der Grundlage der ewig lebendigen und unablässig sich entwickelnden revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus, in ihrer engen Verbindung mit der Arbeiterklasse und deren treuem Bundesgenossen, der werktätigen Bauernschaft, in ihrem selbstlosen Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach kommunistischen Prinzipien.

Der Weg des heldenhaften Kampfes für die revolutionäre Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische, den die marxistisch-leninistischen Parteien gewählt haben, ist durch den Sieg der sozialistischen Revolution in der UdSSR und danach in den volksdemokratischen Ländern, durch den völligen und endgültigen Sieg des Sozialismus in der UdSSR und durch die Bildung des sozialistischen Weltsystems gekrönt worden.

¹⁰ Palmiro Togliatti: Die Realität der Tatsachen und unsere Wirklichkeit sind gegen verantwortungslosen Defätismus. In: Der Kommunist (Moskau), 1956, Nr. 12, S. 103.

Die sozialdemokratischen Parteien, die den Marxismus längst verraten haben, und die modernen Revisionisten, die sich immer noch Kommunisten nennen, versuchen die Arbeiterklasse auf einen reformistischen Weg zu zerren, auf den Weg der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Es gibt aber keinen besseren Lehrer als das Leben. In einer Reihe von kapitalistischen Ländern kamen Sozialdemokraten wiederholt zur Macht, und in einigen kapitalistischen Ländern stehen sie auch heute an der Spitze der Regierung oder gehören ihr an. In diesen Ländern blieb aber das kapitalistische System mit seinem Apparat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Unterjochung der Werktätigen nach wie vor unberührt. Das Proletariat der kapitalistischen Länder überzeugt sich durch eigene Erfahrung, daß die wichtigste Ursache für diese Lage der Verrat der sozialdemokratischen Führer am Marxismus, an der Sache der Arbeiterklasse, ihre opportunistische Praxis ist. Die Arbeiterklasse der bürgerlichen Länder fühlt die zunehmende kapitalistische Unterdrückung und sieht die Erfolge des Sozialismus in der UdSSR und in den volksdemokratischen Ländern, und sie wendet sich immer häufiger von den rechten Sozialdemokraten und den modernen Revisionisten ab. Sie schließt sich immer enger um das Banner ihrer kommunistischen Parteien, die gegen die Allmacht der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus kämpfen, zusammen.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß die Geschichte der einzelnen kommunistischen Parteien, die Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung von außerordentlicher Bedeutung für die Erziehung der Mitglieder der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und überhaupt der breiten Schichten der Werktätigen in revolutionärem Geiste, im Geiste des proletarischen Internationalismus ist. Die Kenntnis dieser Geschichte hilft ihnen, besser zu verstehen, wie die Parteien und die Arbeiterklasse aller Länder in der gegenwärtigen Etappe die vor ihnen stehenden Aufgaben lösen.

Das verpflichtet uns, Werke über die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterparteien, über die Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu schaffen, die die unüberwindliche Kraft der Ideen des Marxismus-Leninismus, die große organisierende Kraft der marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt zeigen und die verräterische Politik und Praxis der rechten Sozialdemokraten und der modernen Revisionisten entlarven.

Gestatten Sie mir, die Überzeugung auszudrücken, daß die vor uns stehenden Aufgaben erfolgreich gelöst werden, daß die Geschichtswissenschaft bis zu unserer nächsten Konferenz um neue wertvolle Geschichtswerke bereichert wird, die unserer Epoche, der Epoche des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, würdig sind.

Traditionen des Kampfes westdeutscher Arbeiter für die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946)*

Die wichtigste Aufgabe, die heute vor der internationalen Arbeiterbewegung steht, ist der Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens, der heute durch den in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Militarismus am ernstesten bedroht wird. In diesem Kampf trägt die deutsche Arbeiterklasse eine besonders große Verantwortung. Grundvoraussetzung für die Lösung der nationalen Grundfrage — die Sicherung des Friedens und die Bändigung des deutschen Militarismus — ist die Schaffung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse auf dem Boden einer konsequenten Arbeiterpolitik.

Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau vom November 1957, die die Erfahrungen aller marxistisch-leninistischen Parteien wissenschaftlich exakt verallgemeinert hat, betonte, daß die ideologischen Differenzen, die zwischen den kommunistischen und sozialistischen Parteien bestehen, kein Hindernis für die Herstellung der Aktionseinheit in vielen aktuellen Fragen der modernen Arbeiterbewegung sein dürfen.¹

Wenn die deutschen Arbeiter gemeinsam gegen die imperialistische Politik des deutschen Monopolkapitals für die Erhaltung des Friedens auftreten, sind sie imstande, alle patriotischen Volkskräfte zu einigen und die mörderischen Pläne der deutschen Militaristen zu vereiteln. In diesem gegenwärtigen Ringen gilt es an alle Traditionen des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse anzuknüpfen. Zu diesen Traditionen gehört nicht nur das gemeinsame Handeln sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter während des Kapp-Putsches 1920, während des Generalstreiks gegen Cuno 1923 und in der Widerstandsbewegung gegen den deutschen Faschismus. Dazu gehört vor allem auch der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse nach 1945, ein Kampf, der unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands bei sehr schwierigen Bedingungen auch in Westdeutschland geführt wurde.^{1a} Er beweist, daß der Wille der Arbeiterklasse zur Einheit

* Vorliegender Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrages, der auf der wissenschaftlichen Konferenz über die Bedeutung der Geschichte der DDR, die vom 18. bis 20. September 1959 in Berlin stattfand, gehalten wurde.

¹ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau, 14. bis 16. November 1957), Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 20-21.

^{1a} Vgl. hierzu Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 290 ff.

1945/46 in Westdeutschland nicht weniger stark als in Ostdeutschland war. Nur mit äußerst undemokratischen Mitteln gelang es den in- und ausländischen Imperialisten mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer, das Einheitsstreben der Arbeiter allmählich zurückzudrängen, jedoch nie völlig zu ersticken.

Bei aller Gemeinsamkeit der Grundaufgaben müssen wir allerdings die Unterschiede berücksichtigen, die zwischen den damals zu lösenden Aufgaben und unserem heutigen Kampf bestehen; Unterschiede, die sich vor allem aus der veränderten Situation ergeben. 1945/46 war in ganz Deutschland der faschistische Staatsapparat zerschlagen, und es ging um die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Heute geht es in Westdeutschland um die Überwindung des wiedererstandenen und zu einer Gefahr für die ganze Menschheit gewordenen deutschen Militarismus. Damals wurde sehr bald die organisatorische Vereinigung der beiden großen deutschen Arbeiterparteien aktuell. Heute geht es nicht um die Vereinigung der Arbeiterparteien, sondern darum, daß sie ihre Anstrengungen gegen die tödliche Gefahr vereinen, die das Leben unseres Volkes bedroht. Dabei haben alle Friedenskräfte in Deutschland infolge der grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, das heißt infolge der Existenz eines starken sozialistischen Weltlagers, dem der erste deutsche Staat der Arbeiter und Bauern, die DDR, angehört, einen günstigeren Stand als je zuvor. In der Deutschen Demokratischen Republik haben die westdeutschen Arbeiter stets das lebendige Beispiel vor Augen, was die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit allen übrigen Werktätigen zu leisten vermag. Damals wie heute steht jedoch in Westdeutschland noch die gleiche „geschichtliche Aufgabe, den räuberischen deutschen Imperialismus, der Deutschland zweimal in die Katastrophe gestürzt hatte, mit der Wurzel auszurotten und die Grundlagen eines friedlichen, demokratischen Deutschland zu errichten“².

Genau wie in der sowjetischen Besatzungszone war auch in den Westzonen mit der militärischen Zerschlagung des Faschismus 1945 der Weg für eine demokratische und friedliche Entwicklung Deutschlands möglich geworden. Die Hauptkraft im Kampf um die restlose Entmachtung des deutschen Imperialismus, für eine echte Demokratisierung und eine friedvolle Zukunft war auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse. Ihr Vortrupp, die KPD, entwickelte in ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 das Programm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat und zog die entscheidenden Lehren aus der Entwicklung Deutschlands von 1918 bis 1945.

Die wichtigste dieser Lehren hieß: „Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes.“

Das Programm der KPD vom 11. Juni wurde zur Grundlage der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, zur Basis einer festen Einheit aller demokratischen Kräfte. Es entsprach auch

² Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1170.

völlig den Bedingungen in den Westzonen.³ Seine antifaschistisch-demokratische Zielsetzung bot auch dort die reale Möglichkeit, eine einheitliche Volksbewegung gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Demokratie zu schaffen. Die Erfüllung des Programms der KPD, die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, erforderte, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden. Nur die einzig handelnde Arbeiterklasse konnte zum Zentrum und zur führenden Kraft eines breiten antifaschistischen Blockes werden.

Diese Erkenntnis, von der KPD bereits in den Jahren des Faschismus, vor allem auf ihren Konferenzen von Brüssel und Bern erarbeitet und propagiert, wurde 1945 in die Arbeiterklasse und in die Massen des Volkes getragen. Schon im April und Mai 1945 begannen auf Initiative der KPD kommunistische Gewerkschafter gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Klassengenossen in vielen westdeutschen Großstädten, zum Beispiel in Hamburg, Bremen, Gelsenkirchen, Stuttgart, München, Organisationen eines einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbundes aufzubauen, um jede gewerkschaftliche Zersplitterung zu vermeiden.⁴ Diese Anfänge wurden zwar von den imperialistischen Besatzungsmächten in vielfältiger Weise unterdrückt, so daß es den Imperialisten gelang, eine einheitliche gesamtdeutsche Gewerkschaftsbewegung zu verhindern. Doch wenn selbst in den Westzonen die Feinde der Arbeiterbewegung nicht vermochten, die alte Zersplitterung der Gewerkschafts-

³ Vgl. Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1244.

⁴ Mitte April gründeten Kommunisten vom Zentrum Gelsenkirchen-Buer aus Organisationen des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Im Mai gründeten in Alsdorf bei Aachen Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“. (Vgl. Ruhrzeitung vom 26. Mai 1945.) In München trat im Mai ein Ausschuß zusammen, über dessen Tätigkeit es in einem Dokument der USA-Militärregierung in Deutschland unter anderem heißt: „Der Ausschuß . . ., dessen Mitglieder einmal als Funktionäre rivalisierenden gewerkschaftlichen Lagern angehört hatten, machte bei der Ausarbeitung organisatorischer Pläne für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung rasche Fortschritte.“ Die Zulassung der vorbereiteten Organisation wurde bei der USA-Militärregierung für Bayern beantragt, doch der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, eine solche Organisation „von oben“ widerspreche den demokratischen Verfahrensregeln. (Vgl. George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland [1945 bis 1950], Berlin 1958, S. 42-43.) Den Hamburger Arbeitern, die „von unten“ mit dem Aufbau ihrer Gewerkschaftsorganisationen begannen, erging es nicht anders. Am 11. Mai wurde die Zulassung ihrer in brüderlicher Einheit geschaffenen neuen Gewerkschaften von der britischen Militärregierung abgelehnt. (Vgl. F. Spliedt: Die Gewerkschaften, Entwicklung und Erfolge, Wiederaufbau seit 1945, Hamburg 1948, S. 88 ff.) Am 11. Mai wurde in Stuttgart der „Württembergische Gewerkschaftsbund“ gegründet. Er bestand zunächst aus etwa 50 ehemaligen Funktionären aller früheren Gewerkschaftsrichtungen. „Alle waren von dem Gedanken beseelt, künftig jede gewerkschaftliche Zersplitterung zu vermeiden.“ (Bericht der provisorischen Gewerkschaftsleitungen über den Aufbau der württembergischen und badischen Gewerkschaften vom Mai 1945 bis August 1946, Stuttgart 1946, S. 7.) In Bremen wurde im Februar 1946 der Zentrale Betriebsausschuß für ganz Bremen, der „25er-Ausschuß“, durch die amerikanische Besatzungsmacht aufgelöst, nachdem die kommunistischen Mitglieder dieses Ausschusses von den Arbeitern bevorzugt als Referenten angefordert worden waren.

bewegung in einzelne Richtungen wiederaufleben zu lassen, so ist das nicht zuletzt diesen ersten Anstrengungen der kommunistischen und der mit ihnen zusammenarbeitenden sozialdemokratischen Gewerkschafter zu danken.

Die brüderliche Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten begann im Kampf um die Sicherung der nackten Existenz. Überall, wo sie — getreu ihrem in faschistischen Kerkern abgelegten Gelöbnis — zusammenarbeiteten, rissen sie mit ihrem Elan die übrigen Werktätigen mit. Es ging zunächst darum, durch die Ingangsetzung der Volkswirtschaft und die Wiederherstellung der elementaren Lebensbedingungen Millionen Menschenleben zu retten.

In Hamburg zum Beispiel entwickelten führende Vertreter beider Arbeiterparteien schon im Juni 1945 ein entsprechendes gemeinsames Programm. Darin heißt es unter anderem: „Die blutige Lehre der 12jährigen Hitlerdiktatur... heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: Einigkeit, Einheit! Und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!“⁵ Der gleichzeitig gebildete gemeinsame Aktionsausschuß verpflichtete sich unterschriftlich, die dringendsten Maßnahmen gegen Hunger, Kälte, Seuchen und Wohnungsnot, für die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, die Enteignung der Kriegsverbrecher und die Sicherung der sozialen Rechte der Werktätigen sofort durchzuführen.

Im Kampf um die Lösung dieser Aufgaben wuchsen Klassenbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Hamburger Arbeiter. Schon wenige Wochen später, am 20. August, konnte derselbe Aktionsausschuß in einem Flugblatt feststellen, daß es der eindeutige Massenwille des Hamburger Proletariats sei, dem brüderlichen Verhältnis der Anhänger beider Parteien zueinander auch möglichst bald durch den organisatorischen Zusammenschluß beider Parteien gerecht zu werden.⁶

So wie in Hamburg nahmen auch in anderen westdeutschen Städten die Arbeiter gemeinsam den Kampf gegen die materiellen und geistigen Trümmer des Faschismus auf. Sie forderten unüberhörbar die Säuberung aller Behörden und Verwaltungen von Faschisten und die Besetzung der leitenden Stellen mit einwandfrei demokratischen Kräften.⁷ Diesem Druck von unten ist es zu danken, daß 1945/46 in verschiedene Selbstverwaltungsorgane, bis zu den Länderregierungen hinauf, auch Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse berufen wurden. So gab es 1945 in Bremen kommunistische und sozialdemokratische Senatoren, die auch auf Betriebsrätevollversammlungen als Referenten auftraten. In vielen Orten Nordrhein-Westfalens arbeiteten kommunistische und sozialdemokratische Kommunalpolitiker gut zusammen. In Essen wurde Anfang 1946 Heinz Renner (KPD) Oberbürgermeister. In Neustadt im Odenwald gab es nach Kriegsende jahrelang nur kommunistische Bürgermeister. In der im Oktober 1945 gebildeten bayerischen Regierung

⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 73.

⁶ Vgl. ebenda, S. 112.

⁷ Vgl. ebenda, S. 118, 135, 173, 189.

waren zwei Kommunisten, davon ein Mitglied der Münchener Aktionsgemeinschaft KPD/SPD, vertreten.⁸ In der hessischen Regierung wirkten zur gleichen Zeit der damals für die Arbeitereinheit eintretende Sozialdemokrat Hans Vennedey als Innenminister und der Kommunist Oskar Müller als Arbeitsminister.⁹

Doch während in der sowjetischen Besatzungszone die Selbstverwaltungsorgane systematisch von allen reaktionären Elementen gereinigt wurden, verdrängten in Westdeutschland die militaristischen und faschistischen Kräfte mit Hilfe einer skrupellosen antikommunistischen Hetze und Verleumdung nach und nach alle ehrlichen Antifaschisten, die sie infolge des Drucks der Massen zunächst nicht hatten ganz ausschalten können. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß heute in den Westzonen die Naziblutrichter das Justizwesen, Nazi-Diplomaten die Außenpolitik, Antikomintern-Spezialisten die öffentliche Meinung und faschistische Generale die Bonner NATO-Armee beherrschen.

In den Betrieben organisierten von Anfang an Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter gemeinsam die Friedensproduktion und kämpften für die Entfernung der Nazis und Kriegsverbrecher aus leitenden Positionen. KPD- und SPD-Betriebsgruppen stellten häufig gemeinsame Listen zu Betriebsrätewahlen auf. Es wurden überwiegend solche Betriebsräte gewählt, die für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse eintraten.¹⁰

Die Arbeiter stellten die gleichen Forderungen, deren Verwirklichung in der sowjetischen Besatzungszone bereits begonnen worden war. Auf einer großen Betriebsrätekonferenz aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes am 14. November 1945 in Bochum wurde ein 25er-Ausschuß zur Verwirklichung der einstimmig angenommenen Entschließung gebildet, in der es unter anderem hieß: „Die Bergarbeiter wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre die Geldgeber der NSDAP waren ..., daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben ... Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung.“¹¹ Ebenso nachdrücklich wurden die Enteignung der Großgrundbesitzer sowie die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gefordert und stellenweise ihre Durchführung begonnen.¹²

In diesen Kämpfen festigte sich überall die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Aktionsausschüsse, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten wie in Hamburg zusammenarbeiteten, gab es im Sommer und Herbst 1945 in Bremen, Braunschweig, Essen, Frankfurt (Main), Wiesbaden, München, Nürnberg, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Offen-

⁸ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1955, Heft 104, Sp. 8163.

⁹ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1957, Heft 137, Sp. 85.

¹⁰ Vgl. Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1195.

¹¹ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 267.

¹² Vgl. ebenda, S. 33*.

burg, Freiburg, Konstanz und vielen anderen Städten. Sie wandten sich mit Aufrufen und Programmen an alle Arbeiter und Werktätigen, in denen unmißverständlich ausgesprochen wurde, daß allein die Überwindung der politischen und gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiterklasse den demokratischen Neuaufbau garantieren könne.

In München war der Drang der sozialdemokratischen Mitglieder-massen zur Aktionseinheit so stark, daß seit Mitte Juni 1945 führende Vertreter der SPD gezwungen waren, auf der Grundlage des Aufrufs der KPD vom 11. Juni mit den Funktionären der KPD zusammenzuarbeiten. Am 8. August wurde eine Vereinbarung zur Aktionsgemeinschaft getroffen, in der unter anderem festgestellt wurde: „Die Arbeiterparteien sind sich, unbeschadet noch vorhandener verschiedenartiger Auffassungen..., einig in dem Willen, die gegenwärtig notwendigen Schritte gemeinsam zu gehen...“¹³

Dieses Beispiel der Münchener Kommunisten und Sozialdemokraten fand in ganz Bayern begeisterte Zustimmung und Nachahmung. So richteten Kommunisten und Sozialdemokraten aus Dachau achtzehn Tage später gemeinsam ein Schreiben an die Unterzeichner der Münchener Aktionsvereinbarungen, in dem es unter anderem heißt: „Wir sehen in der Schaffung dieser Aktionsgemeinschaft eine der Voraussetzungen, die nötig sind, um den... Faschismus restlos zu liquidieren, den Militarismus auszurotten... und alle Probleme zu lösen, die jetzt und in der nächsten Zukunft vor dem deutschen Volke stehen... In Dachau selbst... wurde diese Aktionsgemeinschaft dokumentiert und organisatorisch untermauert durch die Schaffung eines antifaschistischen Aktionsausschusses mit 17 Unterausschüssen, welche... bereits eine erfolgreiche Tätigkeit in der Richtung der Beschlüsse der Münchener Aktionsgemeinschaft entfalten konnten.“¹⁴

Die im September 1945 geschaffenen gemeinsamen Aktionsausschüsse von KPD und SPD in Frankfurt (Main) und Braunschweig riefen alle lokalen Organisationen beider Parteien auf, in ihrem Tätigkeitsbereich ebenfalls gemeinsame Ausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im bezirklichen und zentralen Maßstab geschah.¹⁵ Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß derartige Anweisungen der Gebietsleitungen beider Arbeiterparteien auch verwirklicht wurden.¹⁶

In manchen Orten Westdeutschlands war den Arbeitern die Vereinigung ihrer Kräfte so selbstverständlich, daß sie nur eine Arbeiterpartei wiedergründeten. Diese meist dem ehrlichen Drang nach Einheit entspringende Handlungsweise entsprach jedoch nicht den realen Bedingungen und stand auch im Widerspruch zu den Vereinbarungen zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD vom 19. Juni 1945. Die Einheitspartei konnte nur aus der Aktionsein-

¹³ Ebenda, S. 98.

¹⁴ Ebenda, S. 117-118.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 134-135, 180-181.

¹⁶ Vgl. z. B. Deutsche Volkszeitung (Berlin) vom 25. Januar 1946.

heit hervorwachsen. Nur im gemeinsamen Kampf um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung konnten die erforderliche ideologische Klarheit erzielt und das politische Fundament für eine marxistische Einheitspartei gelegt werden. Deshalb wurden diese übereilt gebildeten Einheitsparteien größtenteils bald in Parteiorganisationen der KPD und SPD umgebildet. Nicht selten unterstützten Kommunisten ihre sozialdemokratischen Genossen beim Aufbau der Parteiorganisationen der SPD. In einem Bericht aus dem Ruhrgebiet heißt es beispielsweise: „Im Juli des Jahres 1945 bestand noch keine Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei. Die Funktionäre und Mitglieder der SPD schlossen sich den bedeutend aktiveren Kommunisten auf das engste an . . . In Westernkotten ist die SPD erst durch Unterstützung unserer Partei (das heißt der KPD. — K. W.) aufgebaut worden . . . Ähnlich liegen die Verhältnisse in Gescher (Textilindustrie, etwa 7000 Einwohner). Das Verhältnis zwischen beiden Parteien ist sehr gut.“¹⁷

Der Wille der Arbeiter zur Aktionseinheit war so stark, daß sich ihm auch manche reformistischen Führer der SPD nicht zu widersetzen wagten. So erklärte der Vorsitzende der SPD in Hessen, Willi Knothe, im September 1945 unter dem Beifall der Mitgliedschaft in bezug auf die KPD: „Wir arbeiten zusammen, was uns eint, ist stärker, als was uns trennt.“¹⁸ Das Programm der Aktionsgemeinschaft von KPD und SPD in München wurde von den späteren Ministern Wilhelm Hoegner und Albert Roßhaupter mitunterzeichnet.¹⁹ Von diesen Reformisten wäre ein Programm, das so offensichtlich vom Geist des Juni-Aufrufs des ZK der KPD erfüllt war, niemals unterschrieben worden, wenn sie nicht hätten befürchten müssen, bei Ablehnung jeglichen Einfluß auf die nach Aktionseinheit strebende Mitgliedschaft der SPD zu verlieren. Das klare Bekenntnis sozialdemokratischer Mitglieder zur Politik des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD, wie es im Münchener Aufruf zum Ausdruck kam, findet sich auch in Aktionsvereinbarungen von Kommunisten und Sozialdemokraten anderer großer westdeutscher Städte.

In Konstanz fand am 18. August 1945 eine Konferenz beider Arbeiterparteien statt. Die Delegierten nahmen den wörtlich verlesenen Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni als Grundlage für die weitere Zusammenarbeit an.²⁰ Und in der Vereinbarung der Braunschweiger Sozialdemokraten und Kommunisten vom 21. September heißt es ausdrücklich, daß sie „auf der Grundlage der Vereinbarungen zwischen dem ZK der KPD und dem ZA der SPD vom 19. Juni beschlossen“ wurde.²¹ In vielen anderen Programmen und Aufrufen von gemeinsamen Aktionsausschüssen, die sich zwar nicht wörtlich auf die Verein-

¹⁷ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekört IML-Archiv), Akte 02 05 06.

¹⁸ Frankfurter Rundschau vom 19. September 1945.

¹⁹ Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD, München o. J., S. 11-16, 49, 50.

²⁰ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1957, Heft 135, Sp. 81.

²¹ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 180.

barung vom 19. Juni berufen, liegt doch die inhaltliche Übereinstimmung mit ihr zutage.

Alle diese Aktionsprogramme stehen im klaren Gegensatz zu dem im Sommer 1945 von Dr. Kurt Schumacher ausgearbeiteten Aufruf, in dem in demagogischer Weise der Sozialismus als Tagesaufgabe proklamiert wurde²² und mit dem die Reformisten die Arbeiterklasse zu verwirren und von den tatsächlichen Aufgaben abzulenken suchten. In den von Kommunisten und Sozialdemokraten 1945 gemeinsam verfaßten Aktionsprogrammen und Aufrufen wurde ausdrücklich erklärt — bzw. ergab sich klar aus der Aufgabenstellung —, daß es nicht um den Sozialismus als Tagesaufgabe, sondern um die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, um den Aufbau einer demokratischen Republik ging. So stellte beispielsweise der Einheitsausschuß der KPD und SPD in Wiesbaden in seinem Aufruf vom 1. Oktober 1945 fest: „Wenn man die ideologische Verwirrung großer Teile des deutschen Volkes berücksichtigt, ist es ganz klar, daß die Einführung des Sozialismus unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht möglich ist.“²³

Die zeitgenössischen Dokumente beweisen, daß die westdeutschen Kommunisten und Sozialdemokraten damals im ZK der KPD und im ZA der SPD ihre Parteiführungen sahen und der zwischen ihnen vereinbarten politischen Linie zustimmten. Die beiden großen deutschen Arbeiterparteien waren im Sommer und Herbst 1945 in ganz Deutschland auf dem Wege zur Einheit der Arbeiterklasse. Auch in Westdeutschland bestanden die Bedingungen für die Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter der Hegemonie des Proletariats. Die einig und entschlossen auftretende Arbeiterklasse hätte die Pläne der in- und ausländischen Imperialisten, Deutschland zu einem Bollwerk gegen die demokratische Bewegung in Europa und zum Aufmarschgebiet gegen das entstehende sozialistische Lager zu machen, ein für allemal durchkreuzen können.

Gerade angesichts dieser realen Möglichkeiten einer fortschrittlichen Entwicklung in ganz Deutschland wurden die rechten sozialdemokratischen Führer um Dr. Schumacher im Herbst 1945 von jenen Kräften mit allen Mitteln aktiviert, die ein Deutschland unter militaristischer Herrschaft brauchten. Ihnen wurden Zeitungen, Papier, Druckereien, Rundfunkstationen, Geld, Care-Pakete und andere Mittel zur Verfügung gestellt. Sie konnten auch mit Hilfe amerikanischer Dienststellen ungehindert Zonengrenzen passieren. „Die imperialistischen Westmächte setzten alles daran, um die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und ihren am Boden liegenden deutschen Geschäftsfreunden unter die Arme zu greifen. Eine verstärkte Unterdrückung der Einheitsbewegung durch die westlichen Besatzungsmächte setzte ein... Trotzdem vermochten die westlichen Besatzungsmächte die Einheit nur zu verhindern, weil ihnen die Führung der SPD Beistand leistete und

²² Vgl. Turmwächter der Demokratie, Bd. II, Berlin 1953, S. 36-39.

²³ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 203-204.

sie sogar in ihrer Hetze gegen die sowjetische Besatzungszone und den im Osten beginnenden Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu übertreffen suchte.“²⁴ Diese Tatsachen lassen sich auch nicht durch solche demagogischen Erklärungen abschwächen, wie sie Schumacher auf dem Parteitag der SPD 1946 in Hannover abgab, wo er erklärte: „Wir sind bisher ja eigentlich im Grundsätzlichen noch Funktionäre der Politik der Besatzungsbehörden.“²⁵

Die reformistischen Kräfte in der SPD schlossen sich im Oktober 1945 auf einer antikommunistischen Plattform zusammen und begannen bereits damals den für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvollen „Zweifrontenkrieg“, der in Wirklichkeit nur gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtet ist und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus begünstigte. Schumacher setzte ihm ergebene Führer wie Wehner, Brauer, von Knoeringen und andere als Beauftragte für die einzelnen Länder und in andere wichtige Funktionen ein. Diese übten dann mit ihrer Politik der Spaltung, der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Westorientierung einen lähmenden Einfluß aus. Sie forderten von den sozialdemokratischen Parteiorganisationen, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufzugeben. Funktionäre, die an der Zusammenarbeit festhielten, wurden ihrer Funktion enthoben und mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht. So wurde zum Beispiel der Stadtgebietsleiter der SPD, Emmerich, in der Stadt Dorsten im Ruhrgebiet von dem Antikommunisten und Vorsitzenden der Kreisleitung der SPD, Rhode, seiner Funktion enthoben, weil er im Auftrag mehrerer SPD-Funktionäre am 2. Januar 1946 eine Entschließung unterzeichnet hatte, in der gefordert worden war, die Parteiführung „von unten herauf zu überzeugen“, daß der Parteihader überwunden und die Vereinigung mit der KPD vollzogen werden muß.²⁶

Ende 1945 hatten die westdeutschen Imperialisten und Militaristen, gefördert durch die reaktionäre Politik der Besatzungsmächte und das Wirken der reformistischen SPD-Führer, bei ihrer Restaurierung bereits gewisse Fortschritte erzielt. Die Einheit der Arbeiterklasse war die Hauptgefahr für ihre weitere Machtentfaltung. Das bewies die Entwicklung in Ostdeutschland, wo die Werktätigen unter Führung der einzig handelnden Arbeiterklasse die Machtgrundlagen des Militarismus auf dem Lande vernichtet und den Kampf um die Zerschlagung der Monopole erfolgreich begonnen hatten.

In dem Bestreben, sich gegen diese demokratische Entwicklung im Osten abzusichern und die Kraft der Arbeiterklasse zu zersplittern, verstärkten die deutschen Monopolherren und die imperialistischen Besatzungsmächte ihre Politik der Zerreißung Deutschlands. Verbunden mit einer verstärkten Hetze gegen die KPD, die Sowjetunion und ihre auf die Stärkung der demokratischen Kräfte gerichtete Besatzungs-

²⁴ Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1196.

²⁵ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, Hamburg 1947, S. 24.

²⁶ IML-Archiv, Akte 02 05 06.

politik, wurden die verschiedenartigsten separatistischen und partikularistischen Parteien und Bestrebungen aktiviert. Dagegen wurden alle Gesuche demokratischer Parteien um Zulassung im gesamtdeutschen Maßstab von den westlichen Besatzungsbehörden abgelehnt. KPD und SPD waren zu dieser Zeit in Westdeutschland offiziell noch nicht einmal im Maßstab der Besatzungszonen zugelassen. Auf den seit Ende 1945 von den sowjetischen Vertretern im Kontrollrat wiederholt eingebrachten Vorschlag, die Tätigkeit von Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen in gesamtdeutschem Maßstab zuzulassen, gingen die Vertreter der Westmächte nicht ein.²⁷

Angesichts dieser Lage, da die vereinigte imperialistische Reaktion selbst die nationale Einheit Deutschlands aufs Spiel setzte, um die Einheit der Arbeiterklasse und den Vormarsch der demokratischen Kräfte zu verhindern, schlossen sich die besten Kräfte der gesamten deutschen Arbeiterklasse noch enger um die Führungen ihrer beiden in Aktions-einheit kämpfenden Parteien zusammen. Das fand seinen klarsten Ausdruck in den Beschlüssen der gemeinsamen Konferenz des Zentralaus-schusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirks-vertretern beider Parteien am 20. und 21. Dezember in Berlin. Die Beschlüsse dieser Dezember-Konferenz dienten der Festigung der Aktions-einheit und bereiteten die Vereinigung beider Parteien zu einer gesamt-deutschen Arbeiterpartei unmittelbar vor.

Obwohl die massive antikommunistische und revisionistische Beeinflussung nicht wirkungslos blieb, fanden die von wahrhaft nationaler Verantwortung erfüllten Beschlüsse der Dezember-Konferenz auch in Westdeutschland große Zustimmung.

Die Delegiertenkonferenz der KPD Bezirk Ruhrgebiet-Westfalen erarbeitete am 20. Januar 1946 folgende Stellungnahme: „... Da die Einheit der Arbeiterklasse die entscheidende Garantie für die Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens darstellt, hat die Entschließung vom 21. Dezember 1945 nicht nur regionale, sondern tatsächlich nationale Bedeutung. Die Feinde der Einheit der Arbeiterklasse werden damit zu Feinden der Einheit Deutschlands und zu Feinden des Friedens ...“²⁸ In ähnlicher Weise begrüßten eine Konferenz der erweiterten Bezirksleitung der KPD Mittelrhein²⁹ und die badische Landesleitung der KPD³⁰ die Beschlüsse der Dezember-Konferenz.

Aus dem Beschluß des „Ausschusses für die Aktionsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Singen“ vom 26. Dezember 1945 geht hervor, daß etwa zur gleichen Zeit, da in Berlin die historischen Beschlüsse der Dezember-Konferenz gefaßt wurden, in Baden gemeinsame Mitgliederversammlungen beider Arbeiterparteien

²⁷ Vgl. Die Wahrheit über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage (Historischer Abriß), Dresden 1959, S. 17-18.

²⁸ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 439.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 454.

³⁰ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1957, Heft 136, Sp. 96.

ähnliche Beschlüsse faßten.³¹ In Dorsten beschlossen am 1. Januar 1946 dreißig Funktionäre der SPD und der KPD, gemeinsam für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu kämpfen.³² In Gelsenkirchen fand am 5. Februar 1946 eine öffentliche Versammlung zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse statt. Es referierte Genosse Pätsch (KPD). Die Beteiligung war so groß, daß mehrere hundert Personen keinen Einlaß mehr fanden. Aus der Mitte der Versammelten wurde eine Resolution eingebracht, die den Zusammenschluß von SPD und KPD forderte. Sie wurde einstimmig angenommen. In Gelsenkirchen-Rotthausen ereignete sich wenige Tage später ein bezeichnender Vorfall. Seit Monaten führten dort die Funktionäre der KPD und SPD allwöchentlich gemeinsame Funktionärberatungen durch, in denen Probleme der Entnazifizierung, der Demokratisierung des Erziehungswesens, der Bodenreform und andere beraten wurden. Auf einer dieser Sitzungen war für den 10. Februar 1946 eine gemeinsame Kundgebung vorbereitet worden. Kurz nach der Sitzung wurde der Sekretär der Parteioorganisation der KPD, Taraschewski, zum Militärkommandanten bestellt. Dieser behauptete, daß die Kundgebung ohne Wissen und Willen der SPD vorbereitet sei, und befahl, neue Plakate drucken zu lassen, aus denen hervorgehe, daß allein die KPD Veranstalter sei. Gleichzeitig wurden die vorgesehenen Redner der SPD von ihrer Unterbezirksleitung, unter Androhung des Parteiausschlusses, aufgefordert, nicht zu sprechen. Am Vorabend der Kundgebung suchten etwa 30 SPD-Mitglieder ihre zur Schulung versammelten KPD-Genossen auf und erklärten ihre Entschlossenheit, trotzdem mit ihnen gemeinsam die Kundgebung durchzuführen. Das geschah — trotz der Behinderung — mit großem Erfolg. 1200 Teilnehmer gelobten, sich für die Einheit der Arbeiterklasse einzusetzen. In der nächstfolgenden gemeinsamen Funktionärsitzung erklärten die SPD-Genossen ihre Entschlossenheit, einen schärferen Kampf gegen die einheitsfeindlichen Machenschaften ihrer Bezirksleitung führen zu wollen.³³

Der Wille der überwiegenden Mehrheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter, die Beschlüsse der Dezember-Konferenz auch in Westdeutschland zu verwirklichen, stieß auf den erbitterten Widerstand sowohl der westlichen Besatzungsorgane als auch der Gruppe um Dr. Schumacher. Anfang Januar 1946 nahm der stellvertretende USA-Gouverneur, General Clay, öffentlich gegen die Beschlüsse der Dezember-Konferenz Stellung. Er bestritt die Zuständigkeit der zentralen Leitungen von KPD und SPD und erklärte, daß in der amerikanischen Zone gemeinsame Wahlprogramme beider Parteien nicht zugelassen würden.

Die schumacherhörigen SPD-Funktionäre nahmen am 3. und 4. Januar in Hannover für die britische und am 6. Januar in Frankfurt (Main) für die amerikanische Zone gleichlautende Entschließungen an,

³¹ Vgl. ebenda, Sp. 95.

³² Vgl. IML-Archiv, Akte 02 05 06.

³³ Vgl. ebenda.

die eine Kriegserklärung gegen jede Einheitsbestrebung darstellten. Mit der Feststellung, daß „die Parteien der westlichen Zonen ... vom politischen Beauftragten dieser Zonen in Hannover geführt“ werden³⁴, vollzogen sie die Spaltung der eigenen Partei. Die Schumacher-Gruppe befand sich also bereits damals auf der gleichen Position wie die Imperialisten und Militaristen, die auf die Zerreißung Deutschlands hinarbeiteten, und unterstützte diese, indem sie die Einigung von KPD und SPD verhinderte. Dabei trieb sie ein hinterhältiges Spiel. Einerseits behauptete sie, nur ein Reichsparteitag könne die Vereinigung beschließen, andererseits lehnte sie jede Verhandlung über die Einberufung eines solchen ab.

Von den klassenbewußten Massen der Mitglieder und Funktionäre der SPD wurden die anmaßenden und einheitsfeindlichen Machenschaften der Spalter entschieden zurückgewiesen. So erklärte beispielsweise eine Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins in Hessisch-Oldendorf vom Februar 1946 in einer Entschließung: „Zu der von Dr. Schumacher organisierten Frankfurter Konferenz und ihrer einheitsfeindlichen Entschließung erklärt die Versammlung: Für uns sind keine Entscheidungen bindend, die auf Konferenzen angenommen werden, von deren Zustandekommen die Mitglieder keine Ahnung haben.“³⁵ Die „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Januar 1946 druckte eine Reihe ähnlicher Stellungnahmen ab. Auf der am 27. Januar 1946 tagenden Kreisdelegiertenkonferenz der SPD in Rendsburg nahm der Vorsitzende, Jahn, zu den Vorgängen in Hannover Stellung. Er erklärte, der Kreisverein erkenne die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der KPD an, erstrebe die Vereinigung beider Arbeiterparteien und werde alle Spaltungsversuche einzelner Leute bekämpfen. Er erhielt stürmischen Beifall.³⁶ Die gleiche Haltung nahm die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der SPD in der französischen Besatzungszone ein.³⁷

Besonders in den Betrieben wuchs die Einheitsbewegung schnell an. Hier waren meist auch alle organisierten parteilosen und christlichen Arbeiter in die Aktionsgemeinschaft einbezogen. In der Sitzung der Aktionsgemeinschaft KPD/SPD in München am 18. Dezember 1945 wurde festgestellt: „Die Betriebe verlangen stürmisch die Einheit.“³⁸ Die Richtigkeit dieser Feststellung wird durch eine große Fülle dokumentarischer Beweise bestätigt. In den Münchener Betrieben Waggonfabrik Rahtgeber, Kraus-Maffei-AG, F. Bruckmann, Siemens & Halske AG, Reichspostdirektion und anderen wurden Resolutionen und Entschlüsse ähnlichen Inhalts wie die folgende der Belegschaft der Telefunken-Gesellschaft in Dachau angenommen: „Hand in Hand wollen wir für eine glückliche Zukunft und für die Erhaltung der Ein-

³⁴ Dokumentation der Zeit, 1957, Heft 136, Sp. 97-98.

³⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 519.

³⁶ Vgl. Weg und Ziel, Hamburg, 1. Jg., 1946, Nr. 1.

³⁷ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1957, Heft 136, Sp. 95.

³⁸ Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD, S. 47.

heit der Nation eintreten. Deshalb erachten wir es als vordringlichstes Problem, die beiden Arbeiterparteien zu einer Vereinigung zu bringen.“³⁹

Dokumentarische Beweise für Willensäußerungen gleichen Inhalts liegen aus über 50 Hamburger Betrieben⁴⁰, ferner aus Großbetrieben Bremens, Hannovers, Kölns, Stuttgarts und anderer westdeutscher Städte vor. Unter diesen Betrieben befanden sich solche Riesenunternehmen wie die Werft Blohm & Voß, die Deutsche Werft, die Norderwerft in Bremen und die Daimler-Benz AG, Werk Stuttgart.⁴¹ Diese Kundgebungen sind aber gewiß nur ein Bruchteil jener damals tatsächlich erfolgten Willensäußerungen für die Vereinigung von KPD und SPD in Westdeutschland. Der Gedanke der Einheit der Arbeiterklasse brach sich ohne Rücksicht auf Zonengrenzen und trotz der Sabotage mancher einheitsfeindlicher SPD-Parteivorstände überall Bahn.

In der sowjetischen Besatzungszone waren inzwischen im Kampf um die Verwirklichung des Programms der KPD vom 11. Juni 1945 auf dem Weg über die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD und die Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften die Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien entstanden. Ostern 1946 fand in Berlin der historische Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt, der ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes war. 230 westdeutsche Arbeiterfunktionäre brachten mit ihrer Teilnahme am Vereinigungsparteitag zum Ausdruck, daß die Vereinigung beider Parteien von den Arbeitern in ganz Deutschland heiß ersehnt wurde. Sie gelobten, in den Westzonen unermüdlich für die Vereinigung zu kämpfen. Sie hielten ihr Wort. Nach der Vereinigung in der sowjetischen Besatzungszone nahm die Einigungsbewegung in Westdeutschland noch stärkere Ausmaße an. In vielen Orten schufen Arbeiter Komitees zur Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse. Viele tausend Arbeiter erklärten unterschriftlich ihren Willen zur Vereinigung.

Warum führte der starke Einigungswille der westdeutschen Arbeiter dennoch nicht zum Erfolg? Das hat verschiedene Ursachen. Einmal unterdrückten die imperialistischen Besatzungsmächte mit den verschiedensten Mitteln unter Bruch des Potsdamer Abkommens rücksichtslos diese Bewegung. Den Zeitungen, die dem Gedanken der Arbeitereinheit Raum gaben, wurden Auflagenkürzungen diktiert, nachdem sie ohnehin viel später als bürgerliche Blätter zugelassen worden waren.⁴² Arbeiterfunktionäre, die für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse eintraten, wurden verhaftet, selbst wenn sie eben erst faschistischen Konzentrationslagern entronnen waren. Bereits im Sommer 1945 hatten die amerikanischen Imperialisten ihre AFL-Funktionäre nach Westdeutschland

³⁹ Deutsche Volkszeitung (Berlin) vom 13. April 1946.

⁴⁰ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 507, 508, 567.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 505, 548, 563-565.

⁴² Vgl. Westdeutsches Volks-Echo (Dortmund) vom 30. Juli und 13. Dezember 1946.

gebracht, deren Aufgabe es war, das Entstehen einheitlicher Arbeiterorganisationen zu verhindern. Auf Veranlassung des Chikagoer AFL-Mannes Keenan, Berater der höchsten amerikanischen Besatzungsbehörden, wurden zum Beispiel Arbeiterversammlungen zur Gründung von Gewerkschaften verboten.⁴³ Dagegen wurden sämtliche auffindbaren antikommunistischen Gewerkschaftsführer durch Agenten der USA-Administration veranlaßt, aktiver aufzutreten.⁴⁴ Die gleiche Politik verfolgten die französische und die britische Militärregierung. Letztere erklärte offiziell, daß sie die „Fusion“ von SPD und KPD sowie Versammlungen zur Vorbereitung der Vereinigung nicht dulden werde.⁴⁵

Die imperialistischen Besatzungsmächte konnten die in ganz Deutschland stürmisch geforderte Einigung der Arbeiterklasse jedoch nur verhindern, weil sie dabei von den rechten SPD-Führern aktiv unterstützt wurden, die den westdeutschen Arbeitern einzureden versuchten, daß im Osten Deutschlands die Einheit der Arbeiterklasse durch die sowjetischen Bajonette erzwungen worden sei. Sie waren es, die durch ihre antisowjetische und antikommunistische Politik dem deutschen Monopolkapital die Restauration und den imperialistischen Besatzungsmächten die gewaltsame Verhinderung der Einigung der deutschen Arbeiterklasse erst ermöglichten. Statt sich auf die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu orientieren, wiederholten sie die einheitsfeindliche Politik des „dritten Weges“, die schon 1918/19 und 1932 den Feinden der deutschen Nation diente. Die Imperialisten konnten schließlich Deutschland spalten, weil die rechten Führer der Sozialdemokratie keine Arbeiterpolitik, sondern eine Politik der Spaltung der Arbeiterklasse betrieben. Die internationale Reaktion ist sich der entscheidenden Hilfe, die ihr die rechte SPD-Führung damals leistete, durchaus bewußt. In einer Rede in Wiesbaden lobte der ehemalige amerikanische Botschafter in den Westzonen, Conant, die „Weisheit“ der Schumacher-Gruppe und gab zu, daß ohne sie die spätere Geschichte Deutschlands vielleicht einen anderen Verlauf genommen hätte.⁴⁶ Zweifellos hätte die Schaffung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus verhindert und auch in Westdeutschland eine friedliche Entwicklung sichern können.

Heute geht es darum, die Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse vor allem in einer aktuellen und lebenswichtigen Frage zu erreichen: die weitere atomare Bewaffnung Westdeutschlands zu verhindern und den westdeutschen Militarismus zu bändigen und zu vernichten. Deshalb bieten die Feinde des Friedens und der Einheit Deutschlands heute wieder alle Mittel auf, um eine Verständigung der Arbeiter der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Ihre ideologische

⁴³ Vgl. George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland, S. 37-38.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 67.

⁴⁵ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 21. April 1956. — Ferner Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 178.

⁴⁶ Vgl. Telegraf (Westberlin) vom 27. Mai 1955.

Hauptwaffe ist nach wie vor der Antikommunismus, mit dessen Hilfe sie die Arbeiter politisch zu desorientieren suchen. Doch die X. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz bewies erneut, daß der Antikommunismus in dem Maße an Wirkung verliert, wie es den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik gelingt, die Überlegenheit des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates über das imperialistische Westdeutschland sichtbar zu machen. Die Anziehungskraft des Sozialismus ist heute so groß, daß trotz KPD-Verbot und Terror gegen verständigungsbereite Arbeiterfunktionäre, trotz Zweifrontenkriegskonzeption und Ausschlüssen klassenbewußter Arbeiter aus der SPD die Erkenntnis bei den westdeutschen Arbeitern weiter wachsen wird, daß sie nur gemeinsam mit den von einer marxistisch-leninistischen Einheitspartei geführten Arbeitern der Deutschen Demokratischen Republik den blutbesudelten westdeutschen Militarismus bändigen können.

Der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die Herausbildung der Sozialistischen Partei Italiens

Bekanntlich spielte die deutsche Sozialdemokratie während der Periode der II. Internationale eine führende Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung. Sie galt – vielfach selbst dann noch, als sich der Revisionismus in ihren Reihen bereits ausbreitete – „als die reinste Verkörperung des marxistischen Sozialismus“, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen. „Sie hatte und beanspruchte eine Sonderstellung als die Lehrmeisterin und Führerin der Zweiten Internationale. Friedrich Engels schrieb im Jahre 1895 in seinem berühmten Vorwort zu Marxens ‚Klassenkämpfen in Frankreich‘: ‚Was aber auch in den anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urne schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden »Gewalthaufen« der internationalen proletarischen Armee.‘ Die deutsche Sozialdemokratie war, wie die ‚Wiener Arbeiterzeitung‘ am 5. August 1914 schrieb, ‚das Juwel der Organisation des klassenbewußten Proletariats‘. In ihre Fußtapfen traten immer eifriger die französische, die italienische und die belgische Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung Hollands, Skandinaviens, der Schweiz, der Vereinigten Staaten.“¹

Obwohl das Problem des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie in der Periode der II. Internationale eng mit einer anderen wichtigen Frage, nämlich der Verbreitung des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung verbunden ist, ist dieses Problem vom historischen Standpunkt aus lange Zeit kaum behandelt worden.²

Die folgenden Seiten haben den Zweck, in gedrängter Form und unter Vorwegnahme der Untersuchungsergebnisse, die ausführlich in

¹ Rosa Luxemburg: Die Krise in der Sozialdemokratie. In: Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 261–262.

² Vor über fünfzig Jahren widmete Roberto Michels dieser Frage eine Studie unter dem Titel: Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands. Eine kritische Untersuchung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV, 1907, S. 148–231. – In seinem Aufsatz unterbreitet Roberto Michels zwar vielfältiges interessantes Material, doch verwehrt ihm sein damaliger anarchosyndikalistischer Standpunkt eine wissenschaftlich exakte Verarbeitung des Materials. Vgl. hierzu Landesarchiv Brandenburg, Rep. 30, Berliner Polizeipräsidium, Tit. 94, Lit. M, Nr. 25 betr. den Schriftsteller Prof. Dr. Roberto Michels (1903–1917).

einem in den nächsten Jahren in italienischer Sprache erscheinenden Buch dargelegt werden sollen, den Einfluß zu zeigen, den die deutsche Sozialdemokratie auf die Herausbildung einer sozialistischen Partei, der Sozialistischen Partei Italiens, ausgeübt hat.

Um die charakteristischen Merkmale dieses Einflusses auf die Arbeiterbewegung eines anderen Landes zu verstehen, muß man sowohl einige Besonderheiten in den Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien in der Periode zwischen dem Ende der I. und der Gründung der II. Internationale als auch die besondere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Italien berücksichtigen. Wenn auch zwischen 1872 und 1889 die verschiedenen Arbeiterparteien nicht in einer gemeinsamen Organisation vereint waren, so blieben doch die Arbeiter der einzelnen Länder im Geiste des proletarischen Internationalismus eng verbunden. Doch führte die unterschiedliche Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Klassenbewußtseins des Proletariats in den verschiedenen Ländern dazu, daß auch das sozialistische Bewußtsein und damit der proletarische Internationalismus in der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder sehr unterschiedlich entwickelt waren. Aus dieser Tatsache erklären sich auch viele Schwierigkeiten bei der Vorbereitung und Gründung der II. Internationale. Sie läßt auch verstehen, warum in den siebziger und achtziger Jahren an Stelle ständiger organisatorischer Verbindungen zwischen den verschiedenen Arbeiterparteien die persönlichen Beziehungen von einzelnen Arbeiterführern oder Theoretikern oder von einzelnen Gruppen eine ausschlaggebende Rolle spielten. Gilt dies schon allgemein, so trifft es in besonderem Maße auf die Beziehungen zwischen den anderen Arbeiterparteien und der italienischen Arbeiterbewegung zu.

In Italien ist die Sozialistische Partei erst im Jahre 1892 gegründet worden. Vorher gab es in Italien keine eigentlich sozialistische Arbeiterpartei. Die wichtigsten Arbeiter- und sozialistischen Organisationen, die damals in Italien existierten, konnten auf eine solche Rolle keinen Anspruch erheben. Die exklusive Arbeiterpartei Italiens, die zusammen mit der schnell wachsenden Großindustrie in Norditalien entstand, sammelte in ihren Reihen ausschließlich Handarbeiter, beschränkte sich allein auf gewerkschaftliche Kämpfe und lehnte jede sozialistische Theorie ab. Die Revolutionäre Sozialistische Partei Italiens andererseits, die von dem ehemaligen Bakunisten und späteren Deputierten Andrea Costa geführt wurde, besaß über das Gebiet der Romagna hinaus keinen nennenswerten Einfluß. Ihr Programm schwankte zwischen einem theoretischen Revolutionarismus und einem praktischen opportunistischen Parlamentarismus.³ Friedrich Engels wies treffend auf die Ursachen dieser rückständigen Entwicklung der italienischen Arbeiterbewegung hin, als er 1877 schrieb: „Die Anfänge der Bewegung in Italien

³ Über die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung in dieser ersten Periode vgl. Gastone Manacorda: *Il movimento operaio italiano attraverso i congressi (1853–1892)* (Die italienische Arbeiterbewegung anhand ihrer Kongresse, 1853–1892), Rom 1953; Aldo Romano: *Storia del movimento socialista in Italia* (Geschichte der sozialistischen Bewegung in Italien), 3 Bde., Rom 1954–1956.

führen auf bakunistische Einflüsse zurück. Während bei den arbeitenden Massen ein leidenschaftlicher, aber höchst unklarer Klassenhaß gegen ihre Ausbeuter vorherrschte, bemächtigte sich eine Schar junger Advokaten, Doktoren, Literaten, Kommiss usw. unter Bakunins persönlichem Kommando der Leitung an allen Orten, wo ein revolutionäres Arbeiterelement hervortrat.“⁴ Vorbedingung für die Herausbildung einer sozialistischen Partei der italienischen Arbeiterklasse waren also die Beseitigung dieses bakunistischen Einflusses und die Annäherung der italienischen Arbeiterklasse — sowohl hinsichtlich ihrer objektiven Lage als auch der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins — an das Niveau der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen Ländern.

In diesem Prozeß spielte das Vorbild der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle, da die deutsche Sozialdemokratie nicht nur die stärkste Arbeiterpartei war, sondern auch als die Verkörperin des Marxismus galt. Es ist deshalb kein Zufall, daß Friedrich Engels seine Beziehungen zu den italienischen Sozialisten auch dazu ausnutzte, den Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die italienische Arbeiterbewegung zu fördern.⁵

Noch eine Vorbemerkung ist notwendig. Deutschland und Italien waren und sind keine Nachbarländer. Zwischen der deutschen und der italienischen Sprache besteht keine Verwandtschaft. Dadurch waren fast ausschließlich Intellektuelle die Vermittler zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem italienischen Sozialismus. Direkte Beziehungen zwischen den Arbeitern beider Länder ergaben sich erst, als die massenhafte Auswanderung italienischer Arbeiter nach Deutschland sie mit den großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Sozialdemokratie in Verbindung brachte.⁶ Durch die politischen Erfahrungen in dem bereits industrialisierten Deutschland wurde das Klassenbewußtsein der italienischen Arbeiter gestärkt. Wenn sie nach Italien zurückkehrten, wirkte die Erinnerung an die gemeinsamen Kämpfe mit den deutschen Arbeitern fort und half bei der Organisation der italienischen Arbeiterklasse. Doch erst seit der Jahrhundertwende begannen die deutschen und italienischen Arbeiter eng zusammenzuarbeiten, und erst seit 1905 gab es Vereinbarungen zwischen ihren Gewerkschaftsorganisationen. Während also in den Nach-

⁴ Vorwärts (Leipzig) vom 16. März 1877. Vgl. hierzu N. Rjasanoff: Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale. Zwei unbekannte Artikel von Friedrich Engels und Karl Marx. In: Die Neue Zeit, XXXII. Jg. (1913–1914), 1. Bd., S. 11.

⁵ Auf die direkten Beziehungen von Marx und insbesondere Engels zu italienischen Sozialisten, vor allem ihren Briefwechsel, wird in dem vorliegenden Aufsatz nicht erschöpfend eingegangen.

⁶ Über die Auswanderung italienischer Arbeiter nach Deutschland vgl. Giacomo Pertile: Gli Italiani in Germania (Die Italiener in Deutschland), Rom 1914. — Ina Brittschi-Schimmer: Die wirtschaftliche und soziale Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland. Ein Beitrag zur ausländischen Arbeiterfrage, Karlsruhe i. B. 1916. Über die Zusammenarbeit deutscher und italienischer Arbeiter vgl. Johannes Nichtweiss: Die preußisch-deutsche Politik gegenüber den ausländischen Wanderarbeitern in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches von 1890–1914, Berlin 1959.

barländern Deutschlands der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie hauptsächlich in den gemeinsamen Kämpfen der Arbeiter nachzuweisen ist, kommt es hinsichtlich Italiens darauf an, den äußerst vielfältigen Formen und oft versteckten Wegen der Beeinflussung der italienischen Arbeiterbewegung durch die Partei Bebels und Liebknechts nachzuspüren.

I

Die ersten Spuren eines Einflusses der deutschen Sozialdemokratie auf die Entwicklung des Sozialismus in Italien lassen sich in den Jahren unmittelbar nach dem Einigungskongreß von Gotha 1875 feststellen.

Am empfänglichsten für diesen Einfluß zeigte sich jene Gruppe, die sich um das sozialistische Mailänder Blatt „La Plebe“ gruppierte, das Wochenblatt von Enrico Bignami, der schon mit dem Londoner Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation in Verbindung gestanden hatte, der mit Engels korrespondierte und später durch seine Zeitung, besonders zwischen 1875 und 1883, aktiv gegen die Stimmenthaltungspolitik der Anarchisten und für die Beteiligung der italienischen Sozialisten an politischen Wahlen kämpfte.⁷ Die Nachrichten und Korrespondenzen aus Deutschland häuften sich zur Zeit der deutschen Reichstagswahlen vom Januar 1877. Der Stimmenzuwachs der deutschen Sozialdemokratie bei dieser Wahl wurde von der Mailänder Zeitung als international bedeutsames Ereignis gewertet. In einem im Februar 1877 an Enrico Bignami gerichteten Brief hob Friedrich Engels hervor, daß infolge des Wahlergebnisses „Kaiser Wilhelm, der König von Sachsen und das kleinste deutsche Fürstchen (der Fürst von Reuß), alle drei in Wahlkreisen wohnen, die vertreten werden durch sozialistische Arbeiter, und infolgedessen selbst auch vertreten werden durch Sozialisten“. Der Wahlkampf in Deutschland vermittelte nach Engels' Meinung auch der italienischen Arbeiterbewegung eine wichtige Lehre, die sich gegen den in vielen Sektionen der italienischen Arbeiterbewegung noch verbreiteten bakunistischen Einfluß und insbesondere gegen die Stimmenthaltung richtete: „Die Herren Enthalter mögen sagen, was sie wollen; eine einzige Tatsache wie die Wahlen vom 10. Januar ist mehr wert als alle ihre revolutionären Phrasen.“⁸ Die Redaktion der Zeitung „La Plebe“ schätzte ihrerseits den Erfolg der Sozialdemokratie in Deutschland als den Triumph des *wissenschaftlichen* über den ge-

⁷ Über die Geschichte der Zeitung „La Plebe“ vgl. Bibliografia della stampa periodica operaia e socialista italiana (1860–1926) (Bibliographie der periodischen Arbeiter- und sozialistischen Presse in Italien, 1860–1926), hrsg. unter Leitung von Franco Della Peruta. — I periodici di Milano. Bibliografia e storia (Die periodischen Publikationen in Mailand. Bibliographie und Geschichte), Bd. I (1860–1904), Mailand 1956, S. 59–66. — Aldo Romano: Storia del movimento socialista in Italia, Bd. III, Rom 1956, S. 182 ff. — Gastone Manacorda: Il movimento operaio italiano attraverso i congressi (1853–1892), S. 79 ff.

⁸ La Plebe (Mailand) vom 26. Februar 1877; wiederabgedruckt in: Karl Marx/Friedrich Engels: Scritti italiani (Italienische Schriften), hrsg. von Gianni Bosio, Mailand-Rom 1955, S. 114–117. Aber nicht alle italienischen Sozialisten, z. B. Andrea Costa, teilten damals dieses positive Urteil.

fühlsmäßigen Sozialismus, als einen Sieg der *demokratisch-sozialistischen* über die *anarchistisch-sozialistische* Partei ein.

Aus der Gruppe der Sozialisten um „La Plebe“ oder aus ihnen nahestehenden Kreisen kamen zweifellos die Korrespondenzen aus Italien, die das deutsche sozialdemokratische Organ „Berliner Freie Presse“ 1877 und 1878 veröffentlichte. Diese Korrespondenzen beschäftigten sich eingehend mit dem Verlauf des deutschen Wahlkampfes vom Januar 1877 und informierten darüber, wie die politisch fortgeschrittensten Gruppen der italienischen Arbeiter den Kampf der deutschen Sozialdemokratie mit großer Aufmerksamkeit und mit der Hoffnung auf vollen Erfolg im Interesse des europäischen Proletariats verfolgten. Und als die Nachricht vom Wahlerfolg der deutschen Sozialisten eintraf und derart war, daß sie „unsere kühnsten Erwartungen“ übertraf, schlußfolgerte der italienische Korrespondent der „Berliner Freien Presse“, daß die italienische Arbeiterbewegung „auch auf theoretischem Gebiete des klärenden Einflusses der deutschen sozialen Ideen“ bedürfe. „Die Tendenzen der Internationale sind, vorläufig bloß mit Bezug auf Italien gesprochen, als gut und edel zu beloben, doch herrscht in ihren Theorien noch manche unklare und ich kann wohl sagen *utopistische* Richtung und ist eigentlich dem deutschen Volke, dem Volke der Denker, vorbehalten, seine ökonomischen und politischen Reformen wissenschaftlich zu begründen und sie dadurch unbesiegbar zu machen.“⁹

Die Schriften der mit dem Marxismus sympathisierenden italienischen Sozialisten und jener, die geneigt waren, dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie zu folgen, Schriften, die in Organen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands veröffentlicht wurden, sind auch insofern bedeutsam, als sie in ihren Einschätzungen stets die sozialistische Bewegung in Italien mit der Situation der Arbeiterbewegung in den anderen Ländern konfrontieren und vergleichen. Durch diese in zunehmendem Maße internationale Perspektive beginnen die italienischen sozialistischen Schriftsteller auch in die reale Situation ihres Landes tieferen Einblick zu gewinnen. Das gilt beispielsweise für einen der Korrespondenten der „Berliner Freien Presse“, Osvaldo Gnocchi-Viani¹⁰, und zwar sowohl für seine Korrespondenzen in dieser Zeitung wie auch vor allem für seine Artikel über die sozialistische Bewegung in Italien, die er für Höchbergs in der Grundtendenz reformistisches „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ schrieb. Besonders in diesen Halbjahres- und Jahresberichten, die unverkennbar unter dem Einfluß der Anschauungen Benoit Malons von der italienischen Situation standen¹¹, kann man den ersten Versuch eines italienischen Sozialisten sehen, die Charakterzüge der italienischen Arbeiterbewegung im Rahmen der internationalen Arbeiterbewegung, die soziale Zusammensetzung der sozialistischen Gruppen in Italien, ihr

⁹ Berliner Freie Presse vom 21. Juni 1877.

¹⁰ Über Osvaldo Gnocchi-Viani vgl. Paride Mantovani: Vita ed opere di Osvaldo Gnocchi-Viani (Leben und Werke von Osvaldo Gnocchi-Viani), Mailand 1948.

¹¹ Vgl. Benoit Malon: Die soziale Lage in Italien. In: Die Zukunft. Sozialistische Revue, 1. Jg. (1877–1878), S. 202–208, 217–226, 249–257, 312–319, 346–352.

theoretisches Niveau, die Besonderheiten des Sozialismus in den verschiedenen Landesteilen usw. zu untersuchen und zu erläutern.¹²

Die Solidarität der „Plebe“-Gruppe mit der deutschen Sozialdemokratie, die ihrem großen Interesse für den Marxismus entsprang, bewährte sich auch, als die deutschen Genossen verschärften Verfolgungen ausgesetzt waren. Kaum hatte das Mailänder Blatt ein kurzes biographisches Porträt von Bebel und Liebknecht veröffentlicht, „den beiden Abgeordneten, Bismarck ebenso sehr verhaßt wie die Arbeiter sie lieben und sich zur Pflicht machen, ihre Bilder in ihrer Wohnung zu haben“, den beiden sozialdemokratischen Abgeordneten, die „den Reichstag nur verlassen, um ins Gefängnis zu gehen, und umgekehrt“¹³, da legte Bismarck dem Reichstag den Entwurf des Sozialistengesetzes vor. Das Mailänder Blatt solidarisierte sich sofort und ohne Einschränkung mit der deutschen Sozialdemokratie. Schon am 12. Juni 1878 sandte die Redaktion der „Plebe“ eine Botschaft „an die demokratischen Sozialisten Deutschlands“, die versicherte, daß „die ruchlose Verfolgung, unter der ihr, teure Genossen, leidet, die aus den verfluchten Cäsarengräbern die rohe Staatsraison der Nero und Tiberius wiedererweckt, auch heute in unseren Augen moralisch ebenso erhöht wie euch in der Vergangenheit eure propagandistischen Erfolge erhöhten. Mit den errungenen Siegen habt ihr die Geister überzeugt; mit den erduldeten Verfolgungen bemächtigt ihr euch des Gefühls. Freuet euch dessen! Wenn eine Sache zu Schild und Schwert der beiden mächtigsten menschlichen Kräfte werden kann — des Geistes und des Herzens —, dann hat sich diese Sache die Unsterblichkeit gesichert, und ihren Verfolgern bleibt nur die Torheit der Gewalttätigkeit, die schließlich in den Abgrund der Lächerlichkeit und der Verachtung führt. Wie unser Beifall euch stets in glücklichen Tagen gefolgt ist, so sind unsere Sympathien mit euch auch im Unglück. Unsere Brüderlichkeit ist unerschütterlich; ihr könnt auf sie rechnen.“¹⁴ Von diesem Augenblick an gibt es keine Nummer des Jahrgangs 1878 der „Plebe“, die nicht vom „weißen Terror in Deutschland“, von den zahlreichen Verhaftungen sozialdemokratischer Kämpfer und den Verfolgungen und wirtschaftlichen Repressivmaßnahmen gegenüber den klassenbewußten Arbeitern berichtete oder die nicht dazu aufforderte, sich mit den Opfern der Verfolgungen in Deutschland zu solidarisieren.¹⁵ Mehr der Drang nach brüderlicher Solidarität als spezifisch sozialistische Gedanken bilden den Inhalt des Gedichtes „Un grido“ (Ein Schrei), das Giovanni Saragat nach dem Vorbild der „Weber“ von Heinrich Heine schrieb.¹⁶

¹² Vgl. die Artikel „Italien“ mit dem Zeichen Gn-V und O. Gnocchi-Viani, veröffentlicht in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, hrsg. von Dr. Ludwig Richter (d.i. Karl Höchberg), 1. Jg. (1879), S. 223–228; 2. Jg. (1880), S. 293–299; 3. Jg. (1881), S. 213–219.

¹³ La Plebe vom 5. Juni 1878.

¹⁴ La Plebe vom 13. Juni 1878.

¹⁵ Z. B. La Plebe vom 1. und 23. November 1878.

¹⁶ La Plebe vom 4. Juli 1878.

Aufschlußreicher jedoch, wenn man nach den Ursachen der Bewunderung der Mailänder Zeitung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie fragt, sind eine Reihe von Artikeln, die „La Plebe“ Ende des Jahres 1878 unter dem bezeichnenden Titel „Die Ursprünge des Sozialismus in Deutschland“ veröffentlichte. Entsprechend der zu jener Zeit in der gesamten Arbeiterbewegung weit verbreiteten, jedoch grundsätzlich falschen Meinung stellte der anonym gebliebene Verfasser der Artikel bei der Schilderung der Geschichte des Sozialismus in Deutschland Marx, Engels und Lassalle auf die gleiche Stufe. Obwohl dem Verfasser die Stimmen über das Paktieren Lassalles mit Bismarck nicht unbekannt geblieben sein konnten, fuhr er dennoch fort, den „praktischen Sinn“ Lassalles zu loben und ihn als „die reichste und stärkste Quelle, die Deutschland ... als Ausfluß sozialistischer Ideen gehabt hat“, zu bezeichnen. Was die Differenzen zwischen Marxisten und Lassalleanern angeht, so bezog „La Plebe“ eine eklektische Position: „Die Marxisten hatten mehr theoretische, umfassendere, humanitäre Ansichten, die Lassalleaner waren mehr Praktiker, mehr realdenkend, mehr Nationalisten. Im übrigen war der Sozialismus weder bei diesen noch bei jenen vollständig vorhanden, sondern er war es bei diesen und jenen. Das heißt, daß Marx und Engels — wie man in wissenschaftlicher Terminologie sagen würde — nur Spezialisten waren; jeder hatte seine Spezialität, jeder pflegte sie mit Liebe und entwickelte sie. Daher die persönlichen Animositäten.“¹⁷ Die in diesem Artikel betonte Gleichstellung von Marx, Engels und Lassalle finden wir sowohl in Italien wie auch in anderen Ländern noch längere Zeit verbreitet. Sie zeigt, daß in jener ersten Phase des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie auf die um die Mailänder „Plebe“ gescharte Gruppe italienischer Sozialisten die Bewunderung für die Organisation und die Wahlerfolge der Sozialisten Deutschlands von einer recht ungenauen Kenntnis der theoretischen Grundlagen der deutschen Partei begleitet war — gar nicht zu reden vom Marxismus.

II

Mit Recht bemerkte Franz Mehring: „Das schlagendste Zeugnis für die unerschöpfliche Kraft der Partei (d. h. der deutschen Sozialdemokratie. — E. R.) lag eben darin, daß sie sich inmitten aller Bedrängnis (d. h. des Sozialistengesetzes. — E. R.) anschickte, die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen.“¹⁸

Diese allgemeingültige Bemerkung Mehrings wird auch hinsichtlich des Einflusses der deutschen Sozialdemokratie auf den italienischen Sozialismus bestätigt. Gerade in den Jahren des Bismarckschen Ausnahmegesetzes wuchsen nämlich die Bewunderung für die Erfolge der

¹⁷ Le origini del socialismo in Germania (Die Ursprünge des Sozialismus in Deutschland). In: La Plebe vom 23. Oktober 1878 ff.

¹⁸ Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. I, 2. Aufl., Stuttgart 1904, S. 205.

deutschen Sozialdemokratie und die Solidarität mit den klassenbewußten deutschen Arbeitern. Im Zusammenhang damit wuchs auch in immer breiteren Kreisen der italienischen Sozialisten die Erkenntnis, daß man — entsprechend dem deutschen Beispiel — als nächsten Schritt in Italien die Bildung einer selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse anstreben müsse, einer Partei, die sich aktiv am politischen Leben des Landes beteiligt.

Einige besondere Umstände trugen wesentlich dazu bei, die Verbindung mit den deutschen Sozialisten enger zu knüpfen. Mit der Übersiedlung mehrerer führender deutscher Sozialdemokraten in die Schweiz und mit der Herausgabe des „Sozialdemokrat“ in Zürich — 1879 bis 1888 — wurden die Kontakte zwischen deutschen und italienischen Sozialisten bedeutend enger. Sowohl in der Schweiz, dem traditionellen Emigrationsland für die in Italien politisch Verfolgten und dem Ziel vieler auswandernder italienischer Arbeiter — besonders aus der Lombardei —, als auch in Italien und dort vor allem in Mailand, das in jenen Jahren als Zentrum der italienischen Industrie und der norditalienischen Arbeiterbewegung eine immer größere Bedeutung erlangte, kam es zu häufigeren Begegnungen deutscher und italienischer Sozialisten. Zweifellos wäre es übertrieben, in jedem deutschen Sozialdemokraten, der durch Italien reiste, einen sozialistischen Propagandisten oder Agitator, ständig auf der Suche nach Kontakten mit den Gruppen der italienischen Sozialisten, zu sehen. Die „Italienreisen“ wurden in erster Linie um der Erholung und der kulturellen Bildung willen und weniger aus politischen Gründen unternommen; Italien wurde damals nach alter Tradition eher als ein Land der Museen und der Lieder denn als ein Land des Klassenkampfes betrachtet. Das hindert jedoch keineswegs, daß die deutschen Sozialdemokraten bei manchen dieser Reisen Gelegenheit nahmen und fanden, propagandistisch zu wirken, politische Verbindungen anzuknüpfen, zu informieren und sich informieren zu lassen. So geschah es beispielsweise, als Vollmar, der damals noch eine revolutionäre Position einnahm, 1882 auf einer ausgedehnten politischen Studien- und Forschungsreise durch Europa auch Mailand berührte und dort in zwei Versammlungen sprach. Er rief die Mailänder Arbeiter und Sozialisten auf, dem Beispiel der deutschen Sozialdemokraten zu folgen, die gerade erst ihren Wahlerfolg von 1881 errungen und den Bismarckschen Schmeicheleien und sozialen Korrumpierungsversuchen eine entschiedene Abfuhr erteilt hatten.¹⁹ Im gleichen Jahr fuhr Karl Kautsky — auf der Reise von Zürich nach Wien — durch Norditalien, um die gesellschaftlichen Verhältnisse Italiens kennenzulernen, den Widerspruch zwischen dem Größenwahn der herrschenden Klassen und dem Elend des ländlichen Proletariats, dessen Notlage

¹⁹ Über Vollmars Reise nach Mailand vgl. La Plebe vom 17. und 24. Dezember 1882, wo der Wortlaut einer der beiden Reden Vollmars abgedruckt ist. — Vgl. ferner „Der Sozialdemokrat“ vom 7. Dezember 1882 sowie Landeshauptarchiv Brandenburg, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. V, Nr. 150 betr. den Redakteur Georg von Vollmar (1870–1909), fol. 71.

durch die völlig unzulänglichen bürgerlich-demokratischen Reformen der sogenannten Linksregierung nicht geändert worden war.²⁰

Noch bedeutsamer als derartige „Italienreisen“ deutscher Sozialdemokraten wurde die Funktion der Schweiz als Treffpunkt der politisch Verfolgten aus Italien und Deutschland.²¹ In Lugano kam es zu den ersten persönlichen Kontakten zwischen italienischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten. Vermittelt wurden diese Fühlungen durch Sozialisten verschiedener Nationalität, die sich um der früheren Kommunarden und französischen Sozialisten Benoit Maloa in Lugano gesammelt hatten. Hier lernte Bernstein in Osvaldo Gnocchi-Viani, der auf seiner Hochzeitsreise nach Lugano gekommen war, „in dem kleinen, fein gebauten Mann einen ruhigen, sehr objektiv urteilenden Denker“ kennen.²² Im Oktober 1880 begab sich, kaum aus dem Gefängnis entlassen, Andrea Costa, der sich in den ersten Jahren des „Sozialdemokrat“ mit Gnocchi-Viani als Italien-Korrespondent des Züricher Blattes abwechselte, nach Lugano.²³

Die italienische politische Emigration in der Schweiz, die in jenen Jahren infolge der von der italienischen Regierung ausgeübten Unterdrückung gegenüber den Arbeiterorganisationen besonders zahlreich war, setzte sich aus Vertretern der verschiedensten Gruppen des italienischen Sozialismus zusammen.²⁴ Sie arbeiteten jedoch meist solidarisch zusammen und traten mit den Emigranten aus anderen Ländern in

²⁰ Vgl. Brief von Karl Kautsky an Friedrich Engels vom 11. Mai 1882. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955, S. 54. — Kautsky verarbeitete seine Eindrücke in einem Aufsatz in: Die Neue Zeit, Bd. I (1883), S. 46–49. Der Artikel ist gezeichnet „L. J.“, wird aber in dem von Kautsky selbst zusammengestellten „Generalregister“ der ersten zwanzig Jahrgänge der Zeitschrift Kautsky zugeschrieben.

²¹ Sehr aufschlußreich in dieser Hinsicht ist der Bericht des Redakteurs der Berliner Zeitung „Post“, Oscar Wolff, der Ende 1878 im Auftrage des preußischen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Studienreise durch Italien unternommen hatte. Zweck der Reise war wahrscheinlich festzustellen, welche politischen und sozialen Auswirkungen die Auswanderung italienischer Arbeiter nach Deutschland zeitigen könnte. Wolff stellte in seinem abschließenden Bericht fest, daß die sozialen Kämpfe in Italien noch nicht die Schärfe erreicht hätten wie in Deutschland, aber er fügte hinzu: „Die Bedeutung der Nähe des großen internationalen Verschwörersyls, die Nähe der Schweiz, und die bevorzugte Verbindung des Hauptaufenthalts der politischen Flüchtlinge: Genf, mit allen größeren Städten Italiens ist dabei nicht zu unterschätzen.“ Bericht des Redakteurs der „Post“, Oscar Wolff, vom 19. Dezember 1878 an den Kgl. Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Maybach, über die Lage der Arbeiter in Italien. Deutsches Zentralarchiv II, Merseburg, Rep. 120.

²² Eduard Bernstein: Aus den Jahren meines Exils. Erinnerungen eines Sozialisten, 5.–8. Aufl., Berlin 1918, S. 44.

²³ Vgl. Der Sozialdemokrat vom 10. Oktober 1880.

²⁴ Vgl. Giampiero Carocci: Agostino Depretis e la politica interna italiana dal 1876 al 1887 (Agostino Depretis und die italienische Innenpolitik von 1876 bis 1887), Turin 1956, S. 483 ff. — Aldo Romano: Storia del movimento socialista in Italia, Bd. III, S. 305 ff.

engen Kontakt.²⁵ Meist fanden sie bei diesen auch bereitwillige Hilfe und Unterstützung.²⁶

Alle diese häufigen Kontakte mit revolutionären Persönlichkeiten anderer Länder, in denen das proletarische Klassenbewußtsein bereits gefestigter, die theoretische Reife größer und die politische Organisation der Arbeiterklasse weiter entwickelt waren, bewirkten ohne Zweifel, daß die italienischen Sozialisten stärker als bisher die Notwendigkeit fühlten, ihre eigene Bewegung beschleunigt bis zur Schaffung der politischen Partei der Arbeiterklasse voranzutreiben. Das zeigte sich auch deutlich in der Botschaft, die der Arbeiterverein „I figli del lavoro“ (Bund der Söhne der Arbeit) 1880 an den illegalen Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Wyden schickte.²⁷

Eine besonders positive Vermittlerrolle zwischen der deutschen und der italienischen sozialistischen Bewegung spielte der Lithograph Emil Kerbs.

Wieweit Emil Kerbs, geboren in Stettin 1854 in einer Seilerfamilie, bereits vor seiner Abreise aus der Heimat in der Sozialdemokratie tätig war, konnte bisher nicht festgestellt werden.²⁸ Seine Auswanderung nach dem Süden, nach der Schweiz und dann nach Italien, erfolgte nicht zuletzt aus gesundheitlichen Gründen, war aber auch Ausdruck der in jenen Jahren unter den deutschen Handwerkerkreisen verbreiteten Wanderlust. Es ist, wenn man einer späteren Feststellung der italienischen Polizei glauben will, sogar recht zweifelhaft, ob er am Kongreß von Wyden teilgenommen hat.²⁹ Sicher ist, daß er bereits zu Beginn seines Aufenthalts in Italien unermüdlich als Propagandist des Sozialismus wirkte. Seine Tätigkeit als sozialistischer Propagandist und Agitator ist für uns in zweifacher Hinsicht bedeutsam. Während er nämlich einerseits als Italien-Korrespondent des „Sozialdemokrat“ die Erfahrungen der italienischen Bewegung vermittelte und sie im Lichte der fortgeschritteneren Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Deutschland beurteilte, organisierte Kerbs andererseits gleichzeitig die in Mai-

²⁵ Vgl. J. Langhard: Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer, Berlin 1903, S. 328–329.

²⁶ So half der deutsche Philanthrop und Gefühlssozialist Karl Höchberg – für die italienischen Emigranten „il signor Carlo“ – politischen Emigranten aus Italien, beispielsweise dem Barbier Serafino Mazzotti, in finanzieller Hinsicht. Eine Postkarte von Eduard Bernstein an Serafino Mazzotti vom Juli 1885, die an diese Unterstützung durch Höchberg erinnert, befindet sich in der Gemeindebibliothek von Imola, Mss. Costa, 585.

²⁷ Vgl. Der Sozialdemokrat vom 30. August 1880.

²⁸ Vgl. Archivio Ministero Esteri, Roma, Polizia Internazionale, Germania 1880 (Archiv des Ministeriums des Auswärtigen, Rom, Internationale Polizei, Deutschland 1880), sowie den autobiographischen Brief von Kerbs an Andrea Costa vom 22. Oktober 1886, veröffentlicht in: Emilio Kerbs: Lettere ad Andrea Costa (Emil Kerbs: Briefe an Andrea Costa). In: Movimento Operaio, II (1950), S. 138–139.

²⁹ Auf Grund der Beschuldigung, er habe am illegalen Kongreß von Wyden teilgenommen, wurde Kerbs nämlich im Jahre 1887 aus Italien ausgewiesen. Sein Name erscheint jedoch nicht in der Liste der Kongreßteilnehmer, die von einem Spion der preußischen Polizei angefertigt worden war.

land arbeitenden deutschen Arbeiter in politischen und Bildungsvereinen und trat vor allem in der italienischen Arbeiterbewegung und in ihren Presseorganen für die brüderliche Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie ein.³⁰ Vor allem forderte er, daß die klassenbewußten italienischen Arbeiter gegenüber der Sozialgesetzgebung des Ministeriums Depretis eine ebenso konsequent revolutionäre Haltung einnehmen wie die deutsche Sozialdemokratie gegenüber Bismarcks Sozialreformen.

Indem Kerbs unausgesprochen die Entwicklung des Sozialismus in Italien mit der in Deutschland verglich, kam er zu dem Schluß, daß es der sozialistischen Bewegung in Italien „an Klarheit und vor allem an Organisation“ mangle.³¹ Diese Fehler hatten seiner Meinung nach zum Teil objektive Ursachen, nämlich die bedeutend langsamere Herausbildung des Industrieproletariats in Italien. Sie waren jedoch auch die Folge der Tatsache, daß diejenige italienische Sozialistengruppe, die sich am entschiedensten am politischen Leben beteiligte, nämlich die Revolutionäre Sozialistische Partei unter Führung Andrea Costas, in dem Bestreben, mit Gruppen der bürgerlichen Demokratie politische Bündnisse zu Wahlzwecken zu schließen, im Begriff war, durch „Aufgabe unserer Prinzipien“ ihren Klassencharakter einzubüßen.³² Als Kerbs diese Einschätzung in einer Korrespondenz im „Sozialdemokrat“ veröffentlichte – und zwar anläßlich der Beteiligung Costas an dem leitenden Komitee des Fascio della Democrazia (Bundes der Demokratie), wo er sich mit radikalen und republikanischen Vertretern zusammentat – entspann sich in den Spalten des „Sozialdemokrat“ eine Polemik zwischen Costa und Kerbs.³³

Costa konnte seinerseits darauf hinweisen, daß das Bündnis mit den Radikalen und Republikanern lediglich ein Bündnis zur Erreichung bestimmter politischer Ziele, nicht aber eine Verschmelzung unter Aufgabe der eigenen politischen Prinzipien sei; die Organisation des Fascio della Democrazia habe nur ein Bündnis dargestellt, das faktisch bereits längere Zeit bestanden und beträchtliche Erfolge gezeitigt hätte, so beispielsweise die Aufhebung einiger Polizeimaßnahmen und den Erlaß eines demokratischen Wahlgesetzes. Aber Kerbs erwiderte überzeugend, die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung werde in Italien durch die „mangelnde Organisation“ gehindert, durch das Nichtvorhandensein einer echten und wahrhaft sozialistischen Partei, die in Italien noch konsequenter als anderswo ihr wirtschaftliches Programm verfechten müsse, weil sie – weit davon entfernt, wie in Deutschland, die einzige Oppositionspartei gegen die Regierung zu sein – eine republikanische Partei bürgerlich-demokratischen Charakters zur Seite habe. „Die sozialistische Partei in Italien stützt sich nicht wie die anderer Länder auf die Arbeiterorganisationen, repräsentiert daher auch nicht wie in Frankreich und Deutschland das seiner Klassenlage sich be-

³⁰ Vgl. Archivio Ministero Esteri, Roma, Polizia Internazionale, Germania 1885.

³¹ Der Sozialdemokrat vom 18. September 1884.

³² Der Sozialdemokrat vom 23. August 1883.

³³ Vgl. Der Sozialdemokrat vom 6. und 27. September 1883.

wußte, organisierte Volk. Die sozialistische Partei in Italien rekrutiert sich zum großen Teile aus aus dem Mittelstande Ausscheidenden, sog. spostati, Unzufriedenen. Während nun diese Elemente in Deutschland bereits eine fertige sozialistische Arbeiterpartei vorfinden und deren Programm annehmen, in der Folge meistens auch der Partei durch ihre Intelligenz sehr nützlich werden, bilden diese selben Elemente in Italien aus Mangel einer sozialistischen Arbeiterpartei selber die Partei, reden und handeln im Namen der Arbeiterklasse und bilden sich ein, das eigentlich arbeitende Volk zu vertreten. Daher rühren auch die vielen Mängel der italienisch-sozialistischen Partei, ihre langsame Ausbreitung, die mangelnde Organisation; daher die nicht enden wollenden gelehrten und ungelehrten Zänkereien über Anarchismus, Kollektivismus, Kommunismus, Kommunalismus usw., die persönlichen Angriffe und Schmähungen auf alle diejenigen, die nicht zur betreffenden Sektionsfahne schwören, und das ganze überaus traurige Bild einer ungefügigen, zerfahrenen und unorganisierten Masse, die sich Partei nennt.“³⁴ Offensichtlich machte Kerbs in dieser Polemik wie auch in seinen anderen Schriften kein Hehl daraus, daß er in der deutschen sozialdemokratischen Partei das Vorbild sah, nach dem auch die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Italien beurteilt werden sollte. Costas Entwicklung vom abstrakten jugendlichen Anarchismus zur aktiven Teilnahme am politischen Leben war in der Tat vor allem unter dem französischen und nicht unter dem deutschen Einfluß erfolgt.³⁵ Costa, der Verteidiger eines „integralen Sozialismus“, in dem der Marxismus nur als eine der vielen sozialistischen Schulen erschien, betrachtete die marxistische „Orthodoxie“ der deutschen Sozialdemokratie mit ebenso großer Verachtung wie ihre zentralistische Organisation. An dieser durch und durch opportunistischen Auffassung hielt er auch in der Folgezeit fest.

Kerbs, der die politische Entwicklung in Italien und Deutschland ständig verfolgte und verglich, propagierte unermüdlich als erste Pflicht der Arbeiterklasse, sich zu organisieren. Das sei auch die erste Pflicht der italienischen Sozialisten, die nur mit Hilfe einer festen Organisation den Sozialismus in die Arbeiterklasse hineintragen könnten. Deshalb wurde Kerbs, nachdem er vorher zu den Mitkämpfern des Vereins „Bund der Söhne der Arbeit“ gehört hatte, zu einem der Gründer der Italienischen Arbeiterpartei, die 1882 in den nördlichen Gebieten Italiens zu arbeiten begann.³⁶ Er beteiligte sich sehr energisch an der

³⁴ Der Sozialdemokrat vom 27. September 1883.

³⁵ Recht aufschlußreich ist auch, daß das von Costa gegründete sozialistische Blatt „l'Avanti!“ zwar außerordentlich reich an Korrespondenzen aus dem Ausland, besonders aus Frankreich und Rußland, auf das sowohl Costa als auch seine Genossin Kulischow ihre besondere Aufmerksamkeit richteten, war, daß es dagegen nur wenige Informationen über die Arbeiterbewegung in Deutschland brachte.

³⁶ Vgl. über den Partito Operaio Italiano (Italienische Arbeiterpartei) außer den allgemeinen Geschichten der italienischen Arbeiterbewegung, die wir bereits zitiert haben, auch Robert Michels: Die exklusive Arbeiterpartei in Norditalien 1882–1892). In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, hrsg. von Carl Grünberg, 1. Bd., Leipzig 1911, S. 285–315.

Führung dieser Partei und widmete sich mit besonderer Intensität der Propaganda gegen die sogenannten Sozialgesetze, die — in Nachahmung der von Bismarck dem Reichstag nach 1881 vorgelegten — von der italienischen Regierung Depretis vorbereitet wurden (Unfall- und Altersversicherung, rechtliche Anerkennung der freiwilligen Hilfskassen der Arbeiter, Reglementierung der Streiks usw.).³⁷ In zahlreichen in „Il Fascio Operaio“ (Der Arbeiterbund), dem Organ der Italienischen Arbeiterpartei, veröffentlichten Artikeln nahm Kerbs Stellung oder ließ er gegen die neuen Sozialgesetze Stellung nehmen, indem er ihren zugleich demagogischen wie repressiven Charakter anprangerte.³⁸ Mehr oder weniger bekämpfte die gesamte führende Gruppe der Italienischen Arbeiterpartei die gefährlichen Illusionen, die im Zusammenhang mit den Eingriffen des Staates in die Wirtschaft entstanden waren und die sich selbst unter sozialistischen Gruppen auszubreiten drohten. Dabei erklärten sie ihre Freude darüber, „sich dabei in Übereinstimmung zu befinden mit den tapferen und angesehenen Sozialisten Deutschlands“³⁹.

Als Kerbs im Jahre 1886 aus Italien vertrieben wurde, setzte er dennoch seine politische Tätigkeit ungebrochen fort. Im folgenden Jahr treffen wir ihn in Zürich als aktiven Propagandisten unter den in den Kanton Zürich eingewanderten italienischen Arbeitern an der Seite einiger junger Studenten wieder, die hier einen „Italienischen Sozialisten-Klub“ gegründet hatten.⁴⁰ Es ist anzunehmen, daß man es dem Einfluß Kerbs' und seiner Vermittlertätigkeit zwischen den Gründern des „Italienischen Sozialisten-Klubs“ und den in Zürich arbeitenden deutschen Sozialdemokraten zuzuschreiben hat, wenn einer dieser Gründer, Oscar Bertoja, der vor seinem Schweizer Aufenthalt als Anarchist bekannt war und das Blättchen „Il Paria“ (Der Paria) in Ancona redigierte hatte, im Jahre 1887 auf dem Kongreß der Italienischen Arbeiterpartei zu Pavia die italienischen Arbeiter Zürichs vertrat.⁴¹

Ist Emil Kerbs' Tätigkeit charakteristisch für den starken Einfluß, den die deutsche Sozialdemokratie als organisatorisches Vorbild einer politischen Partei der Arbeiterklasse ausübte, so legen die Persönlichkeit Pasquale Martignettis und sein Werk in der überzeugendsten Weise dafür Zeugnis ab, welchen Einfluß die Partei Bebels und Liebknechts als — natürlich mit gewissen Einschränkungen — Verkörper-

³⁷ Vgl. Giampiero Carocci: Agostino Depretis e la politica interna italiana dal 1887 al 1887, S. 498 ff.

³⁸ Vgl. Il Fascio Operaio vom 19. August, 14. Oktober, 29./30. Dezember 1883, 9./10. Februar und 25./26. Oktober 1884.

³⁹ Brief einiger Funktionäre des Partito Operaio Italiano an Andrea Costa vom 10. Dezember 1884. In: Gastone Manacorda: Il movimento operaio italiano attraverso i congressi (1853–1892), S. 359.

⁴⁰ Vgl. Archivio Ministero Esteri, Roma, Polizia Internazionale, Zurigo (Zürich) 1887.

⁴¹ Vgl. Der Sozialdemokrat vom 30. September 1887. — Über die Tätigkeit dieses Club Socialista Internazionale vgl. Archivio Ministero Esteri, Roma, Polizia Internazionale, Zurigo 1886–1888.

rung und Repräsentantin des Marxismus in der damaligen Zeit hatte. Martignetti, ein kleiner Angestellter des Notariatsarchivs von Benevent, einer kleinen Stadt Süditaliens, kam mit der deutschen Sozialdemokratie durch das Studium des Marxismus in Berührung, und nicht umgekehrt. Er verstand, daß es brennend notwendig war, die Schriften von Marx und Engels und die der deutschen Sozialisten in Italien zu verbreiten und zu popularisieren, weil er richtig erkannte, daß das zurückgebliebene politische Bewußtsein des italienischen Proletariats einen Schritt vorwärts machen mußte. Mindestens seit 1877 Leser und Mitarbeiter der „Plebe“⁴², war Martignetti auf die französische Übersetzung des ersten Bandes des „Kapitals“ von Marx gestoßen, und diese Begegnung wurde bestimmend für sein Dasein. Als einfacher Mensch von zunächst mittelmäßiger Bildung hatte Martignetti mit Einfalt aber Klarheit die Größe dieses Buches erkannt. Vielleicht mehr noch als die geniale Erforschung des Aufbaus der kapitalistischen Gesellschaft, die Martignetti, wie übrigens viele italienische Sozialisten jener Zeit, zu begreifen nicht in der Lage war, hatte ihn die im Vorwort zum „Kapital“ enthaltene Feststellung beeindruckt: „Eine Nation soll und kann von der anderen lernen.“⁴³ Diese allgemein gefaßte Erklärung verwandelte sich in der Realität des proletarischen Emanzipationskampfes und vermittels der Hochschätzung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, die die „Plebe“ vertrat, in eine Proklamierung des proletarischen Internationalismus. Von diesem Augenblick an widmete Martignetti sein ganzes Dasein und alle seine Kräfte der Hebung des theoretischen Bewußtseins der italienischen Sozialisten. Da er weder ein origineller Denker war noch die Fähigkeit hatte, den Marxismus schöpferisch sich anzueignen oder weiterzuentwickeln, beschränkte Martignetti sich auf die Arbeit eines Übersetzers. Während er seine untergeordnete Tätigkeit als Notariatsarchivar in Benevent fortsetzte, studierte er leidenschaftlich und erlernte nicht ohne Schwierigkeiten die deutsche Sprache, bis er sich 1883 als erster in Italien an die Übersetzung von Engels' Arbeit „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ machte.

Diese Übersetzungsarbeit brachte Martignetti in direkten Kontakt mit Friedrich Engels, in eine Verbindung, die ununterbrochen bis zu Engels' Tod andauerte. Die zahlreichen Briefe Martignettis an Engels — leider sind nicht alle Briefe Engels' an Martignetti erhalten geblieben — beweisen, daß diese Verbindung dem bescheidenen Angestellten in Süditalien einen hohen Lebensinhalt gab. Er wurde in seinem Entschluß bestärkt, in Italien die Kenntnis des Marxismus zu verbreiten und dadurch dafür zu sorgen, daß die italienische Arbeiterbewegung sich qualitativ höher- und weiterentwickelte. Nachdem er mit Engels, Lafargue und Aveling und dann mit den damaligen Führern des

⁴² Vgl. Pasquale Martignetti: *Il Municipio di Benevento e l'istruzione obbligatoria* (Die Stadtverwaltung Benevent und der obligatorische Unterricht). In: *La Plebe* vom 18. November 1877.

⁴³ Vgl. *La Giustizia* (Die Gerechtigkeit) vom 12. Januar 1890.

italienischen Sozialismus, mit Costa, Turati und Antonio Labriola in Verbindung getreten war, begann Martignetti, systematisch Engels' Schriften, den „Sozialdemokrat“ und die „Neue Zeit“ zu verfolgen, um das, was ihm am interessantesten und wichtigsten erschien, für sozialistische Zeitungen oder für Separatveröffentlichungen zu übersetzen. Wie aus den Briefen Martignettis an Engels hervorgeht, wurde nicht alles, was er übersetzte, von den Redakteuren der italienischen Zeitschriften veröffentlicht.⁴⁴ Sie waren sich manchmal nicht klar über die Bedeutung der ideologischen Arbeit für die sozialistische Bewegung. Nichtsdestoweniger ist die Bibliographie der Übersetzungen Martignettis erstaunlich umfang- und inhaltsreich, besonders in den Jahren um 1890, als das Erstarken und die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie in ganz besonderem Maße den Blick der italienischen Sozialisten auf die Genossen in Deutschland und deren ideologische Voraussetzungen lenkten. Martignetti veröffentlichte in Einzelbänden die Übersetzungen von „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“⁴⁵ und „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“⁴⁶ sowie Übersetzungen von Aufsätzen von Marx, Engels, Kautsky, Bernstein u. a. oder zusammenfassende Resumés ihrer Schriften in sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften wie „Il Fascio Operaio“ (Der Arbeiterbund), „Cuore e Critica“ (Herz und Kritik), „Critica sociale“ (Sozialkritik), „Lotta di classe“ (Klassenkampf), „Socialismo popolare“ (Volkstümlicher Sozialismus).⁴⁷ Wegen dieser seiner Tätigkeit als Übersetzer und Propagandist des Marxismus erlitt Martignetti Verfolgungen und Schikanen.⁴⁸ Im Jahre 1886 wurde er von seinen Gegnern in einer Geldangelegenheit verleumderisch angeklagt, verurteilt und in einen langen Prozeß verwickelt. Erst nach vier Jahren gelang es ihm dank der Hilfe, die ihm durch Vermittlung von Engels Antonio Labriola zu leihen vermochte, aus dem Prozeß herauszukommen. Da er seinen Arbeitsplatz verloren hatte, wurde Martignetti von Engels unterstützt, der ihm nicht nur finanziell sondern auch mit seinem Rat und mit dem Zuspruch half, seinen Glauben nicht sinken

⁴⁴ Die Fotokopien von 81 Briefen Pasquale Martignettis an Friedrich Engels aus den Jahren 1883 bis 1895 sind mir in äußerst entgegenkommender Weise vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, zur Verfügung gestellt worden, wofür ich hier herzlich danke.

⁴⁵ Il socialismo utopico e il socialismo scientifico per F. Engels (Der utopische Sozialismus und der wissenschaftliche Sozialismus, d. h.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, von Friedrich Engels), Benevent 1883.

⁴⁶ L'origine della famiglia, della proprietà privata e dello stato in relazione alle ricerche di Luigi H. Morgan di Federico Engels, Versione riveduta dall'autore di Pasquale Martignetti (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats unter Bezugnahme auf die Forschungen von Lewis H. Morgan von Friedrich Engels. Vom Verfasser durchgesehene Fassung von Pasquale Martignetti), Benevent 1885.

⁴⁷ Diese Übersetzungstätigkeit Martignettis wurde nach 1890 besonders intensiv.

⁴⁸ Vgl. den Brief Martignettis an Costa vom 9. Mai 1889, veröffentlicht von Gianni Bosio in: La fortuna degli scritti di Marx e di Engels in Italia (Das Geschick der Schriften von Marx und Engels in Italien), S. 459–460.

zu lassen und auch unter diesen härteren Bedingungen an dem schweren, aber großen Werk, an das er Hand gelegt hatte, weiterzuarbeiten.

III

Wer die ersten Monate des Jahrgangs 1890 des „Sozialdemokrat“ durchsieht, kann sich ein Bild machen von dem internationalen Echo, das der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie vom 20. Februar 1890 hervorrief, jener Sieg, der die Voraussetzungen schuf für den Sturz Bismarcks. Die begeisterten Adressen, die aus diesem Anlaß von den Leitungen der europäischen sozialistischen Parteien und von den deutschen sozialdemokratischen Gruppen anderer Kontinente an den deutschen Parteivorstand geschickt wurden, die kommentierenden und würdigenden Aufsätze, die in allen größeren sozialistischen Zeitungen Europas erschienen, stellten übereinstimmend fest, daß das Wahlergebnis vom 20. Februar von entscheidender Bedeutung nicht nur für das deutsche Proletariat, sondern ebenso sehr auch für das Proletariat der ganzen Welt war.⁴⁹ Franz Mehring schätzte die Bedeutung dieses Wahlsieges folgendermaßen ein: „Es war ein weltgeschichtliches Ereignis, das eine neue Geschichtsperiode eröffnete; denn so reich an menschlichem Heldentum die Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert gewesen sind, so hatte doch zum ersten Mal eine Arbeiterpartei in einem klug, konsequent und kühn geführten Kampf von zwölf Jahren einen Großstaat mit seinen ungeheuren Machtmitteln besiegt.“⁵⁰ Der Erfolg der deutschen Sozialdemokratie wirkte sich notwendigerweise dahingehend aus, daß er ihr Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung, das Prestige der von ihr verfochtenen Ideologie, ihres Programms, ihrer Organisationsmethoden außerordentlich steigerte und sie den Sozialisten aller Länder zum Vorbild werden ließ.

Das gewaltige Echo, das der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder hervorrief, ist in engem Zusammenhang mit der Gründung der II. Internationale zu Paris im Jahre 1889 und der außerordentlich breiten Bewegung der Arbeitermassen der einzelnen Länder, die dieses Ereignis begleitete, zu sehen.

In Italien hatte das Bemühen um die Bildung der politischen Partei der Arbeiterklasse Ende der achtziger Jahre noch keine wesentlichen Fortschritte gemacht gegenüber dem Beginn des Jahrzehnts. Der Wahlkampf in Deutschland von 1890 war von den zu politischem Bewußtsein erwachten Arbeitern mit lebhaftem Interesse verfolgt worden. Zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen und — noch allgemeiner gesprochen — verschiedenen Propaganda- und Organisationszentren innerhalb der italienischen Arbeiterklasse war eine umfassende und lebhafte Debatte über die Politik der deutschen Sozialdemokratie entbrannt. Die von Wilhelm II. am Vorabend der Wahlen verkündeten

⁴⁹ Vgl. Der Sozialdemokrat vom 22. März 1890 ff.

⁵⁰ Franz Mehring: Deutsche Geschichte seit dem Ausgange des Mittelalters, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 289.

sozialpolitischen Versprechungen hatten andererseits dazu beigetragen, auch die Aufmerksamkeit bürgerlich-demokratischer und konservativer Gruppen auf die deutschen Wahlen zu lenken, jener Gruppen, die auf reaktionäre Weise mit Hilfe pseudosozialistischer Demagogie und sozialer Korruption den Aufschwung des Proletariats zu hindern und zu blockieren suchten. Es gab damals kein italienisches Blatt, das nicht von den Reformplänen des deutschen Kaisers gesprochen hätte. Die Konservativen taten es natürlich, um die „Sorge“ Wilhelms II. für die Sache der Arbeiter zu loben, die Katholiken, um zu erreichen, daß auch der Papst zu der in Aussicht genommenen internationalen Konferenz über die Arbeiterfrage eingeladen werde, die Demokraten, um den vermeintlichen Fortschritt, den die „soziale Frage“ in der gesamten öffentlichen Meinung und auch bei den Souveränen gemacht habe, zu bejubeln. Eine exakte und gründlichere Einschätzung der kaiserlichen Erlasse in Deutschland gab jedoch die Lega Socialista Milanese (Mailänder Sozialistische Vereinigung), eine sozialistische Propagandaorganisation, gegründet und geleitet von einem Mailänder Rechtsanwalt, der in der italienischen Arbeiterbewegung noch eine bedeutsame Rolle spielen sollte, von Filippo Turati. In einer am Vorabend der Wahl im Januar 1890 angenommenen EntschlieÙung hob er „die Wichtigkeit der Tatsache“ hervor, „daß der Vertreter der mächtigsten militärischen und der feudalsten Regierung Europas die Dringlichkeit der Unterstützung der Bestrebungen der Arbeiter auf Wohlstand und Gleichheit mittels internationaler Vereinbarungen — ein durchaus sozialistisches Prinzip, welches dem Sozialismus viele Verfolgungen und Märtyrer eingetragen hat — feierlich proklamiert hat.

Obgleich wir ferner die eigene Überzeugung bewahren, sowohl in bezug auf die organische Unfähigkeit der Bourgeois-Regierungen, die sozialen Probleme radikal zu lösen, als in bezug auf die Aufrichtigkeit der Absichten derselben, besonders in Anbetracht der gegenwärtigen politischen und Weltsituation, drücken wir einstweilen unsere Bewunderung und Sympathie für die sozialistischen Genossen Deutschlands aus, deren intelligente, feste, disziplinierte und unermüdliche Tätigkeit jene Regierung gezwungen hat, in aller Form die große Bedeutung der sozialen Frage der Neuzeit anzuerkennen...“⁵²

Die konservativen und die katholischen Zeitungen Italiens, die den kaiserlichen Erlassen Wilhelms II. so starke Beachtung geschenkt hatten, zeigten sich bei der Propagierung des Wahlergebnisses vom 20. Februar 1890 und seiner Kommentierung bedeutend weniger eifrig — wenn man den Alarmruf ausnimmt, den einige der weitblickendsten Blätter der italienischen Bourgeoisie ausstießen.⁵³ Alle jene zwischen der bürgerlichen Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung politisch hin- und herschwankenden Gruppen konnten jedoch dieses

⁵² Vgl. *La Riforma* (Die Reform) vom 7. Februar 1890; *L'Opinione* (Die Meinung) vom 9. Februar 1890; *L'Osservatore Romano* (Der römische Beobachter) vom 22. Februar 1890.

⁵³ Der Sozialdemokrat vom 8. März 1890.

⁵³ Vgl. *Il Diritto* (Das Recht) vom 24. Februar 1890.

Stillschweigen nicht wahren, da in diesem Augenblick die wichtige Frage der künftigen Leitung der Arbeiterbewegung zur Lösung drängte. Äußerst bezeichnend sind die Unterschiedlichkeit, ja die Gegensätze in der Einschätzung der deutschen Ereignisse durch die verschiedenen Gruppen. So erklärten die Radikalen von der Zeitung „Il Secolo“ (Das Jahrhundert), Mailand, die schon im Zusammenhang mit den Erlassen Wilhelms II. der deutschen Sozialdemokratie den Klassencharakter abgesprochen hatten⁵⁴, jetzt den Wahlsieg vom 20. Februar mit der Tatsache, daß „die deutschen Sozialisten praktische, einsichtigeren Leute als in anderen Ländern“ seien, wobei die Gegenüberstellung der „vernünftigen“ Sozialisten Deutschlands mit den „unvernünftigen“ Sozialisten Italiens sichtbar und durchsichtig genug war. Damit nicht genug, unterteilten sie die „praktischen“ und „vernünftigen“ deutschen Sozialdemokraten noch in „unentwegte Sozialisten, die zur Erreichung ihrer Ideale nicht an die Offensive der sozialen Evolution glauben“, und „demokratische Sozialisten“, deren „parlamentarisches Programm von jedem guten italienischen Radikaldemokraten unterschrieben werden könnte“.⁵⁵ Die Demokraten stellten ihrerseits in ihrer Zeitung „Il Messaggero“ einen Vergleich an zwischen den deutschen Arbeitern, die, „man kann sagen, den Schlüssel gefunden haben, um die schwierige und komplizierte soziale Frage zu lösen“, und den italienischen Arbeitern, die „in der Untätigkeit leben“. Sie „wollen nichts wissen von Widerstandsvereinigungen und kümmern sich überhaupt nicht um das politische Stimmrecht“. Angesichts des verheißungsvollen Beispiels der deutschen Sozialdemokraten wünschte das römische Blatt, die italienischen Arbeiter möchten doch mit der von ihnen eingeschlagenen politisch ausgeweglosen Entwicklung Schluß machen und sich stattdessen entscheiden, „in allem und jedem ihren deutschen Genossen nachzuahmen“. Das demokratische Blatt forderte also die italienischen Sozialisten auf, in jeder Hinsicht Lehren aus den deutschen Ereignissen zu ziehen, vor allem zu erkennen, daß „sich die gleiche Kampfmethodik in gleicher Weise den italienischen Radikalen und den italienischen Sozialisten aufzwingt“. Sowohl Radikale wie Sozialisten, so schrieb die Zeitung, „können sich als eine einzige Partei erweisen, als eine sehr starke Partei, die in kurzer Zeit Herr der Lage sein kann“.⁵⁶ Das war — abgesehen von der Verfälschung der sozialdemokratischen Taktik in Deutschland — nicht nur politischer Eklektizismus, sondern der schlecht verhüllte Versuch, die junge sozialistische Bewegung in Italien ihres Klassencharakters zu berauben und sie den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen.

Ganz anders war dagegen die Haltung der Sozialisten der verschiedenen Gruppen und Richtungen. Wenn sich auch die Revolutionäre Sozialistische Partei Italiens unter Führung Andrea Costas — wie schon bei früheren Gelegenheiten — gegenüber dem Wahlsieg der deutschen

⁵⁴ Vgl. *Il Secolo* vom 9. und 10. Februar 1890.

⁵⁵ *Il Secolo* vom 25. und 26. Februar 1890.

⁵⁶ *Il Messaggero* vom 23. Februar 1890.

Sozialdemokraten sehr zurückhaltend zeigte, so waren sich doch alle sozialistischen und Arbeiterorganisationen Norditaliens in ihrer Begeisterung über den Sieg der deutschen Klassenbrüder einig. Angesichts des allgemeinen Interesses und der Begeisterung, die sich bei der Siegesnachricht in Mailand verbreitete, rief die Mailänder Sozialistische Vereinigung im März zu einem Diskussionsabend im Teatro della Canobbiana auf, an dem für die Mitglieder der Vereinigung Filippo Turati und Constantino Lazzari teilnahmen. Vor allem Lazzari wies die rotgedruckte Nummer vor, die der „Sozialdemokrat“ zur Feier des Sieges der Partei bei den Wahlen herausgegeben hatte, und erklärte: „Heutzutage nennen sich alle Sozialisten, aber wahre Sozialisten sind die Arbeiter Deutschlands, die der Verwirklichung ihres Programms den Weg bahnen, während diejenigen Frankreichs sich in einem Eklektizismus verlieren, der alle möglichen Abstufungen annimmt.“ Die deutsche sozialdemokratische Partei „ist eine revolutionäre Partei, die ihr eigenes Gesicht hat, die ihr Vertrauen lediglich auf das Volk setzt, die nichts zu tun hat mit der Partei des christlichen Sozialismus, des Kathedersozialismus und anderen derartigen Mystifikationen“.⁵⁷

„Es lebe Deutschland!“ überschrieb „La Giustizia“ (Die Gerechtigkeit), die in Reggio Emilia unter Leitung von Camillo Prampolini erschien, ihren Kommentar zu den deutschen Wahlen. In der Polemik mit dem Londoner „Standard“, der den Aufschwung der deutschen Sozialdemokratie für wirkungslos hielt, weil die gesamte Macht nach wie vor in den Händen des staatlichen Verwaltungsapparates und des Heeres bleibe, erwiderte „La Giustizia“ voller Optimismus: „Auch in Deutschland werden die Soldaten aus dem Volke genommen; und wenn fast das ganze Volk sozialistisch wird (wofür der Zeitpunkt nicht mehr fern sein dürfte, da ja die Sozialisten bei diesen letzten Wahlen über nicht weniger als 1 342 000 Stimmen verfügen konnten), dann werden auch die Soldaten fast alle Sozialisten sein, und im gegebenen Augenblick werden sie im Lande daher dem Kaiser und der Bourgeoisie fehlen, um gemeinsame Sache mit ihren Genossen zu machen.“⁵⁸

„Il Fascio Operaio“, das Organ der Italienischen Arbeiterpartei, das im März 1890 nach fast zweijähriger Unterbrechung wieder zu erscheinen begann, begrüßte seinerseits den „sozialen Sieg der Arbeiter Deutschlands, dessen Licht sich über alle Arbeiter Europas ergießt“, einen Sieg „ohne unnützen Lärm, ohne unnütze Proteste, unter der Tyrannei grausamer und unsinniger Gesetze“, „Frucht der Agitation und der Organisation unserer Klasse, die sich in Deutschland seit dreißig Jahren, dem Ruf Lassalles folgend, angeschickt hat, im Kapitalismus ihren schlimmsten Feind zu bekämpfen“.⁵⁹

Während sich die Wortführer der exklusiven italienischen Arbeiterpartei keineswegs zufällig auf Lassalle beriefen und auf die *spezifische* Agitation der deutschen Arbeiterklasse hinwiesen, die zu diesem Siege

⁵⁷ Il Secolo vom 14. und 15. März 1890.

⁵⁸ La Giustizia vom 2. März 1890.

⁵⁹ Il Fascio Operaio vom 16. März 1890.

geführt habe, so betonte dagegen Pasquale Martignetti in einem an die Zeitschrift „Cuore e Critica“ gerichteten Brief die *universelle*, d. h. für das Proletariat der ganzen Welt gültige Bedeutung dieses Sieges: „Die soziale Demokratie Deutschlands hat jahrzehntelang unter Verfolgungen und Verführungen durch die Macht tapfer gearbeitet und, indem sie Schritt für Schritt Terrain gewann, ist es ihr gelungen, die Arbeiterpartei zu organisieren, die mächtigste und disziplinierteste der Welt, die nun den größten Militärstaat erzittern läßt und sich bei den letzten Wahlen zum *Reichstag* so glänzend bewährt hat. Aber die deutsche soziale Demokratie hat nicht für Deutschland allein gearbeitet. Sie hat gekämpft und kämpft mit einer Uneigennützigkeit und einer Standhaftigkeit ohnegleichen für die Emanzipation des internationalen Proletariats. Sie vertritt — nach einem glücklichen Ausdruck des Professors Labriola, den der ‚Sozialdemokrat‘ soeben veröffentlicht hat — die allgemeinen Interessen der Menschheit.“⁶⁰

Mit der Persönlichkeit Antonio Labriolas gelangen wir nun gewissermaßen zum Höhepunkt nicht nur des italienischen Echos auf die deutschen Ereignisse des Jahres 1890, sondern ebenso sehr des gesamten Einflusses, den die deutsche Sozialdemokratie auf den Bildungsprozeß der sozialistischen Partei in Italien ausgeübt hat.⁶¹ Der Unterschied zwischen Labriola und den übrigen italienischen Sozialisten, die damals voller Bewunderung auf die deutsche Sozialdemokratie blickten und sie als Vorbild für die zu schaffende italienische sozialistische Partei betrachteten, bestand gerade in der Tatsache, daß Labriola bei der Erörterung der Wege der sozialistischen Bewegung an die theoretische Grundlage des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie, an den Marxismus anknüpfte.

Antonio Labriola, der größte marxistische Denker Italiens im 19. Jahrhundert, hatte sich, ausgehend von den hegelianischen Anschauungen seines Lehrers, des neapolitanischen Philosophen Bertrando Spaventa, dem Marxismus genähert. Seine autobiographische Notiz: „Vielleicht oder sogar ohne vielleicht“, so schrieb Labriola an Engels am 14. März 1894, „bin ich Kommunist geworden in Auswirkung meiner

⁶⁰ Cuore e Critica, IV. Jg. (1890), S. 55–56.

⁶¹ Für Antonio Labriola (1843–1904), der in den achtziger und neunziger Jahren dem Marxismus nahestand, sich jedoch später von der politischen Tätigkeit zurückzog, ist die Bibliographie so umfangreich, daß wir uns darauf beschränken müssen, das Wesentliche zu zitieren: Luigi Dal Pane: Antonio Labriola. La vita e il pensiero (Antonio Labriola. Sein Leben und sein Denken), Rom 1934. — Palmiro Togliatti: Per una giusta comprensione del pensiero di Antonio Labriola (Um ein richtiges Verständnis des Denkens Antonio Labriolas). In: Rinascita (Wiedergeburt), XI. Jg. (1954), S. 254–256, 337–339, 387–393 und 483–491. — Giuseppe Berti: Bertrando Spaventa, Antonio Labriola e l'Hegelismo napoletano (Bertrando Spaventa, Antonio Labriola und der neapolitanische Hegelianismus). In: Società, X. Jg. (1951), S. 406–430, 583–607 und 764–791. — Luciano Cafagna: Antonio Labriola e la coscienza socialista in Italia (Antonio Labriola und das sozialistische Bewußtsein in Italien). In: Movimento Operaio (Arbeiterbewegung), V. Jg. (1954), S. 661–683. — Vgl. auch den bedeutsamen Gedenkartikel von Franz Mehring in: Die Neue Zeit, 22. Jg. (1903–1904), 1. Bd., S. 585–588.

streng hegelianischen Erziehung“⁶², ist nicht nur im allgemeinen Sinne für seine philosophische Entwicklung aufschlußreich. In ihr kommt zum Ausdruck, daß Labriolas weltanschauliche Entwicklung zum wissenschaftlichen Sozialismus äußerst eng mit der Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution und der demokratischen Lösung der nationalen Frage in Italien verknüpft war. Die große historische Bedeutung Antonio Labriolas für die Entwicklung der sozialistischen Ideologie und Bewegung in Italien besteht darin, daß er zwischen den Problemen der bürgerlich-demokratischen Revolution und jenen der sozialistischen Revolution keine „chinesische Mauer“ errichtete, daß er die letztgenannten Fragen nicht als getrennt von den Fragen der bürgerlich-demokratischen Revolution auffaßte, sondern vielmehr die Aufgaben der sozialistischen Bewegung in Italien unter dem Gesichtspunkt der ausgebliebenen konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution untersuchte.

Vergegenwärtigt man sich diese Tatsache, so wird einem die große Bedeutung, die Labriola dem Aufstieg der Sozialdemokratie in Deutschland für die sozialistische Revolution in Italien beilegte, verständlich. Die deutsche Sozialdemokratie war für Labriola die „Erzieherin der neuen Geschichte“. In welchem Sinne er jedoch das Verhältnis der italienischen zur deutschen sozialistischen Bewegung auffaßte, zeigt folgende autobiographische Erklärung: „Ich war hier in Italien entweder der erste oder doch wenigstens einer der ersten, die in Wort und Schrift, oftmals nachdrücklich, die Aufmerksamkeit jenes Teils unserer Arbeiter, der fähig war und ist, sich auf der Linie des modernen Klassenkampfes zu bewegen, auf das Beispiel Deutschlands gelenkt haben. Aber ... es kam mir niemals in den Sinn zu glauben, daß die Nachahmung irgendjemand von der eigenen Initiative dispensiere; ich habe nicht einmal im Traum daran gedacht, ob man dem Beispiel jener Fratres und Priester folgen solle, die Jahrhunderte lang die ausschließlichen Lehrer Italiens waren ... und frisch drauflos Poeten fabrizierten, indem sie sie die *Ars poetica* des alten Horaz auswendig lernen ließen.“⁶³

Im Unterschied zur großen Mehrheit der italienischen Sozialisten war Labriola durch das Studium des Marxismus, dessen gründlicher Kenner er geworden war, zur deutschen Sozialdemokratie gekommen. In dieser Hinsicht glich seine Entwicklung — wenngleich auf einem bedeutend höheren Niveau — der Martignettis. Seine Bewunderung für die deutsche Sozialdemokratie war schon lange vor dem Wahlerfolg vom 20. Februar 1890 einfach auf Grund seiner Übereinstimmung mit dieser oder jener von den deutschen Sozialdemokraten angewandten taktischen Methode im politischen Kampf entstanden. Sie war dadurch beeinflusst, daß Labriola in der deutschen Sozialdemokratie tatsächlich — um Engels' Worte zu gebrauchen — den „Erben der klassischen deutschen Philosophie“ erblickte, d. h. die Partei der Arbeiterklasse, erfüllt und

⁶² Antonio Labriola: Lettere a Engels (Briefe an Engels), Rom 1949, S. 142.

⁶³ Antonio Labriola: *Discorrendo di socialismo e di filosofia* (Gespräche über Sozialismus und Philosophie), 4. Aufl., Bari 1944, S. 32.

beseelt von den Grundsätzen des Marxismus. In den Kämpfen dieser Partei erblickte Labriola den höchsten Ausdruck der zeitgenössischen und die Vorwegnahme der zukünftigen Zivilisation, des Sozialismus. Daher appellierte er nach seiner „Bekehrung“ zum Sozialismus in allen seinen um 1890 erschienenen Schriften unablässig an die italienischen Arbeiter, die deutsche Sozialdemokratie als das Vorbild für das eigene politische Handeln zu nehmen.⁶⁴

Schon im Jahre 1888, als die Schweizer Regierung unter Bismarcks Druck die Redakteure des „Sozialdemokrat“ auswies und das Organ der deutschen Sozialdemokratie gezwungen war, seinen Sitz nach London zu verlegen, versuchte Labriola, eine große Solidaritätskundgebung der italienischen Sozialisten für ihre deutschen Genossen zu veranstalten. Aber Costa — noch immer die bedeutendste und repräsentativste Gestalt des italienischen Sozialismus —, der als Mittler und Organisator hätte auftreten müssen, unterstützte Labriolas Vorhaben nicht, so daß der Plan nicht verwirklicht wurde.⁶⁵ Im Wahlkampf des Jahres 1890 half Labriola den deutschen Sozialdemokraten, indem er an den „Sozialdemokrat“ einen Sammelbeitrag von 50 Lire schickte.⁶⁶ Nach dem Wahlsieg vom 20. Februar setzte er im „Radikalen Club“ zu Rom, dessen Vizepräsident er war, eine Glückwunschbotschaft an die Leitung der deutschen Arbeiterpartei durch, deren Inhalt ein Kompromiß zwischen den verschiedenen in diesem Zirkel bestehenden demokratischen Tendenzen darstellte.⁶⁷ Etwa zur gleichen Zeit trat Labriola in Beziehungen zu Friedrich Engels und den führenden Männern der deutschen Sozialdemokratie wie Wilhelm Liebknecht.⁶⁸ Durch Vermittlung Bernsteins publizierte er im „Sozialdemokrat“ eine Reihe von Artikeln über die italienische Arbeiterbewegung, die dann von Pasquale Martignetti ins Italienische übersetzt und in „Il Fascio Operaio“ veröffentlicht wurden.⁶⁹ Mit diesen Artikeln begann Labriola — was er dann in den folgenden Jahren fortsetzte —, der internationalen Arbeiter-

⁶⁴ Vgl. Antonio Labriola: *Scritti vari di filosofia e di politica* (Verschiedene Schriften über Philosophie und Politik), hrsg. v. B. Croce, Bari, S. 295. — Derselbe: *Democrazia e socialismo in Italia* (Demokratie und Sozialismus in Italien), hrsg. von Luciano Cafagna, Bari 1954, S. 33.

⁶⁵ Vgl. Luciano Cafagna: *Profilo biografico e intellettuale di Antonio Labriola* (Biographisches und geistiges Profil von Antonio Labriola). In: *Rinascita*, XI. Jg. (1954), S. 348.

⁶⁶ Vgl. *Der Sozialdemokrat* vom 8. März 1890.

⁶⁷ Vgl. *Cuore e Critica*, IV. Jg. (1890), S. 55–56.

⁶⁸ Über Labriolas Beziehungen zu einzelnen deutschen Sozialdemokraten vgl. Leo Valiani: *Lettere di Antonio Labriola ai socialisti tedeschi e francesi* (Briefe von Antonio Labriola an deutsche und französische Sozialisten). In: *Questioni di storia del socialismo* (Fragen der Geschichte des Sozialismus), Turin 1958, S. 375–401.

⁶⁹ Für diese Artikel verwendete Labriola das Zeichen x.y.o., mit dem er auch in seinen Jünglingsjahren politische Schriften gezeichnet hatte, die in italienischen Zeitungen erschienen. Es handelt sich um „Der erste Mai und die Arbeiterbewegung in Italien“, veröffentlicht in: *Der Sozialdemokrat* vom 17. Mai 1890; „Aus Italien“, ebenda vom 14. Juni 1890, und „Aus Italien“, ebenda vom 2. August 1890. Die Artikel wurden von Pasquale Martignetti übersetzt und anonym veröffentlicht in: *Il Fascio Operaio* vom 25. Mai, 22. und 29. Juni sowie 17. August 1890.

terbewegung mit Hilfe der angesehenen Organe der deutschen Partei ein realistisches und objektives Bild von der Situation in der italienischen Arbeiterbewegung zu vermitteln. Diese Analyse und Berichterstattung, die in ständigem und systematischem Vergleich zwischen der Situation der Arbeiterbewegung in Italien und derjenigen in den weiter fortgeschrittenen Ländern erfolgte, unterschied sich grundsätzlich von dem unwissenschaftlichen Zweckoptimismus anderer Sekten und Gruppen.

Noch wichtiger aber war, daß Labriola seinen 1888 gescheiterten Plan, eine öffentliche Solidaritätskundgebung für die deutschen Genossen durchzuführen, wiederaufnahm. Als der Hallenser Parteitag bevorstand, der erste, den die deutsche Sozialdemokratie nach dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden abhalten konnte, beabsichtigte Labriola, auch die italienischen Sozialisten an der großen Kundgebung des proletarischen Internationalismus teilnehmen zu lassen, die anläßlich dieses Kongresses von den Sozialisten der ganzen Welt vorbereitet wurde. Aber wer konnte die Initiative ergreifen, eine Glückwunschsbotschaft zu formulieren? Und auf welcher theoretischen Grundlage sollte diese Glückwunschsadresse ausgearbeitet werden — in einem Augenblick, da die sozialistische Bewegung Italiens noch in zahlreiche Organisationen, verschieden auch in ihrer ideologischen Orientierung und ihrem politischen Programm, gespalten war? Fest stand: die erste Vorbedingung für die Teilnahme der italienischen Sozialisten an der geplanten großen Kundgebung des proletarischen Internationalismus war, daß sie auf dem Wege der Organisation der politischen Partei der Arbeiterklasse einen entscheidenden Schritt vorwärts machten und die organisatorische und ideologische Spaltung in ihren Reihen überwandten. Dabei konnte und mußte ihnen das Beispiel der stärksten politischen Parteien der Arbeiterklasse und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie helfen. Mit dieser recht komplizierten Aufgabenstellung machte sich Labriola an die Abfassung des Aufrufs „An die Sozialdemokratie Deutschlands auf dem Kongreß zu Halle“.⁷⁰ In Übereinstimmung mit Turati und mit den Führern der italienischen Arbeiterpartei — Costa verhielt sich, wie schon 1888, der Aktion gegenüber wieder sehr zurückhaltend — gedachte er, sich der Sozialistenvereinigung von Mailand und der Italienischen Arbeiterpartei zu bedienen und die einzelnen italienischen Sozialisten und die in Italien bestehenden sozialistischen Arbeiterorganisationen aufzufordern, dem Appell zuzustimmen.⁷¹

⁷⁰ Dieser Aufruf wurde im vollen Wortlaut zum erstenmal veröffentlicht in: *Cuore e Critica*, IV. Jg. (1890), S. 169–210, und dann in vielen sozialistischen Zeitungen Italiens wiederabgedruckt. Über die von Leopold Jacoby besorgte deutsche Übersetzung vgl. Berliner Volksblatt vom 2. Oktober 1890, 1. Beilage.

⁷¹ Die im Zusammenhang mit diesem Plan zwischen Labriola und Turati ausgetauschten Briefe wurden veröffentlicht in: Filippo Turati *attraverso le lettere di corrispondenti (1880–1925)* (Filippo Turati im Urteil von Korrespondentenbriefen 1880–1925), hrsg. von Alessandro Schiavi, Bani 1947, S. 62–74. — Ferner in: Luigi Cortesi: *La giovinezza di Filippo Turati* (Die Jugend Filippo Turatis). In: *Rivista storica del socialismo* (Historische Zeitschrift des Sozialismus), I. Jg. (1958), S. 45–50.

Die Bedeutung des Aufrufs besteht nicht nur darin, daß er die erste gemeinsame Kundgebung der italienischen Sozialisten war, sondern auch — und vielleicht in noch höherem Maße — in seinem theoretischen Inhalt. Der Aufruf begann mit der Versicherung, daß sich die italienischen Sozialisten — trotz ihrer Spaltung — doch einig seien in der Solidarität mit der „sozialen Demokratie Deutschlands, dem Fahmenträger des Weltproletariats und bewußten Vorbereiter der *sozialen Revolution*“, daß sie einer Meinung seien, wenn sie in der „machtvollen Organisation“ und den „Erfolgen“, die die deutsche Sozialdemokratie gegen das Ausnahmeregime errungen habe, den Beweis dafür erblickten, daß sie „die Initiatorin und Lehrerin der neuen Geschichte“ sei. Der Internationale Sozialistenkongreß von Paris im Juli 1889 anläßlich des hundertsten Jahrestages der Erstürmung der Bastille — so fuhr Labriola fort — habe „endgültig die Aera der liberalen Revolution abgeschlossen“ und eine neue Geschichtsära eingeleitet, „deren wichtigste Darsteller und bewußteste und gewissenhafteste Interpreten Ihr zur Zeit seid“. Labriola setzte sich kritisch mit dem Einfluß der Bourgeoisie und bürgerlicher Ideologien auf die Arbeiterklasse auseinander, der in der Vergangenheit eine selbständige Entwicklung der Arbeiterbewegung vielfach verhindert hatte, um dann die Aufgaben des internationalen Proletariats zu kennzeichnen: „Das kämpfende Proletariat wird sicher fortschreiten auf dem Wege, der direkt zur *Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zur Abschaffung des gegenwärtigen Lohnsystems* führt, allein im Vertrauen auf die eigenen Mittel und seine eigenen Kräfte und gestärkt in der Überzeugung: daß es für das Proletariat keine Hoffnung auf geistigen und moralischen Fortschritt noch auf Sicherung der Freiheit und der demokratischen Verfassung gibt, solange nicht die Wirtschaftsordnung des sozialen Zusammenlebens von Grund aus geändert ist.“ Dieser Teil des Aufrufs ist besonders wichtig, da hier zum erstenmal in Italien die allgemeinen programmatischen Grundsätze einer politischen Partei der Arbeiterklasse formuliert wurden. Der Marxismus wird nirgends genannt, aber seine Lehren bilden die theoretische Grundlage des Aufrufs. Dadurch wurde der Aufruf zu einer wichtigen Waffe im Kampf gegen alle Schwankungen und Abweichungen — sowohl in syndikalistisch-korporativem wie in bürgerlich-demokratischem Sinne —, die noch breite Kreise der italienischen Arbeiterbewegung beeinflussten und sie hinderten, sich auf die Bildung einer politischen Partei zu orientieren. Die von Labriola gewählte Methode, seine Beweisführung mit Beispielen aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu stützen, war um so wirksamer, als sie die Diskussion der italienischen Sozialisten von der provinziellen Ebene des unfruchtbaren Sektenstreits auf das Gebiet der großen internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung übertrug. In der Haltung Labriolas gegenüber der deutschen Sozialdemokratie war keine Spur sklavischer Nachahmung enthalten. Vielmehr betonte er die große Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie vor der internationalen Arbeiterbewegung mit den Worten: „Eure Genossen jenseits der Alpen,

eng mit Euch verbunden durch das Wissen um die künftigen Kämpfe, verlangen von Euch keine materielle Hilfe oder Entschließungen, wie es bei den politischen Cliques oder in den Geheimgesellschaften üblich ist, sondern sie erwarten von Euch die kraftvollste der Unterstützungen und den besten der Ratschläge: *die erzieherische Kraft und die Majestät des Beispiels.*“

Natürlich begriffen nicht alle, die aufgefordert wurden, den Aufruf zu unterschreiben, seine tatsächliche Bedeutung. Angesichts des damaligen niedrigen theoretischen Niveaus der italienischen Arbeiterbewegung erkannte nur ein Teil, daß der Aufruf die Forderung nach einer politischen Partei der Arbeiterklasse und nach der Anerkennung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus verfocht. Aber die Begeisterung über die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie war so groß und der Wille zu einer gemeinsamen Kundgebung des italienischen Sozialismus und — mehr oder weniger bewußt — zu einer einheitlichen politischen Organisation der Arbeiterklasse so stark, daß die Initiative Labriolas einen gewaltigen Erfolg zeitigte. „Bei dieser Gelegenheit haben Sie die Rolle des Innenministers gespielt und ich die des Außenministers“⁷², schrieb Antonio Labriola am 7. Oktober 1890 an Filippo Turati, ehe er die Unterschriftenliste an den sozialdemokratischen Studenten Wilhelm Körner, den Delegierten des Wahlkreises Köthen (Anhalt), absandte. Wilhelm Körner war beauftragt, den Aufruf auf dem Hallenser Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu verlesen. Während nämlich Labriola der geistige Vater des Aufrufs gewesen war, der sich zu diesem Zweck mit den Führern der internationalen Arbeiterbewegung in Verbindung gesetzt hatte, hatte Turati, politisch aktiver als der römische Universitätsprofessor, in erster Linie die Unterschriften der italienischen Sozialisten und Arbeiterorganisationen gesammelt. Aber gerade bei dieser Gelegenheit begannen sich zwischen dem „Innenminister“ und dem „Außenminister“ einige Meinungsverschiedenheiten zu zeigen, die in den folgenden Jahren im Zusammenhang mit der Bildung der italienischen Sozialistischen Partei immer ernster wurden. Labriola verfocht nämlich die Ansicht, bei der einheitlichen politischen Kundgebung mußten — ohne irgendwelche Konzessionen — die theoretischen, d. h. marxistischen Grundsätze konsequent gewahrt bleiben. Er erkannte richtig, daß der Aufruf eine politische Manifestation darstellte, deren Bedeutung über den unmittelbaren Anlaß, den Parteitag von Halle, hinausging und darin bestand, daß hier die wesentlichen Grundsätze festgelegt wurden, auf denen die sozialistische Partei in Italien gegründet werden mußte. Turati dagegen zeigte sich weniger konsequent und war bereit, Unterschriften von den verschiedensten Seiten und unterschiedlichster Herkunft zu erbitten und entgegenzunehmen. Seine Haltung entsprang einem gewissen opportunistischen Praktizismus — der ihn später zum extremen Reformisten werden ließ — und der Unterschätzung der von Labriola gestellten Grundsatzfragen. Er negierte die Tatsache, daß die Solidaritätskundgebung für den Hal-

⁷² Luigi Cortesi: La giovinezza di Filippo Turati, S. 49.

lenser Parteitag in Gefahr geriet, politisch verwässert zu werden, wenn sie von politisch völlig heterogenen Elementen veranstaltet wurde. Gleichwohl können wir feststellen, daß die von Labriola verfaßte Grußadresse der italienischen Arbeiterorganisationen an den Hallenser Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den Grundstein für die Bildung der Sozialistischen Partei in Italien legte, daß sie das erste echt marxistische Dokument der italienischen Arbeiterbewegung darstellt.

Mit der Annahme dieses Dokuments durch die wichtigsten italienischen Arbeiterorganisationen und sozialistischen Persönlichkeiten trat der Prozeß der Herausbildung der Sozialistischen Partei in Italien in seine letzte Phase. Raumgründe hindern uns, auch nur in konzentrierter Form die nach 1890 bedeutend engeren und vielfältigeren Beziehungen zwischen den deutschen und italienischen Sozialdemokraten darzustellen. Genügen muß hier der Hinweis, daß sich — in ständiger Konfrontierung mit den Erfahrungen und Erfolgen der deutschen Arbeiterpartei auf theoretischem, politischem und besonders taktischem Gebiet — in den folgenden Jahren auf der theoretischen und ideologisch-politischen Grundlage der in der Grußadresse entwickelten Prinzipien in Italien die politischen Auseinandersetzungen vollzogen — zunächst insbesondere mit den Anarcho-Syndikalisten —, die auf dem Kongreß zu Genua vom 14. bis 17. August 1892 in der endgültigen Beseitigung der Anarchisten aus der Leitung der italienischen Arbeiterbewegung und der Konstituierung der Sozialistischen Partei Italiens gipfelten.

In wenigen Wochen jährt sich zum 40. Male der Sieg der in Aktionseinheit handelnden deutschen Arbeiterklasse über die Kapp-Lüttwitz-Putschisten, die reaktionärsten Vertreter des Militarismus und Monopolkapitals. Wir veröffentlichen nachstehend die Erinnerungen eines Mitkämpfers dieser größten Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik.

STEFAN HEYMANN

Während des Kapp-Putsches in Mannheim¹

Am 13. März 1920, etwa eine Stunde nach Arbeitsbeginn, klingelte das Telefon in meinem Arbeitszimmer in einer Depositenkasse der Süddeutschen Disconto A.-G. in Mannheim. Der sozialdemokratische Vorsitzende der Ortsgruppe des Allgemeinen Bankangestellten-Verbandes, Genosse Koch, wollte mich sprechen. Ganz aufgeregt rief er: „Kollege Heymann, hast du schon gehört? In Berlin ist die Reichsregierung durch einen reaktionären Putsch von Kapp und Lüttwitz gestürzt worden. Alle freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorsitzenden und Vorstände der Gewerkschaftsorganisationen versammeln sich um 10 Uhr, um zu beschließen, was getan werden soll. Du mußt unbedingt kommen.“

Selbstverständlich sagte ich als Betriebsratsvorsitzender und zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe des Bankangestelltenverbandes sofort zu. Anschließend ging ich zum Direktor der Depositenkasse, einem Herrn Wingenroth (er war im ersten Weltkrieg Hauptmann der Artillerie), um mich abzumelden. Offensichtlich wußte er auch schon von den Berliner Ereignissen, denn er empfing mich mit einem Gesicht, als wollte er sagen: Jetzt ist es mit euch vorbei! Aber er wagte es doch nicht, mich von der Betriebsräte-Vollversammlung zurückzuhalten.

Auf der Versammlung sprachen nach meiner Erinnerung vor allem einige Vorsitzende der Ortsverwaltungen der Freien Gewerkschaften. Während die Gewerkschaftsleitungen erklärten, man müsse abwarten, welche Anweisungen aus Berlin kommen würden, forderten die Betriebsräte aus allen Betrieben, einschließlich der sozialdemokratischen Genossen, den sofortigen Streikbeginn. Schließlich einigten wir uns, daß noch am gleichen Tage eine Vollversammlung aller gewerkschaftlichen Vertrauensleute im „Rosengarten“ stattfinden sollte.

¹ Vorliegender Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vorbereiteten Sammelband „Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920“.

Als ich in die Bank zurückkam, hatte die Arbeit praktisch schon aufgehört. Die Kollegen diskutierten eifrig über die Berliner Vorgänge. Ich führte sofort eine Betriebsversammlung durch und informierte die Belegschaft über das Ergebnis der Beratung. Wir beschlossen, vorläufig im Betrieb zu bleiben, aber passive Resistenz zu üben. Die Direktion nahm diesen Beschluß mit saurer Miene entgegen, wagte jedoch nicht, Gegenmaßnahmen anzuordnen.

Die Vollversammlung im „Rosengarten“ war wie ein brodelndes Meer. Nur mit Mühe konnten sich die Redner Ruhe verschaffen. Immer wieder forderten die Vertrauensleute: Schluß mit den Reden! Jetzt muß gehandelt werden! Unsere Redner von der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört und fanden starken Beifall. Sie konnten darauf hinweisen, daß wir Kommunisten schon lange Zeit vorher auf die Vorbereitung eines Putsches durch die Reaktion hingewiesen hatten. In einem Aufruf der Zentrale der KPD, der am 12. März in der „Roten Fahne“ veröffentlicht war, hieß es nochmals, „daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution gefaßt machen muß“. Rascher als gedacht war diese Voraussage eingetroffen.

Während der Versammlung der Vertrauensleute kam die Meldung aus Berlin, daß dort von zentraler Stelle aus der Generalstreik ausgerufen worden war. Mit jubelnder und begeisterter Zustimmung wurde diese Mitteilung aufgenommen. Es war, als sei ein Alpdruck von den Massen gewichen. Von den Gewerkschaften und den drei Arbeiterparteien — KPD, USPD und SPD — wurde eine einheitliche Streikleitung gebildet. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß am Montag die Arbeiter aller Betriebe sofort nach Arbeitsbeginn geschlossen zu einer Massenkundgebung zum Platz vor dem „Rosengarten“ marschieren sollten.

Unmittelbar nach dieser Versammlung fand eine Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung der KPD statt, dem ich als Leiter der Freien Sozialistischen Jugend, dem späteren KJVD, angehörte. Außerdem waren noch mehrere Funktionäre der Ortsgruppe Mannheim sowie die Betriebsräte einiger Großbetriebe anwesend. Heiß diskutierten wir, wie der Kampf nun weitergeführt werden mußte. Jedem von uns war klar, daß es mit dem Generalstreik nicht sein Bewenden haben könnte. Angesichts des militärischen Putsches gab es nur eine Parole: Bewaffnung der Arbeiterschaft! Ein aktiver Kampf gegen die Reichswehr kam — im Gegensatz zu anderen Bezirken — für uns nicht in Frage, da es in Mannheim, das zur entmilitarisierten Zone gehörte, kein Militär, sondern nur Polizeieinheiten gab. Jedoch mußte mit putschistischen Versuchen reaktionärer Kreise, die in der sogenannten Einwohnerwehr organisiert waren, gerechnet werden. Da die Polizei sich fast ausschließlich aus Sozialdemokraten zusammensetzte, die sicher die Parolen ihrer Parteileitung befolgen und darum nichts gegen den Streik unternehmen würden, wurde vorgeschlagen, gemeinsam Patrouillen zu organisieren. Dazu kam es allerdings nicht.

So griffen wir zur Selbsthilfe. Wir wußten von den Arbeitern, daß in den Mannheimer Großbetrieben Material für Kriegszwecke, sogar Waffen, lagerten. Darum wurde beschlossen, daß die Arbeiter ihre Betriebe besetzen und mit bewaffneter Hand bewachen sollten. Die Organisation dieser Aktion sollte durch die Betriebsräte erfolgen und ein Ausgangspunkt für die später zu organisierende Kontrolle der Produktion sein.

Die Demonstration und Massenkundgebung am 15. März war eine der größten und eindrucksvollsten in der Geschichte der Mannheimer Arbeiterbewegung. In langen, unübersehbaren Kolonnen zogen die Arbeiter aus allen Betrieben zum Versammlungsplatz vor dem „Rosengarten“. Die Angestellten aus den städtischen Büros, den Kaufhäusern usw. schlossen sich an. Der öffentliche Verkehr ruhte. Nur die Reaktionen blickten mit ängstlichen Gesichtern hinter Fenstergardinen auf diesen machtvollen Aufmarsch der Arbeiterklasse.

Auf der Kundgebung sprachen als erster der Vorsitzende des ADGB in Mannheim, nach ihm die Vertreter der drei Arbeiterparteien. Alle forderten den entschiedenen Kampf gegen die militaristische Reaktion, die durch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse endgültig geschlagen werden müsse. Die Vertreter des ADGB und der SPD-Führung forderten die sofortige Wiedereinsetzung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung. Lediglich der Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärte, daß die Arbeiterklasse sich mit dem Generalstreik nicht begnügen dürfe, sondern weitergehen müsse. Er rief zur Besetzung der Betriebe auf, um zu verhindern, daß die reaktionären Kräfte sich der Betriebe bemächtigten. Das sei auch der nächste Schritt zur Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse. Diese Forderung wurde von den Massen mit begeisterter Zustimmung aufgenommen. Am Schluß der Kundgebung wurden die Arbeiter aufgefordert, sich zur Verfügung der Streikleitung zu halten, um zu jeder Zeit bei weiteren reaktionären Vorstößen einsatzbereit zu sein.

Die bewaffneten Betriebsbesetzungen konnten nur in einigen Großbetrieben durchgeführt werden. Das geschah vor allem dort, wo die Betriebsräte in ihrer Mehrheit der KPD und der USPD angehörten. Die rechte Führung der SPD lehnte eine Beteiligung ab. Jedoch konnten wir feststellen, daß sich auch zahlreiche sozialdemokratische Betriebsräte an dieser Aktion beteiligten.

Mit besonderer Begeisterung nahm die Jugend an der Betriebsbewachung teil. Die Mitglieder der Freien Sozialistischen Jugend drängten sich zu dieser Aufgabe. Ich gehörte zur Betriebswache des Werkes Daimler-Benz, dessen Belegschaft mit an der Spitze der revolutionären Mannheimer Arbeiter marschierte. Stolz standen wir mit unseren Gewehren, die aus illegalen Verstecken stammten, vor dem Betrieb auf Wache, bereit, jeden Vorstoß reaktionärer Kräfte auf das Werk zu verhindern. Auf diesen Betrieb hatte es die Reaktion nämlich besonders abgesehen, weil die zahlreichen lieferfertigen Wagen für sie eine willkommene Hilfe gewesen wären. Aber die geschlossene Kampf-

front der Arbeiterklasse hatte die Reaktion in ihre Mauselöcher verjagt so daß kein direkter Angriff erfolgte.

Aktiv betätigte sich dagegen die „Ordnungspolizei“. Zwar kam sie nicht zu den Betrieben und ließ auch die bewaffneten Wachen unbehelligt, aber nach der Niederschlagung des Putsches und der Wiedereinsetzung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung fühlte sie sich wieder obenauf. In der Stadt kam es zu kleineren Zusammenstößen.

In dieser Situation gab es eine heiße Auseinandersetzung in der FSJ. Wir Jungkommunisten hatten erfahren, daß sich diese „Ordnungshüter“ auf einen Einsatz gegen die Rote Arbeiterarmee des Ruhrgebietes vorbereiteten. In einer Versammlung stellten nun zwei Jugendgenossen den Antrag, daß unsere Ortsgruppe geschlossen ins Ruhrgebiet fahren und dort in den Reihen der Roten Armee kämpfen sollte. So gut auch dieser Vorschlag gemeint war, da wir doch alle darauf brannten, mit den Militaristen und Imperialisten abrechnen zu können, konnte sich die Leitung dennoch mit diesem Antrag nicht einverstanden erklären. Wir sagten, daß es für uns darauf ankomme, die Aktionen in Mannheim zu verstärken, um dadurch zu verhindern, daß die hier stationierten Polizeieinheiten im Ruhrgebiet zur Unterstützung der Weißgardisten eingesetzt werden könnten. Erst lange nach Mitternacht trennten wir uns, nachdem sich die überwiegende Mehrheit der Jugendgenossen für die Verstärkung der Aktionen in Mannheim ausgesprochen hatte. Wir organisierten in den nächstfolgenden Tagen Kurzversammlungen, verteilten Flugblätter, beteiligten uns an den Betriebsbesetzungen, malten unsere Parolen auf die Straßen: kurzum, wir taten gemeinsam mit den kommunistischen, unabhängigen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern alles, um die Polizei in Mannheim zu binden. Durch diese Kleinarbeit gelang es uns tatsächlich, den Einsatz der Mannheimer Polizei im Ruhrgebiet zu verhindern.

Aber da tauchten neue Probleme auf. Schon nach wenigen Tagen gab es auf den Sitzungen der Streikleitung lebhaftere Diskussionen, wie es nun weitergehen sollte. Die Diskussionen wurden besonders erregt, als die Kapp und Lüttwitz geschlagen worden waren und die Ebert-Bauer wieder in Amt und Würden saßen. Die sozialdemokratischen Funktionäre vertraten die Ansicht, daß der Generalstreik nun seinen Zweck erreicht habe. Jetzt müsse wieder das normale Leben beginnen. Die Vertreter der KPD und der USPD dagegen forderten, daß die Arbeiterklasse zuerst Garantien haben müsse, damit sich solche verbrecherischen Abenteuer nicht wiederholen könnten.

In diese Diskussionen platzte die Mitteilung, daß die revisionistische Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen mit den zentralen Leitungen der SPD und USPD den Abbruch des Generalstreiks beschlossen habe. Während die SPD-Vertreter in Mannheim mit Zufriedenheit diesen Beschluß begrüßten und seine sofortige Durchführung verlangten, forderten die Vertreter der beiden anderen Arbeiterparteien eine Vertagung der Sitzung, um sich vorher besprechen zu können.

Diese Sitzung erhielt eine außergewöhnliche Bedeutung. Nach einer eingehenden Diskussion wurde von uns festgestellt, daß die KPD und USPD allein den Generalstreik nicht fortsetzen könnten, nachdem vor allem in Berlin offensichtlich der Generalstreik schon abgebrochen war. Die Vertreter der KPD und der USPD stellten jedoch fest, daß es jetzt darauf ankomme, die Einheit der Arbeiterklasse, die im Kampf gegen die Reaktion einen so gewaltigen Erfolg erringen konnte, weiter zu festigen, um die Reaktion endgültig zu schlagen. Am Schluß der Sitzung stand der Ortsvorsitzende der USPD, ein Mannheimer Metallarbeiter, auf und erklärte:

„Bisher haben wir Unabhängigen Sozialdemokraten die Kommunisten immer als Putschisten oder Anarchisten betrachtet. Jetzt haben wir festgestellt, daß die Kommunisten klassenbewußte Arbeiter sind, die in einheitlicher Front mit uns und den sozialdemokratischen Genossen die Reaktion entscheidend geschlagen haben. Wir haben erkannt, daß ihr Kommunisten gute Klassenkämpfer seid und die Situation richtig einschätzen könnt. Ihr könnt versichert sein, daß von heute an zwischen unseren Parteien ein besonderes, besseres Verhältnis bestehen wird als bisher.“

Diese Erklärung wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Sie zeigte deutlich, auf welcher Grundlage sich der wenige Monate später erfolgte Zusammenschluß zwischen der KPD und dem besten, revolutionärsten Teil der USPD vollzog. Von diesem Tage an herrschte zwischen unseren beiden Parteien in Mannheim eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit. Sie wurde während der Diskussionen nach dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, auf dem die bekannten, von Lenin entworfenen „Aufnahmebedingungen“ angenommen wurden, noch enger und fester. Das Ergebnis der Aktionseinheit während des Kapp-Putsches und der gemeinsamen Aussprachen in den folgenden Monaten war, daß über 80 Prozent der Mitglieder der USPD in Mannheim zur KPD übertraten und gemeinsam eine Ortsgruppe der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands bildeten.

So wie in Mannheim war es in allen Arbeiterzentren Deutschlands. Die KPD wurde zu einer großen und starken Massenpartei. Die einheitliche Aktion der deutschen Arbeiterklasse schuf die Voraussetzung für weitere große Erfolge im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus.

Die Lehren aus dem gemeinsamen Kampf gegen den Kapp-Putsch sind noch immer aktuell. Wollen wir Deutschland vor der noch größeren Gefahr eines Atomkrieges bewahren, dann muß die Arbeiterklasse in ganz Deutschland einheitlich handeln und jene Aktionseinheit schaffen, die schon einmal einen reaktionären Militärputsch niederschlug und imstande ist, ein neues Verbrechen zu verhindern.

BRUNO KAISER

Eine unbekannte Jugendarbeit von Friedrich Engels

Unter dem Pseudonym „Friedrich Oswald“ hat Friedrich Engels in den Jahren 1839–1843 eine rege publizistische Tätigkeit entfaltet, der nachzuspüren nicht geringe Mühe bereitet; einerseits wurde erst um 1920 einwandfrei nachgewiesen, wer sich hinter diesem bis dahin unbekannten „Oswald“ verbarg, dann hat der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus später dieser seiner frühen journalistischen Versuche selbst nie mehr Erwähnung getan, so daß es nicht einmal Anhaltspunkte für die Namen der Zeitungen und Zeitschriften gab, für die er einst Beiträge geliefert hatte. Dennoch konnte 1930 der zweite Band der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) eine recht stattliche Anzahl solcher Arbeiten des jungen Engels vorlegen, in gewisser Hinsicht sogar eine zu stattliche Anzahl, denn erst jetzt kann festgestellt werden, daß eine der bisher ihm zugeschriebenen Korrespondenzen für das Stuttgarter „Morgenblatt für gebildete Leser“ diese Ehre nicht verdiente. Im berühmten Archiv des Cotta-Verlages befanden sich auch die Honorarbücher des „Morgenblatts“, die kürzlich mit der umfangreichen Handschriftensammlung im Schiller-National-Museum in Marbach untergebracht worden sind. Aus den Abrechnungen für das Jahr 1840 geht einwandfrei hervor, daß die unter dem Titel „Der Ratsherr von Bremen“ in den Nummern 306–309 vom 23.–26. Dezember veröffentlichte Volkssage nicht Engels, sondern den Freiherrn Alexander von Ungern-Sternberg zum Verfasser hat, einen rührigen Schriftsteller, dem Friedrich Engels-Oswald übrigens im gleichen Jahr schon einige Sätze gewidmet hatte. Die Verlagsakten bestätigen jedoch die Autorschaft von Engels für alle übrigen Berichte, die aus dem „Morgenblatt“ als sein Eigentum eruiert worden sind, vor allem auch für das Gedicht „Bei Immermanns Tod“ vom Oktober 1840. Die gewandten und ehrlich empfundenen Verse fanden nach der Veröffentlichung in der Zeitung auch noch Aufnahme in einer lyrischen Anthologie „Lieder der Zeit“, Stuttgart 1841, S. 124–127, wo sie sich neben Gedichten von Herwegh, Freiligrath, Platen in bester poetischer Nachbarschaft befanden. Es ist allerdings zweifelhaft, ob Engels das Bändchen je zu Gesicht bekommen hat, es wird weder von ihm noch in der gesamten Engels-Literatur je angeführt.

Wie sehr der Zwanzigjährige der Kunst und Literatur zugetan war, geht aus seinen Aufsätzen und Briefen zur Genüge hervor. Dabei war die umfangreichste dieser Jugendstudien den Nachforschungen entgangen, es handelt sich um den Aufsatz, der nachfolgend zum erstenmal wieder gedruckt wird. Er erschien im März 1840 in den Nummern 51–54 und 83–87 der Braunschweiger „Mitternachtzeitung für gebildete Leser“. Da eine Abhandlung über Gutzkow schwerlich in Gutzkows eigener Zeitschrift, dem Hamburger „Telegraph“, an dem Engels eifrig mitarbeitete, erscheinen konnte, kam es zur Publikation in dem kleinen liberalen Organ, mit dessen Herausgeber

Ed. Brinckmeier und Verleger Meyer Engels Verbindung hatte. (Im gleichen Verlag erschien das „Gutenbergs-Album“ mit der deutschen Nachdichtung eines spanischen Gedichtes auf die Buchdruckerkunst von Friedrich Engels.) Der Nachweis der Mitarbeit an dieser Zeitung wurde möglich durch eine — vollständig allem Anschein nach nicht mehr vorhandene — bibliographische Übersicht, die in der „Abend-Zeitung“, Leipzig und Dresden, herausgegeben von Theodor Hell, ab 1839 als regelmäßige Beilage gebracht wurde. Sie hieß „Zeitschriften-Musterung“ und wertete laufend etwa 35 deutsche Periodica aus, indem kurz über bestimmte Beiträge referiert wurde. So wird am 30. April 1840 vermerkt: „Mitternachtzeitung. Nr. 49—56. ... Friedrich Oswald wird eine Reihe Aufsätze über modernes Literaturleben liefern und beginnt mit Karl Gutzkow als Dramatiker.“ Am 30. Juni registriert die „Musterung“ — die die einzige ihrer Art war, damals lebhaften Anklang gefunden hat, später jedoch spurlos verschwand — das Erscheinen der Fortsetzung, nachdem auch die anderen heute bekannten Scripta von „Friedrich Oswald“ stets besonders hervorgehoben worden waren. Das einzige Exemplar dieses Quartals der Braunschweiger Zeitung wurde schließlich in der Heine-Sammlung der Düsseldorfer Stadt- und Landesbibliothek ermittelt. Zu einer weiteren Mitarbeit von Engels dürfte es in Braunschweig nicht mehr gekommen sein: mit Nr. 104 zog Dr. G. Bacherer als neuer Redakteur in die „Mitternachtzeitung“, strich aber ebenfalls bald die Segel, und am 28. Februar 1841 wurde das Erscheinen wegen der „erschwerenden Censurverhältnisse“ ganz eingestellt.

Über die neuentdeckte Literaturbetrachtung des jungen Engels sind an dieser Stelle nicht viele Worte zu verlieren. (Vgl. dazu die in Prag entstandene Habilitationsschrift von Věra Macháčková „Der junge Engels und die Literatur“, deren deutsche Ausgabe der Dietz Verlag vorbereitet.) Es ist die Arbeit eines jungen Heißsporns, der noch keine zwanzig Jahre alt ist und der gedankenreich und überschwenglich zu den Tagesgrößen aufschaut. Gutzkows Dramen sind längst der Vergessenheit anheimgefallen, und das Literatengezänk von 1840 tönt nur noch in einem versteckten Winkel der deutschen Literaturgeschichte nach. Aber als Dokument ist der Artikel nicht nur für den Literaturhistoriker von Bedeutung, er bereichert erneut unser Wissen vom Werdegang des großen Freundes von Karl Marx. Dabei ist es sicher, daß auch hiermit noch nicht das gesamte Schaffen aus der Jugendzeit von Engels wieder zur Verfügung steht. Vielleicht sind z. B. einige seiner Shelley-Nachdichtungen aus dem gleichen Jahr in einem abseitigen Versteck gedruckt worden. Die in Betracht kommenden Zeitungen scheinen aber leider nicht mehr zu existieren, denn alle Nachforschungen sind ohne Ergebnis geblieben. Das gilt besonders für den ersten Jahrgang (1841—1842) der „Eisenbahn“, die mit dem Untertitel „Ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Welt“ in Leipzig erschienen ist. Der Verleger war Robert Binder, bei dem Engels 1842 sein erstes Büchlein „Schelling und die Offenbarung“ veröffentlichte. Zu den Mitarbeitern des Blattes gehörten u. a. der junge Theodor Fontane und Wilhelm Graeber, der Jugendfreund von Engels, und es ist äußerst wahrscheinlich, daß auch Engels selbst Korrespondenzen, wohl schon aus Bremen, beige-steuert hat. Das einzige Exemplar, das früher nachweisbar war, ohne daß Gelegenheit zur Einsichtnahme bestand, ging im zweiten Weltkrieg verloren. Vielleicht bewirkt der vorliegende Beitrag ein erneutes Suchen, das für die Engels-Forschung dann eventuell von höchstem Nutzen sein könnte.

Modernes Literaturleben

Von

Friedrich Oswald

I.

Karl Gutzkow als Dramatiker¹

Man hätte glauben sollen, daß nach dem bekannten Artikel Gutzkows im „Jahrbuch der Literatur“² seine Gegner sich zu gleich edler Rache gedungen fühlen würden; Kühne³ etwa ausgenommen, der wirklich auch hier zu oberflächlich abgefertigt wurde. Aber man kennt den Egoismus unserer Literatur schlecht, wenn man dergleichen erwartet. Es war sehr bezeichnend, daß der „Telegraph“ in seinem literarischen Kurszettel⁴ die Selbstschätzung jedes Schriftstellers zur Normalzahl nahm. So war vorzusehen, daß von dieser Seite den neuesten Gutzkowschen Schriften kein besonderer Willkommen zuteil werden würde.

Aber es gibt doch Leute unter unseren Kritikern, die sich der Unparteilichkeit gegen Gutzkow rühmen, andere, die eine entschiedene Vorliebe für seine literarische Wirksamkeit von sich gestehen. Diese haben viel Rühmens gemacht von seinem „Richard Savage“⁵, von Savage, den Gutzkow in zwölf Tagen, in fiebernder Hast geschrieben hat — und den „Saul“⁶, dem man es ansieht, mit wie vieler Liebe ihn der Dichter ausgearbeitet, wie sorgsam er ihn gepflegt hat, den fertigen sie mit ein paar Worten halber Anerkennung ab. Gerade während Savage auf

¹ Karl Gutzkow (1811–1878), führender Schriftsteller und Literaturkritiker des „Jungen Deutschland“, der auch im Vormärz eine bedeutende Rolle spielte. Als Dramatiker wirkte er vor allem in den Jahren 1839–1846, in denen seine Dramen auf allen größeren Bühnen Deutschlands aufgeführt wurden.

² Das „Jahrbuch der Literatur“ wurde von Heinrich Heines Verleger Hoffmann und Campe in Hamburg herausgegeben. Gutzkow war Campes engster Mitarbeiter bei diesem ursprünglich auf lange Sicht geplanten Unternehmen, das dann aber mit seinem ersten und einzigen Jahrgang 1839 ein schnelles Ende fand. Gutzkow eröffnete das Jahrbuch mit seinem Aufsatz „Vergangenheit und Gegenwart. 1830–1838“ (S. 1–110).

³ Gustav Kühne (1806–1888), Schriftsteller und Kritiker, gehörte zur Gruppe des „Jungen Deutschland“. Von 1835 bis 1842 war er Redakteur der „Zeitung für die elegante Welt“ und ab 1846 leitete er 13 Jahre lang die Zeitschrift „Europa“.

⁴ Der „Telegraph für Deutschland“ war eine von Gutzkow gegründete Literaturzeitschrift, die von 1837–1848, zunächst in Frankfurt a. M., aber schon im zweiten Jahr 1838 im Verlag von Hoffmann und Campe in Hamburg erschien. Von Gutzkow bis 1843 geleitet, vertrat sie die Ideen des „Jungen Deutschland“. In den Jahren 1839–1841 gehörte neben Georg Herwegh auch Friedrich Engels zu den ständigen Mitarbeitern des „Telegraphen“. Mit den literarischen Kurszetteln sind die Übersichten gemeint, in denen die Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Literatur besprochen wurden.

⁵ Karl Gutzkow: Richard Savage oder der Sohn einer Mutter. Trauerspiel. Nach der erfolgreichen ersten Aufführung in Frankfurt a. M. am 18. Juli 1839 wurde das Stück bald auf allen größeren Bühnen Deutschlands gegeben. Gedruckt erschienen in: Karl Gutzkow: Dramatische Werke, Bd. I, Leipzig 1842.

⁶ Karl Gutzkow: König Saul. Trauerspiel in fünf Akten, Hamburg 1839. Die im Text aus dem Drama angeführten Zitate wurden von Engels mit geringen Abweichungen wiedergegeben.

allen Bühnen sein Glück machte, alle Journale mit Kritiken füllte, da hätten doch diejenigen, denen die Bekanntschaft mit diesem Drama versagt war, sich veranlaßt sehen müssen, im „Saul“, der ihnen gedruckt vorlag, dem dramatischen Talente Gutzkows nachzuspüren. Aber wie wenige Blätter haben auch nur eine oberflächliche Kritik dieser Tragödie gebracht! Man weiß wahrlich nicht, was man von unserem Literaturgetriebe halten soll, wenn man dieser Vernachlässigung die Diskussionen gegenüberstellt, die Becks „Fahrender Poet“⁷ erregte — eine Dichtung, die der Klassizität wahrlich ferner steht als Gutzkows „Saul“!

Bevor wir aber zur Besprechung dieses Dramas übergehen, haben wir uns mit den beiden dramatischen Studien im „Skizzenbuch“⁸ zu beschäftigen. Der erste Akt einer unvollendeten Tragödie „Marino Falieri“ zeigt, wie sehr Gutzkow jeden einzelnen Akt in sich zu verarbeiten und abzurunden versteht, wie gewandt er den Dialog behandeln und ihn mit Feinheit, Grazie und Witz ausstatten kann. Aber er hat nicht Handlung genug, man kann seinen Inhalt in drei Worten erzählen, und somit würde er auf der Bühne auch den langweilen, der die Schönheiten der Ausführung zu kosten versteht. Die Verbesserung wäre freilich schwierig, da die Handlung so beschaffen ist, daß, ohne Schaden auf der andern Seite, nichts mehr aus dem zweiten in den ersten Akt herübergenommen werden könnte. Hier aber bewährt sich der echte Dramatiker, und wenn Gutzkow, wie ich überzeugt bin, ein solcher ist, so muß er in der versprochenen und hoffentlich bald vollendeten ganzen Tragödie das Problem befriedigend lösen.

„Hamlet in Wittenberg“ gibt uns schon die Umrissse eines Ganzen. Gutzkow hat sehr gut daran getan, hier nur Umrissse zu geben, da die gelungenste Partie, die Szene, in der Ophelia auftritt, in genauerer Ausmalung beleidigen würde. Dagegen ist mir unerklärlich, wie Gutzkow, um in Hamlets Brust den Zweifel, das deutsche Element, zu bringen, diesen mit Faust zusammenbringen konnte. Es ist ja gar nicht nötig, diese Richtung von außen in Hamlets Seele zu bringen, da sie längst darin und ihm angeboren ist. Shakespeare hätte sie sonst auch wohl noch besonders motiviert. Gutzkow beruft sich hier auf Börne, aber gerade dieser weist ja neben der Zergliederung Hamlets auch die Einheit seines Charakters nach.⁹ Und wodurch kommen bei Gutzkow diese Elemente in den Geist Hamlets? Etwa durch den Fluch, den Faust über den jungen Dänen ausspricht? Solche Deus-ex-machina-Wirkungen¹⁰

⁷ Karl Beck (1817–1879) schloß sich mit sozialkritischen Gedichten der oppositionellen literarischen Richtung an; in den vierziger Jahren folgte er den kleinbürgerlichen Ideen des „wahren Sozialismus“. — Der fahrende Poet. Dichtungen, Leipzig 1838.

⁸ Karl Gutzkow: Skizzenbuch, Cassel und Leipzig 1839. Darin: Marino Falieri. Dramatische Studie. Diese Studie war bereits 1834 im „Morgenblatt“ erschienen. Gutzkows ursprüngliche Absicht, das Drama zu vollenden, ist nie verwirklicht worden. — Hamlet in Wittenberg. Dramatische Umrissse. War ebenfalls schon 1835, in der von August Lewald herausgegebenen „Allgemeinen Theater-Revue“, gedruckt worden.

⁹ Ludwig Börne: Hamlet, von Shakespeare. In: Dramaturgische Blätter. Gesammelte Schriften, Bd. 5, Hamburg 1862, S. 90–116.

¹⁰ Zufallswirkungen.

würden alle dramatische Poesie unmöglich machen. Durch die von Hamlet belauschten Gespräche Fausts mit Mephistopheles? Erstlich würde dann der Fluch seine Bedeutung verlieren, und zweitens ist der Faden, der von diesen Reden zu dem Charakter des Shakespeareschen Hamlet führt, oft so fein, daß man ihn aus den Augen verliert, und konnte dann drittens Hamlet gleich darauf so gleichgültig von anderen Dingen sprechen? Anders ist's mit der Erscheinung Opheliens. Hier hat Gutzkow Shakespeare'n durchschaut, und wenn das nicht, so hat er ihn ergänzt. Es ist ein Kolumbusei, nachdem die Kritik sich zweihundert Jahre darüber getritten, wird hier eine Lösung gebracht, die so originell wie poetisch und wahrscheinlich die einzig mögliche ist. Auch die Ausführung dieser Szene ist meisterhaft. Wer durch eine gewisse Szene in der „Wally“⁴¹ nicht überzeugt worden war, daß Gutzkow auch Phantasie aufzuwenden hat und kein kalter Verstandesmensch ist, der kann es hier erfahren. Der zarte, dichterische Hauch, der um die duftige Gestalt Opheliens weht, ist mehr, als man von bloßen Umrisen erwarten durfte. — Total mißlungen sind die Verse, die Mephistopheles spricht. Die Sprache des Goethischen Faust, den Wohlklang, der aus den scheinbaren Knittelversen heraustönt, nachzubilden, dazu gehörte ein zweiter Goethe; jedem andern werden diese leichten Verse unter der Hand hölzern und schwerfällig. Über die Auffassung des bösen Prinzips will ich mit Gutzkow hier nicht rechten.

Wir kommen jetzt zu unserem Hauptwerke, dem „König Saul“. Man hat Gutzkow vorgeworfen, er habe dem „Savage“ mehrere Posaunen- und Trompetenfanfaren im „Telegraphen“ vorhergehen lassen, obwohl sich der ganze Skandal um zwei oder drei kleine Notizen dreht; daß andere ihre Werke von bezahlten Musikanten bewillkommen lassen, daran denkt niemand; aber weil es Gutzkow ist, der diesem eine derbe Wahrheit gesagt und jenem vielleicht eine kleine Ungerechtigkeit zugefügt hat, wird es ihm zum großen Verbrechen angerechnet. Bei dem „König Saul“ finden diese Vorwürfe keine Stelle; unangemeldet, weder von Feuilletonnotizen noch von Proben im „Telegraphen“, trat er in die Welt. Dieselbe Bescheidenheit im Drama selbst; da steigen keine Knalleffekte mit Donner und Blitz wie vulkanische Inseln aus dem Meere eines wäßrigen Dialogs, da werden keine pomphaften Monologe abgeleiert, deren begeisterte oder rührende Rhetorik mehrere dramatische Schnitzer bedecken muß; da entwickelt sich alles ruhig und organisch, und die Handlung wird von einer bewußten, poetischen Kraft sicher bis zum Schlusse geführt. Und wird unsere Kritik ein solches Werk einmal lesen und dann einen Artikel schreiben, dessen geistreichen Blumen-Arabesken man es ansieht, welchem flachen Sandboden sie entsprossen sind? Das rechne ich dem „König Saul“ eben hoch an, daß seine Schönheiten nicht auf der Oberfläche liegen, daß man sie suchen muß, ja daß man nach einmaliger Lektüre das Buch verächtlich in einen Winkel

⁴¹ Karl Gutzkow: Wally, die Zweiflerin, Mannheim 1835. Dieser Roman wurde zum Anlaß für das Verbot aller Schriften des „Jungen Deutschland“ durch einen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 10. Dezember 1835. Mit der gewissen Szene ist die Sigune-Szene im zweiten Buch des Romans gemeint.

werfen kann. Laßt einen gebildeten Menschen vergessen, wie berühmt Sophokles ist, und laßt ihn dann zwischen der Antigone und dem Saul wählen; ich bin überzeugt, nach einmaliger Lektüre würde er beide Werke gleich schlecht finden. Ich will damit natürlich nicht gesagt haben, daß der „Saul“ sich mit des größten Griechen größter Dichtung messen könne, ich will nur den Grad der Verkehrtheit bezeichnen, mit dem eine leichtfertige Oberflächlichkeit urteilen kann. Es war ergötzlich anzusehen, wie einige geschworene Feinde des Verfassers nun plötzlich glaubten, einen ungeheuren Triumph zu haben, wie sie jubelnd auf den „Saul“ hinwiesen als auf ein Denkmal der ganzen Hohlheit und Unpoesie Gutzkows, wie sie mit Samuel nichts anzufassen wußten und behaupteten, von ihm hieße es immer: „Ich weiß nicht, lebt er oder ist er tot?“ Es war spaßhaft, wie schön sie unbewußt ihre grenzenlose Oberflächlichkeit an den Tag legten. Gutzkow mag sich aber beruhigen; so ist es den Propheten ergangen, die vor ihm gewesen sind, und am Ende kommt sein Saul auch noch unter die Propheten; so haben sie Ludwig Uhlands Dramen verachtet, bis Wienburg¹² ihnen die Augen geöffnet hat. Gerade die Uhlandschen Dramen haben in der bescheidenen Einfachheit ihres Kleides viel Verwandtes mit dem „Saul“.

Ein anderer Grund, weshalb die Oberflächlichkeit so leicht mit dem „Saul“ fertig wurde, liegt in der eigentümlichen Auffassung der Geschichtsfabel. Bei Geschichtswerken, die so bekannt sind wie das erste Buch Samuelis und die so manchen und verschiedenartigen Betrachtungsweisen unterliegen, hat jeder seinen eigentümlichen Standpunkt, den er im Fall einer poetischen Bearbeitung wenigstens einigermaßen im Gedichte anerkannt oder beachtet sehen will. Der eine ist für Saul, der andere für David, der dritte für Samuel; und jeder, mag er noch so hoch und teuer versichern, er wolle dem Dichter seine Ansicht lassen, ist doch pikiert, wenn die seinige nicht respektiert wird. Aber Gutzkow hat sehr gut getan, hier die gemeine Heerstraße zu verlassen, wo auch der ordinärste Karren ein Geleise findet. Ich möchte den sehen, der es unternimmt, einen rein historischen Saul in der Tragödie zu schaffen. Ich kann mich mit den bisherigen Versuchen, die Geschichte Sauls auf rein historischen Boden zurückzuführen, nicht begnügen. Die historische Kritik der alttestamentlichen Schriften ist noch nicht aus den Reviere des abgedankten Rationalismus herausgekommen. Ein Strauß¹³ hätte hier noch viel zu tun, wenn er streng und scharf heraussondern wollte, was Mythe, was Geschichte, was von den Priestern untergeschoben ist. Ferner ist nicht durch tausend mißglückte Versuche erwiesen, welch ein unfruchtbarer Boden für das Drama der Orient als solcher ist? Und wo ist denn in der Geschichte das Höhere, das siegend hervorgeht, wenn die Individualitäten, die sich überlebt haben, zusam-

¹² Ludolf Wienburg (1802–1872), Schriftsteller und Kritiker, Vertreter des „Jungen Deutschland“. Wienburg würdigte Ludwig Uhland als Dramatiker in seiner Schrift „Dramatiker der Jetztzeit“, 1. Heft, Altona 1839.

¹³ David Friedrich Strauß (1808–1874), deutscher Philosoph und Publizist, Junghegelianer, veröffentlichte 1835 seine aufsehenerregende Schrift „Das Leben Jesu“, in der er das Neue Testament einer historischen Kritik unterwarf.

menkrachen? Doch wohl nicht David? Der bleibt ja nach wie vor dem Einfluß der Priester zugänglich und ist höchstens in dem unhistorischen Licht, in dem ihn die Bibel darstellt, ein poetischer Held. Somit hat Gutzkow hier nicht nur ein Recht gebraucht, das jedem Dichter zusteht, er hat auch die Hindernisse hinweggeräumt, die einer poetischen Darstellung entgegenstehen. Wie würde denn ein rein historischer Saul, bekleidet mit allem dem, was Zeit und Nationalität ihm angeheftet, erscheinen? Denkt ihn euch, wie er in hebräischen Parallelismen spricht, wie alle seine Vorstellungen sich auf Jehova, alle seine Bilder sich auf den hebräischen Kultus beziehen, denkt euch den historischen David, der in Psalmenphrasen spricht — an einen historischen Samuel ist noch gar nicht zu denken — und dann fragt euch, ob solche Gestalten im Drama auch nur erträglich sind? Hier mußten die Kategorien der Zeit und der Nationalität entfernt werden, hier mußten die Umrissse der Charaktere, wie sie in der biblischen Geschichte und der bisherigen Kritik gegeben sind, manche sehr nötige Veränderung erleiden; ja hier mußte sich bei ihnen manches zum klaren Begriff entwickelt haben, was sie der Geschichte nach nur als Ahnung oder höchstens als unbestimmte Vorstellung kannten. So hatte der Dichter vollkommenes Recht, den Begriff der Kirche zum Beispiel bei seinen Personen vorauszusetzen. — Und hier kann man Gutzkow nicht anders als den größten Beifall zollen, wenn man betrachtet, wie er seine Aufgabe gelöst hat. Die Fäden, aus denen er seine Charaktere gewebt hat, finden sich alle, wenn auch vielfach verschlungen, in seiner Quelle wieder; manchen Faden mußte er herausziehen und wegwerfen, aber nur die parteiichste Kritik kann ihm vorwerfen, er habe Fremdes — die Philisterszene ausgenommen — hineingewebt.

Im Mittelpunkt des Dramas gruppieren sich drei Charaktere, durch deren eigentümliche Darstellung Gutzkow seinen Stoff erst eigentlich tragisch gemacht hat. Hier zeigt sich eine echt poetische Geschichtsauffassung, man wird mich nie überzeugen können, daß ein „kalter Verstandesmensch“, ein „Mann der Debatte“ fähig sei, aus einer verworrenen Erzählung gerade das herauszunehmen, was den höchsten tragischen Effekt hervorbringen muß. Diese drei Charaktere sind Saul, Samuel und David. Saul schließt eine Periode der hebräischen Geschichte ab, die Zeit der Richter, die Zeit der Heldensage; Saul ist der letzte israelitische Nibelunge, dessen Reckengeschlecht ihn zurückgelassen hat in einer Zeit, die er nicht versteht und die ihn nicht versteht. Saul ist ein Epigone, dessen Schwert ursprünglich bestimmt war, durch die Nebel der Mythenzeit zu blitzen, dessen Unglück es aber ist, die Zeit der eindringenden Kultur erleben zu müssen, eine Epoche, die ihm fremd ist, die sein Schwert mit Rost bedeckt und die er darum zurückzudrängen sucht. Er ist sonst ein edler Mensch, dem kein menschliches Gefühl fremd ist, aber er kennt die Liebe nicht, wenn sie im Gewande der neuen Zeit zu ihm tritt. Er hält diese neue Zeit und ihre Zeichen für Priesterwerk, während die Priester sie nur vorbereiten, nur Werkzeuge in der Hand der Geschichte sind, aus deren hierarchischer

Saat eine ungeahnte Pflanze sprießt; er bekämpft die neue Epoche, aber sie kommt über ihn, sie wird riesenstark über Nacht und zerschmettert mit allen, die ihr widerstehen, auch den großen, edlen Saul. — Samuel steht auf dem Übergange zur Kultur; als privilegierte Besitzer der Bildung bereiten hier, wie immer, die Priester den Kulturzustand bei rohen Völkern vor, aber die Bildung dringt ins Volk, und die Priester müssen dem Volk gegenüber andere Waffen ergreifen, wenn sie ihren Einfluß behaupten wollen. Samuel ist ein echter Priester, dessen Heiligstes die Hierarchie ist; er glaubt fest an seine göttliche Sendung, er ist überzeugt, daß mit dem Sturz der Priesterherrschaft Jehovas Zorn über das Volk einbrechen werde. Mit Schrecken sieht er, daß das Volk, wenn es einen König fordert, schon zu viel weiß; er sieht, daß die moralische Gewalt, der imponierende Priesterrock beim Volke nicht mehr ausreicht; er muß zu den Waffen der Klugheit greifen und wird unvermerkt ein Jesuit. Aber die krummen Wege, die er jetzt einschlägt, sind gerade dem Könige, der den Priestern nie befreundet sein konnte, doppelt verhaßt, und im Kampfe werden Sauls Augen bald so scharf für die Priesterkniffe als stumpf für die Zeichen der Zeit. Das dritte Element, das siegend aus diesem Kampfe hervorgeht, der Vertreter einer neuen geschichtlichen Epoche, in der das Judentum eine neue Stufe seines Bewußtseins erklimmt, ist David, an Menschlichkeit Saul gleich, an Verständnis der Zeit ihn bei weitem überragend. Als Zögling Samuels, kaum der Schule entlassen, tritt er zuerst auf; aber er hat seine Vernunft nicht so sehr unter die Autorität gebeugt, daß sie ihre Elastizität verloren hätte, sie schnell empor und gibt ihm seine Selbständigkeit wieder. Mag ihm Samuels persönlicher Eindruck noch immer imponieren, sein Verstand hilft ihm stets durch, seine Dichterphantasie erbaut ihm das neue Jerusalem wieder, sooft Samuel es mit seinen Bannsprüchen niederblitzt. Saul kann sich nicht mit ihm versöhnen, weil beide ein entgegengesetztes Ziel verfolgen, und wenn er einmal sagt, er hasse nur das, was Priestertrug in Davids Seele gelegt habe, so verwechselt er hier wieder die Wirkungen der Priesterherrschaft mit den Zeichen einer neuen Zeit. So entwickelt sich David vor unsern Augen vom blöden Knaben zum Träger einer Epoche, und so verschwinden die scheinbaren Widersprüche, die in seiner Darstellung liegen.

Ich habe absichtlich, um die Entwicklung dieser drei Charaktere nicht zu stören, eine Frage übergangen, die alle Kritiker aufwarfen, die sich die Mühe gaben, den „Saul“ einmal zu lesen, die Frage, ob Samuel in der Hexenszene und am Schluß bei lebendigem Leibe auftrete oder ob sein Geist die dort verzeichneten Reden halte. Gesetzt, diese Frage ließe sich aus dem „Saul“ nicht so leicht oder gar nicht genügend beantworten; wäre denn das ein so großer Fehler? Ich glaube nicht — nehmt ihn doch, wofür ihr wollt, und habt ihr Lust, so stellt ennuyante Diskussionen darüber an; hat doch Shakespeare denselben Fall bei dem Wahnsinn Hamlets, den alle Kritiker und Erklärer seit zweihundert Jahren, „drei lang und drei breit und überhaupt sehr vieleckig“, besprochen und von allen Seiten beschaut haben. Gutzkow indessen hat das Problem gar

so schwer nicht gemacht. Er weiß längst, wie lächerlich Gespenster am hellen Tage sind, wie mal à propos¹⁴ der schwarze Ritter in der „Jungfrau von Orleans“¹⁵ auftritt, und daß gerade im „Saul“ aller Geisterspuk am unrechten Orte sein würde. Besonders in der Hexenszene ist die Maske leicht zu durchschauen, wenn auch nicht schon früher, ehe von Samuels Tode die Rede war, der alte Hohepriester in ähnlicher Weise aufgetreten wäre.

Von den übrigen Charakteren des Stückes ist Abner, der sich mit voller Überzeugung und aus reiner Übereinstimmung der Gemüter an Saul hingibt und in dem der Krieger und Pfaffenfeind den Menschen ganz in den Hintergrund gerückt hat, am besten gezeichnet. Am wenigsten gelungen sind dagegen Jonathan und Michal. Jonathan ergeht sich von Anfang zu Ende in Phrasen über die Freundschaft, streicht seine Liebe zu David heraus, ohne sie anders als mit Worten zu beweisen; er ist ganz in die Freundschaft gegen David aufgegangen und hat alle Mannheit und Kraft dabei verloren. Man kann seine butterartige Weichheit nicht füglich Charakter nennen. Hier ist Gutzkow in Verlegenheit gewesen, was er mit Jonathan machen sollte. Auf jeden Fall ist er in dieser Weise überflüssig. Michal ist ganz unbestimmt gehalten und nur durch ihre Liebe zu David einigermaßen charakterisiert. Wie sehr diese beiden Personen verfehlt sind, sieht man am besten aus der Szene, wo sie sich über David unterreden. Was hier über Liebe und Freundschaft gesagt wird, ermangelt aller jener in die Augen springenden Schärfe, alles jenen Gedankenreichtums, den wir an Gutzkow gewohnt sind. Lauter Phrasen, die weder recht wahr noch recht falsch sind, nichts Bezeichnendes, nichts Prägnantes. — Zeruja ist eine Judith; ich weiß nicht, war es Gutzkow oder Kühne, der einmal sagte, daß Judith wie jedes die Schranken des Geschlechtes durchbrechende Weib nach ihrer Tat sterben müsse, wenn sie nicht unschön erscheinen solle, demgemäß stirbt Zeruja auch. — An sich ist die Charakteristik der Philisterfürsten vortrefflich und reich an köstlichen Zügen, ob aber ins Stück passend, ist eine andere Frage, die ihre Erledigung noch finden wird.

Von einer fortlaufenden Zergliederung der dramatischen Ökonomie wird man mich gern dispensieren; doch wird auch hier einzelnes, namentlich die Exposition hervorzuheben sein. Diese ist vorzüglich und enthält Züge, in denen das große dramatische Talent Gutzkows unverkennbar ist. Ganz der raschen, springenden Natur Gutzkows gemäß tritt die Masse des Volkes nur in kurzen Szenen auf. Es ist etwas Mißliches um große Volksszenen; wer nicht ein Shakespeare oder Goethe ist, dem werden sie leicht unversehens trivial und bedeutungslos. Dagegen sind wenige Worte, von ein paar Kriegern oder andern Männern der Masse gewechselt, oft von großer Wirkung und erreichen ihren Zweck, die öffentliche Meinung zu skizzieren, vollkommen; dazu können sie weit öfter eintreten, ohne aufzufallen und zu ermüden. So die erste und

¹⁴ Ungelegen.

¹⁵ Friedrich Schiller: Die Jungfrau von Orleans, dritter Aufzug, neunter Auftritt.

vierte Szene des ersten Aktes. Die zweite und dritte Szene enthalten den Monolog Sauls und dessen Unterredung mit Samuel, die zu den schönsten und poesievollsten Stellen des Dramas gehören. Die in antiker Weise gezügelte Leidenschaftlichkeit des Dialogs bezeichnet den Geist, in dem das Ganze geschrieben ist. Nachdem in diesen Szenen der Stand der Handlung in raschen Umrissen dargestellt ist, werden wir in der fünften Szene zwischen Jonathan und David in das Speziellere eingeführt. Diese Szene leidet etwas an Unordnung der Gedanken; man verliert den dialektischen Faden mehrmals aus den Augen — ohne Zweifel gleich von vornherein Wirkung der verunglückten Zeichnung Jonathans. Meisterhaft dagegen ist die Schlußszene des Aktes. Wir haben die Hauptcharaktere schon einigermaßen kennengelernt, und hier werden sie zusammengeführt; mit dem ernststen Willen, sich zu versöhnen, treten David und Saul zusammen; hier hatte der Dichter ihre verschiedene Natur zu entwickeln, ihre Unvereinbarkeit zu zeigen und statt der beabsichtigten Versöhnung den notwendigen Konflikt herbeizuführen. Und diese Aufgabe, die nur das lebendigste Bewußtsein, die schärfste Abgrenzung der Charaktere, der sicherste Blick in die menschliche Seele genügend lösen kann, ist hier unübertrefflich gelöst, die Übergänge im Gemüte Sauls von einem Extrem zum andern sind so psychologisch wahr, so fein motiviert, daß ich diese Szene, trotz des verunglückten Bildes mit dem Eidam, für die beste des ganzen Dramas halten muß.

Im zweiten Akte ist die Philisterszene auffallend, oder, um einen Kühneschen Ausdruck zu gebrauchen, „neu-pikant“. Ob aber der reiche Witz derselben hinreicht, ihr eine Stelle in der Tragödie zu sichern, bezweifle ich. Wenn Gutzkow seinen Saul aus den Begriffen seiner Zeit heraus hob, wenn er ihm ein Bewußtsein unterlegte, das er nicht hatte, so ist das zu rechtfertigen; durch diese Szene aber wird ein rein moderner Begriff hineingebracht, und David steht hier auf *deutschem* Boden. Das ist, wenigstens für die Tragödie, verletzend. Komische Szenen konnten immerhin vorkommen, aber sie mußten anderer Art sein. Die Komik in der Tragödie ist nicht, wie eine oberflächliche Kritik sagt, der Abwechslung oder des Kontrastes wegen da; eher schon, um das Leben, das aus Scherz und Ernst gemischt ist, getreuer darzustellen. Aber ich zweifle, ob Shakespeare sich mit solchen Gründen begnügt hätte. Tritt nicht stets im Leben die ergreifendste Tragödie im komischen Gewande auf? Ich will nur an den Charakter erinnern, der, obwohl er in Romanform auftritt und auftreten muß, doch der tragischste ist, den ich kenne, an Don Quixote. Was ist tragischer als ein Mann, der aus reiner Menschenliebe und unverstanden von seiner Zeit den komischsten Torheiten anheimfällt? Noch tragischer Blasedow,¹⁶ ein Don Quixote der Zukunft, dessen Bewußtsein gesteigerter ist als das seines Vorbildes. Beiläufig muß ich hier Blasedow gegen die sonst gründliche Kritik im

¹⁶ Hauptgestalt aus Gutzkows Roman „Blasedow und seine Söhne“, Stuttgart 1838.

„Rheinischen Jahrbuche“¹⁷ verteidigen, die Gutzkow vorwirft, er habe eine tragische Idee komisch behandelt. Blasedow *mußte*, wie Don Quixote, komisch behandelt werden. Traktiert ihn ernsthaft, und es wird ein Prophet des Weltschmerzes, ein ganz gewöhnlicher, zerrissener, — nehmt dem Roman die komische Folie, und ihr bekommt eines jener formlosen, unbefriedigenden Werke, mit denen die moderne Literatur anfangt. Nein, Blasedow ist das erste sichere Zeichen, daß die junge Literatur die freilich notwendige Periode der Trostlosigkeit, der Wallys und „mit rotem Leben geschriebenen“ Nächte hinter sich hat. — Die echte Komik der Tragödie zeigt sich im Narren Lears oder in den Totengräberszenen des Hamlet.

Die Klippen der Dramatiker — die beiden letzten Akte sind auch hier nicht ohne Schaden vom Verfasser passiert worden. Der vierte Akt enthält nichts als Entschlüsse; Saul entschließt sich, Astharoth entschließt sich zweimal, Zeruja entschließt sich, David entschließt sich. Dann die Hexenszene, die auch nur geringe Resultate herbeiführt. Der fünfte Akt besteht aus nichts als Schlacht und Reflektion. Saul reflektiert etwas zuviel für einen Helden, David zuviel für einen Dichter. Man glaubt oft in ihm nicht einen *Dichterhelden*, sondern einen *Dichterdenker*, Theodor Mundt¹⁸ etwa, zu hören. Überhaupt hat Gutzkow die Art, Monologe dadurch versteckter zu machen, daß er sie in Gegenwart anderer sprechen läßt. Da solche Monologe aber selten zu Entschlüssen führen können und rein reflektiv sind, so fallen doch noch der eigentlichen Monologe mehr als genug ab.

Die Sprache unseres Dramas ist, wie es sich von Gutzkow erwarten ließ, durchaus originell. Jene Bilder der Gutzkowschen Prosa, die so bezeichnend sind, daß man gar nicht merkt, wie man aus der einfachen, nackten Prosa in die blühende Region des modernen Stils gerät, jene kurzen treffenden Ausdrücke, die oft ans Sprichwort streifen, finden wir hier wieder. Gutzkow ist kein Lyriker, außer in den lyrischen Momenten der Handlung, wo ihn die lyrische Begeisterung überrascht und er sich der Prosa bedienen kann. Darum sind die in Davids Mund gelegten Lieder entweder mißlungen oder unbedeutend. Wenn David zu den Philistern spricht:

Ich brauch Euch nichts als Verse wie
Aus Scherz zum Kranz zu einen —

Was heißt das? — Der Grundgedanke eines solchen Liedes ist oft sehr hübsch, aber die Ausführung mißrät jedesmal. Auch sonst merkt man der Sprache an, daß Gutzkow im Verse noch nicht hinreichende Gewandtheit besitzt, was freilich besser ist, als wenn der Vers durch alte

¹⁷ Rheinisches Jahrbuch für Kunst und Poesie. Hrsg. von Freiligrath, C. Matzerath und K. Simrock, 1. Jg., Köln 1840, S. 229–270: Moderne Romane: Blasedow. Münchenhausen. Williams Dichten und Trachten.

¹⁸ Theodor Mundt (1808–1861), Schriftsteller und Literaturhistoriker des „Jungen Deutschland“, später Privatdozent für Literatur und Geschichte in Berlin und Breslau.

Phrasen flüssiger, aber auch wäßriger gemacht worden wäre. Mißlungene Bilder sind auch nicht ganz vermieden worden. So z. B. S. 7:

Des Priesters Zorn,
Dem erst das Volk die Krone abgetrotzt,
Und dem sie dann in seiner magern Hand
Ein Stecken sollte sein.

Hier ist die *Krone* schon ein Bild für Königtum und kann nicht wieder die abstrakte Grundlage für das zweite Bild des Steckens sein. Dies ist um so auffallender, als der Fehler so leicht zu umgehen war, und beweist deutlich, daß Gutzkow'n der Vers noch viel zu schaffen macht. —

Den „Richard Savage“ kennenzulernen, verhinderten mich die Umstände. Ich gestehe indes, daß der ungemessene Beifall, den die ersten Aufführungen hervorriefen, mir das Stück verdächtigte. Mir fiel dabei ein, wie es vor drei Jahren mit der „Griseldis“¹⁹ ging. Seitdem haben sich mißbilligende Stimmen genug hören lassen, die erste und — soviel man aus den in Journalen gegebenen Auszügen schließen kann, ohne das Stück zu kennen — die gründlichste seltsamerweise in einem politischen Blatte, im „Deutschen Courier“²⁰. Doch kann ich mich leicht einer Kritik überheben, denn welches Blatt hätte ihn nicht schon besprochen? Warten wir also, bis er gedruckt vorliegt.

„Werner“²¹, Gutzkows jüngste Arbeit, hat in Hamburg denselben Beifall gefunden. Nach den Antezedentien²² zu schließen, wird das Stück nicht nur an sich großen Wert haben, sondern auch die erste eigentlich moderne Tragödie sein. Es ist eigentümlich, daß Kühne, der die moderne Tragödie so häufig besprochen, daß man fast denken solle, er selbst schreibe eine solche, sich hier von Gutzkow zuvorkommen läßt. Oder sollte er nicht auch Beruf fühlen, sich im Drama zu versuchen?

Gutzkow aber, der der jungen Literatur den Weg auf die Bühne gebahnt hat, möge fortfahren, mit originellen, lebensvollen Dramen die Platttheit und Mittelmäßigkeit von den usurpierten Brettern zu verdrängen. Durch Kritik, und sei sie noch so vernichtend, geht's nicht, das haben wir gesehen. Von denen, die gleiche Tendenzen mit ihm verfolgen, wird er kräftigst unterstützt werden, und so gehen uns neue Hoffnungen für das deutsche Drama und die deutsche Bühne auf.

¹⁹ Griseldis, Drama von Friedrich Halm (Pseudonym für Freiherr von Münch-Bellingshausen) (1806–1871), wurde erstmalig 1835 vom Hofburgtheater in Wien aufgeführt. Der Erfolg war so groß, daß das Rührstück über alle größeren Bühnen Deutschlands ging. Erst als das Werk 1837 gedruckt erschien, meldeten sich zahlreiche kritische Stimmen.

²⁰ Deutscher Courier. Europäische Revue. Wochenschrift für Politik und konstitutionelle Interessen. — Eine politische Zeitschrift, die in den Jahren 1839/40 in Stuttgart erschien. Eine ausführliche Besprechung des „Richard Savage“ erschien in Nr. 44 am 3. November 1839 anlässlich der ersten Vorstellung des Stückes im Königlichen Hoftheater zu Stuttgart.

²¹ Karl Gutzkow: Werner oder Herz und Welt. Schauspiel in fünf Aufzügen. Erstaufführung am 21. Februar 1840 in Hamburg. Gedruckt in: Dramatische Werke, Bd. I, Leipzig 1842.

²² Vorzeichen.

II.

Moderne Polemik

Die junge Literatur hat eine Waffe, durch die sie unbezwinglich geworden ist und alle jungen Talente unter ihre Fahnen versammelt. Ich meine den modernen Stil, der in seiner konkreten Lebendigkeit, in der Schärfe des Ausdrucks, in der Mannigfaltigkeit seiner Nuancen jedem jungen Schriftsteller ein Bette bietet, in dem der Strom oder Bach seines Genius bequem fortrollt, ohne seine Eigentümlichkeit — wenn eine da ist — zu stark mit fremden Elementen, mit Heinescher Kohlensäure oder Gutzkowschem Ätzkalk zu versetzen. Es ist eine Freude zu sehen, wie jeder junge Autor den modernen Stil mit seinen stolz aufsteigenden Begeisterungsraketen, die auf ihrem Höhepunkte in einen bunten poetischen Feuerregen aufgehen oder in prasselnde Witzfunken zerstieben, zu adoptieren sucht. In dieser Beziehung sind die Kritiken im „Rheinischen Jahrbuche“, die ich im ersten Artikel dieser Darstellungen schon erwähnte, von Wichtigkeit; sie sind das erste Zeichen der Wirkung, die eine neue Literaturepoche auf dem der deutschen Poesie ziemlich entfremdeten rheinischen Boden hervorgebracht hat. Hier ist der ganze moderne Stil mit seinen Lichtern und Schatten, mit seinen originellen aber treffenden Bezeichnungen, mit dem poetischen Streiflicht, das ihn überglänzt.

Wir können bei so bewandten Umständen in bezug auf unsere Autoren nicht nur sagen: *le style c'est l'homme*, sondern auch: *le style c'est la littérature*.²³ Der moderne Stil trägt das Gepräge der Vermittlung, aber nicht nur, wie neulich L. Wihl²⁴ bemerkte, zwischen den stilistischen Koryphäen der Vergangenheit, sondern auch zwischen Produktion und Kritik, Poesie und Prosa. Es ist Wienbarg, bei dem sich diese Elemente am innigsten durchdringen; in den „Dramatikern der Jetztzeit“ ist der Dichter in den Kritiker aufgegangen. Ähnliches gälte von dem zweiten Bande der Kühneschen „Charaktere“,²⁵ wäre hier der Stil besser zusammengehalten. — Der deutsche Stil hat seinen dialektischen Vermittlungsprozeß durchgemacht; aus der naiven Unmittelbarkeit unserer Prosa schied sich die Sprache des Verstandes, die im marmornen Stile Goethes kulminierte, und die Sprache der Phantasie und des Gemüts, deren Herrlichkeit uns von *Jean Paul* enthüllt ward. Mit *Börne* begann die Vermittlung, doch überwog auch noch bei ihm — besonders in den Briefen — das verständige Element, wogegen *Heine* der poetischen Seite zu ihrem Rechte verhalf. In dem modernen Stil ist die Vermittlung vollendet; Phantasie und Verstand fließen nicht bewußtlos ineinander, noch stehen sie sich schroff gegenüber; sie sind, wie im menschlichen Geiste, so im Stil vereinigt, und weil ihre Vereinigung bewußt ist, so ist sie auch dauernd und echt. Darum kann ich jene Zu-

²³ Der Stil macht den Menschen — der Stil macht die Literatur.

²⁴ Ludwig Wihl (1807–1882), Publizist, der dem „Jungen Deutschland“ nahestand, Mitarbeiter an Gutzkows „Telegraph für Deutschland“.

²⁵ Gustav Kühne: *Weibliche und männliche Charaktere*, 2 Bde., Leipzig 1838.

fälligkeit nicht gelten lassen, die Wihl dem modernen Stil noch immer vindiziert,²⁶ und muß hier eine genetische, geschichtsmäßige Entwicklung sehen. — Dieselbe Vermittlung in der Literatur; da ist beinahe keiner, der nicht Produktion und Kritik in sich vereinigte; selbst unter den Lyrikern hat Creizenach²⁷ den „Schwäbischen Apoll“ und Beck über die ungarische Literatur²⁸ geschrieben, und der Vorwurf, daß die junge Literatur sich in der Kritik verlöre, hat seinen Grund weit mehr in der Masse der Kritiker als der Kritiken. Oder überwiegen die Produktionen Gutzkows, Laubes²⁹, Mundts, Kühnes ihre kritischen Schriften — quantitativ wie qualitativ — nicht bedeutend? So bleibt der moderne Stil ein Spiegelbild der Literatur. Es gibt aber eine Seite des Stils, die immer ein Schiboleth³⁰ für sein Wesen ist: die polemische. Bei den Griechen gestaltete sich die Polemik zur Poesie und wurde plastisch durch Aristophanes. Unter den Römern wurde ihr das für alles passende Kleid des Hexameters übergeworfen, und Horaz, der Lyriker, bildete sie gleichfalls lyrisch zur Satire aus. Im Mittelalter, als die Lyrik in voller Blüte stand, ging sie bei den Provenzalen in die Sirventes³¹ und Kanzonen, bei den Deutschen in das Lied über. Als im siebzehnten Jahrhundert der bare Verstand sich zum Herrn der Poesie aufwarf, wurde das Epigramm der späteren Römerzeit hervorgesucht, um zur Fassung des polemischen Witzes zu dienen. Die klassische Nachahmungssucht der Franzosen rief Boileaus³² horazisierende Satiren hervor. Das vorige Jahrhundert, das an alles anknüpfte, bis die deutsche Poesie sich rein selbständig entwickelte, versuchte es in Deutschland mit allen polemischen Formen, bis Lessings antiquarische Briefe³³ in der Prosa das Gebiet fanden, das der Polemik die freieste Entwicklung verstattet. Die Taktik Voltaires, die dem Gegner gelegentlich einen Hieb versetzt, ist echt französisch; ebenso der Tirailleurkrieg Bérangers,³⁴ der mit demselben französischen Charakter alles in eine Chanson bringt. Und die moderne Polemik?

Verzeihe mir, Leser, du hast wahrscheinlich längst erraten, wohinaus diese Diatribe will; aber ich bin nun einmal ein Deutscher und kann

²⁶ Zuschreibt.

²⁷ Theodor Creizenach (1818–1877): Der schwäbische Apoll. Lustspiel in einem Akt. In: Dichtungen, Mannheim 1839. Eine Satire auf die Vertreter der „Schwäbischen Schule“ wie Wolfgang Menzel, Gustav Pfizer, Justinus Kerner u. a.

²⁸ Karl Beck: Literatur in Ungarn. Aufsatz in der „Zeitung für die elegante Welt“, 1837, Nr. 180, 181.

²⁹ Heinrich Laube (1806–1884), Schriftsteller und Literaturhistoriker, schloß sich dem „Jungen Deutschland“ an. Verfasser zahlreicher Dramen, später mehrere Jahre Direktor des Hofburgtheaters in Wien.

³⁰ Erkennungszeichen.

³¹ Scheltlieder, Troubadourlieder.

³² Nicolas Boileau-Despreaux (1636–1711), französischer Dichter und Kritiker; als Satirendichter war er, nicht immer mit besten Erfolg, bemüht, Horaz nachzustreben.

³³ Gotthold Ephraim Lessing: Briefe antiquarischen Inhalts, 1769.

³⁴ Pierre-Jean de Béranger (1818–1857), volkstümlicher französischer Liederdichter, dessen kecke politische Chansons vor und nach der Julirevolution 1830 gute Waffen im Kampf des Volkes waren. Tirailleurkrieg — Schützenkrieg.

meine stets vom Ei anfangende deutsche Natur nicht loswerden. Ich will dagegen jetzt desto gerader sein: es handelt sich um die Zerwürfnisse in der modernen Literatur, um die Berechtigung der Parteien und vorzüglich um den Streit, an den sich die übrigen anlehnen, den Streit zwischen Gutzkow und Mundt oder, wie die Sachen jetzt stehen, zwischen Gutzkow und Kühne. Dieser Streit wird nun seit zwei Jahren in der Mitte unserer literarischen Entwicklungen geführt und konnte nicht ohne teils günstigen, teils ungünstigen Einfluß darauf bleiben. Ungünstig, weil der ruhige Gang der Entfaltung immer gestört wird, wenn die Literatur sich zum Tummelplatze persönlicher Sympathien, Antipathien und Idiosynkrasien hergibt, günstig, weil sie, um mit Hegel zu reden, aus der Einseitigkeit, in der sie sich als Partei befand, heraustrat und durch den Zerfall selbst ihren Sieg bewies; ferner, weil wider die Erwartung vieler der „jüngere Nachwuchs“ nicht Partei ergriff und die Gelegenheit, sich von allen fremden Einflüssen zu befreien und einer selbständigen Entwicklung hinzugeben, benutzte. Wenn darum doch einige Partei ergriffen haben, so beweisen sie dadurch, wie wenig Vertrauen sie in sich selbst setzen und wie wenig der Literatur an ihnen gelegen sein kann.

Ob Gutzkow den ersten Stein aufgehoben, ob Mundt zuerst nach der linken Hüfte gegriffen, kann füglich ununtersucht bleiben; genug, Steine sind geworfen und Schwerter gezogen worden. Es handelt sich nur um die tieferen Ursachen eines Krieges, der später oder früher zum Ausbruch kommen mußte; denn daß hier subjektive Veranlassungen, ein hämischer Neid, eine leichtsinnige Kriegslust auf irgendeiner Seite obwalten, das glaubt doch niemand, der den ganzen Verlauf unparteiisch angesehen hat. Nur bei Kühne war die persönliche Freundschaft gegen Mundt ein Motiv, und an sich gewiß kein unedles, die auch ihm von Gutzkow gewordene Herausforderung anzunehmen.

Gutzkows literarisches Tun und Trachten trägt den Charakter einer scharf ausgeprägten Individualität. Die wenigsten seiner zahlreichen Schriften hinterlassen einen ganz befriedigenden Eindruck, und doch läßt sich nicht leugnen, daß sie zu dem Ausgezeichnetsten gehören, was die deutsche Literatur seit 1830 hervorgebracht hat. Woher kommt dies? Ich glaube in ihm einen Dualismus zu sehen, der viel Verwandtes hat mit dem Zwiespalt in Immermanns³⁵ Gemüt, den Gutzkow selbst zuerst aufriß. Gutzkow besitzt, anerkannt von allen deutschen Autoren — schönwissenschaftlichen natürlich —, die größte Verstandeskraft; sein Urteil wird nie verlegen, sein Blick orientiert sich in den verwickeltsten Erscheinungen mit der wunderbarsten Leichtigkeit. Neben diesem Verstande steht aber eine ebenso mächtige Hitze der Leidenschaft, die sich bei seinen Produktionen als Begeisterung äußert und seine Phantasie in jenen Zustand, ich möchte fast sagen der Erektion, versetzt, in dem ihr allein eine geistige Zeugung möglich ist. Seine Werke, wenn auch oft

³⁵ Karl Immermann (1796–1840), Dramatiker und Romanschriftsteller, den der junge Engels besonders hochschätzte. Außer den Versen „Bei Immermanns Tod“ widmete Engels ihm im April 1841 im „Telegraph für Deutschland“ den Aufsatz „Immermanns Memorabilien“.

lang ausgetragene Kompositionen, sind im Nu entstanden, und sieht man ihnen auf der einen Seite auch die Begeisterung an, in der sie geschrieben sind, so verhindert andererseits diese Hast doch oft die ruhige Verarbeitung des Einzelnen, und sie bleiben, wie die „Wally“, bloße Skizzen. Mehr Ruhe herrscht in den späteren Romanen, am meisten im „Blasedow“, der überhaupt mit einer an Gutzkow bisher ungewohnten Plastik ausgemeißelt ist. Seine früheren Figuren waren mehr Charakterbilder als Charaktere, *μετέωρα* zwischen Himmel und Erde schwebend, wie Karl Grün³⁶ sagt. Dennoch kann Gutzkow nicht verhindern, daß die Begeisterung auf Momente dem Verstande Platz macht; in dieser Stimmung sind jene Stellen seiner Werke geschrieben, die den erwähnten unangenehmen Eindruck hervorrufen; es ist die Stimmung, die Kühne in seiner beleidigenden Sprache „greisenhaftes Frösteln“ nannte. — Jene Leidenschaftlichkeit aber ist es auch, die Gutzkow so leicht in Zorn geraten läßt, oft über die unbedeutendsten Dinge, und die einen sprudelnden Haß, eine stürmende Heftigkeit in seine Polemik legt, die Gutzkow hintennach gewiß bereut; denn er muß einsehen, wie unklug er in den Augenblicken der Wut gehandelt hat. Daß er dies einsieht, beweist der bekannte Artikel im „Jahrbuch der Literatur“, auf dessen Unparteilichkeit er sich etwas zugute tut — er weiß also, daß seine Polemik nicht frei von augenblicklichen Einflüssen ist. — Zu diesen beiden Seiten seines Geistes, deren Einheit Gutzkow bis jetzt noch nicht gefunden zu haben scheint, tritt noch ein unbändiges Unabhängigkeitsgefühl; er kann nicht die leichtesten Fesseln tragen, und ob sie von Eisen oder von Spinnweben wären, er ruhte nicht eher, als bis er sie zerrissen. Als er wider Willen mit Heine, Wienbarg, Laube und Mundt zum jungen Deutschland gerechnet wurde und dieses junge Deutschland anfang, in eine Clique auszuarten, überkam ihn ein unbehagliches Gefühl, das ihn erst seit dem offenen Bruche mit Laube und Mundt wieder verlassen hat. So sehr ihn aber diese Unabhängigkeitslust vor fremdem Einfluß bewahrt hat, so leicht steigert sie sich zu einem Zurückstoßen alles andern, zu einem Sich-in-sich-selbst-Zusammenziehen, zu einem Übermaße des Selbstgefühls, und streift dann an Selbstsucht. Ich bin weit entfernt, Gutzkow vorzuwerfen, er strebe mit Bewußtsein nach unumschränkter Herrschaft in der Literatur, aber zuweilen gebraucht er Ausdrücke, die seinen Gegnern den Vorwurf des Egoismus erleichtern. Die Leidenschaftlichkeit treibt ihn schon, sich zu geben ganz wie er ist, und so kann man bei ihm am ersten den ganzen Menschen in seinen Schriften erkennen. — Zu diesen geistigen Eigentümlichkeiten noch ein seit vier Jahren stets von der Zensurschere verwundetes Leben, Hemmungen der freien literarischen Entwicklung von Polizeiwegen genommen, so darf ich hoffen, Gutzkows literarische Persönlichkeit in ihren Hauptzügen skizziert zu haben.

Während dieser sich so als eine durchaus originelle Natur erweist, finden wir bei *Mundt* eine liebenswürdige Harmonie aller geistigen

³⁶ Karl Grün (1817–1887), Publizist, im Vormärz Vertreter des sogenannten „wahren Sozialismus“.

Kräfte, wie sie die erste Bedingung eines Humoristen ist; einen ruhigen Verstand, ein gutes, deutsches Herz und dazu die nötige Phantasie. Mundt ist ein echt deutscher Charakter, der eben darum aber auch sich selten hoch über das Gewöhnliche aufschwingt und oft genug ans Prosaische streift. Er ist liebenswürdig, deutschgründlich, grundehrlich, aber kein Dichter, dem es um künstlerische Durchbildung zu tun ist. Mundts Werke vor der „Madonna“³⁷ sind unbedeutend; die „Modernen Lebenswirren“³⁸ sind reich an gutem Humor und schönen Einzelheiten, aber als Kunstwerk wertlos und als Roman langweilig; in der „Madonna“ riß ihn die Begeisterung für die neuen Ideen zu einem Schwunge hin, den er bisher nicht gekannt hatte, aber dieser Schwung brachte wieder kein Kunstwerk, sondern nur einen Haufen guter Gedanken und herrlicher Bilder zustande. Und doch ist die „Madonna“ Mundts bestes Werk, denn die am literarischen Himmel bald darauf vom deutschen Wolkensammler Zeus heraufgesandten Regenschauer³⁹ kühlten Mundts Begeisterung bedeutend ab. Der bescheidene deutsche Hamlet bekräftigte seine Gefährlosigkeitsbeteuerungen durch unschuldige kleine Novellen, in denen die Ideen der Zeit mit gestutztem Bart und gekämmtem Haar auftraten und im Supplikantenfrack eine alleruntertänigste Bittschrift um gnädigste Realisation einreichten. Seine „Komödie der Neigungen“ brachte seinem Dichterruhme eine Wunde bei, die er mit „Spaziergängen und Weltfahrten“⁴⁰ statt mit neuen, abgerundeten Dichtungen heilen wollte. Und wenn Mundt sich nicht wieder mit der früheren Begeisterung auf die Produktion wirft, wenn er uns nicht statt Reisebeschreibungen und Journalartikeln Dichtungen gibt, so wird in kurzem von Mundt, dem *Dichter*, nicht mehr die Rede sein. Ein zweiter Rückschritt Mundts ließ sich in seinem Stile bemerken. Seine Vorliebe für Varnhagen⁴¹, in dem er Deutschlands ersten Stilisten zu entdecken glaubte, ließ ihn dessen diplomatische Wendungen, gezierte Ausdrücke und abstrakte Schnörkel adoptieren; und dabei sah Mundt gar nicht,

³⁷ Theodor Mundt: Madonna. Unterhaltungen mit einer Heiligen, Leipzig 1835.

³⁸ Theodor Mundt: Moderne Lebenswirren. Briefe und Zeitabenteuer eines Salzschreibers, Leipzig 1834.

³⁹ Anspielung auf die Auswirkung der verschärften Zensurbestimmungen seit dem Beschluß des Deutschen Bundestages über das Verbot sämtlicher Schriften des „Jungen Deutschland“.

⁴⁰ Theodor Mundt: Komödie der Neigungen. Diese Komödie in vier Akten erschien 1839 im 2. Jg. des von Mundt herausgegebenen Taschenbuches „Delphin“ (S. 1–146). Das Stück stieß in allen kritischen Besprechungen der Zeit auf Ablehnung. Selbst die Mundt wohlgesinnte „Zeitung für die elegante Welt“ sprach ihm jeden künstlerischen Wert ab. — Spaziergänge und Weltfahrten. Bd. 1 und 2, Altona 1838. In der zu jener Zeit beliebten Form der Reiseschilderungen gab Mundt hier die Erlebnisse und Beobachtungen seiner 1837 unternommenen Reise nach Paris und London wieder.

⁴¹ Karl August Varnhagen von Ense (1765–1858), liberaler deutscher Schriftsteller und Biograph. Mundt stand mit V., der sich um die Förderung der Literatur des „Jungen Deutschland“ sehr verdient gemacht hat, seit der ersten persönlichen Begegnung 1833 in freundschaftlichem Verkehr. Über Varnhagens Stil äußerte er sich in überschwenglicher Weise in seiner Schrift „Die Kunst der deutschen Prosa“, Berlin 1837.

daß hierdurch das Grundprinzip des modernen Stils, die konkrete Frische und Lebendigkeit, im Innersten verletzt wurde.

Zu diesen Verschiedenheiten der beiden Streitenden kam noch ein ganz entgegengesetzter Bildungsgang. Gutzkow trat von vornherein mit einer Begeisterung für den „modernen Moses“ Börne auf, die noch immer als innige Verehrung in seiner Seele lebt; Mundt saß im sichern Schatten, den der Riesenbaum des Hegelschen Systems warf, und ließ eine Zeitlang den Hochmut der meisten Hegelianer durchblicken; die Axiome des philosophischen Padischah,⁴² daß Freiheit und Notwendigkeit identisch und die Bestrebungen des süddeutschen Liberalismus Einseitigkeiten seien, hielten Mundts politische Ansichten während der ersten Jahre seines literarischen Auftretens befangen. Gutzkow schied aus Berlin mit einem Widerwillen gegen die dortigen Zustände und gewann in Stuttgart eine Vorliebe für Süddeutschland, die ihn nie wieder verließ; Mundt befand sich wohl im Berliner Leben, saß gern in den ästhetisierenden Teegesellschaften und destillierte sich aus dem geistigen Treiben Berlins seine Persönlichkeiten und Zustände,⁴³ jenes literarische Treibhausgewächs, das bei ihm und anderen alle freie poetische Tätigkeit erstickt hat. Es ist betäubend anzusehen, wie Mundt im zweiten Heft des „Freihafens“⁴⁴ für 1838 bei der Kritik eines Münch'schen Werks⁴⁵ über die Schilderung einer solchen Persönlichkeit in Entzücken gerät, in ein Entzücken, das ihm ein Dichterwerk nie entlocken konnte. Er vergaß über die Berliner Zustände — dies Wort ist wie für Berlin erfunden — alles andere, und ließ sich sogar zu einer lächerlichen Verachtung der Naturschönheiten verführen, wie sie in der „Madonna“ hervortritt.

So standen sich Gutzkow und Mundt gegenüber, als ihre Wege plötzlich bei den Ideen der Zeit zusammentrafen. Sie würden sich bald wieder getrennt haben, sie hätten sich vielleicht aus der Ferne noch manchen Gruß zugewinkt und sich gern des Zusammentreffens erinnert, als durch die Stiftung des jungen Deutschlands und das „Roma locuta est“⁴⁶ des durchlauchtigsten Bundestages beide zur Vereinigung gezwungen wurden. Hierdurch wurde der Stand der Sache wesentlich verändert. Gutzkow und Mundt waren durch gemeinsames Schicksal verpflichtet, bei gegenseitigen Beurteilungen Rücksichten eintreten zu lassen, deren Beobachtung beiden auf die Dauer unerträglich werden

⁴² Heerführer.

⁴³ Persönlichkeiten und Zustände. Ein Buch von Mundt ist unter diesem Titel nicht erschienen. Von Ed. Gans, bei dem der junge Marx an der Berliner Universität gehört hat, gibt es dagegen die 1836 erschienenen „Rückblicke auf Personen und Zustände“.

⁴⁴ Der Freihafen. Galerie von Unterhaltungsbildern aus den Kreisen der Literatur, Gesellschaft und Wissenschaft. Diese von Theodor Mundt herausgegebene jungdeutsche Vierteljahresschrift erschien in Altona von 1838–1844.

⁴⁵ Ernst Hermann Joseph von Münch (1798–1841), deutscher Geschichtsschreiber. Sein Werk „Erinnerungen, Lebensbilder und Studien aus den ersten siebenunddreißig Jahren eines deutschen Gelehrten“, Bd. 1–3, Carlsruhe 1836–1838, empfahl Mundt den Lesern des „Freihafens“ in begeisterten Worten.

⁴⁶ Rom hat gesprochen.

mußte. Das junge Deutschland, oder, wie es sich nach der Katastrophe von oben mit einem unverfänglicheren Namen und, um andere Gleichstrebende nicht auszuschließen, nannte, die junge Literatur, war nahe daran, in eine Clique auszuarten, und das wider Willen. Man sah sich von allen Seiten genötigt, die widerstrebenden Tendenzen fallenzulassen, die Schwächen zu verdecken, das Übereinstimmende zu sehr hervorzuheben. Dieser unnatürliche, erzwungene Verstellungszustand konnte nicht lange währen. Wienbarg, der herrlichste Charakter des jungen Deutschlands, zog sich zurück; Laube hatte von vornherein gegen die Konsequenzen, die sich der Staat erlaubte, protestiert; Heine war in Paris zu isoliert, um die elektrischen Funken seines Witzes in die Literatur des Tages springen zu lassen; Gutzkow und Mundt waren offen genug, um, ich möchte sagen nach gegenseitiger Verabredung, den Landfrieden zu brechen.

Mundt polemisierte wenig und unbedeutend; einmal aber ließ er sich verleiten, seine Polemik in einer Weise anzubringen, die aufs schärfste gerügt werden muß. Am Schlusse des Artikels: „Görres und die katholische Weltanschauung“ (Freih. 1838, II.), sagt er, wenn die deutsche Religiosität nichts vom jungen Deutschland wissen wolle, so habe dieses auch hinreichend gezeigt, daß es in religiöser Hinsicht der faulen Elemente genug enthalte. Es ist klar, daß hiermit außer Heine, der uns hier nichts angeht, Gutzkow gemeint ist. Aber soviel Achtung mußte Mundt denn doch wohl vor seinen Schicksalsgenossen haben, daß er, wenn diese Beschuldigung auch wahr wäre, nicht der Borniertheit, der Philisterei und dem Pietismus Recht gegen sie gäbe! Mundt nimmt sich wahrlich schlecht genug, wenn er mit pharisäischem Triumphe sagt: Ich danke Dir, Herr, daß ich nicht bin wie Heine, Laube und Gutzkow und daß ich mich, wenn auch nicht vor dem deutschen Bunde, doch vor der deutschen Religiosität einigermaßen sehen lassen kann! —

Gutzkow dagegen hatte seine ordentliche Lust an der Polemik. Er zog alle Register auf und ließ auf das Allegro moderato der literarischen Elfen⁴⁷ ein Allegro furioso von Feuilletonnotizen folgen. Er hatte einen Vorteil gegen Mundt, indem er dessen literarische Grillen in ihrer ganzen Schärfe herausheben und unter den Bereich seiner immer geladenen Witzkanonen stellen konnte. Da war fast wöchentlich wenigstens ein Hieb auf Mundt im „Telegraphen“ zu lesen, da wußte er das ganze Übergewicht, das der Besitz eines Journals über den auf eine Vierteljahresschrift und seine eigenen Werke beschränkten Gegner gibt, zu benutzen; merkwürdig ist besonders, daß Gutzkow seine Polemik steigerte, seine Nichtachtung der literarischen Gaben Mundts erst allmählich eintreten ließ, während dieser gleich nach der Kriegserklärung,

⁴⁷ Karl Gutzkow: Literarische Elfenschicksale. Ein Märchen ohne Anspielungen. Gedruckt in: Telegraph für Deutschland, Februar und März 1838. Wieder abgedruckt 1839 im „Skizzenbuch“, S. 229–353, hier unter dem Titel: Die literarischen Elfen. Ein Märchen ohne Anspielungen. Gutzkow verspottet Mundt darin als einen Semilasso jun., womit er ihn als Nachahmer des erfolgreichen Fürsten Pückler bezeichnen will, bezieht ihn auf die Unfähigkeit, die politische Richtung der Zeit zu verstehen u. a. m.

ohne jenen absteigenden Klimax zu beachten, Gutzkow als eine untergeordnete Persönlichkeit behandelte. — Die gewöhnlichen Kunstgriffe politischer Blätter, Artikel von gleicher Farbe in anderen Journalen zu empfehlen, unter dem Scheine der Anerkennung und achtungswerten Unparteilichkeit versteckte Malicen einzuschmuggeln usw., wurden in diesem Streit auf literarisches Gebiet übertragen; ob auch eigene Artikel unter dem Aushängeschilder auswärtiger Korrespondenzen aufgetreten sind, kann natürlich nicht entschieden werden, da gleich von Anfang an jeder Partei eine Menge dienstbeflissener, namenloser Handlanger zuströmte, die sich sehr geschmeichelt fühlen würden, wenn man ihre Arbeiten für Werke ihres kommandierenden Generals hielte. Gerade diesen Zwischenträgern, die sich durch ihren Eifer eine belobende Feuilletonnotiz erkaufen wollten, mißt Marggraff⁴⁸ die größte Schuld am Streite zu.

Gegen Ende 1838 trat ein dritter Streiter in die Schranken, dessen Waffenrüstung wir vorläufig ins Auge zu fassen haben, *Kühne*. Dieser, seit langem Mundts persönlicher Freund und ohne Zweifel jener Gustav, an den sich Mundt in der „Madonna“ einmal wendet, hat auch in seinem literarischen Charakter viel Verwandtes mit Mundt, obgleich auf der andern Seite ein französisches Element bei ihm nicht zu verkennen ist. Mit Mundt verknüpfte ihn besonders der gemeinsame Bildungsgang durch Hegel und das Berliner soziale Leben, aus dem für Kühne ebenfalls die Neigung für Persönlichkeiten und Zustände und den eigentlichen Erfinder dieser literarischen Zwittergeschöpfe, Varnhagen von Ense, erwuchs. Auch Kühne gehört zu denen, die von Varnhagens Stil viel Rühmens machen und übersehen, daß das Gute daran eigentlich nur Nachahmung Goethes ist.

Der Grundstock der literarischen Gestalt Kühnes ist der *Esprit*, jener französische, rasch kombinierende Verstand verbunden mit einer beweglichen Phantasie. Auch dem Extrem dieser Richtung, der Phrase, ist Kühne so wenig fremd, daß er es im Gegenteil zu einer seltenen Meisterschaft in ihrer Handhabung gebracht hat und man Kritiken, wie die über den zweiten Band der Mundtschen Spaziergänge („Eleg. Zeitung“⁴⁹, 1838, März) nicht ohne einen gewissen Genuß lesen kann. Natürlich fällt es auch oft genug vor, daß dieses Phrasenspiel einen unangenehmen Eindruck machen muß, und man an ein paar treffende, zum Gemeinplatz gewordene Worte des Mephistopheles erinnert wird.⁵⁰ Man läßt sich solche phrasendurchflochtenen Stellen in einem Journale wohl gefallen; wenn aber auch in einem Werke wie die „Charaktere“ ein Passus vorkommt, der sich zwar ganz gut lesen läßt, aber alles

⁴⁸ Hermann Marggraff (1809–1864), Literaturkritiker und Redakteur namhafter Zeitungen und Zeitschriften, so der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, des „Hamburger Korrespondenten“, der „Blätter für literarische Unterhaltung“ u. a. Den Streit zwischen Gutzkow und Mundt analysiert er in seiner Schrift „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche“, Leipzig 1839.

⁴⁹ Gemeint ist die „Zeitung für die elegante Welt“. Die Rezension der „Spaziergänge“ von Mundt erschien nicht im März, sondern am 21. Mai 1838 in Nr. 99.

⁵⁰ „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten...“, Faust, Erster Teil, Schülerszene.

reellen Fonds ermangelt — und das ist mehr als einmal der Fall — so zeigt dies denn doch eine zu große Leichtfertigkeit der Auswahl. Auf der andern Seite macht diese französische Gewandtheit Kühnen zu einem unserer besten Journalisten, und es wäre ihm gewiß ein leichtes, bei größerer Tätigkeit die „Elegante Zeitung“ weit über ihren jetzigen Stand hinaufzuschrauben. Aber merkwürdigerweise zeigt Kühne bei weitem nicht eine Regsamkeit, die seinem an Laube erinnernden Esprit einzig zu entsprechen scheint. — Als Kritiker entfaltet Kühne diese transrhenanische Natur am deutlichsten. Während Gutzkow nicht rastet, bis er seinem Gegenstande auf den Grund gekommen ist und rein aus der Sache sein Urteil fällt, ohne etwaige begünstigende und mildernde Nebenrücksichten zu erwägen, stellt Kühne den Gegenstand unter das Licht eines geistreichen Gedankens, den freilich meist die Betrachtung des Objekts hervorgerufen hat. Wenn Gutzkow einseitig ist, so ist er es, weil er ohne das billige Ansehen der Person mehr nach den Schwächen als den Tugenden des Objekts urteilt und von angehenden Dichtern wie Beck klassische Schöpfungen fordert; wenn Kühne einseitig ist, so bemüht er sich, alle Seiten seines Objekts unter einem Gesichtspunkt aufzufassen, der nicht der höchste, übersichtlichste ist, und entschuldigt das Spielende der Beckschen „Stillen Lieder“⁵¹ mit der auf Beck freilich passenden Phrase, er sei ein lyrischer Musikant.

Bei Kühne sind ferner zwei Perioden zu unterscheiden; den Anfang seiner literarischen Laufbahn bezeichnete ein Befangensein in der Hegelschen Doktrin und, wie mir scheint, ein Hingeben oder eine Gemeinschaftlichkeit der Ansichten mit Mundt, wobei die Selbständigkeit nicht immer zu ihrem Rechte kam. Die „Quarantaine“⁵² bezeichnet den ersten Schritt zur Emanzipation von diesen Einflüssen; ganz entwickelt hat sich Kühnes Anschauung erst in den Literaturwirren seit 1836. Zu einer Vergleichung Kühnes und Gutzkows in ihren dichterischen Bestrebungen bieten sich zwei gleichzeitig geschriebene Werke dar, die „Quarantaine im Irrenhause“ und die „Seraphine“⁵³. In beiden spiegelt sich die ganze Persönlichkeit ihrer Verfasser. Gutzkow hat in Arthur und Edmund die verständige und gemütliche Seite seines Charakters individualisiert; Kühne, als Anfänger, gab sich unbefangener ganz in dem Helden der „Quarantaine“, wie er den Ausweg sucht aus dem Labyrinth des Hegelschen Systems. Gutzkow exzelliert wie immer in der Schärfe der Seelenmalerei, in der psychologischen Motivierung; fast der ganze Roman wird im Gemüte verhandelt. Durch solch eine ver-

⁵¹ Karl Beck: Stille Lieder, Leipzig 1840. — In diesen Gedichten wird Becks Abwendung von einer gewissen politisch revolutionären Richtung der „Nächte. Gepanzerte Lieder“ (1838) deutlich. Heftige Kritik an dem neuen Gedichtband und an Becks Entwicklung übt Friedrich Engels im „Telegraph für Deutschland“, 1839, Nr. 203. — G. Kühne bespricht die „Stillen Lieder“ in der „Zeitung für die elegante Welt“, Nr. 43.

⁵² Gustav Kühne: Eine Quarantaine im Irrenhaus, Leipzig 1835.

⁵³ Karl Gutzkow: Seraphine, Hamburg 1837. Während Kühnes „Quarantaine“ gleich nach ihrer Vollendung 1835 gedruckt wurde, hatte Gutzkow noch 18 Monate mit der Zensur zu tun, bis sein ebenfalls bereits 1835 vollendeter Roman bei Hoffmann und Campe erscheinen konnte.

standesmäßige Zusammensetzung der Triebfedern aus lauter Mißverständnissen wird aber aller ruhige Genuß, auch der eingestreuten idyllischen Situationen wieder zernichtet, und so meisterhaft die „Seraphine“ nach der einen Seite ist, so mißlungen ist sie nach der andern. — Kühne dagegen sprudelt von geistreichen Räsonnements über Hegel, deutsche Gröbele und Mozartsche Musik, mit denen er drei Viertel des Buches füllt, ohne am Ende etwas anderes als die Langeweile bei den Lesern dadurch zu erreichen und den Roman als solchen zu verderben. Die „Seraphine“ enthält keinen einzigen vollkommenen Charakter, am wenigsten ist es Gutzkow gelungen, was er eigentlich damit bezweckte, nämlich seine Fähigkeit zur Schilderung weiblicher Charaktere zu zeigen. Die Frauen aller seiner Romane sind entweder trivial, wie Celine im „Blasedow“, oder ohne das Echtweibliche, wie Wally, oder unschön durch Mangel an innerer Harmonie, wie eben Seraphine. Er scheint dies fast selbst einzusehen, wenn er in „Saul“ die Michal sagen läßt:

Zerlegen kannst Du, wie das menschliche
Gehirn, des Weibes Herz, — —
Kannst alles zeigen, draus ein Frauenherz
Besteht, doch was drin Lebensfunke ist,
Das weist kein Messer nach, kein spottender Vergleich.

Derselbe Mangel prägnanter Charakteristik tut sich in der „Quarantaine“ kund. Der Held ist kein ganzer Charakter, sondern eine individualisierte Durchgangsepoche des Zeitbewußtseins, dem daher auch alles Persönliche abgeht. Die übrigen Figuren sind fast alle zu unbestimmt gehalten, so daß man von den wenigsten mit Fug sagen kann, ob sie gelungen sind oder nicht.

Kühne war von Gutzkow schon länger herausgefordert, antwortete aber nur indirekt, indem er Mundts Verdienste über die Maßen erhob und Gutzkows selten erwähnte. Endlich trat auch er, zuerst ruhig und mehr kritisch als polemisch gegen ihn auf; er nannte ihn einen Mann der Debatte, wollte ihm aber keine fernere literarische Berechtigung zugestehen; und bald darauf begann er seinerseits die Offensive in einer Art, wie sie wohl niemand erwartet hatte, mit dem Artikel „Gutzkows neueste Romane“⁵⁴. Mit vielem Geiste wird hier jene dualistische Seite Gutzkows in die Karikatur verzerrt und in seinen Schriften nachgewiesen, daneben aber auch eine solche Masse von unwürdigen Ausdrücken, grundlosen Behauptungen und schlechtverhehlten Konsequenzmachereien aufgehäuft, daß Gutzkow gegen diese Polemik nur im Vorteil war. Er antwortete auch nur mit einer kurzen Hinweisung auf das „Jahrbuch der Literatur“ für 1839 (warum ist das für 1840 noch nicht erschienen?⁵⁵), das seinen Artikel über die neuesten Literaturzerwürf-

⁵⁴ In diesem Aufsatz in der „Zeitung für die elegante Welt“, Oktober 1838, Nr. 192 und 193, fällt Kühne ein vernichtendes Urteil über Gutzkows literarische Entwicklung und über die beiden Romane „Seraphine“ und „Blasedow und seine Söhne“.

⁵⁵ Dieser zweite Jahrgang des „Jahrbuches“, zu dem bereits Vorbereitungen getroffen waren, ist nicht mehr erschienen. (Vgl. Anmerkung 2.)

nisse brachte. Die Politik, durch Unparteilichkeit die Gemüter für sich zu gewinnen, war klug genug, und die Überwindung, die Gutzkow'n dieser Artikel gekostet hat, muß anerkannt werden; wenn er nicht vollkommen genügte und namentlich über Kühne, dem ein bedeutender Einfluß auf die Tagesliteratur und ein tüchtiges, wenn auch in den „Klosternovellen“⁵⁶ noch nicht ganz klares Talent zum historischen Roman denn doch einmal nicht abgesprochen werden kann, zu leicht absprach, so ist dies gern nachzusehen, bis die Gegner gleiches getan oder ihn noch übertroffen haben.

Aber dieses „Jahrbuch der Literatur“ trug den Keim zu neuer Spaltung in sich, den „Schwabenspiegel“ Heines.⁵⁷ — Wie es hiermit zugegangen ist, mögen von den Beteiligten selbst nur einige wissen; ich übergehe die ganze fatale Geschichte am besten. Oder hat Heine nicht bald einmal wieder die erforderliche Bogenzahl⁵⁸ zusammen, um einen zensurfreien Band, der dann auch den vollständigen „Schwabenspiegel“ enthielte, herauszugeben? Man könnte dann wenigstens sehen, was die sächsische Zensur zu streichen für gut befunden hätte und ob die Verstümmelung wirklich einer Zensurbehörde zur Last zu legen wäre. Genug, der Krieg wurde wieder angefacht, Kühne benahm sich unklug, indem er den albernsten Artikel über „Savage“ aufnahm und Dr. Wihls Erklärung (welche aufzunehmen freilich eine starke Zumutung an die „Elegante“ war, etwa wie wenn Beck seine Erklärung gegen Gutzkow an den „Telegraphen“ geschickt hätte) mit einer hündischen Parodie⁵⁹ begleitete, die von der andern Seite gleichfalls bellend zurückgewiesen wurde. Diese Hundegeschichte ist der schimpflichste Fleck aller modernen Polemik; wenn unsere Literaten anfangen, sich wie Bestien zu behandeln und die Grundsätze der Naturgeschichte praktisch anzuwenden, so wird die deutsche Literatur bald einer Menagerie gleichen, und

⁵⁶ Gustav Kühne: Klosternovellen, 2 Bde., Leipzig 1838.

⁵⁷ Heinrich Heine: Der Schwabenspiegel. Der Aufsatz erschien im „Jahrbuch der Literatur“, 1839, S. 335–362, in so verstümmelter Form, daß Heine in einer Erklärung in der „Zeitung für die elegante Welt“ die Autorschaft ablehnte.

⁵⁸ Nach den damals geltenden Zensurbestimmungen durften nur Schriften, die mehr als zwanzig Bogen umfaßten, zensurfrei erscheinen. Heines „Schwabenspiegel“ ist später in einem solchen zensurfreien Band nicht mehr erschienen. Da auch die Handschrift nicht existiert, ist er nur in der Fassung des „Jahrbuchs der Literatur“ erhalten.

⁵⁹ Gemeint ist die von Heine entfachte Fehde um den verstümmelten „Schwabenspiegel“. Heine hatte für die Eingriffe der Zensur in einem offenen Brief an Campe unter dem Titel „Schriftstellernöten“ („Zeitung für die elegante Welt“, 1839, Nr. 75, 76, 77) Campe und als dessen Helfer Gutzkow und Ludwig Wihl verantwortlich gemacht, wobei er letzteren als Campes Jagdhund karikierte. Wihl verwahrte sich gegen den Vorwurf in einer Erklärung, die Kühne mit einer Erklärung von „Hektor, Jagdhund bei Hoffmann und Campe in Hamburg“ parodierte (beide Erklärungen in der „Zeitung für die elegante Welt“, 1839, Nr. 102). Darauf erschien im „Telegraph für Deutschland“, 1839, Nr. 103, an dem Wihl ständiger Mitarbeiter war, ein „Sendschreiben des Jagdhundes Hektor an den Redakteur der Zeitung für die elegante Welt“, das zur Verteidigung Wihls von Gutzkow verfaßt war.

der lang erwartete Literaturmessias mit Martin und van Amburgh⁶⁰ fraternisieren.

Damit die schon wieder ermattende Polemik nicht einschliefe, regte ein böser Dämon den Streit zwischen Gutzkow und Beck an. — Über Beck habe ich mein Urteil schon anderswo abgegeben,⁶¹ doch, wie ich gern gestehe, nicht ohne Parteilichkeit. Der Rückschritt, den Beck im „Saul“⁶² und in den „Stillen Liedern“ zeigt, ließ mich mißtrauisch und unbillig gegen die „Nächte“ und den „Fahrenden Poeten“ werden. Ich hätte jenen Artikel nicht schreiben und ihn noch weniger in der Zeitschrift geben sollen, die ihn brachte. Man wird mir daher erlauben, mein Urteil dahin zu berichtigen, daß ich Becks Vergangenheit, die „Nächte“ und den „Fahrenden Poeten“, allerdings anerkenne, daß es mir aber gegen mein kritisches Gewissen ginge, wenn ich die „Stillen Lieder“ und den ersten Akt des „Saul“ nicht als einen Rückschritt bezeichnen sollte. Die Fehler der ersten beiden Werke Becks waren bei seiner Jugend notwendig, ja man konnte geneigt sein, in den drängenden Bildern, den halbreif hingeworfenen Gedanken eine Überfülle von Kraft zu sehen, und jedenfalls lag hier ein Talent vor, von dem das Beste zu hoffen war. — Statt jener flammenden Bilder, statt jener wilderregten Jugendkraft bringen die „Stillen Lieder“ eine Abspannung, eine Mattigkeit, die von Beck am wenigsten zu erwarten war, und der erste Akt des „Saul“ war ebenso kraftlos. Aber vielleicht ist diese Schlawheit nur die natürliche, momentane Folge jener Überreizung, vielleicht ersetzen die folgenden Akte des „Saul“ alle Mängel des ersten — nein, Beck ist ein Dichter, und die Kritik sollte auch bei dem schärfsten und gerechtesten Tadel eine Scheu haben vor seinen zukünftigen Schöpfungen. Eine solche Pietät verdient jeder echte Dichter; und gerade ich möchte nicht gern für einen Feind Becks gelten, da ich, wie ich gern gestehe, seinen Dichtungen die mannigfachsten und nachhaltigsten Anregungen verdanke. —

Der Streit zwischen Gutzkow und Beck hätte füglich unterbleiben können. Es läßt sich nicht leugnen, daß Beck, freilich unwillkürlich, in dem Gange der Exposition seines „Saul“ sich einigermaßen an Gutzkow angeschlossen hat, indes leidet seine Rechtlichkeit nicht darunter, sondern nur seine Originalität. Gutzkow, statt sich darüber zu entrüsten, hätte sich vielmehr dadurch geschmeichelt fühlen sollen. Und Beck, statt die Originalität seiner Charaktere, die von niemand bezweifelt wurde,

⁶⁰ Zwei bekannte Tierbändiger aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

⁶¹ Karl Beck. Von Friedrich Oswald, Telegraph für Deutschland, 1839, November, Nr. 202, Dezember, Nr. 203.

⁶² Karl Beck: Saul. Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen. Die Buchausgabe des Stückes erschien 1841 in Leipzig. Der 1. Aufzug war bereits 1839 in Nr. 216 bis 219 der „Zeitung für die elegante Welt“ veröffentlicht worden. Becks „Saul“ löste die Kontroverse zwischen Gutzkow und Beck aus: Gutzkow, dessen Tragödie „König Saul“ 1839 erschienen war, warf Beck in einer Notiz im „Telegraph für Deutschland“, 1839, Nr. 190, die Nachahmung seines Werkes vor. Das veranlaßte wiederum Beck zu einer heftigen Erklärung in der „Zeitung für die elegante Welt“, 1839, Nr. 231.

hervorzuheben, hätte den einmal hingeworfenen Fehdehandschuh zwar aufnehmen müssen, wie er denn auch tat, aber auch den Akt umarbeiten sollen, was er hoffentlich getan haben wird.

Jetzt stellte sich Gutzkow den gesamten Leipziger Literaten feindlich gegenüber und verfolgt sie seitdem stark mit Feuilletonwitzen. Er sieht eine komplett organisierte Räuberbande darin, die ihn und die Literatur auf alle nur mögliche Weise verfolgt; aber er täte wahrlich besser, sie auf andere Weise anzugreifen, wenn er nicht vom Kriege ablassen will. Persönliche Verbindungen und deren Reaktionen auf das öffentliche Urteil sind unter den Leipziger Literaten unvermeidlich. Und Gutzkow möge sich selber fragen, ob er sich immer von dieser zuweilen leider unumgänglichen Sünde freigehalten hat; oder soll ich ihn an gewisse Frankfurter Bekanntschaften erinnern? Wenn das „Nordlicht“⁶³, die „Elegante“ und die „Eisenbahn“⁶⁴ zuweilen in ihren Urteilen übereinstimmen, ist denn das zu verwundern? Die Bezeichnung *Clique* paßt für diese Verhältnisse ganz und gar nicht.

So stehen die Sachen jetzt; Mundt hat sich zurückgezogen und kümmert sich um den Streit nicht mehr; Kühne ist auch des ewigen Kriegführens ziemlich überdrüssig geworden; Gutzkow wird gewiß auch bald einsehen, daß seine Polemik dem Publikum nachgerade langweilig werden muß. Sie werden allmählich anfangen, sich auf Romane und Dramen herauszufordern, sie werden merken, daß ein geharnischtes Feuilleton nicht das Kriterium für ein Journal ist, daß die Gebildeten der Nation nicht dem raschesten Polemiker, sondern dem besten Dichter den Preis zuerkennen; sie werden sich an eine ruhige Existenz nebeneinander gewöhnen und vielleicht — sich wieder achten lernen. Sie mögen sich Heines Benehmen vorhalten, der trotz des Streites aus seiner Achtung für Gutzkow kein Hehl macht. Sie mögen das Verhältnis ihres Wertes nicht nach ihrem subjektiven Ermessen, sondern nach dem Benehmen der Jüngeren bestimmen, denen über kurz oder lang die Literatur gehören wird. Sie mögen von den „Hallischen Jahrbüchern“⁶⁵ lernen, daß die Polemik nur gegen die Kinder der Vergangenheit, gegen die Schatten des Todes gerichtet werden darf. Sie mögen bedenken, daß sonst zwischen Hamburg und Leipzig literarische Kräfte sich erheben können, die ihr polemisches Feuerwerk in Schatten stellen. Die Hegelsche Schule in ihren jüngsten, freien Entfaltungen und der vorzugsweise s. g. jüngere Nachwuchs gehen einer Vereinigung ent-

⁶³ Eine von Rudolf Mettler in Leipzig herausgegebene Zeitschrift (1. Jahrgang 1839), die vollständig nicht mehr zu ermitteln ist.

⁶⁴ Die Eisenbahn. Zeitschrift zur Beförderung geistiger und geselliger Tendenzen. (Der Untertitel wechselt) Das Blatt erschien unter der Redaktion von F. Wiest, Carl Tropus u. Jul. Chowitz in Leipzig und ist nicht zu verwechseln mit dem in der Einleitung erwähnten bei Binder erschienenen gleichnamigen Organ.

⁶⁵ Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst. Hrsg. von Arnold Ruge und Theodor Echtermeyer. — Literarisch philosophische Zeitschrift der linken Hegelianer, erschien 1838–1841 in Halle. Von der preußischen Regierung verboten, erschien sie dann bis zu ihrer endgültigen Unterdrückung im Januar 1843 unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst“ in Leipzig.

gegen, die den bedeutendsten Einfluß auf die Entwicklung der Literatur haben wird. In Moritz Carrière⁶⁶ und Karl Grün ist diese Vereinigung schon vollbracht.

⁶⁶ Moritz Carrière (1817–1895), idealistischer Philosoph und Ästhetiker, Junghegelianer.

Die Anmerkungen wurden redigiert von Agnes Ziegengeist, wissenschaftliche Assistentin an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Mitarbeiterin von Dr. Bruno Kaiser bei der Herausgabe des Gesamtwerkes von Georg Herwegh.

August Bebel — Todfeind des Kapitalismus, Vorkämpfer einer marxistischen Arbeiterpolitik

— BzG — Vor 120 Jahren, am 22. Februar 1840, wurde August Bebel geboren. Bebel verkörperte — nach einem Wort Lenins — in seiner Entwicklung „eine ganze historische Periode aus dem Leben nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie“ und wurde in jahrzehntelangen politischen Kämpfen zum „einflußreichsten Führer der internationalen, dem Reformismus und dem Opportunismus feindlich gegenüberstehenden Sozialdemokratie“.¹

Mit dieser Charakterisierung wies Lenin auf einen der wesentlichsten Züge in der politischen Wirksamkeit August Bebels hin: auf seinen unablässigen Kampf gegen alle Schattierungen des Opportunismus. Dieser Kampf vollzog sich vor allem in jener Periode der Arbeiterbewegung, die durch die Herausbildung und das schnelle Wachstum sozialistischer Massenparteien gekennzeichnet war. In der Auseinandersetzung mit dem reaktionären Junkertum, mit dem bürgerlichen Liberalismus und mit dem lassalleanischen Reformismus eroberte sich Bebel Schritt für Schritt den Marxismus. Unterstützt durch Marx und Engels, erkannte er, daß die Arbeiterklasse ihre eigene selbständige Kampfpartei braucht, daß diese Partei aber nur dann zur Führerin im Kampf um Demokratie und Sozialismus werden kann, wenn sie die wissenschaftliche Theorie des Proletariats, den wissenschaftlichen Sozialismus, zur Richtschnur ihres Handelns macht. So wurde Bebel gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht zum Gründer und bedeutendsten Führer der 1869 in Eisenach gegründeten marxistischen Kampfpartei des deutschen Proletariats, der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“.

Ein Höhepunkt in Bebels Wirken ist der Kampf, den er an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse gegen die volksfeindliche Politik Bismarcks

¹ W. I. Lenin: August Bebel. In: W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 278/279.

führte. Im Kampf gegen Bismarck ging es um die Kernfrage der deutschen Nation: im Gegensatz zu der auf reaktionärem, dynastischem Wege erfolgten Einigung Deutschlands durch die Kraft der einheitlich handelnden Volksmassen und unter Führung der revolutionären Arbeiterklasse den gleicherweise nach außen expansionslüsternen wie nach innen terroristischen preußisch-deutschen Militarismus zu beseitigen, um dem deutschen Volk durch die Erkämpfung einer demokratischen Republik und die Sicherung aller demokratischen Freiheiten eine friedliche und demokratische Entwicklung zu sichern.

Bebel erwies sich als wahrer Volkstribun. Er entwickelte eine proletarisch-revolutionäre Parlamentstaktik, aber wie sehr er auch die Reichstagstribüne zur Anprangerung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden des Klassenfeindes ausnutzte, so war ihm die parlamentarische Tätigkeit doch niemals Selbstzweck. „... wir reden nicht Ihretwegen hier“, rief er den Junkern und Bourgeois im Reichstag zu, „denn an Ihnen ist Hopfen und Malz verloren, sondern wir reden wegen der Massen draußen, wegen der Millionen, die uns ... hierher geschickt haben.“² Aus der Erkenntnis heraus, daß Militarismus und Polizeiherrschaft nicht durch Proteste und Parlamentsreden gebändigt, sondern nur durch kraftvolle Massenaktionen einer kampfbereiten, einheitlich handelnden Arbeiterklasse beseitigt werden können, widmete sich Bebel stets mit voller Kraft dem außerparlamentarischen Kampf. Seine enge Verbundenheit mit den revolutionären Massen und seine Treue zum Marxismus ließen ihn zum geliebten Führer der deutschen Arbeiter, zum „Vorbild eines Arbeiterführers“³ werden. Sie befähigten ihn auch, beim Übergang zum Imperialismus in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit den Revisionisten, als es um die ideologischen Grundlagen der revolutionären Arbeiterbewegung, den Marxismus, und um den Klassencharakter der Bewegung ging, diesen unter Einsatz seiner ganzen Autorität entgegenzutreten und sie als Spalter der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse zu brandmarken.

Dieser Kampf Bebels gegen den Revisionismus, gegen die Klopffechter einer bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung ist gerade heute wieder äußerst aktuell, aktuell angesichts des wachsenden Widerstandes der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Politik ihrer Führung, die das reaktionäre Regime des Bonner Staates unterstützt und die in dem vom Godesberger Parteitag angenommenen „Grundsatzprogramm“ niedergelegt ist. Bebel wurde nicht müde, immer wieder, besonders auf den Parteitagen von Hannover (1899), Dresden (1903), Jena (1905) und Magdeburg (1910), das Streben der Revisionisten nach Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, ihre Unterstützung der volksfeindlichen Expansions- und Kolonialpolitik der deutschen Imperialisten mit aller Schärfe anzuprangern. „Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und

² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, I. Session 1903/1905, 5. Bd., Berlin 1905, S. 3483.

³ W. I. Lenin: August Bebel, ebenda, S. 283.

die Rechte gewinnt“⁴ — diese schon zur Zeit Bebels tausendfach bestätigte Erfahrung wiederholt sich heute wieder an der Sozialdemokratischen Partei. Der Kniefall der SPD-Führung vor dem Adenauer-Staat, dokumentiert durch das bürgerliche „Grundsatzprogramm“, hat die west-deutschen Militaristen zu noch brutaleren Forderungen an den SPD-Vorstand, bedingungslos auf die politische Linie der Adenauer — Strauß — Schröder einzuschwenken, veranlaßt. Bebel war es, der den Arbeitern erläuterte, daß die Reaktion — unfähig, der revolutionären Massen Herr zu werden — mit Hilfe des Revisionismus die Arbeiterbewegung von innen zersetzen und wehrlos machen will, daß der Revisionismus die Arbeiterklasse von ihrem Weg ablenkt, denn „Schaden stiftet er in der Partei . . . Er zersplittert unsre Kräfte, er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit . . ., wo doch das Gegenteil eintreten sollte.“⁵

Es ist bekannt, daß Bebel in seinem Kampf gegen den Revisionismus nicht bis zur notwendigen Konsequenz, dem Ausschluß der Revisionisten aus der Partei, ging. Da er die mit dem Imperialismus entstandenen neuen Kampfbedingungen nicht voll erkannte, traten gewisse zentristische Fehler bei ihm auf. Dennoch bleibt die gewaltige historische Leistung des Vorkämpfers der deutschen Arbeiterbewegung unumstritten. Er blieb bis zu seinem Tode der treue Sohn seiner Klasse, der Schüler von Marx und Engels, der große proletarische Revolutionär und unbeugsame Feind des Militarismus und Imperialismus, der seine Kräfte selbstlos in den Dienst des Sozialismus stellte. Vor allem wurde Bebel bis in seine letzten Tage nicht müde, den *proletarischen Klassencharakter* der Sozialdemokratischen Partei und ihre *grundsätzliche* Gegnerschaft zum bürgerlichen Klassenstaat zu betonen. Unlöslich verwurzelt im Denken und Fühlen der Massen, erklärte er gegenüber den Revisionisten aller Schattierungen: „Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre Partei*, insofern als wir bestrebt sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund aus anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. . . . Vor allem müssen wir daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann*. . . .“⁶ Dieser Kampf Bebels für die marxistische Einheit und ideologische Reinheit der revolutionären Arbeiterpartei war eine grundlegende Voraussetzung, damit die Arbeiterklasse befähigt war, Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und damit dem deutschen Volk eine friedliche und glückliche Zukunft zu eröffnen.

⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 252.

⁵ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 320.

⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 122.

Die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung, an ihrer Spitze die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die KPD, haben das revolutionäre Erbe August Bebels fortgesetzt und erfüllen es heute im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus. Die rechten sozialdemokratischen Führer versuchen dagegen, das Andenken an Bebel für ihre Zwecke, für ihre völlige Kapitulation vor dem westdeutschen Monopolkapital, zu mißbrauchen, indem sie das historische Bild des großen deutschen Arbeiterführers entstellen und den Arbeitern Bebels leidenschaftlichen Kampf gegen die Todfeinde der Nation und gegen die Revisionisten in den eigenen Reihen verheimlichen.⁷ Das System, gegen das Bebel zeitlebens kämpfte, der junkerlich-imperialistische Obrigkeitsstaat, existiert seinem Klassencharakter nach in grundsätzlich unveränderter, ja, in noch verschärfter Form auch heute in Westdeutschland, und auch die Ideologen der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung, die Revisionisten, treten heute wie vor fünfzig Jahren mit — ihrem Wesen nach — gleichartigen „Argumenten“ auf. Die sozialdemokratischen Arbeiter Westdeutschlands, die heute eine wirkliche Arbeiterpolitik im Kampf gegen das Bonner Regime fordern, die das kapitulantenhafte „Grundsatzprogramm“ ihrer Parteiführung ablehnen, finden daher in August Bebel einen ihrer besten Bundesgenossen und handeln in seinem Geist, wenn sie immer energischer wirksame Massenaktionen gegen die beschleunigte Militarisierung und Atomaufrüstung Westdeutschlands verlangen, wenn sie die Verständigung und brüderliche Zusammenarbeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse im Kampf für eine friedliche, demokratische Zukunft der deutschen Nation fordern.

Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus Reden und Schriften August Bebels, die ihn uns als unversöhnlichen Feind des Imperialismus und Militarismus, als Vorkämpfer einer revolutionären Klassenpolitik des Proletariats, als erbitterten Gegner der Reformisten und Revisionisten von gestern und heute zeigen.

... seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris... und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!“ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislaturperiode, I. Session 1871, 2. Bd., Berlin 1871, S. 921.

⁷ Vgl. hierzu Horst Bartel/Wilhelm Wehling: Ein „neuer“ Versuch, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu verfälschen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 199–214, bes. S. 204–205. — Vgl. ferner Fritz Zimmermann: Bebels Lebenserinnerungen in den Händen der Reformisten. In: ebenda, 1959, Heft 3, S. 637–643. — Dieter Fricke: Eine „zeitentsprechende“ Fälschung der Lebenserinnerungen August Bebels. In: Einheit, 1959, Heft 4, S. 571–575.

Wir sind prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Wir sind aus diesem Grunde Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, das heißt, eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände in Staat und Gesellschaft den Massen in einer Weise klarzumachen suchen, daß sie zum Bewußtsein kommen, daß das unnatürliche, ungerechte, sie schwer belastende Zustände sind, an deren Stelle notwendigerweise andere, naturgemäßere, gerechtere zu treten hätten.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1903 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 288.

Die Sozialdemokratie hat bisher niemals Rechtsinstitutionen auf ihre Rechtsbeständigkeit geprüft, um davon die Anerkennung oder Nichtanerkennung abhängig zu machen, sie weiß zu genau, daß alles Recht nur eine Frage der Macht ist. Statt mit der Untersuchung *subtiler* Rechtsfragen die Zeit totzuschlagen, ist sie bemüht, jedes ihr zur Verfügung stehende Kampfmittel, das Erfolg verspricht, zu benutzen, um sich die Macht zu erobern und alsdann das Recht in ihrem Sinne zu gestalten.

August Bebel: Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht, Berlin 1895, S. 13.

Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung Staat und Gesellschaft umzumodeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hilfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. Schließlich hat allerdings die letzte Stunde des Staats geschlagen, weil es in der neuen Gesellschaft keine Klassengegensätze mehr gibt und der Staat als eine herrschende und beherrschende Gewalt seine Existenzberechtigung verloren hat. Aber bis die Dinge so kommen — wann, weiß ich nicht, es kann lange dauern —, müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten. Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der unerhörtesten Art, wenn eine so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Wir können den Gegnern nur sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das gibt's nicht.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 301.

Der Militarismus lastet wie ein Alp auf ganz Europa. Er ist eine politische und soziale Macht geworden, vor der alle Kulturinteressen zurücktreten. Als ein Riesenpolyp durchwuchert er das Volksleben und nimmt die besten Kräfte und Säfte der Nation für sich in Anspruch. Und seine Ansprüche werden immer größer, ohne daß er die Sicherheit, die er bieten soll, wirklich bietet. Im Gegenteil, die Kriegsgefahr wächst mit der Größe der Heere und der Furchtbarkeit ihrer Ausrüstung. Findet ein Zusammenstoß dieser Riesen-

heere statt, so erfolgt eine Katastrophe, die alles weit hinter sich läßt, was Europa bisher erlebte. Überdies haben die arbeitenden Klassen die Opfer dieses Zustandes, die er dauernd erfordert, in erster Linie zu tragen. Sie stellen die große Mehrzahl der Soldaten, und sie haben, durch die Zölle und die indirekten Steuern auf fast alle Lebensbedürfnisse, auch hauptsächlich die materiellen Lasten zu tragen. ...

Die Sozialdemokratie hat von jeher gegen dieses auf der Klassenherrschaft und der Klassenausbeutung beruhende System protestiert, indem sie die Mittel zu seiner Erhaltung verweigerte. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Politik jedes Staates auf die Verständigung und Versöhnung der Völker gerichtet sein muß, daß der Wettstreit zwischen den verschiedenen Nationen nicht darin bestehen darf, wer die besten Mordwerkzeuge und die größten Armeen besitzt, sondern wer für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit das Größte und Meiste leistet. Die Politik jedes Staates soll dahin trachten, daß Streitigkeiten, die zwischen den einzelnen Nationen ausbrechen, in ähnlicher Weise geschlichtet werden, wie das in jedem gesitteten Lande mit den Streitigkeiten zwischen seinen einzelnen Bewohnern geschieht ...

August Bebel: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871–1893, Berlin 1909, S. 443/444.

Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei gibt es weniger Terrorismus durch die Führer als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht, wie er will. Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden. ... Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Heine⁸. Nein, Einigkeit — und — Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! Ohne Einheit der Grundsätze und Überzeugungen, ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf, keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt!

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 228–229.

Videant consules! Die Konsuln sollen darauf sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleidet, lautete ein in Rom geltender Satz. Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die *Parteiführer* der Partei keinen Schaden tun. Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 253.

Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts

⁸ Wolfgang Heine (1861–1944), sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, extremer Revisionist, später Sozialchauvinist.

zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schwupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinreißen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. Ja, auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt, der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht. Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. Es tut mir sehr leid, daß ich diese ruhmredigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war und noch ist wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Bildes von Sais entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin. Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Rufe stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Rüstzeug mitzubringen, das sie befähigt, in hervorragender Weise für unsere Partei tätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der andern Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdamnte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Massen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 224—225.

Es ist keiner in der Partei, der in so kurzer Zeit von seinem radikalen zu einem so opportunistischen Standpunkt gelangte wie er⁹, und man muß billigerweise fragen, wie erklärt es sich, daß bei einem mit großer Intelligenz und Bildung ausgestatteten Manne eine solche Änderung in seinen Anschauungen und seiner Stellung eintritt? Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich will aber nicht anstehen, offen zu sagen, daß, als jene Reden bekannt wurden, eine ganze Reihe persönlicher Freunde meinten, es sei nicht denkbar, daß Vollmar das gesagt habe, was man ihn sagen ließ. Man fragte sich: was bezweckt er, was will er? Will er nur von sich reden machen oder was bedeutet es? Da habe ich geantwortet: ich bin überzeugt, das ist seine wirkliche Meinung, und sie erklärt sich einfach aus den total veränderten

⁹ Gemeint ist Georg von Vollmar (1850—1922), ehemaliger Offizier, 1879—1880 Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat“, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, trat bereits 1890 als Reformist gegen die revolutionäre Parteitaktik auf und propagierte ein opportunistisches Paktieren mit der Bourgeoisie.

persönlichen Verhältnissen und aus der Stellung, in die er in den letzten Jahren gekommen ist. — Die alte Mythologie erzählt von einem Riesen Antäus, welcher zeitweilig, um neue Kräfte zu sammeln, zur Mutter Erde zurückkehrte, um aus deren Berührung neue Kräfte zu sammeln. Das gilt bildlich auch von den sozialdemokratischen Führern und Agitatoren. In dem Augenblick, da ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege gerät und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert. — Vollmar ist seit Jahren mehr oder weniger isoliert, schon infolge seines körperlichen Zustandes, mehr noch infolge seiner persönlichen, sozial angenehmen Verhältnisse. Wie nun nach unserer materialistischen Auffassung bei ganzen Klassen die Existenzbedingungen ihren Gedankengang beherrschen, so gilt dasselbe sehr häufig auch von den Individuen unter uns selbst. Es geschieht nur zu oft, wenn man selbst in einer Position ist, die man als satte bezeichnen kann, daß man der Versuchung erliegt, die eigenen Gefühle auch der hungrigen Masse zu unterstellen und zu denken: es presiert, es eilt nicht mit der Umgestaltung, seien wir vorsichtig und sorgen wir, daß wir wenigstens allmählich, peu à peu zum Ziele kommen. Wir haben ja Zeit. ... Aber, mag man über das Tempo verschiedener Meinung sein, eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir *mit allem Nachdruck* den *Klassenkampf* zu führen und die Zustände unter das Seziermesser einer scharfen Kritik zu nehmen. Bei allen noch so unbedeutenden Fragen müssen wir nachdrücklich betonen, daß irgendwelche positiven Vorteile aus unserer Agitation keinen anderen Zweck haben können, als die Partei *kampffähiger* zu machen, um das große, ganze Ziel *rascher* und *ausgiebiger* zu erreichen. Also: die Natur unseres Kampfes als *Klassenkampf* muß *überall* und *mit aller Schärfe* hervorgehoben und dabei immer wieder betont werden: das, was die Gegner uns geben, geben sie nicht freiwillig, sondern es wird ihnen *abgetrotzt*. Wir dürfen uns weder über den Charakter unserer Gegner, noch über den der Bewegung täuschen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 271–273.

Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. *Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt.*

... Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingehe mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir *grundsätzlich* gegnerischen Partei trete, dann muß ich notwendigerweise meine Taktik, d. h. meine Kampfweise, darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. Ich darf also nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 252.

Bernstein sagt dann in seiner Schrift: Die Anwendung des Wortes „bürgerlich“ sei ein Atavismus oder jedenfalls eine sprachliche Zweideutigkeit. Die Sozialdemokratie wolle nicht an Stelle der bürgerlichen eine proletarische Gesellschaftsordnung setzen, sondern an Stelle der kapitalistischen eine sozialistische. Aber, Genossen, sprechen wir nicht ganz allgemein von unseren Gegnern als von „bürgerlichen Parteien“? Und das ist so in der Ordnung, daß unsere Gegner diese Ausdrucksweise akzeptiert haben. Wir sprechen ja auch nicht von den Befreiungskämpfen des Volkes, sondern des Bürgertums, obgleich die Arbeiter die Hauptschlachten des Bürgertums geschlagen haben. Das Jahr 1848/49 war keine Revolutionsperiode des Proletariats, sondern des Bürgertums, es handelte sich um die Befreiung von all den Fesseln, die der bürgerlichen Freiheit im Wege standen. Wir drücken mit dem Worte „bürgerlich“ zugleich das aus, was uns von den anderen Parteien trennt. Wie immer die einzelnen Glieder dieser bürgerlichen Parteien uns gegenüberstehen, und seien sie noch so liberal oder ethisch ideal, das steht felsenfest, kein Anhänger einer bürgerlichen Partei will die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen lassen, und das ist das Entscheidende. Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre Partei*, insofern als wir bestrebt sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund aus anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrechterhalten. Vor allem müssen wir daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann*, und warum das so ist, steht deutlich im Programm, wo es weiter heißt: *weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben*. Ich denke, das ist deutlich.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 122.

In der Agitation muß mit besonderem Nachdruck der Klassencharakter des heutigen Staats betont werden, das wird viel zu sehr vernachlässigt. Ist aber die Regierung nichts als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klasse, dann dürfen wir ihr unter keinen Umständen das Budget bewilligen und ihr, soweit es von uns abhängt, das Leben auch nur um einen Tag verlängern.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober 1894, Berlin 1894, S. 118.

Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur dazu da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896, Berlin 1896, S. 136.

Wenn wir so agitieren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir notwendigerweise eine *Opportunitätspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden*. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei dasselbe, als

wenn man einem lebenden Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zugemutet würde, dasselbe zu leisten wie vorher. Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrochen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfweise und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben wird.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 277.

Vollmar hat es nun mir besonders übelgenommen, daß ich gesagt habe, seine Taktik würde zur Versumpfung der Partei führen. ... Ich halte also den Ausdruck „Versumpfung“ voll und ganz aufrecht. Er ist *objektiv* vollkommen richtig. Es wäre nicht nur die Versumpfung, sondern die vollständige Korruption und schließlich die Zugrunderichtung der Partei. Aber ich habe keine Sorge, denn ich weiß ganz genau, wenn sich ein Parteitag fände, der eine solche Taktik guthieße: sobald die Delegierten heimkehren, hätten sie auch die Rebellion im Hause, und ich wäre der erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte. Ich habe ein viel zu großes Vertrauen an die gesunde Vernunft und an den revolutionären Instinkt der Massen, um nicht zu wissen, die Vollmarsche Taktik ist unmöglich.

Ebenda, S. 280—281.

Unser Ziel erringen wir nicht durch kleine Konzessionen, durch Kriechen am Boden, indem wir zu den Massen heruntersteigen, sondern indem wir die Massen zu uns emporheben, indem wir sie begeistern für unsere großen Ziele. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, bleibt uns der Sieg sicher, nicht aber, wenn wir glauben, wir müßten nach allen Richtungen Rechnungsträger reißen. Gewiß, kein Mensch kann mit dem Kopf durch die Wand. Auch im Reichstage tun wir alles, was wir nur tun können, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wir tun es nur nicht in dem Glauben, daß es in besonderem Maße geschehen wird. Wir tun es, um die Arbeiterklasse kampffähiger, leistungsfähiger für den Kampf um unser großes Ziel zu machen. Das erreichen wir aber nicht dadurch, daß wir durch Vertrauensvoten für die herrschenden Gewalten den Glauben der Massen an unsere eigenen Prinzipien erschüttern.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 296—297.

... das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen¹⁰; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den Tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen

¹⁰ Bebel spielt hier auf den am 22. Juni 1899 erfolgten Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau an. Dieses Ereignis rief in der internationalen Arbeiterbewegung eine heftige Diskussion über den sogenannten Ministerialismus oder Millerandismus, d. h. über die Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen hervor, die von den konsequenten Marxisten mit Recht als Klassenverrat gebrandmarkt wurde.

könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas anderem machen könnte, als sie jetzt ist. Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!“ Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: wir haben ja Vollmar, der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik auf die Millerands hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 315–316.

Der Revisionismus zeichnet sich vor allem auch durch seine große Bescheidenheit aus. Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. ... Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter siegen wir“; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir.“ Marx sagt in seinem „Kapital“: „Kann man keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann man doch ihre Dauer abkürzen.“ O, es gibt keinen größeren Realpolitiker als den in unseren eigenen Reihen viel verkannten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsre ganze Tätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, um die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen imstande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele sie benutzen zu können? Da antworte ich: Ach, zerbrecht Euch doch nicht die Köpfe der andren! Was wißt Ihr denn davon, was wir für Intelligenz auf unsrer Seite haben, wenn wir die Massen auf unsrer Seite haben? ... Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Massen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! Noch in jeder großen Volksbewegung haben sich zur rechten Stunde auch die rechten Männer gefunden. Und wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre rechten Männer und auch ihre Frauen zeugte, so ist es die der Sozialdemokratie. Wenn wir morgen durch irgendeinen Umstand unsre Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinsetzen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten. Ach, diese kleinlichen Gesichtspunkte, diese Engherzigkeit, diese Schüchternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromisseln! Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unsrer Revisionisten, alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung, und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann“ ist, dann ist er schon keiner mehr. Läßt jemand sich den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. Die Vertuschung, die Überbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten

nennen, in der Partei haben. Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst horchen: „Wie steht's da, wie steht's hier?“, die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren, ja, ich sage, ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten. Wenn aber hier noch ein Zweifel wäre in dieser Frage, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Äußerungen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. Ich frage aber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in jeder Weise gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung“ ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Naumannschen „Hilfe“ sagen können. So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unsrer Partei einmal Erfolg haben wird? Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. Er zersplittert unsre Kräfte, er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte.

Ebenda, S. 318–320.

Nun mag man über Marx und Engels denken wie man will, aber das eine steht fest: Das Darwin für die Naturgeschichte, was Darwin feststellte in bezug auf die Gesetze, die die Entwicklung der Lebewesen beherrschen, das hat Marx für die menschliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen geschaffen. Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung sind von ihm entdeckt worden. Das schließt aber aus, daß er von der Ansicht ausgehen konnte, es sei möglich, durch willkürliche Revolution irgendeine gesellschaftliche Entwicklungsphase überspringen zu können. Ich werde Ihnen das noch später mit Marx' eigenen Worten beweisen aus der Vorrede zum ersten Band des „Kapital“, also aus einer Stelle, die auch jeder oberflächliche Leser des „Kapital“ kennen sollte.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 96–97.

Wir müssen nur viel energischer agitieren und organisieren wie bisher. Vor allem ist auch die Aufklärungsarbeit an uns selbst notwendig. Die ist bisher verhältnismäßig vernachlässigt worden. Ich freue mich über den Bildungs- und Aufklärungsdrang, der überall in den Massen hervortritt, über den Hunger nach Wissen, nach Erkenntnis, nach höherer Bildung. Der muß von uns nach Kräften unterstützt werden. Alle Mittel müssen angewandt werden, um ihn zu fördern. Wir haben demnächst das sechzigjährige Jubi-

läum des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes, jener wunderbaren Schrift, die ein Evangelium für den Sozialismus bedeutet und die nicht einmal, nein, zehnmal zum gründlichen Verständnis gelesen werden muß.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, Berlin 1907, S. 315.

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt, „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre“. Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wage. Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! Was hätte denn Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „gesetzlich“ aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen. Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 305.

Man hat nicht nötig, uns zu empfehlen, wir sollten nur „ethische“ Mittel anwenden.¹¹ Parteigenossen, ich sage Euch, an dem Tage, an dem wir in die Lage kommen sollten, die große Expropriation in Deutschland vorzunehmen — es wird ja leider noch ein Weilchen dauern —, denn wie auf dem Wege der Genossenschaft die Krupp, die Stumm, die Laurahütte usw., der große Grundbesitz, die großen Banken etc. in den Besitz der Gesellschaft kommen sollen, das weiß ich nicht — und ich hätte das Glück, dabeizusein, dann will ich Euch die schönste Rede halten und beweisen, wie wir aus „ethischen“ Gründen, aus Gründen des Gemeinwohls, verpflichtet sind, zur Expropriation zu schreiten. Also es bleibt bei der Expropriation. Die geben wir nicht auf.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 121.

Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, Seite 313.

¹¹ Die Revisionisten forderten, um ihre prinzipienlose Paktierpolitik mit den herrschenden Klassen durchzusetzen, im Kampf gegen die Bourgeoisie nur „ethische“ Mittel anzuwenden, und diffamierten den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse um die Macht als „unethisch“.

Briefe August Bebels aus den Jahren 1886/1887

Wir veröffentlichen nachstehend anlässlich der 120. Wiederkehr des Geburtstages August Bebels am 22. Februar 1960 einige Briefe, die er in den Jahren 1886 und 1887 an seine Frau Julie richtete. Die Briefe, Teil einer größeren Sammlung, stammen aus dem Nachlaß der einzigen Tochter August und Julie Bebels, Frida Simon, geb. Bebel. Die Originale der Briefe befinden sich im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin. Die Veröffentlichung einer größeren Auswahl aus diesem Briefwechsel wird gegenwärtig vorbereitet. Für Mithilfe, besonders bei der Entzifferung der Briefe, bin ich Herrn Lothar Groll, Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, zu Dank verpflichtet.

Die im folgenden abgedruckten Briefe führen uns zurück in das Jahr 1886, als die deutsche Arbeiterbewegung bereits auf acht Jahre heroischen Kampfes gegen Bismarcks Sozialistengesetz zurückblicken konnte. Hatte die mit Erlaß des Ausnahmegesetzes 1878 einsetzende „Politik der Peitsche“ sich als erfolglos gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse erwiesen, so hatten die herrschenden Klassen mit ihrer in der zweiten Phase des Sozialistengesetzes ab 1881 praktizierten „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ ebenfalls ein völliges Fiasko erlitten. Die von marxistischem Geist erfüllten Beschlüsse des Kopenhagener Parteitages 1883 hatten bewiesen, daß die deutsche Arbeiterbewegung sich weder durch Sozialreformen von Kaisers Gnaden noch durch andere Zugeständnisse korrumpieren und einschläfern ließ. Mit dem gewaltigen Wahlerfolg von 1884 hatten über 500 000 Wähler der verfolgten Arbeiterpartei und ihrer Politik des kompromißlosen Kampfes ihr unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen. Und — wichtiger als alle parlamentarischen Erfolge —: die Massenaktionen, die die Partei trotz ihrer Illegalität auslöste und leitete, hatten gezeigt, daß die ungebrochene Kampfkraft der klassenbewußten deutschen Arbeiter mit allen Knebelungsversuchen der vereinigten Regierungsparteien fertig wurde, ja, daß die geächtete und terrorisierte Sozialdemokratie immer größere Massen um das Banner des Sozialismus scharte.

Angesichts ihres völligen Mißerfolges mit der „milden Praxis“ änderten die herrschenden Klassen 1886 noch einmal ihre Unterdrückungstaktik. Repressivmaßnahmen verschiedenster Art sollten die drohende Niederlage des herrschenden Regierungssystems hinausschieben.

Am 11. April 1886 hatte der Streikerlaß des berüchtigten Innenministers von Puttkamer die neue Terrorwelle eingeleitet. Sollte mit dem Streikerlaß die wieder erstarkende gewerkschaftliche Bewegung erdrosselt werden, so fehlte es auch nicht an neuen Terrormaßnahmen gegen die politischen Organisationen der Arbeiter. Im Mai wurde in Berlin die Genehmigung öffentlicher Versammlungen völlig der Willkür der Polizei überlassen; wenig später wurden in Berlin und Altona der öffentliche Vertrieb von Druckschriften aller Art verboten und zur gleichen Zeit mehrere Vereine der Berliner Arbeiter polizeilich geschlossen, über Spremberg wurde der kleine Belagerungszustand verhängt — kurzum: der verschärfte Terror gegen die sozialistische Arbeiterbewegung war — wie stets in der Geschichte — mit einer brutalen Einschränkung der ohnehin äußerst kümmerlichen demokratischen Grundrechte aller Werktätigen verbunden.

Einen Höhepunkt erreichten diese Unterdrückungsmaßnahmen mit der Verurteilung August Bebels und anderer Arbeiterführer durch die 1. Strafkammer des Kgl.-Sächs. Landgerichts zu Freiberg. Wie kam es zu diesem Prozeß und zu dem politischen Gesinnungsurteil gegen eine Reihe sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, also führende Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie?

Bei ihrer Rückkehr vom Kopenhagener Parteitag 1883 waren einige der Delegierten, darunter auch Bebel, bei der Ankunft in Deutschland polizeilich festgestellt worden. Das Ersuchen der Regierung, daraufhin gegen Bebel und andere ein Hochverratsverfahren einzuleiten, war vom Reichsgericht mangels Beweisen abgelehnt worden. Aus den gleichen Motiven lehnte das Leipziger Landgericht ab, auf Grund des Paragraphen 129 (Verbot ungesetzlicher Verbindungen) gegen Bebel Anklage zu erheben. In Chemnitz fanden sich dann Richter, die es zu einer Verhandlung kommen ließen, doch mußten auch sie die Angeklagten mangels Beweisen freisprechen. Da griff — inzwischen hatte die Regierung die Unterdrückung der Sozialdemokratie mit allen Mitteln verschärft — erneut das Reichsgericht ein. Es hob das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Freiburger Landgericht. Und hier in Freiberg fanden die herrschenden Klassen endlich die willfähigen Richter, die mit einer Skrupellosigkeit ohnegleichen selbst das bürgerliche Klassenrecht beugten und allein auf Grund von Mutmaßungen und Annahmen ihren Schandspruch fällten.

Außerstande, den angeklagten Arbeiterführern irgendwelche im Sinne des Gesetzes staatsfeindliche Handlungen nachweisen zu können, konstruierte das Gericht auf Grund der systematischen Verbreitung des illegalen Züricher „Sozialdemokrat“ und der Mitarbeit der „Angeklagten“ an der Zeitung ihre Teilnahme an einer gesetzeswidrigen „Verbindung“. Mit diesem Roßtäuschertrick „begründeten“ die Freiburger Richter ihren Schuldspruch und verurteilten am 4. August 1886 Bebel, Auer, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar zu je neun, Dietz, Heinzel und Müller zu je sechs Monaten Gefängnis.

Ein Schrei der Empörung ging durch die deutsche Arbeiterklasse, aber auch die noch demokratisch gesinnten Teile des Bürgertums. „Das ist kein objektiver Rechtsspruch, das ist *die nackteste Klassen- und Parteijustiz*“, schrieb der „Sozialdemokrat“ in seinem ersten Kommentar und kennzeichnete damit den Charakter derartiger reaktionärer Gesinnungsurteile bis in unsere unmittelbare Gegenwart. „Man beachte: um überhaupt eine Verurteilung möglich zu machen, dazu bedurfte es erst einer *neuen Auslegung* des betreffenden Paragraphen durch das *Reichsgericht*. Wessen die Angeklagten beschuldigt worden, das war aber *vor* dieser Auslegung geschehen. . . . Nicht als Richter, als *Büttel*, als *Schergen der Gewalt* haben sie gehandelt.“¹

Das Freiburger Urteil war bei weitem nicht das erste Schandurteil gegen die deutsche Arbeiterbewegung, und noch Tausende und Zehntausende weit infamerer Verbrechen der bürgerlichen Klassenjustiz gegen das revolutionäre Proletariat und seine Vorkämpfer sollten ihm folgen. Die unendliche Kette derartiger Gesinnungsprozesse – angefangen vom Kölner Kommunistenprozeß bis zu den heute von Nazirichtern in Westdeutschland gefällten Schandsprüchen gegen Friedenskämpfer und Kommunisten – hat die Funktion der bürgerlichen Justiz als eines der wichtigsten Unterdrückungsinstrumente der bourgeoisien Klassenherrschaft immer wieder bestätigt. Mutet es da nicht wie blutiger Hohn an, wenn die rechten SPD-Führer heute in ihrem „Grundsatzprogramm“ ausgerechnet vom Bonner Staat die „äußere und innere Unabhängigkeit“ der Richter fordern, wenn sie – die jahrzehntelangen Erfahrungen der Arbeiterbewegung blind ignorierend – von der militaristisch-klerikalen Diktatur der westdeutschen Imperialisten erwarten: „Die Gesetze müssen sich zeitgerecht der gesellschaftlichen Entwicklung angleichen, um die Rechtsidee zu verwirklichen und mit dem Rechtsbewußtsein nicht in Widerspruch zu geraten!“ Und das zu einem Zeitpunkt, da die Bonner Machthaber nach dem widerrechtlichen Verbot der KPD in zunehmendem Maße auch sozialdemokratische Arbeiter vor die Schranken ihrer Klassengerichte zerren und mit Hilfe imperialistischer Geheimdienste und flagranter Rechtsbrüche selbst des Bonner Grundgesetzes verfolgen!

1886 hofften die herrschenden Klassen, die marxistische deutsche Arbeiterpartei in die Knie zwingen und dann ihre volksfeindliche Politik ungehindert durchführen zu können, indem sie die Führer der deutschen Sozialdemokratie einkerkerten. Aber längst waren Tausende im Kampf erprobter Arbeiterführer herangewachsen, die in die Bresche sprangen und auch diesen Gewaltstreich der Reaktion vereitelten. Mit revolutionärem Stolz konnte der „Sozialdemokrat“ schon am 11. August feststellen: „... das Freiburger Urteil hat eine wahrhaft faszinierende Wirkung auf die Genossen gehabt – man konnte die *Personen* schädigen, die *Sache* hat man aber nur *gestärkt*. Der Sozialdemokratie kommt ihr auf diese Weise nicht bei!“² Zwar wurde die von den Verurteilten

¹ Der Sozialdemokrat vom 4. August 1886.

² Der Sozialdemokrat vom 11. August 1886.

eingelegte Revision vom Reichsgericht — wie vorauszusehen war — verworfen, zwar überstürzte sich die sonst so schwerfällige Justizbürokratie vor Eile, Bebel und seine Genossen noch vor Beginn der nächsten Reichstagssession hinter Kerkermauern zu bringen, zwar folgten dem Freiburger Rechtsbruch eine Fülle ähnlich gearteter skandalöser „Geheimbundprozesse“ gegen revolutionäre Arbeiter, jedoch der Siegeslauf der marxistischen Arbeiterbewegung war damit nicht aufzuhalten.

Aber auch die meisten der eingekerkerten Genossen selbst, allen voran August Bebel, beantworteten den Schurkenstreich mit noch größerer Hingabe an die Sache des Sozialismus. Dafür legen die Briefe Bebels an seine in Dresden lebende Frau Julie, von denen wir hier nur einige besonders charakteristische ausgewählt haben, beredt Zeugnis ab. Sie sind ein Dokument der Standhaftigkeit und revolutionären Siegeszuversicht, der Klassenverbundenheit und politischen Weitsicht, der hervorragenden Führereigenschaften und hohen Moral des Vorkämpfers der deutschen Arbeiterklasse. Sie zeigen uns August Bebel als treuen Schüler von Marx und Engels. Sie lassen uns auch einen Blick tun in das Denken und Fühlen dieses überragenden Arbeiterführers und vervollständigen dadurch das Bild von der Persönlichkeit Bebels. Wir verstehen die Schwere der von ihm im Interesse der Arbeiterklasse immer wieder gebrachten Opfer, wir erkennen die für August Bebel charakteristische Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit, und wir sind beim Lesen seiner Briefe stolz darauf, mit welcher Selbstverständlichkeit dieser große Tribun des deutschen Volkes auch hinter Kerkermauern ungebeugt den Kampf gegen den kriegswütigen Militarismus und Chauvinismus der vereinigten Junker und Großbourgeois fortsetzte. Wir spüren aber auch etwas von der hohen sozialistischen Moral, die ihm die Kraft gab, trotz der Schwere des persönlichen Schicksals seinen Angehörigen Trost und Beistand zu geben, seinen Kampfgefährten Mut und Optimismus zu vermitteln, sich in das Unvermeidliche auch mit Humor zu fügen, den Gegner aber nicht nur mit Ironie abzutun, sondern ihn mit dem durch die Leiden der Unterdrückten und Ausgebeuteten geheiligten Haß des proletarischen Klassenkämpfers zu verfolgen. Sein tiefes Wissen um die historische Befreiungsmisson der Arbeiterklasse ließ Bebel, obwohl von der Klassenjustiz in Fesseln geschlagen, aus dem Gefängnis die stolzen Worte schreiben: „Der Tag kommt doch, wo wir als Sieger in der Bresche stehen!“³

Es war für den revolutionären Arbeiterführer Bebel eine Selbstverständlichkeit, daß er auch aus dem Gefängnis heraus für die Sache des Sozialismus arbeitete und — soweit es in seinen Kräften stand — die Genossen „draußen“ in ihrem schweren Kampf beriet und anleitete. Seine Briefe aus der Landesgefängnisanstalt Zwickau — er konnte zunächst beliebig oft, dann wöchentlich einmal an seine Frau schreiben — enthalten eine Fülle politischer, taktischer, personeller, ja, selbst

³ Brief von August Bebel an Julie Bebel vom 17. Januar 1887. Vgl. S. 148 des vorliegenden Heftes.

organisatorischer Einschätzungen, Hinweise und Ratschläge. Suchte Bebel mit seinen Briefen durch die Vermittlung seiner Frau auch auf zahlreiche führende Genossen einzuwirken, so galten seine Anregungen und Direktiven doch in erster Linie Paul Singer, der damals — soeben aus Berlin ausgewiesen — die Vertretung des eingekerkerten Freundes in der Parteiführung übernommen hatte und sich in dieser Zeit zu einem der bedeutendsten Führer der deutschen Arbeiterbewegung entwickelte. Um die Verbindung so eng wie möglich zu gestalten und die Hilfsdienste Julie Bebels bei der Parteikorrespondenz voll ausnutzen zu können, schlug Singer sogar für einige Monate, ab 15. Januar 1887, sein Quartier in Bebels Arbeitszimmer auf.

Es ist an dieser Stelle selbstverständlich nicht möglich, auf den Gedankenreichtum und die Bedeutung der von Bebel in seinen Briefen gegebenen politischen Einschätzungen einzugehen. Nur auf eine Frage sei kurz hingewiesen: Bekanntlich gelang es der verfolgten Arbeiterpartei trotz des chauvinistischen und stellenweise schon pogromartigen Hetzfeldzuges der „Ordnungsparteien“, bei den Reichstagswahlen am 21. Februar 1887 über eine dreiviertel Million Stimmen auf sich zu vereinen. Als einzige Partei war sie den Wahllügen der herrschenden Klassen als prinzipieller Gegner des Militarismus und Chauvinismus entgegengetreten und hatte, getreu dem Prinzip des proletarischen Internationalismus, die schändliche Völkerverhetzung der preußischen Junker mit aller Energie bekämpft. Aber so groß der Wahlerfolg auch war — die Partei hatte 213 028 Stimmen gegenüber 1884 gewonnen —, die Zahl der Reichstagsmandate hatte sich infolge des völlig undemokratischen Wahlsystems von 25 auf 11 verringert. Für die Reformisten in der Parteiführung war das ein Grund zum Jammern, sahen sie sich doch dadurch der Möglichkeit zu „positiver“ parlamentarischer Arbeit, d. h. zum Kuhhandeln mit den bürgerlichen Parteien beraubt. Bebel aber, der erbittertste Gegner des Rechtsopportunismus in der Reichstagsfraktion, erkannte ganz klar, daß allein der Stimmenzuwachs, besonders in den Industriestädten, entscheidend war, daß die zahlenmäßige Schwächung der Fraktion um einige nicht wiedergewählte Reformisten vom Schlage eines Geiser nur als politischer Gewinn für die Gesamtpartei zu betrachten sei. Damit erwies er sich — in seiner Einschätzung völlig mit Engels und Singer übereinstimmend — ein weiteres Mal als wahrhaft revolutionärer Arbeiterführer, der zwar das Parlament als *einen* Kampfplatz für die Interessen des Proletariats meisterhaft auszunutzen verstand, der aber stets den *entscheidenden* Kampfboden im revolutionären Klassenkampf außerhalb des Parlaments sah.

Dieses charakteristische Merkmal im politischen Auftreten August Bebels zu betonen, ist gerade heute notwendig, da sich reformistische Parteiführer — wie das „Grundsatzprogramm“ der SPD erneut beweist — nicht scheuen, die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung im bürgerlichen Sinne zu verfälschen oder gar völlig preiszugeben. Gegenüber den Vätern des „Grundsatzprogramms“, die den

Arbeiter mit dem Adenauer-Staat versöhnen und ihn zum Verteidiger des Bonner Staates machen wollen, gibt es kaum einen besseren Kronzeugen als den Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, selbst, der in richtiger Erkenntnis der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze im kapitalistischen Staat als Fazit seines jahrzehntelangen Kampfes erklärte: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“

Wir veröffentlichen die nachfolgenden Briefe ungekürzt. Lediglich aus den Briefen vom 15. Dezember 1886 sowie vom 28. Februar und 7. März 1887 wurden einige heute uninteressante Ausführungen über finanzielle Angelegenheiten der Familie Bebel ausgelassen. Rechtschreibung und Zeichensetzung wurden modernisiert, die zahlreichen Abkürzungen beibehalten. Zum besseren Verständnis wurden Anmerkungen beigelegt.

München, den 4. Aug. 86

Meine liebe gute Julie

Meinen Brief u. mein Telegramm wirst Du erhalten haben. Das Urteil erfuhr ich heute abend $1\frac{1}{2}$ 7 Uhr — um 11 Uhr schreibe ich diese Zeilen —, es ist über Erwarten hart, aber es entspricht der ganzen Lage. Das Urteil ist ein politisches Urteil, kein Rechtsurteil. Wir *mußten* so verurteilt werden, weil man uns für die nächste Zukunft nicht brauchen kann. Die Frauen Auer, Vollmar etc. waren tief betroffen, und Du und unser liebes Friedchen werdet es auch gewesen sein. Ihr tut mir unendlich leid, daß Ihr diesen neuen Schlag aushalten müßt, und doppelt schmerzt es mich, daß ich nicht einmal bei Euch sein kann. Ich werde meine Heimreise so sehr wie möglich beschleunigen, um zu Euch zu kommen. Ertragt das Unvermeidliche mit Würde, Ihr habt Euch ja bisher stets so tapfer gehalten, Ihr werdet es auch diesmal tun.

Zunächst wird natürlich Revision angemeldet, u. wird Mitte Oktober herankommen, ehe das Reichsgericht entschieden hat. Lbk.⁵ wird sich auch zu überlegen haben, ob er unter bewandten Umständen nach Amerika geht, eine Reise, von der ich um so weniger halte, je mehr ich mich mit der Stimmung drüben beschäftige.⁶ Doch er mag tun, was er will, ich werde ihm nicht abreden, um keinen falschen Schein zu erwecken.

Morgen früh reise ich nach Augsburg + werde mit Kurierzug fahren nach der Schweiz, wodurch ich gleich einen ganzen Tag profitiere. Mein sehnlichster Wunsch ist jetzt, wieder so bald als möglich nach Hause zu kommen zu Euch. Unangenehm ist für mich das Spießrutenlaufen bei der Kundschaft, die jetzt mich nach allen Richtungen ausfragen wird. Das Urteil wird übrigens gewaltiges Aufsehen machen, + es wird ein starker Federkrieg für + wider entbrennen. Die Chemnitzer Richter werden sich freuen, daß sie diesem Werk ferngeblieben sind.

Noch einmal. Nehmt die Sachlage als unabänderlich hin und tröstet Euch mit dem Gedanken, daß auch diese Zeit überstanden wird. Eine Reise nach

⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903. Berlin 1903, S. 313.

⁵ Mit „Lbk.“ bzw. „Lb.“ ist stets Wilhelm Liebknecht gemeint.

⁶ Wilhelm Liebknecht unternahm von Ende August bis Mitte Dezember 1886 als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie eine Agitationsreise nach den USA

den deutsch-afrikanischen Kolonien, und währt sie nur halb so lange, wäre unangenehmer u. unendlich gefährlicher.

Tausend herzliche Grüße und Küsse Euch beiden.

Dein

August

Welchen Maßstab das Freib. Gericht urteilte⁷, daß es das Strafmaß wie geschehen verteilte, darüber haben wir uns vergeblich die Köpfe zerbrochen. Mir scheint, die haben Ulrich statt Dietz als Reichst. Abg. angesehen, das wäre eine schöne Blamage.

Mainz, d. 26. Aug. 86

Meine liebe gute Julie

Meine Karte, worin ich Dich um Sendung einer Anzahl Geschäftskarten bat, wird Dir den Empfang Deines lieb. Briefs bestätigt haben. Ich schreibe Dir noch von hier, bevor ich Frkf. abreise⁸, weil ich vor Sonntag auf keinen Fall mehr Zeit habe.

Ich denke, wir wollen unsern sehr müßigen Streit ruhen lassen, Du bist mein gutes, liebes Weib, das ich um keinen Preis der Welt missen möchte, und mit unserm lieben Friedchen im Bunde soll uns kein Schicksalsschlag etwas anhaben können. Sooft ich an die 9 Monate u. zugleich an Viereck denke, kommt mir unwillkürlich das Lachen; der Gedanke, wie dieser nervös überreizte, total verwöhnte Mann sich in die Situation finden wird, hat für mich etwas ungemein Komisches. Auch ist das Sitzen noch immer tröstlicher, als Fürst von Bulgarien zu sein⁹ oder wie der alte arme Binkert in Darmstadt im 9ten Monat ans Bett gefesselt zu sein mit der Aussicht, noch unterschiedliche Monate aushalten zu müssen und keine Aussicht auf volle Wiederherstellung zu haben.

Vorige Woche traf ich Kollege Hartwig¹⁰ aus Dresden auf dem Heidelberger Schloß, wo die deutschen Architekten, von Frankfurt kommend, ein Fest hatten. Ich sprach ihn an, + begann er sofort die Unterhaltung mit Freiberg. Er schimpfte ganz wütend auf das Urteil. Umgekehrt traf ich in Kaiserslautern einen Kollegen, den vielfachen Millionär Bürklin¹¹, auf dem Bahnhof, wandte ihm aber den Rücken, da er ein gemeiner Nat. Lib. ist. Seine Gesellschaft hatte er aber auf mich aufmerksam gemacht, denn diese machte sich allerlei in meiner Nähe zu schaffen, um das Wundertier begaffen zu können. Auch die Polizei macht sich recht viel mit mir zu schaffen, sie wacht sorgfältig, damit mir kein Haar gekrümmt werde, geht mir aber im übrigen hübsch aus dem Weg. Ich habe diese Aufmerksamkeit offenbar der Dresdner Polizei zu danken, die auf Grund meines Rundreisebilletts überall die Polizei benachrichtigte, und darüber sind dann verschiedene Polizeibüttel ganz aus dem Häuschen geraten.¹² Ist das Volk dumm.

⁷ Muß heißen: anlegte.

⁸ Muß heißen: von Frkf. abreise.

⁹ Bebel bezieht sich hier auf die bulgarische Krise von 1885/1886, in deren Verlauf der Fürst von Bulgarien, Alexander von Battenberg, am 21. August 1886 durch eine zarophile Offiziersverschwörung gestürzt wurde.

¹⁰ Gustav Hartwig (geb. 1839), Baumeister, konservativer Reichstagsabgeordneter ab 1884.

¹¹ Albert Bürklin (1844–1924), nationalliberaler Politiker, 1877–1878 und 1884–1898 Reichstagsabgeordneter.

¹² Im „Sozialdemokrat“ vom 25. August 1886 erschien ein – vermutlich auf einer Zuschrift Bebels beruhender – Bericht über die fortgesetzte Bespitzelung Bebels auf seiner Geschäftsreise durch Süddeutschland.

K.¹³ werde ich doch morgen treffen, er sollte anfangs nicht eingeladen werden, darum schrieb ich. Wir werden 7 oder 8 Leute sein, was wir zu besprechen haben, kann alle Welt hören, kommt man uns zu nahe, werden wir schon die rechte Antwort haben. So weit sind wir noch nicht, daß nicht 7 oder 8 Leute eine Privatbesprechung haben dürfen.

Wenn Du wüßtest, welchen Brief Schramm¹⁴ an Grill¹⁵ geschrieben, würdest Du Dich über den meinen nicht wundern. Der Brief war notwendig, da namentlich Jul-s¹⁶ über den Schr.schen Brief ganz aus dem Häuschen war, denn ihn ging er mit an. Da Paul¹⁷ in Z.¹⁸ war, während m. Brief dort ankam, wird m. Brief die gewünschte Wirkung gehabt haben, die Antwort v. Schr. zeigt es.

Stengl habe ich geschrieben, daß er sich an Münch. wende.

Wir haben vor wie nach starke Hitze, namentlich ist es heute fast unerträglich. Als ich am Montag ein prächtiges Rheinbad nahm, redete mich sofort der Bademeister an, wenn ich noch einige Jahre in Süddeutschland reise, werde ich kein Inkognito mehr halten können.

Unser Kunde Hommel hier bot mir heute allen Ernstes an, Reisender bei ihm zu werden, ich würde mich gut bei ihm stehen, besser als bei den Drückern¹⁹, nur müßte ich die Politik an den Nagel hängen. Ich sagte ihm, es pressiere mir nicht, vorläufig hätte ich Zeit, mir seinen Vorschlag zu überlegen.

Wenn künftig wieder jemand anfragt, wo ich bin, antwortest Du, das ginge niemand etwas an. Die Unverschämtheit ist doch groß. Weigert sich der Beamte künftig zu sagen, wer gerufen habe, so werde ich mich beschweren, denn wissen muß er es, und zu sagen ist er es verpflichtet. Mit dem Spionagenpack werde ich fertig. Merke Dir die Tage, wo diese Anfragen erfolgten.

Freitag²⁰ hat mir das Urteil hierher geschickt, ich bin aber noch nicht zum Lesen gekommen, das werde ich morgen tun.

Ob Doktors²¹ schon wieder in Frankfurt sind, weiß ich nicht, in zwei Stunden reise ich ab nach dort. Also Mittwoch auf Wiedersehen.

Die herzlichsten Grüße u. Küsse Dir und Friedchen v. D.

August

¹³ Mit „K.“ ist stets Karl Kautsky gemeint.

¹⁴ Karl August Schramm, Ökonom, betätigte sich in den siebziger und achtziger Jahren in der deutschen Sozialdemokratie als Reformist.

¹⁵ Mit „Grill.“ ist Karl Grillenberger (1848–1897), Redakteur, 1881–1897 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Reformist, gemeint.

¹⁶ Gemeint ist wahrscheinlich Julius Motteler (1838–1908), einer der Gründer der Eisenacher Partei, Organisator der „Roten Feldpost“ während des Sozialistengesetzes.

¹⁷ Mit „Paul“ bzw. „P.“ oder „P. S.“ ist stets Paul Singer (1844–1911), führender deutscher Sozialdemokrat, seit 1887 Mitglied des Parteivorstandes, gemeint.

¹⁸ Gemeint ist Zürich.

¹⁹ Gemeint sind wahrscheinlich die aus Holz, Horn oder anderen Stoffen gearbeiteten Tür- und Fensterdrücker, die Bebel im Auftrag der Firma Ißleib & Co. vertrieb.

²⁰ Otto Freytag, Leipziger Rechtsanwalt, Verteidiger Liebknechts, Bebels und Hepners im Leipziger Hochverratsprozeß 1872, verteidigte Bebel und andere Sozialisten in zahlreichen Prozessen und unterstützte die Sozialdemokratie.

²¹ Gemeint ist wahrscheinlich das Schriftstellerehepaar Dr. Heinrich Braun und Josefine Braun, Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, entwickelten sich zu Reformisten.

Zwickau, Landes-Gefangenenanstalt, den 15. Dez. 1886

Meine liebe gute Julie

Deinen lb. Brief vom 6. d. Mts. wie Deine Karte, die der Kiste beilag, habe ich erhalten. Für den Inhalt der Kiste sage ich Dir noch meinen schönsten Dank, außerdem sollst Du im Geiste extra einen Kuß haben. Der Inhalt ist richtig in meine Hände gelangt, nur hatte sich Friedchen in bezug auf die franz. Grammatik geirrt. Ich wollte nicht die A.schen Lehrbücher, sondern m. wirkliche Grammatik, die sie aber möglicherweise gar nicht kennt; diese dürfte rechts im Bibliothekschränk in m. Stube in einem der untersten Fächer liegen. Doch ich brauche sie vorläufig nicht.

Ich hoffe, daß Du wirklich wohl bist. Diese Anfälle, unter denen Du auch schon früher littest, werden wohl darauf zurückzuführen sein, daß Du einmal jetzt nicht genug Bewegung hast — die Du Dir also machen mußt —, dann, daß Ihr zu warm schlaft, nebenbei Dir wahrscheinlich allerlei unnütze Gedanken machst, worüber Du Dich dann aufregst. Ich wiederhole also immer wieder: Du kannst wegen mir vollkommen beruhigt sein; ich sitze eben in Hemdsärmeln, weil mir es zu warm ist, trotzdem ich das Fenster auf habe.

Es freut mich, daß B.²² Euch so oft besucht, dafür bin ich ihm sehr dankbar, grüße ihn u. s. Frau herzlich von mir. Lbk. wird wohl mittlerweile in Dr.²³ gewesen sein u. seinen Sack Neuigkeiten ausgekratmt haben. B. möchte ich raten, sich mit Anschaffung von Industriepapieren sehr in acht zu nehmen, käme wirklich zum Frühjahr ein Krieg²⁴, so müßte er sich mit Barmitteln auf mindestens ein Jahr versehen, denn während dieser Zeit dürfte es mit den Papieren u. dem Verkauf derselben schlecht stehen. In den letzten Tagen sieht der politische Himmel etwas heller aus, einmal hat sich herausgestellt, daß Rußland in furchtbarer Geldklemme ist u. nicht einmal in Paris eine Anleihe unter halbwegs günstigen Bedingungen erhalten konnte, so daß es zu Mitteln greift, die notwendig seinen Kredit noch mehr erschüttern müssen, u. dann zeigt die Schwierigkeit, die Frankreich hat, einen Minister des Auswärtigen zu bekommen, daß alle Welt die Verantwortlichkeit dieses Postens sich weigert anzunehmen. Überhaupt ist die Unberechenbarkeit der Dinge in Frankreich ein Faktor, der mehr gegen als für den Krieg spricht. Ginge aber Rußland los, so folgte Frankreich auf *jeden* Fall. Dann gibt's einen Krieg wie noch keiner da war. Ich wünsche natürlich *sehr*, daß Friede bleibt, denn das wäre eine schöne Situation, hier hinter Schloß u. Riegel zu sitzen, während ganz Europa in Flammen steht. Vorläufig wollen wir uns den Kopf nicht warm machen.

Du wirst wissen, daß der alte Joh. Phil.²⁵ gestorben ist, ich erfuhr die Nach-

²² Mit „B.“ oder „Bhl.“ ist — wenn nicht anders vermerkt — stets Ignatz Bahlmann, Techniker, Freund der Familien Bebel und Liebknecht, gemeint.

²³ Gemeint ist Dresden.

²⁴ Bebel bezieht sich hier und im folgenden auf die durch einerseits Bismarck, andererseits Boulanger in Frankreich provozierte Kriegsgefahr Ende 1886/Anfang 1887. Für Bismarck waren in erster Linie die Reichstagswahlen im Februar 1887 Anlaß, durch eine chauvinistische Hetzkampagne gegen Frankreich dem Masseneinfluß der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Der Versuch scheiterte am Widerstand der klassenbewußten deutschen Arbeiter.

²⁵ Johann Philipp Becker (1809–1886), Bürstenbinder, führender Teilnehmer an der Revolution 1848/49, emigrierte in die Schweiz und war dort der Organisator der deutschsprachigen Sektion der I. Internationale, Freund von Marx und Engels, kurz vor seinem am 7. Dezember 1886 erfolgten Tod besuchte er Ende September/Anfang Oktober 1886 Friedrich Engels in London.

richt am 8. abends, Schlüter²⁶ hatte mir sofort telegraphiert. Ich freue mich doch, daß ich ihn dieses Frühjahr in Zürich noch gesehen habe, u. Engels wird auch froh gewesen sein, daß er ihn vor kurzem noch einmal in London sah. Der Alte dürfte 78 Jahre oder mehr erreicht haben. Deine Nachricht über E.s²⁷ Befinden ist mir gar nicht angenehm, ich bin in Sorge, daß er es dem alten J. Ph. nachmacht, u. das wäre ein sehr großer Verlust. Er hat in den letzten Jahren Erstaunliches geleistet, aber er muß noch mehr leisten, er wäre augenblicklich unersetzbar.

V.²⁸ ist noch hier u. bleibt auch hier, so sehr er sich nach M.²⁹ sehnt. U. ist noch nicht da; mit seiner Auffassung über die Bedeutung der hessischen Verfassung für sächsische Gerichtsurteile stimme ich nicht überein, er dürfte sich täuschen. Allerdings kann ihm die Staatsanwaltschaft nicht an den Kragen, wenn die Hessen nicht helfen, u. diese sind allerdings vorläufig gebunden. Nun, er muß nachexerzieren, u. darum beneide ich ihn nicht. Mit heute trete ich den zweiten Monat an, es geht also vorwärts...

Dieser Tage erhielt ich von Dr. Braun einen Brief, worauf ich ihm antworten muß. Ich bitte, daß Du oder Friedchen dies übernimmst, und zwar in folgendem Sinne.

Ich freute mich, ein Lebenszeichen von ihm erhalten zu haben, bedauerte aber, ihm selbst nicht schreiben zu können, weil ich wöchentlich nur einen Brief senden dürfe, u. ich diesen selbstverständlich für Euch reserviere. Ich sei auch von der Antwort K.s nicht befriedigt, vermöchte ihm aber gegenwärtig nicht zu schreiben, auch hätte ich aus absolutem Mangel an Zeit in den letzten Tagen vor meinem Haftantritt K. nicht mehr schreiben können. Ich wäre der Ansicht, er (B.)³¹ solle die Arbeit dennoch machen, K. habe doch nicht allein zu entscheiden. D.³² habe doch auch ein Wort mitzusprechen, u. schließlich hätte der Abdruck der Arbeit bis nächsten Herbst Zeit. Ferner würde ich mich freuen, wenn er Rodbertus³³ bearbeitete, ich hätte jetzt dessen letzte Schrift (das Kapital) gelesen u. ihn darin auf starken Zweideutigkeiten ertappt. Bei der Bedeutung, die R. im Augenblick gerade für die studierende Jugend habe, sei eine gründliche Besprechung seiner Schriften sehr wünschenswert. Ich hätte erst hier wieder Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen, wie R. überschätzt u. falsch beurteilt werde.

²⁶ Hermann Schlüter (gest. 1919), Sozialdemokrat, Leiter der Volksbuchhandlung des „Sozialdemokrat“ in Zürich, emigrierte 1889 nach den USA.

²⁷ Gemeint ist Friedrich Engels.

²⁸ Gemeint ist Louis Viereck (1853–1921), Journalist. Er betätigte sich in den achtziger Jahren als Opportunist in der deutschen Sozialdemokratie, später Renegat.

²⁹ Gemeint ist München, der damalige Wohnsitz Vierecks.

³⁰ Gemeint ist Carl Ulrich (1853–1933), Buchdruckereibesitzer, nach 1918 hessischer Staatspräsident, Reformist, später extremer Revisionist. Da er 1886 als hessischer Landtagsabgeordneter zunächst nicht verhaftet werden konnte, trat er erst später seine Haft an.

³¹ Gemeint ist hier Dr. Heinrich Braun.

³² Gemeint ist Heinrich Dietz (1843–1922), Begründer des J. H. W. Dietz Verlags in Stuttgart, Verleger der „Neuen Zeit“, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter seit 1881, prominenter Vertreter des rechten Flügels in der Sozialdemokratie.

³³ Johann Karl Rodbertus (1805–1875), Ökonom und konservativer Politiker, Theoretiker des preußisch-junkerlichen „Staatssozialismus“. Gemeint ist hier seine aus dem Nachlaß 1884 hrsg. Schrift: Das Kapital. Vierter sozialer Brief an von Kirchmann.

Ferner hätte ich hier auch erst die Arbeit der Frau Dr. in N. 10 der „N. Z.“³⁴ gelesen und müßte ihr mein Kompliment machen, die Arbeit sei vortrefflich. Schließlich wollt Ihr herzlich von mir grüßen. Adresse Dr. Br., Göbenstr. 9, W Berlin.

Die Arbeit der Fr. Dr. ist wirklich sehr gut, sie beherrscht die Frage, über die sie schrieb, vollständig.

Besondere Neuigkeiten kann ich Euch von hier nicht schreiben. Ein Tag geht in vollster Regelmäßigkeit wie der andere dahin, eine Abwechslung verursacht teilweise nur das Wetter, das seit gestern regnerisch ist. Aber die Spaziergänge werden gewissenhaft eingehalten, u. wenn es noch so sehr regnet. Über die Kollegen zu schreiben, muß ich aus Gründen der Disziplin unterlassen, eventuell kannst Du alles durch die Frauen erfahren, die jetzt infolge der Haft ihrer Männer vielfach miteinander verkehren.

Den Kakao breche ich nicht eher an, bis mein Kaffee zu Ende ist, den Tee habe ich noch nicht versucht, u. zwar macht es mir zuviel Arbeit zu kochen, wenn ich an der Arbeit bin. Ich trinke regelmäßig eine Flasche Einfachbier, doch soll der Tee auch noch dran kommen, vielleicht, wenn's kälter wird.

Der Reichstag dürfte höchstwahrscheinlich aufgelöst werden. Pariert er in der Militärvorlage nicht, so erfolgt die Auflösung im Januar, im anderen Fall wahrscheinlich nach Erlaß des Budgets.³⁵ Bismarck braucht neue Steuern u. glaubt sie nicht erhalten zu können, worin er unrecht hat, wenn er es richtig anfängt, bekommt er 80–100 Millionen mit Spaß, aber das scheint ihm zuwenig zu sein.

Der neue Reichstag würde nach der Wahl sofort wieder berufen u. dürfte das Vergnügen haben, bis in den Hochsommer zu sitzen. Die Frage ist nur, ob der neue Reichstag gefälliger wird als der alte, u. das glaube ich nicht. Eine Verschiebung der Stimmen um 15–20 ändert gar nichts, u. mehr tritt nicht ein. Tritt über kurz oder lang ein voraussehendes Ereignis³⁶ ein, dann wird's nach verschiedenen Richtungen ein wenig anders.

Nun will ich schließen. Über Kürze des Briefs dürft Ihr Euch nicht beschweren.

Da fällt mir noch eins ein. Bitte schreibe an Frau J. Seifert, hier, — Innere Leipzigerstr. 48, u. frage an, ob sie die Wäsche sich regelmäßig bezahlen ließe, sonst möchte sie das monatlich tun, also für das bis jetzt Gelieferte Ende dies. Mts. Sage ihr auch, daß wir mit der Wäsche zufrieden seien, u. grüße sie u. ihren Mann schön von mir. Grüße ebenso alle Freunde u. Bekannten dort.

Lebt wohl und empfängt viel herzliche Grüße und Küsse von

Deinem

August

Noch eins. Schreibt noch an Dr. Br.: für sein freundliches Anerbieten, mir nötige Bücher zu verschaffen, danke ich ihm, einstweilen sei ich voll versehen u. für Fourier würde ich überhaupt nichts mehr brauchen.³⁷ Letzteren

³⁴ Gemeint ist der Aufsatz von Josefine Braun „Die Gewinnbeteiligung“, der in der „Neuen Zeit“, 1886, Heft 10, S. 447–458, erschien.

³⁵ Die Regierung forderte in der im November 1886 eingebrachten Militärvorlage die Erneuerung des Septennats, d. h. der Etatbewilligung für sieben Jahre, verbunden mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee und des Militäretats.

³⁶ Bebel meint hier den zu erwartenden Tod Wilhelms I.

³⁷ Bebel betrieb während seiner Haftzeit systematisch wissenschaftliche und Sprachstudien. Ein Ergebnis seiner Arbeit war das 1888 bei Dietz in Stuttgart erschienene Buch „Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien“.

hätte ich angefangen zu bearbeiten. Anfangs hätte ich Neigung gehabt, die Arbeit zu unterlassen, weil ich gefunden, daß ich mein Französisch durch Mangel an Übung stark verschwitzt hätte u. sein Stil u. seine Nomenklatur mir sehr viel zu schaffen machten; aber jetzt fände ich, daß ich mich einarbeitete, u. solle es nach Kräften vorwärtsgehen. Dagegen würde ich wahrscheinlich auf die Bearbeitung des Münzer verzichten, es fehle mir hier zu sehr das Material u. K. sei bereit, ihn zu übernehmen u. habe in Ldn. mehr Material als wir in Deutschland.³⁸

Zwickau, den 17. Januar, Landes-Gefängnis

Meine liebe Julie

Noch ehe ich den üblichen Brief von Dir erhalten habe, sehe ich mich veranlaßt, Dir zu schreiben, und zwar ist die direkte Ursache eine Notiz in der gestr. „Berl. Volks-Zeit.“, die ich seit dem 1. d. Mts. lese — worin unsere Wohnung als Sitz des Mitgliedes des soz. demokr. Wahl-Komitees P. S. genannt wird.³⁹

Ich weiß freilich nicht, ob P. die Wohnung nur als Büro benutzt — womit ich natürlich sehr einverstanden bin — oder ob er sich ganz bei Euch einquartierte. Für den letzteren Fall halte ich das im letzten Briefe von mir Erwähnte aufrecht, u. das übrige wird Dir die Erfahrung selbst bestätigen.

Im einen wie im andern Falle werdet Ihr — darüber wird sich auch P. nicht täuschen — für die nächsten Monate Gegenstand sorgfältiger polizeilicher Aufmerksamkeit sein. Bei der Stellung, in die P. zur Dresdner Polizei geriet, wird man ihm gegenüber sogar manches tun, was man andernfalls unterließ. Kommt hinzu, daß die ganze Situation wesentlich gegen unsere Partei ausgebeutet werden soll.

Da P. das alles so gut weiß wie ich, brauche ich es ihm nicht zu sagen, ich will Dir nur hiermit einige Ratschläge geben, wie Du Dich bei den möglicherweise wiederholten Besuchen verhalten sollst u. *mußt*. Denn daß man auch Eure Kisten und Kasten dann gründlich lüften wird, halte ich für selbstverständlich. Du hast also, sobald die Herren kommen u. in *Deinen* resp. *Fr.s* Gelassen haussuchen wollen, zunächst die *richterliche* resp. *staatsanwaltschaftliche* Bescheinigung zu verlangen, eine solche ist nach dem Gesetz *notwendig*. Hat man diese nicht u. beruft man sich auf irgendwelchen Umstand, so willst Du gegen die Haussuchung in aller Form protestieren u. erklären, daß Du durch mich Beschwerde resp. Anklage werdest erheben lassen. Geht die Haussuchung vor sich, so willst Du darauf sehen, daß die Herren alle Gegenstände, soweit sie nicht für gut befinden, solche mitzunehmen, wieder an den richtigen Ort legen, also auch die Möbel wieder in Ordnung stellen.

Briefe oder was sie sonst mitzunehmen Neigung haben, willst Du unter keinen Umständen die Beamten lesen lassen. Du berufst Dich hierbei auf die Strafprozeßordnung, die anordnet, daß der Behaussuchte verlangen kann, daß sämtliche Gegenstände in ein Verzeichnis gebracht werden u. daß Briefe

³⁸ Nach dem Verzicht Bebels auf die wissenschaftliche Untersuchung der Rolle Thomas Münzers beschäftigte sich Karl Kautsky, damals in London lebend, mit dieser Frage, wobei er von Engels stark unterstützt wurde.

³⁹ Mitte Januar 1887 wurden in verschiedenen deutschen Zeitungen die Namen der fünf Mitglieder des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees für die Reichstagswahl am 21. Februar 1887 veröffentlicht. Als Singers Adresse wurde genannt: Plauen bei Dresden, Hohestraße 25. Vgl. auch „Der Sozialdemokrat“ vom 22. Januar 1887.

etc. in ein Paket zu packen u. mit dem Siegel des Eigentümers zu versiegeln sind.

Dieses Paket muß die Polizei dem Richter übergeben, der erst in Eurer resp. meiner Gegenwart die Briefe etc. öffnen darf.

Wird nichts mitgenommen, so läßt Du Dir ausdrücklich eine Bescheinigung geben, in der der Grund aufgeführt sein muß, weshalb die Haussuchung stattfand.

Du willst mir alsdann sofort genaueste Mitteilung machen, damit ich meinerseits vorgehen kann.

Präge Dir das Gesagte genau ein, noch richtiger: hebe Dir diesen Brief für den Eventualfall auf.

Was nun die allgemeine Situation betrifft, in die wir im Handumdrehen geraten sind, so ist der Reichstag natürlich nur scheinbar aus dem angegebenen Grunde aufgelöst worden.⁴⁰ B.⁴¹ weiß so gut wie ich, daß er nach drei Jahren genau seine Forderungen bewilligt erhält wie er sie auf drei Jahre bewilligt erhielt. Eine prinzipiell feindliche Majorität ist im deutschen Reichstag nicht möglich, da die einzige, die möglich wäre, die soz. demokratische, im gewöhnlichen Lauf der Dinge bis 1890 unmöglich ist, und bei ungewöhnlichem Verlauf handelte es sich um ganz andere Dinge als die Lumperei eines drei- oder siebenjährigen Armeebestandes.

Was die Opposition, richtiger Freund u. Feind, bereits fühlen, ist, daß es sich um einen viel wichtigeren Zweck handelt. B. will neben den militärischen Forderungen seine Steuerprojekte durchsetzen können, u. dann soll eine Revision der Verfassung, des Wahlrechts, Verschärfung des Strafgesetzes u. des Soz. Gesetzes vorgenommen werden u. sonst noch allerlei. Das sind die wahren Pläne u. Zielpunkte.

Ob B. sich nicht verrechnet, wird die Zukunft lehren. Bekommt er keine Mehrheit, was ich für wahrscheinlich halte, so muß er von vorn anfangen, und damit macht er seine Lage nur immer schlimmer. Bekommt er eine Mehrheit, so erhalten wir eine solche Masse die Massen aufregender u. erbitternder Maßregeln, daß die Folgen ganz unberechenbare sind. Namentlich im Falle eines Krieges, der unzweifelhaft, wenn auch dieses Jahr wahrscheinlich nicht, aber dann mit einer Furchtbarkeit wie noch keiner da war, kommt. Die Rüstungen werden mit fieberhafter Eile in ganz Europa auf die Spitze getrieben; ist man aber fix u. fertig, so kann man, das hat ja der alte Molke selbst zugegeben, sich nicht bis an die Zähne bewaffnet auf die Dauer gegenüberstehen. Da geht irgendwo ganz unversehens eine Flinte los, und die mit Elektrizität über und über geschwängerte Luft kommt zur Explosion. Ich habe es vor 16 Jahren, 1871, und dann 1879 im Reichstag angekündigt, daß die Ende der Achtziger nicht vorübergehen werden, ohne den Weltbrand zu entzünden; man hat mich ausgelacht. Nun, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Ich glaube, die Hohenzollern haben alle Ursache zu wünschen, daß B. bei den Wahlen nicht siegt; allzu scharf macht schartig, und „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los“. Das sind ein paar Sprüchlein, die sich auch ein Staatsmann merken darf, vor dem jetzt alles platt auf dem Bauche liegt, jede Äußerung als einen Ausspruch des delphischen Orakels anstaunt, auch wenn sie noch so haltlos ist. Es ist jetzt ein wahrer Hochgenuß, das „Leipz. Tagebl.“ zu lesen; man sollte nicht für möglich halten, was dort für ein Kohl u. Blödsinn aufgetischt wird, und das lesen Leute mit Andacht, die

⁴⁰ Am 14. Januar 1887 wurde der Reichstag unter dem Vorwand aufgelöst, daß die Bewilligung des Militäretats auf drei statt auf sieben Jahre die Sicherheit des Reiches gefährde.

⁴¹ Gemeint ist Bismarck.

doch sonst im Leben auf Zurechnungsfähigkeit einigen Anspruch haben. Unsere Leute werden den Hauptstoß auszuhalten haben, es wird an den *stärksten* Maßregeln nicht fehlen, darauf werden wohl alle vorbereitet sein.

Die Situation ist natürlich für uns hier keine angenehme. Wir sitzen hier wie an Händen u. Füßen Gefesselte, denen man die Ohrfeigen rechts und links verabreicht, ohne daß sie sich wehren können. Eine Erleichterung ist wenigstens, daß wir täglich Gelegenheit haben, uns auszusprechen, man möchte sonst buchstäblich platzen. —

Wahrscheinlich ist auch Eure Leipz. Reise zu Wasser geworden. Es wird noch manches andere zu Wasser werden, deshalb bleiben wir schließlich doch oben. Was immer kommt, muß durchgefochten werden, ohne das kommt man nicht zum Ziel. Der Tag kommt doch, wo wir als Sieger in der Bresche stehen.

Ich kann Dir nunmehr auf Deinen zu erwartenden Brief sofort nicht antworten. Wäre *absolut* eine Antwort nötig, würde ich um die besondere Erlaubnis dazu einkommen, im andern Fall werde ich erst den *zweiten* Brief von Dir abwarten, Hr. Gr. an P. + B.s.

Ich hoffe, daß Friedchen sich gestern zu ihrem Geburtstag gut amüsiert hat; P. wird den seinen wohl mit der Abfahrt von Berlin gekrönt haben.⁴²

Sonst: all right.

Herzliche Grüße u. Küsse Dir u. Frieda.

Dein

August

Die Depesche erhielt ich nächsten Vormittag. Die Leute riefen sich den Abend zuvor schon die Nachricht auf der Straße zu.⁴³ Dank für die Sendung.

Ich habe mir auf Fr.s und P.s Wohl gestern einen kleinen Zapf getrunken, wozu 1/2 Flasche genügte. Ich gratuliere P. schon im voraus zu seinem Berliner Wahlsieg. Berl. wird sich prachtvoll halten. Da Ihr wahrscheinlich nicht nach Leipzig geht, so ist kein Hindernis, jeden Tag hierher zu kommen — Sonntag natürlich ausgenommen. Je eher Ihr kommt, desto lieber ist es mir. Ihr müßt vormittags 9 Uhr in Dresden abfahren, aber Euch zuvor hier anmelden.

Nachdem sich jetzt alle Welt „entrüstet“, habe ich den andern vorgeschlagen, daß wir uns auch mal „entrüsten“ wollten, nämlich darüber, daß wir in solcher Zeit eingesperrt seien. Es wird uns freilich nichts helfen, hoffentlich hilft's auch den andern nichts.

Zwickau, den 28. Febr. 87, Land.-Gefang.-Anst.

Mein liebes Weib

Deinen lieben Brief nebst dem Schreiben des Wahl-Komm., dem Zeugnis⁴⁴ u. dem Brief der Frau v. L.⁴⁵ habe ich erhalten. Letzterer sandte ich die Akten direkt. Das ist einer der unglücklichen Petenten, wie sie jedesmal zu Dutzenden in der Session kommen, denen leider nicht zu helfen ist. Ich hatte es ihr schon vor. Jahr geschrieben, allein diese sind unverwüstlich.

⁴² Paul Singer mußte, da er aus Berlin ausgewiesen war, nach der Auflösung des Reichtags am 16. Januar, seinem Geburtstag, Berlin verlassen.

⁴³ Gemeint ist die Nachricht von der Auflösung des Reichtags.

⁴⁴ Gemeint ist das sogenannte Wählbarkeitszeugnis, in dem nach vollzogener Wahl die Voraussetzungen der Wählbarkeit und die Annahme der Wahl bestätigt wurden.

⁴⁵ Es handelt sich um eine Petentin, die sich an Bebel in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter um Unterstützung gewandt hatte.

Das Zeugnis war für mich als einen alten Erbeingesessenen des Reichstags keineswegs nötig, der Komm. erfüllte einfach eine Form, wenn er es verlangte; da es aber einmal da war, benutzte ich gleich die andere Seite, in Ermangelung von passendem Papier, um meine Zustimmung abzugeben.

Die Wahlen sind nach jeder Richtung eine Überraschung, und zwar für Freund u. Feind; alle Seiten täuschten sich, so kam es, daß das „Leipz. Tagebl.“ noch bis 2 Tage vor der Wahl in wahrhaft katzenjämmerlicher Stimmung war. Von hier, wo man keine Fühlung mit dem Leben draußen unmittelbar hat, war ja die Beurteilung sehr viel schwerer. Dennoch habe ich mich in der abgegebenen Stimmenzahl für unsere Partei nicht getäuscht; wir haben, wie ich vorausgesagt, zwischen 700 000—750 000 Stimmen, aber bekommen eine weit geringere Zahl Mandate, da die Massenabstimmung der Gegner nicht voraussehen war. Die furchtbare Kriegshetze und was damit zusammenhing hat reichlich seine Schuldigkeit getan.

Was ich über die ganze Situation denke, habe ich in mehreren Artikeln an die Hamb. „Bürg. Zeitung“ gesandt. Druckt sie dieselben ab, so findet Ihr sie darin unter der Überschrift „Eine Wahlbetrachtung“ und „Im Kartell kracht's“.⁴⁶ Es werden 3—4 Artikel. Möglich, daß aber W.⁴⁷ die Überschrift ändert, möglich, daß er den ersten sogar gar nicht abdruckt, weil ich Ansichten entwickle, die manchem nicht passen.

Die Stichwahlen werden uns erst die Hauptsache bringen, wieviel ist schwer zu sagen, da auf die Deutsch-Freisinnigen, die in 16 von den 18 Stichwahlen den Ausschlag geben, ganz u. gar nicht zu rechnen ist. Arbeiteten die für uns, wie wir für sie in der engeren Wahl arbeiten werden, so müßten wir 12 Sitze sicher davon gewinnen.

Ich hätte gegen die verminderte Abgeordnetenzahl *gar nichts* einzuwenden, wenn einige der Durchgefallenen, vor allem Lb., mit im Reichstag wären. Würden wir 30—35 geworden sein u. wäre das Parteienverhältnis wie vordem geblieben, so daß wir noch mehr als früher das Zünglein der Waage bei entscheidenden Abstimmungen hatten, so wäre das Diplomatisieren und Kompromisseln noch ärger geworden als es schon war; wir hätten unter 30 mindestens 20 kleine „Staatsmänner“ gehabt. Dem ist ein Riegel vorgeschoben, u. darüber bin ich sehr froh.

Lb. geht's wie mir's 81 ging, u. er wird hoffentlich wie ich damals in einer Nachwahl gewählt werden können. Ob aber jetzt schon eine wird, ist sehr zweifelhaft, es müßte dann Heinzel auch in Kiel gewählt werden — in Hamburg III scheint seine Wahl sicher —, an die Kieler Wahl glaube ich aber nicht. Das Schlimme ist, das Lb. grade jetzt in der ersten Session nicht drin ist, wo eine Rede gehalten werden müßte, wie sie leider bei der vor. Session in der entscheidenden Stunde nicht gehalten wurde. Doch das ist nun nicht zu ändern.

Ich hatte schon hier mich ausgesprochen, daß ich glaubte, daß P. nicht kommen werde; die übereilige Einberufung des Reichstags u. die Stichwahlen schienen mir das fast unmöglich zu machen. Daß von den 6 Gewählten von uns

⁴⁶ Unter diesen Titeln lassen sich keine Artikel in der Hamburger „Bürgerzeitung“ nachweisen. Es bedürfte noch einer gründlichen Prüfung, ob die in den Nummern vom 27. Februar, 10., 11. und 13. März 1887 der Zeitung veröffentlichten Leitartikel „Die Kartellbrüder“ und „Wer hat bei den Wahlen gesiegt?“ (der letztgenannte in Fortsetzungen) auf den Ausarbeitungen Bebels beruhen.

⁴⁷ Gemeint ist Johannes Wedde (1843—1890), Mitbegründer und Herausgeber der in Hamburg erscheinenden sozialdemokratischen „Bürgerzeitung“ (1881—1887).

nur drei antreten können, weil drei sitzen, ist in der Tat heiter.⁴⁸ Wäre P. gekommen, hätte ich ihm geraten, daß sie als richtiger Wachtposten in den Reichstag einzögen, er als der Längste als Unteroffizier voran, die beiden anderen hinter ihm drein. Na, ich mußte 71 ganz allein das Feld behaupten u. habe es behauptet, bald bekommen sie Nachschub.

Es ist recht schön, daß Du nochmal kommen möchtest, u. mir wäre es auch selbstverständlich *sehr* angenehm, aber unter bewandten Umständen bitte ich doch noch zwei bis 2½ Monate zu warten, die andern hier müssen sich eine größere Entsagung auferlegen...

Wenn Du an P. schreibst, so frage ihn, ob die Verwaltung des „Berl. Volksblatts“⁴⁹ geneigt wäre, ab u. zu einen Artikel oder eine Korrespondenz von mir anzunehmen, ich bät ihn, einmal Anfrage zu halten. Die Honorarbestimmung überließ ich dem Blatt, u. zwar nach Maßgabe der gelieferten Arbeit.

Die Bücher mögen einstweilen noch *dort* bleiben; richte mir meine Frühjahrssachen allmählich zurecht: Überzieher, das braunrote Jackett mit Hose, meine grünkarierte Sommerhose u. den schwarzen Rock.

Meinen Winterrock u. überhaupt alles, was ich ablege, u. das dürfte so ziemlich alles sein, was ich hier trage, *werde ich hier in Zwickau lassen*, es gibt hier arme Teufel genug, die dergl. brauchen können, u. ich spare den Rücktransport. Auch könnte ich den ganzen Kram unmöglich in der Zelle behalten.

Dietz darf unter *keinen Umständen* angegangen werden, für Lbk. zurückzutreten, das würde ihn schwer beleidigen.⁵⁰ Wenn seine Gesinnung so ist, wie man voraussetzt, wird er es freiwillig tun. Wenn nicht, bleibt's, wie es ist. Lb. muß ebenso gut die Konsequenzen seiner Niederlagen tragen wie wir alle, also nur keine Heulmeierei u. Sentimentalität.

Das Geschenk des Tischlers ist ja allerliebste. Der Mann muß geahnt haben, was mir fehlt. Ein solches Maß fehlt mir in der Tat. Der Ibsen ist von Dr. W. aus Frkf. gesandt. Daß Frdch. grade „Die Gespenster“ las, ist mir nicht recht, ich mag jetzt keine Kritik seiner Sachen schreiben, vielleicht einmal später.

Schreibt Dr. W. in Frkft. a./M., Merdianplatz, ein paar Zeilen vom Empfang u. dankt herzl. in m. Namen.

Herzliche Grüße u. Küsse Dir u. Friedchen. Grüße an B.s.

Dein

August

Zwickau, den 7. März 1887

Meine liebe gute Julie

Deinen lieben Brief von gestern empfang ich heute. Ich dachte mir, daß Du durch das Ereignis bei B.s einmal wieder in Anspruch genommen wirst, so kommt eins nach dem andern, und wer zuletzt kommt, das bin ich. Es ist so ganz in der Ordnung.

⁴⁸ Von den in der Hauptwahl gewählten sechs Sozialdemokraten, Bebel, Dietz, Frohme, Grillenberger, Hasenclever und Singer, waren die ersten drei zum Zeitpunkt der Wahl eingekerkert.

⁴⁹ „Berliner Volksblatt“, 1884 von den Berliner Genossen unter Mithilfe Singers gegründete legale Arbeiterzeitung, wurde 1891 unter dem Titel „Vorwärts“ in das Zentralorgan der Partei umgewandelt.

⁵⁰ Gemeint ist der Plan, an Stelle des in Hamburg gewählten Dietz durch Mandatsniederlegung und eine Neuwahl den nicht gewählten Liebknecht in den Reichstag zu bringen. Infolge Bebels Protest wurde der Plan aufgegeben. Liebknecht kam bei einer Nachwahl 1888 in den Reichstag.

Ich lege auf das allerentschiedenste Protest dagegen ein, daß B. mich in die D.sche Mandatsangelegenheit mischt, ich habe ihn in keiner Weise dazu autorisiert, u. wenn B. etwa schon abgereist sein sollte, so willst Du sofort an Fr. D.⁵¹ schreiben, daß ich B. in keiner Weise beauftragte, in meinem Namen eine Meinung abzugeben, und ich heute, noch näherer Überlegung u. nachdem die Wahlen zu Ende sind u. einen Überblick über die Situation ermöglichen, sogar entschieden *dagegen* bin. Bei Frau D. dürfte B. nicht gut ankommen.

Ich habe die feste Überzeugung, daß eine Niederlegung des Mandats durch D. den Wahlkreis überhaupt in Frage stellt. Bei der Nachwahl würden sich in H.⁵² alle gegnerischen Parteien, die über die Niederlage in den beiden ersten Wahlkreisen erbittert sind, verbinden, u. es würde von jener Seite mit einer Wut gegen den neuen Kandidaten gekämpft, wie sie bis jetzt nicht da war. Ferner würden die Wähler von Dietz zum großen Teil durch einen solchen Tausch vor den Kopf gestoßen. Dz. verdankt seine Wahl hauptsächlich tausenden von Kleingewerbetreibenden, die in ihm ihresgleichen sehen u. die unter keinen Umständen für Lbk. stimmten. Kurz, seine Wahl wäre *sehr* zweifelhaft, u. verlören wir in einer solchen Wahl den zweiten, so wäre das nächste Mal auch der erste flöten.

Die gegenwärtige Situation ist die denkbar ungünstigste, u. der Vorschlag dürfte auch in Hamburg auf sehr entschiedenen Widerspruch stoßen.

Ich erkläre also noch einmal: ich bin gegen jede Änderung u. verwahre mich dagegen, daß mein Name irgendwie in der Angelegenheit erwähnt wird.

Flugblätter habe ich nicht erhalten, wenigstens nicht bis jetzt. Es ist mir schließlich sehr gleichgültig, wie gegen mich gekämpft wurde, gemein waren die Gegner immer, wenn sie es diesmal nicht gewesen wären, hätten sie ihre Natur verleugnet. Bitte mir die gegnerischen Flugblätter sorgfältig aufzuheben u. in das rechte Fach der großen Schublade in meinem Schreibtisch zu legen. Ich werde wohl im Reichstag Gelegenheit haben, mit den Herren abzurechnen, u. da soll ihnen nichts geschenkt werden.

Ich kann sagen, daß ich mit dem Wahleresultat an sich sehr zufrieden bin. Wenn wir unter Aufgebot aller erlaubten u. unerlaubten Mittel *gegen* uns doch noch an 800 000 Stimmen erhielten, d. h. bald 50 000 mehr, als ich bei günstigstem Ausfall der Wahlen anfangs rechnete u. Dir schrieb, dann ist das außerordentlich, und wir können mit diesem Resultat sehr zufrieden sein; es liegt den Gegnern schwer in den Knochen. Das haben die Stichwahlen gezeigt. Die Deutsch-Freisinnigen, die nichts als eine Bourgeoispartei vom reinsten Wasser sind, haben, vor die Alternative gestellt, einen von uns oder einen rechtsstehenden Mitbourgeois zu wählen, aus Angst vor uns und *in ganz richtigem Klasseninteresse* handelnd, lieber den Mann nach rechts gewählt; der war u. ist Fleisch von ihrem Fleisch, Bein von ihrem Bein. Insofern bin ich auch mit den Stichwahlen zufrieden, obgleich ich wünschte, daß wir wenigstens 15 Mann wären, um bei Anträgen die Unterstützung einer andern Partei entbehren zu können.

Die Stichwahlen haben die Situation außerordentlich geklärt, den Kampf zu einem reinen Klassenkampf gestempelt u. damit für zukünftig alle Illusionen zerstört. Das ist notwendig, so weh es diesem und jenem tun mag.

St.⁵³ mag sich trösten, ich bin überzeugt, die Leute taten, was sie tun konn-

⁵¹ Gemeint ist Frau Dietz.

⁵² Gemeint ist Hamburg, wo Dietz im Wahlkreis II gewählt worden war.

⁵³ Gemeint ist wahrscheinlich Wilhelm Stolle (geb. 1842), Gärtner und Gastwirt, 1881–1887 und ab 1890 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1885 bis 1897 Mitglied des Sächsischen Landtags, kandidierte im Wahlkreis Zwickau-Crimmitschau.

ten, überdies saß er ja nahe genug, um selbst eingreifen u. sich überzeugen zu können. Nur keine kleinlichen Klagen. Auch dem „Berl. Volksbl.“ möchte ich raten, die Sache mehr von einem vornehmeren, prinzipielleren Standpunkt zu betrachten. Wie ich aus dem „Tagebl.“ ersehe, ist es auf die Deutsch-Freis. sehr erbost. Erklären und begreifen heißt verzeihen. —

Bhl. täte gut, wenn er Sb.⁵⁴ ein wenig anstachelte, besser seinen Mann im Reichstag zu stellen, u. wenn Lbk. einmal draußen bleiben muß, so rate ich ihm, endlich seine Geschichte der französ. Revolution, für die er alle Vorarbeiten fertig hat, fertigzustellen, da leistet er sich u. der Partei einen größeren Dienst als durch zwei oder drei Reden im Reichstag, die zur Not auch ein anderer halten kann. Er hielt ja früher so wenig vom Reichstag — nach meiner Ansicht etwas zu wenig —, warum jetzt der Lärm, wo er nicht mittun kann. Er selbst wird wohl auch nicht den Lärm machen. — ...

Nach einer Notiz, die durch die Blätter ging, zu urteilen, muß P. in einer recht grimmigen Stimmung sein; ich verstehe das nicht, ich finde für *die Partei* die Situation sehr günstig.

Daß der Reichstag schon bis Ende April fertig werden soll, halte ich einfach für *Zeitungsgeschwätz*. Bismarck schmiedet das Eisen, solange es warm ist, dafür ist er der Mann, u. er hat alle Ursache dazu. Es kann unter Umständen Juni, selbst Juli werden. Es kommt natürlich auf die Entwicklung der Situation an.

Mit Eurer Leipziger Reise haltet's, wie Ihr wollt, darein mische ich mich nicht mehr...

Die 5 M. 20 bitte ich an W. Spemann, Verlagsbuchhandlung Stuttgart, für 1 Ex. „Literaturkalender“ zu senden. Ich habe seiner Zeit einen solchen bestellt.

Ich würde an P.s Stelle keine Staatssteuern in B. mehr zahlen.⁵⁵ Es ist übrigens sehr bezeichnend für die famosen Zustände unter dem Sozialistengesetz, in die wir geraten sind. P. ist noch Stadtverordneter von Berlin u. wohnt, wenn er dort ist, den Sitzungen bei, u. das Präsidium der Polizei behauptet: er gehöre nicht mehr zur Gemeinde.

□⁵⁶ ist meines Wissens nicht krank, wenigstens nicht kränker als er wohl immer ist oder sein will. Ich weiß von der Geschichte nichts, da läuft wohl ein Mißverständnis unter.

Sage den Dresdnern, ich freute mich, daß sie bei der Stichwahl trotz aller Aussichtslosigkeit so tapfer standgehalten, sie haben sogar noch 10 % gewonnen.⁵⁷ Das „Tagebl.“ hatte die Güte, diese den Deutsch-Freis. zuzuschreiben. Spaß, diese haben mir nicht zehn Stimmen gegeben, worin sie recht hatten.

Du willst mir die bestellten Kleider auf Ende dies. Mts. zurechtmachen lassen, ich werde noch näher schreiben, wann ich sie wünsche, füge auch 6 Paar Sommerstrümpfe bei. Ihr habt mir eine Stopfnadel mitgegeben, die vorn so breit ist wie hinten, da braucht man eine halbe Pferdekraft, um sie

⁵⁴ Gemeint ist wahrscheinlich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Frankfurt/Main, Adolf Sabor (gest. 1907).

⁵⁵ Anlässlich der Wiederwahl Singers in den Reichstag 1887 weigerte sich sowohl die Dresdener wie die Berliner Polizeibehörde, ihm die erforderliche Wählbarkeitsbescheinigung auszustellen, beide mit der gleichen „Begründung“, daß er nicht als Bürger ihrer Stadt zu betrachten sei!

⁵⁶ Mit diesem Zeichen ist Louis Viereck gemeint.

⁵⁷ Im Wahlkreis Dresden-Altstadt, in dem Bebel auch kandidierte, steigerten die Sozialdemokraten die in der Hauptwahl erreichten 9147 Stimmen in der Stichwahl noch auf 10 108.

Zu einem Protestschreiben Ernst Thälmanns

durch den Strumpf zu bringen. Das ist ein saures Geschäft. Hast Du Dich seiner Zeit erkundigt, ob man hier so eine Patentbutterdose bekommen kann? □ möchte auch eine haben.

Es wird mir sehr genehm sein, wenn Friedchen wieder etwas von sich hören läßt.

Wenn Du wieder die Kopfschmerzanfälle hast, rate ich Dir, mehr spazieren zu gehen u. dabei tüchtig zu atmen, d. h. recht tief, mir hilft das sehr rasch. Dieser Trubel geht nicht so weiter, wenn ich zurückkomme.

Wir hatten heute sehr trübes Wetter, aber die Witterung ist so milde, daß ich ohne Winterrock die Spaziergänge mache; ich weiß nicht, ob ich schon schrieb, daß wir seit vorigen Montag auch den Nachmittag eine volle Stunde zu gehen erlaubt bekamen.

Herzlichste Grüße u. Küsse Euch beiden

Dein August

Bornemann hatte den Brief zu zweitletzt unterschrieben, was mir allerdings auffiel. Ich weiß nicht, ob er noch im Geschäft ist, vermute es nur. Zita stand an der Spitze, u. dem willst Du schreiben unter der Adresse der Firma.⁵⁸

KLAUS MAMMACH

Zu einem Protestschreiben Ernst Thälmanns

In Akten des Reichsministeriums des Innern fand sich das nachfolgende Schreiben¹, mit dem die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann, Ernst Putz und Johann Meyer am 18. Februar 1925 beim Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags gegen die Verletzung ihrer Immunität protestierten. Die willkürliche Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten und damit der Bruch eines verfassungsmäßig garantierten Rechtes werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik. An diesem Beispiel wird ein übriges Mal deutlich, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie nur als Deckmantel ihrer Klassenherrschaft benutzen, daß sie die von ihnen proklamierte und so häufig zitierte Demokratie ständig vergewaltigen.

Die Kommunistische Partei dagegen kämpfte um die Wahrung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die die herrschende Klasse in

⁵⁸ Es handelt sich um das Dankschreiben an das Personal der Firma Ißleib & Co, das Bebel zu seinem Geburtstag und zum Wahlsieg gratuliert hatte.

¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, Akte 10/57, Bl. 5/6.

der Verfassung der Weimarer Republik den Werktätigen hatte zugestehen müssen, die sie aber beständig verletzte und einschränkte.

Mit diesem Kampf, der sich nicht allein gegen den Verfassungsbruch richtete und um die Einhaltung der formalen bürgerlichen Demokratie geführt wurde, sondern der gleichzeitig um die Erweiterung der Rechte und Freiheiten der Werktätigen, um die nationale und soziale Befreiung der ganzen Nation ging, diente die Partei nicht nur der Arbeiterklasse, sondern wahrte die nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes. Die KPD war die einzige Kraft, die entschlossen die Belange der Nation gegen den volksfeindlichen, antidemokratischen deutschen Imperialismus und Militarismus verteidigte. Deshalb auch wurde und wird sie von den Todfeinden des deutschen Volkes gehaßt, verleumdet und verfolgt. Gerade angesichts der Praktiken des klerikal-militaristischen Regimes in der Westzone, dessen Vertreter um so häufiger von „Demokratie“ und „Rechtsstaat“ reden, je offener sie die Demokratie mit Füßen treten, ist es von Interesse, dieses bisher unbekannte Dokument zu veröffentlichen; zeigt es doch, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen, die sich in demagogischer Manier zu Verteidigern und Hütern der Demokratie aufwerfen, tatsächlich schon immer Feinde jeglicher Demokratie waren. Gleichzeitig beweist dieses Beispiel, wie sie sich schon damals skrupellos über die von ihnen laut gepriesene „parlamentarische Freiheit“, „Rechtssicherheit“ und „Verfassungstreue“ hinwegsetzten.

Es ist nicht von ungefähr, daß die Exekutivorgane der herrschenden Klasse 1925 versuchten, gerade Ernst Thälmann mundtot zu machen, der sich durch seinen entschlossenen Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg das Vertrauen der deutschen Arbeiter erworben und als Mitglied des Zentralkomitees der KPD maßgeblichen Anteil an der Festigung der Reihen der Partei, an der Zerschlagung der Fraktionsmacher aller Schattierungen hatte. Das wußten auch die Büttel des Monopolkapitals. Der Stuttgarter Polizeipräsident Klaiber z. B., der die Verhaftung befohlen hatte, hob in seinem Bericht an das württembergische Ministerium des Innern hervor, daß Ernst Thälmann eine „Parteigröße“ (Bl. 18) und „Organisator des Hamburger Aufstands und Vorsitzender des RFB“ wäre (Bl. 20/21).

Auf der am 15. Februar 1925 tagenden Parteikonferenz der süddeutschen Bezirke der KPD, in denen die Rechtsopportunisten, die Anhänger Brandlers, noch über eine Reihe von Positionen verfügten, hatte Ernst Thälmann das Referat gehalten und sich mit den Rechten auseinandergesetzt, die von der übergroßen Mehrheit der Delegierten eine Abfuhr erhielten (Bl. 18/20).

Das war auch den Organen der herrschenden Klasse bekanntgeworden, die durch Spitzel ebenfalls erfuhren, daß am 16. Februar eine Besprechung stattfinden sollte, um nach der am 14. Februar erfolgten Aufhebung des Verbots der KPD in Bayern Maßnahmen für das Herausreten der Partei aus der Illegalität festzulegen und die nächsten Aufgaben zu beraten.

Die herrschende Klasse hatte ein Interesse daran, daß die Opportunisten in der KPD Einfluß behielten. Der württembergische Innenminister Bolz ließ im Landtag bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der kommunistischen Fraktion anläßlich der Verhaftung durchblicken, daß ihm die „Widerstände“ der Opportunisten gegen die Politik der Kommunistischen Internationale und der KPD nicht unangenehm waren. Er stellte fest, daß die Parteiarbeiterkonferenz diesen „Widerstand“ brechen sollte. „Man wollte die etwas gemäßigeren, vernünftigeren Leute unschädlich machen“ (Bl. 30). Diese Ausführungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die rechten Fraktionsmacher und zeugen sehr deutlich von ihrer verhängnisvollen Rolle. Daß Bolz besonders der aufrechte Revolutionär und Arbeiterführer Ernst Thälmann verhaßt war, kam zum Ausdruck, als er aus der Rede Ernst Thälmanns auf der Parteiarbeiterkonferenz einige Stellen zitierte, die den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und die Aufgaben der proletarischen Revolution behandelten (Bl. 32).

Eugen Bolz, dessen Biograph Max Miller überrascht tut, daß sich dieser „Demokrat“ 1930 gegen das Parlament und für die Diktatur aussprach², lieferte schon 1925 den offenen Beweis für seine antidemokratischen Auffassungen. Er bestritt der KPD das Recht, sich bei dem Protest gegen den Immunitätsraub an ihren Abgeordneten auf die Verfassung zu berufen und die gleichen Wirkungsmöglichkeiten wie die anderen Parteien zu verlangen (Bl. 35). Er erklärte, daß die KPD nur „eine geduldete Partei“ sei und daß es Pflicht sei, sie als „eine Partei unter Polizeiaufsicht“ anzusehen. Er verstieg sich dann zu der Behauptung, daß in der Besprechung am 16. Februar 1925 die „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ betrieben worden wäre (Bl. 37). Die Immunität sei deshalb nicht verletzt worden, weil — nach Bolz — die Abgeordneten „auf frischer Tat gefaßt und festgenommen worden“ wären (Bl. 38). Er stellte diese unsinnige Behauptung zur Rechtfertigung des Gewaltaktes auf, obwohl er selbst eingestehen mußte (Bl. 36), daß in der betreffenden Sitzung ein „Statut zur Reorganisation der Partei in Bayern“, das bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden war, und eine politische Resolution beraten wurden — also von Vorbereitung zum Hochverrat gar keine Rede sein konnte.

Daß die Hochverratsbeschuldigung eine üble Verleumdung der KPD war, geht schon daraus hervor, daß sich der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe aus Furcht vor der Empörung, die die Verletzung verfassungsmäßiger Rechte in der Öffentlichkeit hervorrufen würde, und unter dem Druck des Protestes der KPD noch am 16. Februar 1925 gezwungen sah, den Reichsinnenminister Schiele aufzufordern, die sofortige Freilassung der Abgeordneten zu veranlassen (Bl. 2). Das gleiche zeigte eine Aktennotiz des Reichsinnenministers Külz vom 12. Februar 1926, in der es heißt, daß der württembergische Gesandte bei der Reichsregierung in Berlin „Bedenken trägt“, das Material über

² Max Miller: Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951, S. 551.

die erfolgte Verhaftung „dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags in Abschrift zu übermitteln. Er zieht es vor, die vom Ausschuß erfordernden Erklärungen mündlich abzugeben“ (Bl. 41).

Die parlamentarischen Sachwalter der deutschen Imperialisten und Militaristen sahen sich in die Enge getrieben und bemühten sich, die offene Verletzung der Verfassung zu vertuschen. Von Monat zu Monat wurde die Behandlung des Protestes der kommunistischen Abgeordneten im Geschäftsordnungsausschuß hinausgeschoben. Am 20. Februar 1926 behandelte der Ausschuß endlich die Angelegenheit. Er vertagte sie, um weitere Untersuchungen anzustellen (Bl. 47). Am 9. und 10. Juni 1926 stand sie erneut auf der Tagesordnung, wurde aber nicht behandelt, da angeblich noch Material fehlte (Bl. 55). Am 22. Juni 1926 erwartete der württembergische Gesandte noch die Stellungnahme seiner Regierung (Bl. 109), so daß vertagt werden mußte. Am 1. Dezember 1926 beschloß der Ausschuß eine weitere Vertagung (Bl. 113). Am 13. Mai 1927 konnte die Angelegenheit nicht behandelt werden, da der Berichterstatter nicht anwesend war (Bl. 114). Am 18. Mai und am 26. Juni 1927 stand sie auf der Tagesordnung, wurde aber nicht behandelt (ebenda). Am 5. Dezember 1927 bequemte sich schließlich der Ausschuß, nach fast drei Jahren die Angelegenheit zu behandeln. Er sah sich nach jahrelangen Verschleppungsmanövern gezwungen, kleinlaut vorzuschlagen, daß die Reichsregierung die württembergische Regierung auffordert, ihre Behörden anzuweisen, „in Zukunft Verletzungen von verfassungsmäßigen Rechten von Abgeordneten zu verhindern“ (Bl. 121/122). Das war das offene Eingeständnis des Verfassungsbruchs durch die herrschende Klasse, eines der unzähligen Zeugnisse dafür, daß selbst die formale bürgerliche Demokratie von der Bourgeoisie jederzeit beiseitegeschoben wird, sobald sie ihre Macht durch die unter Führung der Arbeiterklasse kämpfenden Volksmassen gefährdet sieht.

18. Februar 1925

An den
Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags
Hier

Am 16. Februar d. J. fand in *Cannstadt* bei Stuttgart im Anschluß an die süddeutsche Parteikonferenz der KPD eine Besprechung statt mit bayerischen Delegierten über die Lage in Bayern nach Aufhebung des Ausnahmezustandes. Unter anderem wurden auch die parlamentarischen Angelegenheiten, wie im Bayerischen Landtag versucht werden soll, auf verschiedenen Gebieten mit der kommunistischen Reichstagsfraktion gemeinsame Arbeit zu leisten, besprochen. Gegen 12 Uhr mittags erschienen plötzlich ca. 20 Kriminalbeamte, die sofort das Haus umstellten, in das Lokal eindrangten und den Sitzungssaal besetzten. Durch Maßnahmen, die in dieser Situation nicht erforderlich waren, wie z. B. Bedrohen des Abg. Meyer-Franken und anderer mit dem Revolver, ferner durch ungebührliche Äußerungen wirkte das Auftreten der Polizei provokatorisch. Sämtliche Teilnehmer, darunter auch die Mitglieder des Reichstags Ernst Thälmann, Meyer-Franken, Buchmann und Putz und 5 bayerische Landtagsabgeordnete, wurden polizeilich verhaftet mit

der Begründung, es handle sich um eine Geheimsitzung. Trotz mehrfachen Protestes der Reichstags- sowie der bayerischen Landtagsabgeordneten konnte die Polizei keinen ausreichenden Grund der Überholung der Sitzung und der sofortigen Sistierung der Abgeordneten angeben. Erst als später der Staatsanwalt des Polizeipräsidiums herangezogen wurde, gab dieser nach einer halben Stunde als Grund an, daß verschiedenes Material, das in der Sitzung aufgefunden wurde, ihn überzeuge, daß die Sitzung dazu diene, hochverräterische Vorbereitungen zu treffen.

Es erfolgte sofort eine körperliche Durchsuchung aller Teilnehmer, und trotz des Protestes der Reichstags- und Landtagsabgeordneten wurden auch sie dieser Durchsuchung unterzogen. Darauf wurden alle Teilnehmer, trotz des abermaligen Protestes der Abgeordneten, nach dem Polizeipräsidium transportiert. Das Absenden von Telegrammen sowohl an den Präsidenten des Reichstags sowie an die kommunistische Reichstagsfraktion wurde zwar zugesagt, aber von 1½ bis 4 Uhr verzögert. Um 4 Uhr wurde auf Protest hin vereinbart, daß in einer halben Stunde die Absendung erfolgen solle, wenn bis dahin die Freilassung nicht erfolgt sei. Diese Absendung erfolgte erst um 6 Uhr.

Erst nachdem sich die völlige Haltlosigkeit des vorgeschützten Vorwandes erwiesen hatte, wurden sämtliche Reichstagsabgeordneten gegen 7 Uhr abends freigelassen.

Da schon bei der ersten persönlichen Durchsuchung der Abgeordneten keinerlei belastendes Material vorgefunden wurde, war die Festnahme von Anfang an ungesetzlich. Ein Fall des Artikels 37 der Reichsverfassung lag also nicht vor.

Die unterzeichneten Abgeordneten legen hiermit gegen den offenen Immunitätsbruch Beschwerde ein und erwarten auch insbesondere, daß die Einleitung eines Straf- und Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten veranlaßt wird.

gez. Thälmann, Putz,
Meyer-Franken
Mitglieder des Reichstags

PAUL SCHWENK

Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial

In der Neuausgabe der „Spartakusbriefe“, Dietz Verlag, Berlin 1958, ist unter Nr. 2 ein „Referentenmaterial vom Bildungsausschuß Niederbarnim“ vom Dezember 1914 mit aufgenommen worden.¹ Was Hellmuth Kolbe in seinem Vorwort dazu sagt², bedarf einer Richtigstellung. Auch das erneut abgedruckte „Vorwort zum ersten Band der Spartakusbriefe“ von Ernst Meyer ist, was das Referentenmaterial betrifft, nicht genau. Ich möchte daher als Initiator und Mitherausgeber des Materials den historischen Sachverhalt schildern.

Zwei oder drei Tage nach dem 4. August 1914, nachdem sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion — für uns völlig unerwartet — in die Kriegsfront der deutschen Imperialisten eingereiht hatte, kamen meine Lebensgefährtin Martha Arendsee und ich mit Otto Gäbel zusammen, um uns, noch ganz aufgewühlt von dem schamlosen Klassenverrat, darüber zu beraten, was zu tun sei. Martha Arendsee war damals Buchhalterin in der Konsumgenossenschaft, sozialdemokratische Frauenleiterin des Kreises Niederbarnim und Vertreterin der Frauen im Zentralvorstand des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin, Otto Gäbel war Buchbinder und Obmann des Bildungsausschusses von Niederbarnim, ich Berichterstatter für den „Vorwärts“ und Vorsitzender des Wahlvereins Friedrichsfelde.³ Wir hatten schon seit Jahren eng miteinander zusammengearbeitet.

Wir drei waren uns sofort einig, daß gegen die Politik des Klassen-

¹ Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 5–9.

² Vgl. ebenda, S. XI–XIII.

³ Zum Landkreis Niederbarnim gehörten damals noch so bedeutende Industriegemeinden wie Tegel, Reinickendorf, Weißensee, Lichtenberg und Oberschöneweide, die erst 1920 mit Berlin zur Stadtgemeinde Groß-Berlin vereinigt worden sind. In diesen damaligen Randgemeinden hatte die Arbeiterpartei starke Ortsgruppen, so daß wir in unserem Wahlkreis eine ständig wachsende Mehrheit bei den Reichstagswahlen erzielten. Bei den preußischen Landtagswahlen des Jahres 1912 konnte selbst das erzreaktionäre Dreiklassenwahlrecht die Wahl zweier Sozialdemokraten — Konrad Haenisch und Otto Braun — in unserem Kreis nicht mehr verhindern.

Die Wahlvereine der einzelnen Orte des Kreises waren im Kreiswahlverein Niederbarnim zusammengeschlossen, und dieser gehörte, wie die Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Spandau-Osthavelland, dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin an.

verrats mit allen Mitteln angekämpft werden müsse. Zunächst aber wollten wir uns vergewissern, wer von den Genossen im Kreis mit uns gehen würde. Wir waren fest davon überzeugt, daß die meisten begeistert mitmachen würden. Unsere hochgespannten Erwartungen erfüllten sich jedoch nicht. Ein Teil der Genossen, auf die wir bestimmt hätten zählen dürfen, war bereits zum Heeresdienst eingezogen. Von den übrigen wollten sich manche, es waren vor allem die älteren Genossen, an nichts beteiligen, was — wie sie meinten — gegen die Parteidisziplin verstoße und den Bestand der Partei gefährde. Außerdem wähten sie, den Mitgliedern würde vom Parteivorstand noch die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben werden und der Parteivorstand müßte, wenn gegen ihn entschieden würde, seine Haltung ändern. So vermochten wir vorerst nur eine kleine Gruppe von 15 bis 20 Genossen um uns zu sammeln.

Ähnlich sah es in den anderen Kreisen des Verbandes Groß-Berlin aus. Am entschiedensten und umfassendsten entwickelte sich die Opposition in dem Riesenwahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, wo die Partei besonders in Neukölln, Tempelhof, Marienfelde, Schöneberg und Charlottenburg starke Ortsvereine hatte. Natürlich nahmen wir auch dorthin und zu den anderen Berliner Wahlkreisen Verbindungen auf.

Die Unterredungen, die wir mit den Genossen und Genossinnen führten, waren sehr aufschlußreich. Die schroffe und unerwartete Wendung unserer Reichstagsfraktion und die Tatsache, daß die Zustimmung zu den Kriegskrediten einstimmig erfolgt war, hatten geradezu niederschmetternd gewirkt. Daß eine kleine Minderheit sich nur dem Fraktionszwang gefügt hatte, wurde ja erst nach und nach bekannt. Die „Vorwärts“-Redaktion hatte, weil sie Repressalien der Militärbehörden befürchtete, nicht gewagt, eine von ihr gegen die Bewilligung der Kriegskredite beschlossene Erklärung zu veröffentlichen. Das erfuhr ich auf der Redaktion auch erst nach einiger Zeit, ebenfalls, daß „unser“ Abgeordneter, Arthur Stadthagen, nicht zur Minderheit gehörte.

Fast ausnahmslos wurde von den Genossen, mit denen wir sprachen, ins Feld geführt, die großen Kundgebungen vom 28. Juli hätten doch eindeutig den Willen der Arbeiter, ihre Kraft gegen den Krieg einzusetzen, zum Ausdruck gebracht. Warum verzichtete die Parteiführung darauf, diese Kraft zu gebrauchen? Die zur Irreführung der Massen hinausposaunte Phrase vom „Verteidigungskrieg“ und die demagogische Losung „Gegen den Zarismus“ fanden bei den Genossen kein Echo.

Es muß überhaupt immer wieder gesagt werden — unsere Gespräche und Beobachtungen in jener Zeit ergaben das mit aller Bestimmtheit: kriegsbegeistert waren die Berliner Arbeiter nicht. Nur ein verschwindend kleiner Teil hat sich — und auch nur kurzfristig — von dem hurrapatriotischen Rummel des Bürgertums, der Kleinbürger, Beamten und Angestellten mitreißen lassen. Die übergroße Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft war gegen den Krieg. Sie bedrückte der Gedanke an die Folgen, die für sie und ihre Familien aus dem Krieg und seinen Begleit-

erscheinungen erwachsen würden. Sie verspürten, soweit sie noch kriegsdienstpflichtig waren und ihre Einberufung zu erwarten hatten, nicht die geringste Lust, ihre heilen Knochen und ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Der Teil der Arbeiter aber, der nicht in der Rüstungsindustrie oder in der Produktion lebenswichtiger Güter beschäftigt war, sah sich von der rasch einsetzenden Arbeitslosigkeit bedroht. Das alles waren bestimmt keine Perspektiven, die Kriegsbegeisterung erwecken konnten. Die Berliner Arbeiterschaft war nicht kriegsbegeistert. Von einer Auflehnung gegen den Krieg war allerdings auch nichts zu spüren. Die Stimmung, die wir in den ersten Wochen und Monaten vorfanden, war etwa so: Was können wir tun? Die Kriegsmaschine ist im Rollen. Es herrscht die unumschränkte Militärdiktatur. Wir kennen doch die Härte der Kriegsgesetze.

Nun erst erkannten wir, welch gewaltige ideologische und organisatorische Arbeit zu leisten war. Das spornte uns aber erst recht an, den Kampf aufzunehmen.

Der Bildungsausschuß von Niederbarnim gab für seine Zwecke schon seit etwa Jahresfrist regelmäßig ein Informationsmaterial heraus. Da der Obmann dieses Ausschusses mit zu unserem kleinen Aktiv gehörte, ergab es sich von selbst, diese Einrichtung für unsere illegale Arbeit auszunutzen. Das Informationsmaterial sollte sowohl zum Bindeglied der oppositionellen Genossen untereinander werden als auch ihnen Argumente in die Hand geben gegen die ideologischen Vernebelungsversuche des Parteivorstandes und der Parteipresse; denn die Redaktionen der Parteizeitungen waren bis auf wenige Ausnahmen wie auf Kommando gleichfalls zu Herolden des imperialistischen Krieges geworden.

Ich möchte hier jedoch ausdrücklich feststellen, daß wir bei unserem Vorhaben auch nicht einen Augenblick an eine Parteispaltung dachten. Wir waren damals fest davon überzeugt, daß es gelingen werde, durch unsere Arbeit in der Partei die große Mehrheit für den Kampf gegen die Klassenverräter zu gewinnen und diese auszuschneiden. Das war soweit ich sehen konnte, auch der Standpunkt der weitaus meisten Genossen. Das offen auszusprechen scheint mir notwendig zu sein, weil es für die Beurteilung der Haltung der Gruppe „Internationale“ bzw. der Spartakusgruppe in dieser Frage wichtig sein dürfte. Erst später als wir Lenins Schriften in die Hand bekamen und bittere Erfahrungen gesammelt hatten, erkannten wir die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von den Opportunisten.

Die technische Herstellung des Referentenmaterials — Wachsplatten schreiben, Vervielfältigung und Versand — erfolgte in Gäbels Wohnung. Genosse Georg Kassler besorgte uns leihweise eine Schreibmaschine und einen Rotari. Die Kosten für Papier usw. bestritten wir aus eigener Mitteln. Die grundsätzlichen, wirkungsvoll geschriebenen Artikel, die wir in jeder Nummer an der Spitze bringen wollten, zu schreiben trauten wir uns nicht zu. Wir bemühten uns also um entsprechend Mitarbeiter. Die Genossen Käthe und Hermann Duncker, an die wir un-

deswegen wandten, vermittelten eine Besprechung mit Genossen Franz Mehring in ihrer Steglitzer Wohnung. Sie fand am 29. November 1914 abends statt. Von uns haben Martha Arendsee, Otto Gäbel und ich teilgenommen.

Genosse Mehring hörte uns aufmerksam an, musterte währenddessen einen nach dem anderen durch seine scharfen Brillengläser und sagte, nachdem wir unser Anliegen vorgebracht hatten, wir hätten uns da allerdings viel vorgenommen, da er aber sehe, daß wir fest entschlossen seien, und da der Kampf gegen die Kriegspolitik des Parteivorstandes tatsächlich mit aller Schärfe und mit allen Mitteln geführt werden müsse, wolle er uns gern helfen. Ich wies dann auf den infamen Artikel hin, den Konrad Haenisch im „Hamburger Echo“ hatte veröffentlichen lassen. Wir waren noch besonders darüber entrüstet, daß Haenisch, der „unser“ Abgeordneter im Preußischen Landtag war und immer den Radikalen herausgekehrt hatte, über Nacht zum fanatischen Sozialchauvinisten geworden war. Wir baten Genossen Mehring, eine Entgegnung zu schreiben. Er sagte zu und hielt Wort. Schon nach wenigen Tagen schickte er uns den Artikel „Die Parteinahme der deutschen Sozialdemokratie für den Krieg“⁴. Er bildete das Kernstück der ersten Nummer unseres Referentenmaterials.⁵

Diese Nummer ist um den 10. Dezember 1914 herum zum Versand gekommen. Es sind etwa 300 Exemplare gewesen. Ungefähr die Hälfte davon ging an oppositionelle Genossen im Reich, deren Adressen uns Clara Zetkin zur Verfügung gestellt hatte. Insgesamt sind von uns fünf Nummern des „Niederbarnimer Referentenmaterials“ herausgegeben worden. Wir mußten die Auflage ständig erhöhen. Liebknechts „Nein“ vom 2. Dezember und Karl Legiens Attacke gegen unsere erste Nummer, worüber ich gleich noch berichten werde, steigerten die Nachfrage beträchtlich. Leider sind mir in der Nazizeit alle Belegstücke verlorengegangen. Anscheinend ist überhaupt nur das eine in den „Spartakusbriefen“ abgedruckte Exemplar erhalten geblieben.

In einer der anderen Nummern — ich entsinne mich nicht mehr, in welcher — ist auch ein Beitrag von Marchlewski (Karski) veröffentlicht worden. Ich erinnere mich, daß Gäbel und ich deswegen mit Marchlewski in seiner Wohnung eine Unterredung hatten. Ob ein Beitrag von Genossen Hermann Duncker noch publiziert werden konnte, vermag ich nicht mehr zu sagen. Das weitere Erscheinen des Referentenmaterials wurde dadurch unterbunden, daß Gäbel im März und ich Ende April 1915 zu den Schippnern (Armierungssoldaten) eingezogen wurden.

Die Dokumente, die in der Neuausgabe der „Spartakusbriefe“ unter Nummer 1 und 3 auf den Seiten 3–4 und 10–12 abgedruckt sind, gehören nicht zu unserem Referentenmaterial. Für diese Dokumente kommt höchstwahrscheinlich Genosse Wilhelm Pieck als Herausgeber in Betracht. Mit ihm hatten wir Ende März oder Anfang April 1915

⁴ Vgl. Spartakusbriefe, S. 5–9.

⁵ Vgl. hierüber auch Martha Arendsee: Kampf der ‚Niederbarnimer Opposition‘ im ersten Weltkrieg. In: Unter der roten Fahne, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 75 ff.

eine Unterredung in einem Lokal in der Wilhelmstraße, nahe Belle-Alliance-Platz, wo wir die Übergabe des gesamten Adressenmaterials an ihn vereinbarten, die einige Tage darauf dann erfolgt ist. Genossen Wilhelm Pieck standen sowohl technisch-organisatorisch als auch hinsichtlich des Kreises der Mitarbeiter — in der Gruppe „Internationale“ — ganz andere Möglichkeiten zu Gebote als unserem recht bescheidenen Unternehmen.

Unser aus proletarischem Verantwortungsbewußtsein geborener Versuch, die oppositionellen Genossen im ganzen Reich zusammenzufassen, wäre wohl längst der Vergessenheit anheimgefallen, wenn er nicht — ohne unser Zutun — durch zwei Umstände größere Bedeutung erlangt hätte. Gleich die erste Nummer unseres Referentenmaterials erregte bei den Kriegskreditbewilligern einen fast hysterischen Wutanfall. Es war eben der schlagkräftige Inhalt des Artikels von Franz Mehring, der sie so aufbrachte, ohne daß sie wußten, wer der Verfasser war. Die hieb- und stichfeste Argumentation Franz Mehrings hatte sogar den Vorsitzenden der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Karl Legien, auf den Plan gerufen. Er berief zum 27. Januar 1915 eine Versammlung von Gewerkschaftsangestellten ein mit dem Thema: „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ Die Versammlung war von etwa 1200 bis 1500 ausgesuchten Gewerkschaftsfunktionären besucht. Legien polemisierte hauptsächlich gegen unser Referentenmaterial und zitierte zum Beweis für unsere „Verworfenheit“ ausgiebig aus Franz Mehrings Artikel. Er forderte von den Gewerkschaftsfunktionären, daß sie an den Zahlabenden und in den Mitgliederversammlungen der Partei allen oppositionellen Regungen energisch entgegenzutreten. Um seinem arbeiterfeindlichen Appell auch außerhalb Berlins eine breite Wirkung zu verschaffen, ließ Legien sein Referat mit den Zitaten aus unserem Referentenmaterial in großer Auflage drucken und sorgte so — sicher gegen seinen Willen — für eine von uns schmunzelnd akzeptierte weite Verbreitung unserer Auffassung.

Die Legiensche Broschüre kam auch in die Hände Lenins. Er unterzog sie im Abschnitt VIII seiner im Sommer 1915 verfaßten Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ einer vernichtenden Kritik, wobei er — sicher auch, ohne zu wissen, wer der Verfasser war — einige Kernsätze aus den von Legien zitierten Ausführungen Mehrings als außerordentlich treffend hervorhob.⁶

Durch Legiens wütende Attacke gegen Franz Mehrings Artikel und vor allem durch Lenins volle Zustimmung zu Mehrings revolutionärer Auffassung hat unser Referentenmaterial erst historische Bedeutung erlangt. Unser Kollektiv örtlicher Funktionäre kann für sich nur in Anspruch nehmen, den Versuch unternommen zu haben, die Opposition im ganzen Reich zusammenzuführen, mehr nicht.

In dem Vorwort von Ernst Meyer ist auch der Aufruf „Die Welt spcit

⁶ Vgl. W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 57–63.

Blut“ erwähnt.⁷ Damit hat es folgende Bewandtnis: Als Berichterstatter hatte ich Gelegenheit, in der „Vorwärts“-Redaktion ausländische Parteizeitungen zu lesen, soweit sie nach Kriegsausbruch, meist über die Schweiz, noch nach Deutschland hereinkamen. Aus ihnen ersah ich, daß sich z. B. in Frankreich und England die Sozialisten bei der aktiven Unterstützung der Kriegspolitik „ihrer“ Regierungen auf das Beispiel der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beriefen. Das empörte mich, und ich machte den Vorschlag, durch einen Aufruf den Arbeitern der am Krieg beteiligten Länder zu beweisen, daß in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Gruppen am Werk waren, die gegen den Krieg und die Kriegspolitik des Parteivorstandes kämpften und den Gedanken der internationalen Solidarität hochhielten. Genosse Dr. Fritz Ausländer, ein Lehrer an einer höheren Schule Berlins, übernahm es, einen Entwurf auszuarbeiten. Wir stimmten ihm zu, und der Aufruf wurde — wie das Informationsmaterial — vervielfältigt und Ende Februar 1915 versandt. Gleichzeitig schickte ich den Text an eine Genossin in Amsterdam, deren Adresse wir Clara Zetkin verdankten. Der Aufruf wurde dort wärmstens begrüßt und nach London an Mitglieder der damals bestehenden ILP⁸ sowie nach Paris weitergeleitet.

Als Martha Arendsee Ende März 1915 zur Internationalen Frauenkonferenz nach Bern fuhr, nahm sie den Text, in Einlegesohlen eingenaht, mit. Robert Grimm, einer der bekanntesten Schweizer Sozialdemokraten, ließ den Aufruf drucken und verteilte ihn an die Delegierten. Er ist im April 1915 in der „Humanité“ abgedruckt worden. Das „Berliner Tageblatt“ nahm Notiz davon, schrieb den Aufruf aber Karl Liebknecht und Clara Zetkin zu. Clara berichtigte, daß weder sie noch Karl die Verfasser seien, der Aufruf vielmehr von einer Gruppe revolutionärer Arbeiter stamme; sie sei aber mit dem Inhalt völlig einverstanden.⁹

⁷ Vgl. Spartakusbriefe, S. XXXV.

⁸ ILP — Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei). Die 1893 gegründete englische Unabhängige Arbeiterpartei veröffentlichte im ersten Weltkrieg einige pazifistische Deklarationen. Sie schloß sich zwar den Zimmerwalder Beschlüssen an, führte jedoch keinen ernsthaften Kampf gegen den Krieg und trat auch nicht aus der sozialimperialistischen Labour Party aus.

⁹ Vgl. hierzu auch Martha Arendsee: Kampf der ‚Niederbarnimer Opposition‘ im ersten Weltkrieg. In: Unter der roten Fahne, S. 79–80.

Ein Nachwort zum Beitrag von Paul Schwenk

Der Artikel des Genossen Schwenk ist ein hervorragendes Beispiel dafür, welch großen Wert die Erinnerungen alter Genossen haben können und wie notwendig es ist, derartige Beiträge zu veröffentlichen. Der Artikel beweist auch, daß die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Arbeit der Kommissionen bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED systematisch gelenkt und auch darauf gerichtet sein müssen, bestimmte Lücken, die sich in Darstellungen geschichtlicher Ereignisse und in Dokumenten finden, auszufüllen. Im gegebenen Fall ist Genosse Paul Schwenk der letzte Überlebende, der über die Entstehung des Niederbarnimer Referentmaterials und den Verfasser des in den neu herausgegebenen „Spartakusbriefen“ nachgedruckten Artikels Auskunft geben kann.

Als historisches Dokument hat der Artikel Franz Mehrings große Bedeutung. Die zu Sozialchauvinisten gewordenen opportunistischen Führer der Sozialdemokratie aller Länder und die Zentristen unter Führung Kautskys suchten nach dem Beginn des ersten Weltkrieges ihren Verrat mit der Behauptung zu entschuldigen, sie hätten mit ihrem Übergang ins Lager ihrer imperialistischen Bourgeoisie nur dem Willen der Massen und der Parteimehrheit entsprochen. Das Gelöbnis auf dem Internationalen Kongreß in Basel (1912), den Beginn des imperialistischen Krieges mit der Verschärfung des Klassenkampfes zu beantworten, sei keine Verpflichtung für den Kriegsfall, sondern „eine Festtagsdeklamation, eine bombastische Drohung gewesen“. Über diese Ausrede, die uns hier und da noch heute begegnet, schrieb Lenin: „Das ist aber unwahr. Das Manifest ist nur ein Resultat der großen propagandistischen Arbeit der ganzen Epoche der II. Internationale, nur eine Zusammenfassung dessen, was die Sozialisten in Hunderttausenden von Reden, Artikeln, Aufrufen in allen Sprachen in die Massen geworfen haben... Das Baseler Manifest als Phrase oder als Irrtum darzustellen bedeutet, als Phrase oder Irrtum die ganze sozialistische Arbeit der letzten 25 Jahre darzustellen.“¹

Andere, die dem Sozialismus die Treue hielten und gegen den imperialistischen Krieg kämpften, waren vom Verhalten der Massen so sehr enttäuscht, daß sie vom „Versagen der Massen“ sprachen. Diese Auf-

¹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 757–758.

fassung war nur aus der Illusion zu erklären, die überrumpelten und verwirrten Massen könnten sich ohne organisatorische Vorbereitung und ohne die Führung durch einen ideologisch einheitlichen und kampf-erfahrenen Vortrupp gegen die Imperialisten, gegen die Militärdiktatur und die verräterischen Führer spontan erheben. Die Behauptung vom „Versagen der Massen“ finden wir während des ganzen Krieges immer wieder und auch in der Periode der Novemberrevolution und selbst später. Wir wissen, daß die Vertreter der kapitalistischen Parteien wie die ihnen wesensverwandten antimarxistischen und grundsatzlosen „Sozialisten“ jeden Fehlschlag, jedes ungünstige Wahlergebnis nicht auf ihre Politik, sondern auf das „Versagen der Massen“ zurückführen. Auch sonst kann man dieser bürgerlichen Redensart oft begegnen.

Lenin fiel nach dem 4. August 1914 sofort mit der schärfsten Kritik über die Verräter und feigen Kapitulanten her, die die Verantwortung für ihr Renegatentum den Massen aufbürden wollten. Immer wieder kam er auf diese Frage zurück, deren prinzipielle Bedeutung er begründete. So wie man die Massen im Kapitalismus nicht für ihre Ausbeutung, ihre Entrechtung, ihre geistige Verkrüppelung von Kindesbeinen an und alle sich daraus ergebenden Folgen verantwortlich machen kann, so auch nicht dafür, daß die verbündeten Imperialisten und Rechtssozialisten im Weltkrieg die Massen betrogen, knebelten und zum Kanonenfutter machten. Wer sich über das Wesen des kapitalistischen Staates klar ist, kann niemals die Massen anstatt ihre Führer verantwortlich machen. Die Anklage gegen die Massen, besonders wenn sie oft wiederholt wird, hat überdies keine mobilisierende, sondern eine demobilisierende Wirkung. Sie züchtet Fatalismus bei der Vorhut, von deren Einsicht, Energie und breit entfalteter Massenpolitik alles abhängt. Der Zusammenhang zwischen fehlerhaften Auffassungen von der Rolle der Spontaneität und aus Enttäuschungen geborenen Behauptungen vom „Versagen der Massen“ ist unverkennbar. Fehlerhafte Theorien müssen politische Fehler im Gefolge haben.

Lenin legte in dem im Sommer 1915 geschriebenen Aufsatz „Der Zusammenbruch der II. Internationale“² u. a. den marxistischen Standpunkt in der Frage der Rolle der Massen im Kriege dar. Dasselbe Thema behandelte er in dem Artikel „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“³, der im Januar 1916 in Nr. 1 des „Vorboten“ erschien, einem Organ der von Lenin gesammelten internationalen Linken.

Lenin ging davon aus, daß revolutionäres Handeln revolutionäre Organisiertheit voraussetzt, daß also — auf die Situation vom August 1914 bezogen — mindestens eine ideologisch einheitliche und innerhalb von Partei und Gewerkschaften organisierte und einheitlich handelnde Fraktion notwendig war. Davon war aber in keiner westeuropäischen Partei die Rede. In Deutschland waren die Revisionisten und Opportu-

² W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, Dietz Verlag, Berlin 1951.

³ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 755–766.

nisten schon mehr als ein Jahrzehnt insgeheim und offen fraktionell organisiert, besaßen sogar ein eigenes fraktionelles Organ, die „Sozialistischen Monatshefte“, untergruben systematisch die marxistischen Fundamente und revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie und brachten planmäßig eine führende Position in der Arbeiterbewegung nach der anderen in ihre Hände. Freilich war das nur möglich infolge der in der Partei herrschenden Friedfertigkeit „im Interesse der Einheit“.

Das Zusammenspiel von Regierung und rechten Führern der Partei und der Gewerkschaften ermöglichte im August 1914 den schändlichen Volksbetrug, lähmte die besten Kräfte der Arbeiterklasse, die sich unter den schweren Bedingungen des Krieges für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Sozialverräter erst neu organisieren mußten. Da die Reihen der revolutionären Arbeiter aber immer wieder durch Einberufung zum Heer, durch Denunziationen, Verurteilungen und die sogenannte Schutzhaft gelichtet wurden, war es während des Krieges ungeheuer schwierig, revolutionäre Organisationen zu schaffen.

Als Franz Mehring im Dezember 1914 den Artikel für das Niederbarnimer Referentenmaterial schrieb, waren ihm die Zusammenhänge klar. Wenn man Lenins oben erwähnte tiefschürfende Abrechnung mit den die Massen verleumdenden Renegaten mit dem Artikel Franz Mehrings vergleicht, so fällt die Übereinstimmung deutlich ins Auge. Mehring wie Lenin bezeichneten die Führer der Sozialdemokratie als „Würger der revolutionären Energie“, die „die revolutionäre Energie nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gelähmt“ hätten.⁴

Lenin entnahm der Broschüre Legiens Zitate aus dem Referentenmaterial von Niederbarnim, die noch heute nicht nur historische Bedeutung haben. So heißt es da, die revolutionären Sozialdemokraten hätten einen Faktor nicht voraussehen können, nämlich: „Die Einsetzung der ganzen organisierten Macht der deutschen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften für die kriegführende Regierung, die Anwendung dieser Macht zum Zwecke der Dämpfung der revolutionären Energie der Massen.“⁵

„Das ist unbedingt wahr“, schrieb Lenin und zitierte weiter: „Mit der Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August war entschieden, daß eine andere Auffassung, auch wenn sie tief in den Massen wurzelte, sich nur durchsetzen konnte, nicht unter Führung der erprobten Partei, sondern nur gegen den Willen der Parteinstanzen, unter Überwindung des Widerstandes der Partei und der Gewerkschaften.“⁶

Lenin fügte hinzu: „Das ist absolut richtig“ — und zitierte noch: „Hätte die sozialdemokratische Fraktion am 4. August ihre Pflicht ge-

⁴ Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 7/8.

⁵ W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, S. 58.

⁶ Ebenda.

tan, dann wäre die äußere Form der Organisation wahrscheinlich vernichtet worden, aber der Geist wäre geblieben, jener Geist, der die Partei während des Sozialistengesetzes beseelte und sie alle Schwierigkeiten überwinden ließ.⁷

Lenin zitierte sichtlich mit Freude aus dem Niederbarnimer Material, konnte er doch damit den Kämpfern gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Verräter des Sozialismus in allen Ländern Kunde geben von der Prinzipienfestigkeit der Linken in Deutschland. Mit wieviel mehr Freude hätte er zitiert, wenn ihm der greise Haudegen Franz Mehring als Verfasser bekannt gewesen wäre!

Auch das vorliegende Beispiel beweist, daß Franz Mehring während des ersten Weltkrieges eine hervorragende Stellung unter den Linken einnahm, obwohl sein hohes Alter die Teilnahme am Kampf einschränkte. Freilich teilte er manche Irrtümer, die bei den Linken auftraten, aber niemand in Deutschland neben Karl Liebknecht hat die Rolle der Massen im ersten Weltkrieg tiefer erfaßt als er. In seinem Brief an die Bolschewiki im Juni 1918 hat er als erster offen ausgesprochen, daß der Bruch mit den Zentristen und die Schaffung einer selbständigen revolutionären Partei schon Jahre vorher hätten vollzogen werden müssen.⁸ Er hat, allen reaktionären Prophezeiungen, allen „sozialistischen“ Unkenrufen über das baldige „unvermeidliche“ Ende der Sowjetmacht und allen kleinmütigen Zweifeln gegenüber, schon im Dezember 1917, in den schwersten Tagen der Sowjetmacht, eine Entwicklung vorausgesagt, die alle Herzen entflammen mußte, obwohl Mehring mit Rücksicht auf die Militärzensur in der „Sklavensprache“ zu schreiben gezwungen war. In seinem Artikel „Neujahr 1918“, der am 31. Dezember 1917 in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, schrieb er: „Für sie (d. h. die Große Sozialistische Oktoberrevolution. — R. L.) gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts, und wenn erst ein oder ein paar Jahre, ein oder ein paar Jahrzehnte die Massen (Hervorhebung von mir. — R. L.) des gewaltigsten Reichs ins Glühen gebracht haben, dann wird ihr heißer Hauch manchen ehernen Felsen schmelzen, der sich heute noch unerschütterlich dünkt.“⁹

Wieder sind es die Massen, in deren Schöpferkraft Mehring alles Vertrauen setzt. Welch grandiose Perspektive nicht nur für die junge Sowjetmacht, sondern auch für den Sozialismus in der ganzen Welt! Welch einzigartig kühne Kriegserklärung an die deutschen Imperialisten und an die Beherrscher der stärksten Kriegsmaschine Europas!

Paul Schwenk hat durch seine Erinnerungen aus dem Dezember 1914 dem großartigen Bild Franz Mehrings einen ehrenvollen Zug hinzugefügt.

⁷ Ebenda.

⁸ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 158.

⁹ Ebenda, S. 54.

Mitteilung des Sekretariats des Zentralrats der FDJ

Das Sekretariat des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend führt anlässlich des 14. Jahrestages der Gründung der FDJ im März 1960 eine wissenschaftliche Konferenz durch, die sich mit der Geschichte und der Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend beschäftigen wird. Diese Konferenz soll dazu beitragen, die geschichtlichen Traditionen und die hervorragenden Leistungen unseres Jugendverbandes für die gegenwärtige politisch-erzieherische Arbeit der Freien Deutschen Jugend stärker ausnutzen zu können. Gleichzeitig soll die Konferenz einige theoretische Grundfragen der Geschichte der Freien Deutschen Jugend klären und auf eine umfassende Forschungsarbeit im Verband und in allen wissenschaftlichen Institutionen orientieren.

Wir bitten alle Historiker, Assistenten, Aspiranten, Studenten und Geschichtslehrer, den Jugendverband bei der Erforschung seiner Geschichte und bei der Vorbereitung der wissenschaftlichen Konferenz zu unterstützen.

Eine Bitte

Alle Kampfgefährten unseres unvergeßlichen Genossen Ernst Thälmann, die persönlich mit ihm zusammengekommen sind, werden gebeten, die Erinnerungen an diese direkten Begegnungen niederzuschreiben und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Sektor örtliche Arbeiterbewegung und Erinnerungen, zu übersenden. Diese Erinnerungen werden zu Forschungszwecken über das Leben und den Kampf Ernst Thälmanns dringend benötigt.

Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

Zur Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Magdeburg

Die Erforschung und Darstellung des Kampfes der KPD, sozialdemokratischer Arbeiter und anderer aufrechter Antifaschisten in der Zeit der Hitlerdiktatur vermitteln uns entscheidende Lehren für unser gegenwärtiges Ringen um die Lösung der nationalen Grundfrage, die Bändigung des westdeutschen Militarismus als Voraussetzung für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat.

Die Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung der SED, Magdeburg, arbeitet schon seit längerer Zeit an der Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk. Über einige ihrer Erfahrungen soll hier berichtet werden.

Die Kommission hat eine Reihe wertvoller Dokumente gesammelt, darunter illegale Zeitungen, wie die „Rote Fahne“, Mai-Nummer 1933, oder „Der Kampf“, Nr. 1, 1933, Flugblätter, verschiedene Anklageschriften, Schutzhaftbefehle, Fotokopien von Gestapoakten, Fotos von Widerstandskämpfern usw.

Auch Abschriften von den Vernehmungsprotokollen der Genossen Anton Saefkow, Franz Jacob und den Magdeburger Widerstandskämpfern Martin Schwantes, Hermann Danz, Johann Schellheimer, Fritz Rödel (alle im Februar 1945 hingerichtet) und Hubert Materlick (während der Untersuchungshaft ermordet) von der Staatspolizeistelle Magdeburg sowie eine Kopie der Anklageschrift gegen die vier hingerichteten Magdeburger Genossen sind in unserem Besitz. Aus den Dokumenten geht auch die Verbindung der Magdeburger Widerstandsbewegung mit der Saefkow-Gruppe hervor.

Diese Dokumente erhielten wir zum größten Teil von Parteiveteranen, die selbst illegal gearbeitet haben. Das ist um so höher anzuerkennen, weil es für sie wertvolle persönliche Erinnerungsstücke aus der Zeit ihres Kampfes gegen die Hitlerbarbarei sind. In vielen Fällen künden die Dokumente vom Tod ihrer besten Genossen und Kampfgefährten, von den Quälereien und Folterungen, die sie erlitten haben.

Nur ein Bruchteil der in unserem Besitz befindlichen Materialien stammt aus den staatlichen, städtischen oder Betriebsarchiven. Der Mangel an aussagekräftigen Quellen in den Archiven aus den Jahren 1933 bis 1945 erschwert unsere Forschungsarbeit außerordentlich.

Außer der systematischen Sammlung von Dokumenten wandten wir folgende Methode an: wir gaben einen Fragespiegel mit insgesamt 52 Komplexfragen an die uns bekannten Widerstandskämpfer heraus, um den Genossen die Abfassung ihrer Erinnerungen zu erleichtern bzw. ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen zu lenken, die nach unserer Ansicht besonders wichtig sind,

um alle Seiten des Widerstandskampfes zu erfassen. So stellten wir unter anderem folgende Fragen:

Kannst du vom Übergang der KPD und SPD in die Illegalität im Frühjahr 1933 berichten? In welcher Form arbeiteten in der ersten Zeit (etwa bis 1935) illegale Gruppen der KPD bzw. der SPD in Wohngebieten und Betrieben? Welche Flugzettel, Losungen, Parolen (Hauptinhalt) wurden herausgegeben, welche anderen Maßnahmen, wie Teilstreiks, wirtschaftliche Forderungen, Solidaritätssammlungen für verhaftete Antifaschisten usw., wurden durchgeführt, wie wurde der Kampf gegen den Faschismus organisiert? (Frage 11).

Was kannst du sonst vom illegalen Kampf in den Jahren 1935/38 (auch über kleinste Aktionen) berichten? Wo gab es in der antifaschistischen Tätigkeit Verrat? Wo wurden Verhaftungen durchgeführt, Prozesse gemacht, gegen wen wurden Strafen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ u. a. ausgesprochen (Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager, Arbeitslager) usw.? — Gab es Verbindungen zwischen den antifaschistischen Emigranten (besonders in der Tschechoslowakei, in Polen, England, Frankreich, in der Schweiz usw.) und den Antifaschisten Magdeburgs? Wie wurde die Verbindung hergestellt, mit wem, welches Material kam nach Magdeburg? (Frage 28).

Wo gab es Beispiele der Zusammenarbeit der Antifaschisten mit den ausländischen Zwangsarbeitern, den Kriegsgefangenen (besonders aus der Sowjetunion) und KZ-Häftlingen? In welcher Form wurde zusammengearbeitet, wie wurden sie unterstützt? Wurde Gefangenen zur Flucht verholfen? Gab es Repressalien durch die Unternehmer, Gestapo und Nazidienststellen? Wo wurden öffentliche Todesurteile an Antifaschisten oder ausländischen Gefangenen vollstreckt; welche Wirkungen hatten die Schandtaten auf die Werktätigen? (Frage 43).

Im Sommer 1943 wurde in der Sowjetunion das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gegründet. Ist dir diese Tatsache in den folgenden Monaten bekanntgeworden? Gab es in Magdeburg Verbindung zu den in verschiedenen Teilen Deutschlands bestehenden illegalen Gruppen des Nationalkomitees? (Frage 46).

Welche Verbindung bestand von Magdeburg zur Saefkow-Bästlein-Gruppe in Berlin? Gab es Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen in Deutschland? (Frage 48).

Dieser Fragespiegel wurde in Gruppen von drei bis vier Genossen, die gemeinsam illegal gekämpft hatten, durchberaten und — soweit wie möglich — schriftlich beantwortet.

Wie antworteten die Genossen auf unsere Fragen: Dafür seien einige Beispiele — in gekürzter Form — angeführt. Auf die Frage 11 berichtete uns Genosse Ernst Wilke unter anderem folgendes:

„Die Bezirksleitung (der KPD. — K. M.) führte schon im Januar und Februar 1933 in Großottersleben eine illegale Versammlung durch, in der der Übergang der Parteiorganisation in die Illegalität besprochen und vorbereitet wurde. Genossen der SPD beteiligten sich erst später, 1934/35, am illegalen Kampf in den Betrieben, Stadtteilen und Wohngebieten... Mittels Schreibmaschinen und Abziehapparaten gaben wir Flugblätter, Zeitungen, wie die ‚Tribüne‘ heraus... Diese illegale Arbeit wurde in allen Stadtteilen, auch im Bezirksmaßstab geleistet... Zeitungen, Flugblätter, Losungen usw. wurden ständig in Magdeburg herausgegeben. Solidaritätssammlungen in Form von Geld und Lebensmitteln für die Genossen und Antifaschisten in

den Gefängnissen, Zuchthäusern und auch in den Konzentrationslagern fanden bis zum Kriegsende 1945 statt...“

Die Genossen Fritz Herbst, Oskar Lehmann und Alfred Fichtner schrieben auf die Frage 28 u. a. folgendes nieder: „Ständig wurden illegale Zeitungen (wie die ‚Tribüne‘, das ‚Braunbuch‘, ‚Die rote Fahne‘, ‚Inprekorr‘, ‚Gegenangriff‘, ‚Volksstimme‘), Flugblätter usw. hergestellt und in den Betrieben R. Wolf, Krupp-Gruson-Werk u. a. Betrieben, in den Wohngruppen und Schrebergärten sowie bei den Arbeitern beim Flughafen Süd verteilt. Weiter wurde versucht, in allen Großbetrieben illegale Zellen aufzubauen. Bei der Firma R. Wolf bestand eine Betriebszelle... Im Betrieb wurden Zeitungen verkauft und Flugblätter in der Nachtschicht in den Werkstraßen verteilt... Der KJVD hatte im Sommer 1935 am Weinberg in Hohenwarthe einen Treff, woran etwa 20 Mitglieder des KJVD teilgenommen haben. Das Referat hielt hier der Plauener Genosse Rudolf Hallmeyer, der später von den Nazis hingerichtet wurde...“

Genosse Paul Hahn berichtete uns auf die Frage 48: „Nachdem ich im Jahre 1940 mit der Drohung entlassen wurde, daß, wenn wir uns weiterhin politisch betätigen, uns die Todesstrafe sicher wäre, nahmen wir sofort unsere illegale Tätigkeit wieder auf... Diese Arbeit führten wir in Verbindung mit sozialdemokratischen Genossen durch und hatten auch die Verbindung zu der Saefkow-Gruppe in Berlin.“

Alle derartigen Berichte wurden in einem größeren Kollektiv noch einmal durchgesprochen, um die vorhandenen Lücken zu schließen bzw. Unrichtigkeiten zu beseitigen. In vielen Fällen konnten Ungenauigkeiten bei Namens- oder Ortsangaben, Daten usw. berichtigt werden. Auch anhand der noch vorhandenen Anklageschriften, Schutzhaftbefehle, Prozeßberichte in der Presse oder Akten der Gestapo und Polizei werden die Angaben der Genossen ergänzt und vervollständigt.

Gegenwärtig sind wir dabei, die Presse von 1945 bis heute nach Artikeln über den antifaschistischen Widerstandskampf und Berichten, die der Erforschung des Widerstandskampfes dienen, durchzusehen, um auch diese Quelle für unsere Arbeit nutzbar zu machen. Diese Auswertung gab uns bereits manche wertvollen Hinweise.

Ein wesentlicher Mangel unserer Arbeit besteht darin, daß es uns noch nicht gelungen ist, die Mehrzahl der Kreiskommissionen in die Erforschung des illegalen Kampfes gegen den Faschismus mit einzubeziehen. Lediglich in Halberstadt gibt es in dieser Hinsicht gute Arbeitsergebnisse. Teilerfolge zeigen sich in Schönebeck, Staßfurt und Stendal.

Schwächen bestehen auch noch in der politischen Auswertung der bisherigen Ergebnisse unserer Forschungsarbeit für unsere tägliche Massenarbeit. Bisher geschah dies zumeist — außer in einigen Artikeln, Lektionen und Vorträgen — nur in den von uns erarbeiteten Ausstellungen, wie z. B. zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD, zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. Darüber hinaus stellen wir dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED für den Sammelband „Erkämpft das Menschenrecht“, Dietz Verlag, Berlin 1958, fünf Bilder von den Nazis ermordeter Genossen Widerstandskämpfer mit kurzen Biographien zur Verfügung. Eine derartige Zusammenarbeit mit zentralen wissenschaftlichen Instituten ist zweifellos für beide Teile sehr vorteilhaft, doch setzt sie, wenn sie noch erfolgreicher werden soll, ständige Kontakte und eine gegenseitige Information über geplante konkrete

Arbeitsvorhaben voraus. Einen Schritt vorwärts bei der Popularisierung des illegalen Kampfes der Antifaschisten des Bezirks Magdeburg brachte uns die Vorbereitung und Durchführung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, wo es darauf ankam, zu zeigen, daß der heroische Kampf der Antifaschisten um ein neues, demokratisches Deutschland in der DDR seine Erfüllung gefunden hat. Mit der Herausgabe einer Broschüre und der Veröffentlichung einer Artikelserie zum 15. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee wird die Bezirkskommission Magdeburg weiter auf diesem Wege voranschreiten.

Kurt Meissner

Bericht über die V. Internationale Konferenz der Institute für Marxismus-Leninismus sowie der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte, Bukarest, August/September 1959

Vor einem Jahr wurde im Bericht über die IV. Internationale Konferenz in dieser Zeitschrift festgestellt, daß die Institute und Kommissionen für Marxismus-Leninismus bzw. für Parteigeschichte vor einer qualitativ wie quantitativ neuen, höheren Etappe ihrer Entwicklung stehen. Die Parteihistoriker, so hieß es damals, „erforschen und propagieren die Theorie und Entwicklung des proletarischen Internationalismus, indem sie selbst in dieser Arbeit den proletarischen Internationalismus in die Tat umsetzen und auf der Grundlage eines *gemeinsamen* Arbeitsprogramms die gemeinsame Aufgabe *vereint* anpacken“¹. Der V. Internationalen Konferenz erwuchs die Aufgabe, die erste Bilanz aus den in der Zwischenzeit erreichten Arbeitsergebnissen zu ziehen und – entsprechend den zentralen politischen Aufgaben der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung – konkrete Empfehlungen für die künftige Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Parteihistoriker zu geben.

Schon im voraus sei festgestellt: Die V. Internationale Konferenz hat die ihr gestellten Aufgaben mit gutem Erfolg erfüllt. Sie behandelte – wie schon die Themen der beiden Hauptreferate beweisen – die speziellen Probleme der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung im engsten Zusammenhang mit dem gegenwärtigen politischen Kampf der internationalen Arbeiterbewegung, sie wurde aber auch zu einem Forum des ausgedehnten und bis ins einzelne gehenden Erfahrungsaustauschs über die verschiedensten Fragen der Arbeitsorganisation und -methodik, der Koordinierung und gegenseitigen Unterstützung. Und hatten zur vorjährigen Konferenz schon zwanzig kommunistische und Arbeiterparteien ihre Vertreter entsandt, so nahmen in Bukarest auch Vertreter der vietnamesischen, indischen, indonesischen, kanadischen und chilenischen Bruderpartei an den Beratungen teil.

Die Konferenz behandelte in ihren Plenarsitzungen zwei Fragen:

1. Der Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Einheit der Arbeiterklasse.
2. Die Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse *Gheorghe Vasilichi*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Rumänischen Arbeiterpartei. Er erläuterte anhand der marxistisch-leninistischen Theorie, warum die Einheit der Arbeiterklasse die entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, für den Frieden, die Eroberung der politischen Macht und den Aufbau des Sozialismus ist. Aus-

¹ Vgl. Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 28.

fürlich ging er dann auf die geschichtlichen Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ein, die stets den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse zu ihren wichtigsten Aufgaben gezählt hat und zählt. Am Beispiel der rumänischen Arbeiterbewegung demonstrierte Genosse Vasilichi die historische Lehre, daß das Ringen um die Arbeitereinheit untrennbar mit dem Kampf gegen die Spalter der Arbeiterklasse, gegen die reformistischen Führer in der Sozialdemokratie und die Revisionisten aller Schattierungen, verbunden sein muß. Heute erkennen jedoch unter dem Eindruck der gewaltigen Erfolge des sozialistischen Lagers immer mehr Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien die unheilvollen Folgen der Spalterpolitik ihrer rechten Führer, beginnen sie zu begreifen, daß nur durch die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien die Offensive der reaktionären Kräfte aufgehalten und der Frieden gesichert werden kann. Den marxistisch-leninistischen Parteihistorikern erwächst hieraus die ehrenvolle und wichtige Aufgabe, alle mit der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Zusammenhang stehenden Fragen zu studieren und in allgemeinverständlicher Form den Massen zu erläutern. Genosse Vasilichi stellte abschließend fest, daß diese Aufgabe — trotz einzelner Erfolge — bisher nur unzureichend erfüllt wurde, und unterbreitete den Delegierten einige Vorschläge zu historischen Untersuchungen, die alsbald begonnen werden müssen.

Die Diskussion wurde durch ein Korreferat von Genossen *Emilio Sereni*, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Italiens, eröffnet. Er behandelte die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in den heute noch kapitalistischen Ländern im Kampf für ihre Einheit gesammelt hat, wobei er vor allem die jüngsten Kampferfahrungen der KPI analysierte. Ausführlich beschäftigte er sich mit den intensiven ideologischen Auseinandersetzungen, die die KPI 1956/57 mit den Revisionisten in der Sozialistischen Partei Italiens führen mußte, als diese durch wütende Angriffe auf den proletarischen Internationalismus die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu untergraben suchten. An einigen aktuellen Beispielen erläuterte Genosse Sereni die These, daß — obgleich natürlich die Einheit der Arbeiterklasse die Voraussetzung für die Breite und Festigkeit ihres Bündnisses mit anderen Schichten ist — andererseits die Politik des breitesten Bündnisses eine Hauptbedingung für die Verwirklichung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse selbst darstellt.

Genosse *Victor Joannes*, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs, berichtete in seinem interessanten Diskussionsbeitrag über die großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei Frankreichs bei der Organisation der Aktionseinheit, besonders in der jüngsten Zeit. Genosse Joannes erläuterte, wie die KPF als Arbeiterpartei neuen Typus und damit als Interessenvertreterin der Nation in ihrer Politik Prinzipienfestigkeit und große politische Elastizität vereinigt. Als wichtigste Lehren der langjährigen Erfahrungen der KPF im Kampf um die Verwirklichung der Einheitsfront der Arbeiterklasse formulierte Genosse Joannes: 1. Für die Herausbildung und Festigung der Arbeitereinheit muß ein geduldiger und beharrlicher ideologischer und politischer Kampf geführt werden, der ohne prinzipienfeste Kritik der sozialdemokratischen Ideologie, die die Aufhebung des Klassenkampfes predigt, nicht erfolgreich sein kann. Diese Kritik muß exakt zwischen den reformistischen Führern und den irregeleiteten Werktätigen in den sozialistischen Parteien differenzieren und muß das Ziel verfolgen, die Massen für Aktionen zu gewinnen. 2. Die Politik der Einheitsfront muß auf der engen und lebendigen Verbindung mit den Massen, vor allem den Arbeitern basieren, an die verschiedenartigen Forderungen der Werktätigen an-

knüpfen, eine gemeinsame Basis mit anderen Schichten suchen, um mit ihnen zusammen die Lebensfragen der Nation zu lösen. 3. Die Einheitsfront muß sich stets gegen die Reaktion richten. 4. Um die Einheitsfront zu erreichen und zu festigen, darf die Kommunistische Partei niemals auf die Propagierung ihrer eigenen Politik und das organisierte Auftreten auf Grund ihrer eigenen Losungen verzichten. Die unabhängige Tätigkeit der Partei ist notwendig, um den zurückgebliebenen Teil der Arbeiterklasse der Avantgarde näherzubringen.

Fragen des gegenwärtigen Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Deutschland und die historischen Lehren des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse behandelte Genosse *Fritz Knittel*, Leiter der Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dabei erläuterte er insbesondere den Gedanken, daß gegenwärtig die ökonomische und politische Festigung der DDR die stärkste Hilfe der Werktätigen unserer Republik für die Herstellung der Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Imperialismus, für eine Wende in der Politik Westdeutschlands, für Frieden und Demokratie darstellt.

Ein Genosse von der Geschichtskommission beim ZK der KPD führte in seinem Diskussionsbeitrag zahlreiche Beispiele des gemeinsamen erfolgreichen Kampfes kommunistischer, sozialdemokratischer und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Remilitarisierung, gegen Revanchismus und Chauvinismus in Westdeutschland an und erklärte, daß die vereinigte Kraft der deutschen Arbeiter, ihrer Parteien und Organisationen gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus, den Todfeind aller Werktätigen ohne Unterschied des Glaubens und der Organisationszugehörigkeit, gerichtet werden muß. Die Losung der KPD „Für eine Wende in der Politik Westdeutschlands“ wird immer stärker von der westdeutschen Arbeiterklasse und breiten Schichten der Bevölkerung als richtig erkannt. Das Hauptkriterium für die Partei als ganzes und jedes Mitglied der Partei im einzelnen ist gegenwärtig ihr Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern. Es geht darum, wie die Partei es versteht, ihre Verbindung mit der Arbeiterklasse enger zu gestalten und den Kampf gegen den Militarismus, für demokratische Rechte und gegen die Senkung des Lebensstandards zu führen. Das erfordert vor allem, die politisch-ideologische Arbeit der Partei und die marxistisch-leninistische Schulung ihrer Mitglieder zu verbessern.

Über die Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Albanien sprach Genosse *Sotir Madhi*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Partei der Arbeit Albaniens. Die kommunistischen Gruppen, die sich seit 1928 in verschiedenen Zentren des Landes bildeten, leisteten — besonders nach dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale — eine bedeutende Arbeit zur Organisation der Arbeiterklasse. Im November 1941 kam es nach langen prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen kommunistischen Gruppen, in denen die marxistisch-leninistische Auffassung siegte, zur Vereinigung, zur Bildung der Kommunistischen Partei Albaniens. Das war die Voraussetzung für den Zusammenschluß der ganzen Arbeiterklasse und für die Einheit des Volkes im Kampf gegen den Faschismus, für die nationale Befreiung. Alle wahrhaften Patrioten und fortschrittlichen Kräfte des Landes schlossen sich der von der Kommunistischen Partei organisierten und geführten nationalen Befreiungsfront an, der es im harten Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde des Volkes gelang, ihre Heimat zu befreien und die Volksmacht zu errichten.

Genosse *Le Manh Trinh*, Stellvertretender Direktor der Parteihochschule beim ZK der Partei der Arbeit Vietnams, schilderte die unermüdliche Arbeit der Partei seit ihrer Gründung am 6. Januar 1930 als Kommunistische Partei Indochinas bei der Organisierung und Erziehung der Arbeiterklasse. Er erläuterte die objektiven und subjektiven Bedingungen, die es der Arbeiterklasse Vietnams trotz ihrer Jugend und zahlenmäßigen Schwäche — ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung — ermöglichten, zur führenden Kraft im Kampf des Volkes für die Beseitigung der Herrschaft der Imperialisten und der Feudalherren zu werden. Ihre Erfolge in den langen und schweren anti-imperialistischen und antifeudalen Kämpfen der Vergangenheit, im komplizierten Ringen um den Sieg der sozialistischen Revolution in Nordvietnam und für die demokratische Vereinigung des Landes konnte die Partei nur erzielen, indem sie ihre ideologische und organisatorische Einheit auf der Grundlage des ständigen Kampfes gegen die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie wahrte und die Partei und die Arbeiterklasse im Geiste des Marxismus-Leninismus erzog.

Genosse *Kim Gen In*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Partei der Arbeit Koreas, widmete seinen Diskussionsbeitrag — anhand der Geschichte der Partei und der Arbeiterklasse des eigenen Landes — vor allem dem Nachweis, daß der Kampf für die Einheit und Geschlossenheit der Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage die Voraussetzung für die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers sowie der kommunistischen und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze ist und das Unterpfand aller Erfolge darstellt.

Genosse *Laibuuzyn Dugersuren*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Mongolischen Volksrevolutionären Partei, erläuterte in seinem Diskussionsbeitrag die Besonderheiten der historischen Entwicklung der Mongolischen Volksrepublik, die im unmittelbaren Übergang vom Feudalismus zum Sozialismus bestehen bei Vermeidung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums. Im Gegensatz zur Entwicklung der Arbeiterklasse in den anderen sozialistischen Ländern entstand die mongolische Arbeiterklasse unter den Bedingungen der volksdemokratischen Ordnung — d. h. ohne Bourgeoisie und ohne kapitalistische Ausbeutung. Sie formierte sich als Träger sozialistischer Produktionsverhältnisse und stand von ihrer Entstehung an unter Führung der Mongolischen Volksrevolutionären Partei. Darum kennt die mongolische Arbeiterklasse keine Spaltung ihrer Bewegung, da opportunistische Parteien oder Gewerkschaften nicht existierten.

Genosse *Miroslaw Bouček*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beim ZK der KPČ, analysierte in seinem Diskussionsbeitrag die Erfahrungen des Kampfes der KPČ für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse. Die reichen Erfahrungen, die die Partei in den Jahren der ökonomischen Krise 1930 bis 1933, insbesondere beim Streik in Mosteck (März 1932), der in wenigen Tagen das gesamte nordböhmisches Kohlenbergbauggebiet erfaßte, im Kampf für die Einheitsfront sammelte, dienten auch den Bruderparteien als Beispiel und trugen — zusammen mit den Erfahrungen der kommunistischen Parteien Frankreichs, Spaniens und anderer Länder — zur Ausarbeitung der politischen Linie des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale bei. Genosse Bouček schilderte dann, wie die Partei, indem sie sich an die Spitze des Kampfes für die Verteidigung der Demokratie und der Republik gegen die faschistische Aggression stellte, große Massen Werktätige um sich scharen und bei der Organisierung der Nationalen Front die führende Rolle im Kampf für die Vertreibung der Okkupanten spielen konnte. Während des

Krieges war die KPČ die einzige Partei, die als Führer und Organisator der Arbeiterklasse trotz gewaltiger Opfer den Kampf nicht einstellte. Indem sie die Mehrheit der Arbeiterklasse um sich scharte, wurde sie zu dem Kraftzentrum, um das sich alle anderen Werktätigen in einer breiten antifaschistischen Front zusammenschlossen. — Im zweiten Teil seines Beitrages behandelte Genosse Bouček den Prozeß der endgültigen politischen Vereinigung der Arbeiterparteien in der ČSR in den Jahren 1945 bis 1948. In diesem Zusammenhang charakterisierte er die in der Slowakei während des Volksaufstandes spontan vollzogene Vereinigung der Kommunistischen Partei mit der Sozialdemokratischen Partei als vorzeitig.

Genosse *Seweryn Aizmer*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, sprach ausführlich über den Kampf, der zur Überwindung der seit 1892 in Polen bestandenen Spaltung der Arbeiterbewegung geführt wurde und der im Dezember 1948 mit der Schaffung der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei endete. Das war nur möglich, weil sich erstens die Mehrheit der Arbeiterklasse anhand ihrer eigenen Erfahrungen davon überzeugt hatte, daß die Spaltung ihrer Reihen nur dem Klassengegner nützte, daß der Weg, auf den sie die reformistische und nationalistische Führung der PPS bringen wollte, ins Verderben führte und daß allein der revolutionäre Marxismus zum Ziel führt; und zweitens, weil die revolutionäre marxistische Partei es verstand, nicht nur die fortgeschrittensten Arbeiter, sondern auch die rückständigen Schichten für den Kampf um die ökonomischen und politischen Forderungen zu mobilisieren und dabei das Klassenbewußtsein aller Arbeiter zu heben, was für die feste Einheit der Arbeiterklasse unerlässlich ist. Die Ausführungen des Genossen Aizmer machten klar, wie mit dem Wachstum der ideologischen Reife der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, ihrer Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Partei, sie sich immer mehr die Fähigkeit aneignete, die vor ihr stehenden großen Aufgaben zu erfüllen.

Genosse *Kiril Wassiljew*, Stellvertretender Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens, sprach über die Erfahrungen der Kommunistischen Partei Bulgariens im Ringen um die Einheitsfront. Die Einheitsfront kann nur verwirklicht werden, wenn die Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus einen unversöhnlichen prinzipiellen Kampf gegen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Strömungen, gegen Dogmatismus und Sektierertum führt. Ausdruck des großen Sieges, den die Kommunistische Partei Bulgariens auf diesem Wege erzielte, ist die völlige Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im Jahre 1948, der Sozialdemokratischen Partei, die 20 000 Mitglieder zählte, und der Kommunistischen Partei mit 460 000 Mitgliedern.

Der uns zur Verfügung stehende Raum hindert uns leider, ausführlich auf alle Diskussionsbeiträge einzugehen. Das gilt für die interessanten und lehrreichen Beiträge, die in der Diskussion zum ersten Punkt der Tagesordnung noch die Genossen *Szabó Balint* (Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns), *Jakob Rosner* (Kommunistische Partei Österreichs), *James Jacobs* (Kommunistische Partei Großbritanniens), *Ismail Bakri* (Kommunistische Partei Indonesiens), *Shripad Amrit Dange* (Kommunistische Partei Indiens), *Hernán Ramírez Necochea* (Kommunistische Partei Chiles) und *William Sidney* (Kommunistische Partei Kanadas) vortrugen. Die Diskussion vertiefte anhand umfangreichen Tatsachenmaterials die Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterklasse die entscheidende Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes für die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse, der demokratischen Rechte und Freiheiten, für den Frieden, für die Eroberung der

Macht und für den Aufbau des Sozialismus ist. Indem die Diskussionsredner über die konkreten historischen Bedingungen sprachen, unter denen die Parteien ihrer Länder den Kampf um die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse ständig führten und führen, betonten sie gleichzeitig die für alle Länder gemeinsamen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, ohne die es keine feste Einheit auf revolutionärer Grundlage geben kann.

Als Referent zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse *N. I. Schatagin*, Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Nach einem Überblick über die seit dem Vorjahr erzielten Erfolge der Bruderparteien, die Geschichtswissenschaft als Waffe im Kampf gegen den Revisionismus zu benutzen, konzentrierte er sich vor allem auf folgende drei Fragen: die Rolle der kommunistischen Parteien in der Arbeiterbewegung von heute, die Besonderheiten der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Etappe, die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.²

Die Diskussion zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde eröffnet von Genossen *Endrei Kálmán*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns. Er gab in seinem tiefgehenden und ausführlichen Beitrag zunächst einen Überblick darüber, in welcher Richtung und in welchen Fragen die Revisionisten in Ungarn ihre Angriffe auf die marxistische Geschichtsschreibung führten. Genosse Kálmán zeigte am Beispiel der ungarischen Revisionisten, daß für den Revisionismus in der Geschichtsschreibung die Tendenz zur völligen „Rehabilitierung“ des Sozialdemokratismus charakteristisch ist, daß er — wenn auch nicht in Worten, so doch in der Tat — die Diktatur des Proletariats ablehnt und an seine Stelle eine „plebejische Demokratie“ zu setzen bestrebt ist.

Ausgehend von dieser Grundkonzeption halten die unter dem Einfluß des Revisionismus stehenden Historiker alle auf die Eroberung und Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten gerichteten Bestrebungen der Arbeiterbewegung — und nur diese Bestrebungen — für positiv, unabhängig von der Zeit und den Umständen. In dem Moment, wo sich die Partei sozialistische Ziele stellt, wo sie zur Anwendung proletarischer Methoden übergeht, greifen sie die Politik der Partei hemmungslos an.

Ein charakteristischer Zug der revisionistischen Geschichtsschreibung ist der Nationalismus. In der Periode, die der Konterrevolution vorausging, stellten einige Historiker wieder die alten imperialistischen Theorien von der „kulturellen Überlegenheit“ Ungarns und der „ihm auferlegten“ Hegemonie im Donauegebiet auf und forderten sogar eine Überprüfung des Friedensvertrages und der Grenzen zu den sozialistischen Ländern. Die Revisionisten bestanden hartnäckig auf der Notwendigkeit eines „ungarischen Weges zum Sozialismus“, d. h. der Ignorierung der für alle Länder gültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Umwälzung und der Erfahrungen der Sowjetunion.

Natürlich haben sich die ungarischen Historiker, die 1956 und 1957 an den hier skizzierten revisionistischen Anschauungen festhielten, heute von ihren fehlerhaften Auffassungen losgesagt, aber die Folgen ihrer damaligen Fehler sind noch bis in die Gegenwart zu spüren. Die gegen die Partei gerichteten und verlogenen Konzeptionen der Revisionisten können nur durch eine konkrete marxistische, wissenschaftliche Behandlung und Klärung dieser Fragen bekämpft werden. Die Arbeit der Historiker muß daher vom Geist des schöpferischen Marxismus durchdrungen sein, wie er in den historischen Arbeiten von Marx, Engels und Lenin entwickelt und erprobt wurde.

² Vgl. im vorliegenden Heft S. 27–50.

Genosse *Jacques Chambaz*, ein französischer Historiker, sagte in seinem Diskussionsbeitrag, daß die kommunistischen Historiker im Kampf gegen die revisionistischen Angriffe auf die theoretischen und organisatorischen Prinzipien der marxistisch-leninistischen Partei vor allem studieren und darlegen müssen, wie die Partei im historischen Prozeß ihrer Herausbildung und Entwicklung ihre Organisationsformen und Führungsmethoden ausarbeitete, wie sie sich dabei von der Leninschen Lehre, von den Erfahrungen der KPdSU und der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale sowie den Erfahrungen der Arbeiterklasse des eigenen Landes leiten ließ. Sie müssen zeigen, daß gerade die Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus der KPF erlaubte, eine Politik durchzuführen, die den nationalen Interessen des gesamten Volkes entspricht. In diesem Sinne hat die Kommission für Parteigeschichte beim ZK der Partei die Untersuchungen über die Lage an der Ruhr im Jahre 1923 veröffentlicht. Zur gleichen Zeit, da die französische Bourgeoisie auf ihre Art den 20. Jahrestag von 1939 beging, gab die Kommission Schriften über die Rolle der KPF zu Beginn des zweiten Weltkrieges, über de Gaulle und über den Widerstand heraus.

Die Revisionisten in Frankreich forderten u. a., daß die KPF ihre politischen und ideologischen Positionen den sozialdemokratischen Ansichten anpassen solle, und behaupteten, daß ein unüberwindlicher Widerspruch zwischen der von der KPF durchgeführten Bündnispolitik und dem Beharren auf ihren politischen und ideologischen Prinzipien und ihrer politischen Unabhängigkeit bestehe. Unsere Historiker haben die Aufgabe, sagte Genosse *Chambaz*, auf Grund der historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung, insbesondere der französischen, zu zeigen, daß Prinzipienfestigkeit in Verbindung mit taktischer Beweglichkeit der Einheit der Arbeiterklasse und breiten Bündnissen nicht nur nicht schadet, sondern die Voraussetzung dieser Einheit ist, und daß nur sie das Anwachsen der führenden Rolle der Partei im Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes sichert.

Im weiteren setzte sich Genosse *Chambaz* in seinem Diskussionsbeitrag mit den revisionistischen Verfälschungen in bezug auf die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sowie mit den Versuchen der Revisionisten auseinander, gewisse Veränderungen in der Ökonomik des Kapitalismus und in der Technik der Produktion zum Anlaß zu nehmen, um die allgemeinen vom Marxismus-Leninismus entdeckten Gesetzmäßigkeiten zu verneinen.

Genosse *Ludwig Einicke*, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, setzte sich in seinem Diskussionsbeitrag vor allem mit der Irrlehre des von den rechten SPD-Führern propagierten „dritten Weges“ auseinander und behandelte die Hauptaufgaben der Historiker der DDR, wobei er von der nationalen Grundkonzeption der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Kampf für die Beseitigung des deutschen Militarismus und Imperialismus, ausging.

Genosse *Id Nörlund*, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Dänemarks, berichtete in seinem Diskussionsbeitrag u. a., wie sich die Entfernung der revisionistischen Gruppe Larsen auf die gesamte Parteiarbeit und auf den Geist der Partei positiv ausgewirkt habe und wie die Verbindung der Partei mit den Massen — die durch den langandauernden innerparteilichen Kampf geschwächt war — nach Wiederherstellung der ideologischen Einheit und Reinheit in der Partei sofort spürbar stärker geworden sei.

Genosse *Pjotr Georgieff*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens, analysierte in einem Teil seiner Ausführungen einige Erfahrungen, die die Partei im Verlauf ihrer histo-

rischen Entwicklung im Kampf gegen den Revisionismus gesammelt hat, Erfahrungen, die auch heute für den ideologischen Kampf der Partei Bedeutung haben. Im Resultat der bolschewistischen Entwicklung der Partei unter der Führung von Georgi Dimitroff und Wassili Kolarow wurden diese Traditionen vermehrt und geben der Partei heute günstige Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Genosse *Tadeusz Daniszewski*, Direktor des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, beleuchtete in seinem Diskussionsbeitrag u. a. die Erscheinungsformen der revisionistischen Ideologie in der polnischen Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren. Die Revisionisten richteten vor allem ihre Angriffe gegen das Prinzip der Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, stellten sich auf die Positionen des bürgerlichen Objektivismus, der reinen Faktologie und bereiteten auf diese Weise den Weg für verschiedene Schulen der reaktionären Historiographie vor. Obwohl der Feind zurückgeschlagen wurde, sagte Genosse Daniszewski, hat er noch nicht kapituliert. Gegenwärtig treten die Revisionisten in mehr maskierter Form auf. Leider sind sich die marxistischen Historiker der Gefahr des Revisionismus als einer Form des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse noch zu wenig bewußt. Deshalb fehlt es noch zu sehr an prinzipiellen Auseinandersetzungen mit den revisionistischen Theorien und Ansichten. Bei einigen Wissenschaftlern herrscht das Bestreben vor, nur Material zu sammeln und Fakten aneinanderzureihen, ohne Einschätzungen zu geben und die historischen Gesetzmäßigkeiten festzustellen. Das Institut für Parteigeschichte steht in der ersten Reihe des Kampfes gegen den Revisionismus, besonders auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft, sagte Genosse Daniszewski zum Schluß seiner Rede, und ist entschlossen, im Kampf gegen den Revisionismus die hervorragenden revolutionären Traditionen der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zu analysieren und sie unter den werktätigen Massen zu popularisieren.

Mit den historischen Wurzeln des modernen Revisionismus setzte sich in seinem Diskussionsbeitrag Genosse *Chiang Chung-fan*, Stellvertretender Direktor des Übersetzungsbüros der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin beim ZK der Kommunistischen Partei Chinas, auseinander, wobei er die außerordentlich weitgehende Identität des modernen Revisionismus mit dem von der Geschichte längst ad absurdum geführten Bernsteinianertum nachwies. Nach einer gründlichen Analyse der Erklärung der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1957 schilderte Genosse Chiang Chung-fan, wie die chinesischen Kommunisten in den letzten Jahren die unversöhnlichen Auseinandersetzungen mit allen Erscheinungsformen des modernen Revisionismus mit dem Kampf für die Verteidigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus verknüpft haben.

Die Thesen des Referats wurden auch durch die Beiträge der Genossen *Paul Reimann* (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei), *Nicolae Goldberger* (Rumänische Arbeiterpartei), *N. R. Domji* (Kommunistische Partei der Ukraine), *Sotir Manushi* (Partei der Arbeit Albaniens), *Le Manh Trinh*, *Sanjajawin Awirmid* (Mongolische Volksrevolutionäre Partei), *Jakob Rosner* und *Leo Michelson* (Kommunistische Partei Belgiens) nicht nur bestätigt, sondern durch reichhaltiges Tatsachenmaterial und durch zahlreiche neue theoretische und methodologische Aspekte ergänzt und bereichert.

Während der Konferenz, außerhalb der Plenarsitzungen, wurden in drei Kommissionen folgende Fragen beraten:

Eine Konferenz über die Bedeutung der Geschichte der DDR

1. Die Ausarbeitung eines populärwissenschaftlichen Lehrbuches zur Geschichte der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung;
2. Probleme im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Parteidokumenten;
3. Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Instituten und Kommissionen für Parteigeschichte.

Die Ergebnisse der Beratungen wurden in Empfehlungen zusammengefaßt, die vom Plenum der Konferenz angenommen wurden. So wurden u. a. konkrete Maßnahmen zur Ausarbeitung des Lehrbuches zur Geschichte der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung festgelegt sowie zur Vorbereitung eines — von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen — Sammelbandes „Die I. Internationale und die moderne Arbeiterbewegung“, der als internationale Gemeinschaftsarbeit zum 100. Jahrestag der I. Internationale in verschiedenen Sprachen erscheinen soll.

Insgesamt kann der abschließenden Einschätzung des Leiters der Konferenz, Genossen Gheorghe Vasilichi, voll und ganz zugestimmt werden, daß die Konferenz eine fruchtbringende Arbeit geleistet und ihre Aufgaben erfüllt hat. Sie konnte dies nicht zuletzt dank der ausgezeichneten Unterstützung und Gastfreundschaft durch das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei sowie die Leitung und alle Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte. Die diskutierten Probleme standen im engsten Zusammenhang mit den gegenwärtigen Hauptaufgaben der kommunistischen Weltbewegung im Kampf um den Frieden und die Stärkung des sozialistischen Lagers. Die theoretische und historisch-kritische Untersuchung der beiden Hauptthemen entsprach unmittelbar den Forderungen der Moskauer Erklärung vom November 1957 und hilft den Parteihistorikern in unserer Republik, Kernfragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu lösen. Alle Voraussetzungen sind gegeben, die in der einstimmig angenommenen Resolution³ festgelegten gemeinsamen Aufgaben erfolgreich in internationaler Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Parteihistoriker unserer Republik werden alle Kräfte einsetzen, um diese ehrenvollen Aufgaben zu lösen und damit ihren Beitrag zur Festigung der marxistisch-leninistischen Parteien und zur Bändigung des westdeutschen Militarismus und Imperialismus zu leisten.

Fritz Knittel

Eine wissenschaftliche Konferenz über die Bedeutung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 18. bis 20. September 1959 tagte in Berlin in der Volkskammer eine wissenschaftliche Konferenz anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Diese vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, von der Kommission für Zeit-

³ Vgl. im vorliegenden Heft S. 23–26.

geschichte beim Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dem Präsidium der Deutschen Historiker-Gesellschaft einberufene Tagung war die erste große wissenschaftliche Konferenz auf dem Gebiet der Zeitgeschichte.

Hatten die Veröffentlichung der „Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik“ und die unmittelbar vor Eröffnung der Konferenz erschienene wegweisende Arbeit von Walter Ulbricht „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ der Konferenz die grundlegende politisch-wissenschaftliche Orientierung gegeben, so waren der erfolgreiche Start der sowjetischen Mondrakete und der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow in den USA die großen welt-historischen Ereignisse, unter deren Eindruck die Konferenz stand.

Das große Interesse, das diese Konferenz fand, äußerte sich nicht nur in der starken Beteiligung aus der DDR, sondern auch in der Tatsache, daß die Konferenz von zahlreichen ausländischen Gästen und Vertretern aus Westdeutschland besucht war. Von den Ländern des sozialistischen Lagers waren auf der Konferenz die Sowjetunion, Polen, die CSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien vertreten. Aus den kapitalistischen Ländern waren Vertreter aus Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden sowie Studenten aus dem Irak und der Vereinigten Arabischen Republik anwesend.

In seiner Eröffnungsansprache konnte Prof. Dr. *Obermann*, Berlin, ferner Vertreter der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED, der Regierung der DDR und der Botschaften der volksdemokratischen Länder willkommen heißen.

Das Wort zur Begrüßung nahmen Prof. Dr. *Meusel* im Namen des Präsidiums der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. *Engelberg* im Namen des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft und Prof. Dr. *Galkin* im Namen der sowjetischen Wissenschaftler. Herr *Köhler* begrüßte im Namen des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Frau *Tesmer* im Auftrage des Volksbildungsministeriums die Konferenzteilnehmer.

Während der Konferenz ergriff die Mehrzahl der ausländischen Gäste das Wort. Übereinstimmend betonten sie, daß die Deutsche Demokratische Republik eine Stätte friedlicher Arbeit und friedlichen Forschens ist, und hoben anerkennend hervor, daß der Ungeist der militaristischen preußisch-deutschen Historiographie in der DDR endgültig ausgerottet und eine neue Generation von deutschen Historikern herangewachsen ist, deren höchstes Streben ist, dem Frieden, der Völkerfreundschaft und dem Sozialismus zu dienen. Wohl jeder, der die freundschaftlichen Worte der ausländischen Gäste hörte, die die internationale Bedeutung der Arbeit der fortschrittlichen deutschen Historiker unterstrichen, war sich bewußt, daß wir sie — insbesondere was das Gebiet der Zeitgeschichte betrifft — in erster Linie als Verpflichtung und Ansporn betrachten müssen.

Die Konferenz tagte am ersten und dritten Tag im Plenum, der zweite Tag war den vier Arbeitskreisen vorbehalten.

Am ersten Konferenztag wurden die beiden Hauptreferate gehalten, und zwar von Prof. Dr. *Walter Bartel*, Berlin, über „Die Bedeutung der Geschichte der DDR“ und von Dr. *Heinz Königer*, Berlin, über „Probleme der Lehre der Geschichte der DDR an unseren Schulen und Universitäten sowie bei der Lehrerweiterbildung“.

In seinem Referat ging Prof. Dr. Bartel von der Feststellung aus, daß die Gründung der DDR einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt. Während sich die DDR zu einer anerkannten Friedensmacht entwickelte,

wurde der Westzonenstaat zum Hauptkriegsherd in Europa. Der Referent würdigte die Thesen des Politbüros als eine wissenschaftlich exakte Einschätzung der großen revolutionären Umwälzungen, die sich in einem Teil Deutschlands vollzogen haben. Er verwies auf die große Bedeutung der strategischen Orientierung der KPD, wie sie auf den Konferenzen von Brüssel und Bern gegeben und im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 konkretisiert worden war. Diese Orientierung, die die Grundlage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Zusammenschlusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Block war, stellte eine meisterhafte Anwendung der allgemeingültigen Grundsätze des Marxismus-Leninismus im Einklang mit den Lehren der deutschen Geschichte dar. Der Referent erinnerte daran, daß nach 1945 auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse den Kampf um die Entmachtung des deutschen Imperialismus führte, daß jedoch dort eine echte Demokratisierung durch die imperialistischen Besatzungsmächte und die Politik rechter SPD- und Gewerkschaftsführer verhindert wurde, die insbesondere mit allen Mitteln gegen die Einheit der Arbeiterklasse kämpften.

Im zweiten Teil des Referats würdigte Prof. Dr. Bartel die Gründung der SED als die „größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Veröffentlichung des ‚Kommunistischen Manifestes‘“ und behandelte dann die revolutionären Umwälzungen, die auf dem Gebiet der DDR vollzogen wurden: die Entstehung der neuen Staatsmacht, die ihrem Klasseninhalt nach „eine revolutionär-demokratische Arbeiter-und-Bauern-Macht unter Beteiligung auch anderer Schichten der Bevölkerung“ war, die demokratische Bodenreform, die Schulreform und die Enteignung der Monopolkapitalisten. Alle diese Maßnahmen entsprachen der historischen Aufgabenstellung, unter Führung der Arbeiterklasse eine einige, friedliebende und demokratische gesamtdeutsche Republik zu schaffen. Der Referent wies nach, wie im Gegensatz zur Entwicklung in Ostdeutschland in den Westzonen Imperialismus und Militarismus wiedererstanden und systematisch die Spaltung Deutschlands, die in der Bildung des Bonner Separatstaates gipfelte, betrieben wurde. Die demokratischen Kräfte in Ostdeutschland beantworteten diesen reaktionären Akt mit der Gründung der DDR.

Im letzten Teil seiner Ausführungen skizzierte der Referent nur mit wenigen Worten die Entwicklung von 1949 bis 1956, um dann etwas ausführlicher auf die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU und des V. Parteitages der SED einzugehen. Dabei würdigte er insbesondere die Rolle der DDR im Kampf um die Sicherung des Friedens. In diesem Zusammenhang setzte sich Prof. Dr. Bartel mit verschiedenen imperialistischen Apologeten wie z. B. Jordan, Jaspers, Schlamm u. a. auseinander. Leider wurde die Gefährlichkeit der Illusion vom „dritten Weg“, der besonders von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern propagiert wird, nicht gründlich aufgedeckt.

Abschließend faßte der Referent die wichtigsten Lehren der Geschichte der DDR zusammen und appellierte an die Historiker, sich ihrer Verantwortung bei der Erforschung der jüngsten deutschen Geschichte bewußt zu sein.

Obwohl das Referat einen recht anschaulichen Überblick über die Herausbildung und Entwicklung der DDR bot, konnte es wegen seines Mangels an wissenschaftlicher Tiefe und Gründlichkeit der theoretischen Analyse nicht befriedigen. Leider hat Prof. Dr. Bartel die von ihm selbst erhobene Forderung, das Schwergewicht der zeitgeschichtlichen Forschung und Lehre auf

die Zeit nach 1949 zu verlagern¹, nicht genügend beachtet. Deshalb wurde das Referat auch in der Diskussion prinzipiell kritisiert, insbesondere von Dr. *Stefan Doernberg* und *Rolf Stöckigt*, beide Berlin, *Karl Urban* und Dr. *Wolfgang Reichel*, beide Potsdam-Babelsberg. Die Kritiker wiesen darauf hin, daß die objektive Notwendigkeit, die nationale Grundfrage zu lösen, nicht herausgearbeitet und die Gesetzmäßigkeit der Nachkriegsentwicklung nicht aufgedeckt wurden. Auch die Entwicklung der Staatsmacht, die Bedeutung des Kampfes um Demokratie und die ständig wachsende geschichtsbildende Kraft der Werktätigen wurden nicht gebührend gewürdigt. Die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus durch das Zentralkomitee der SED und der Beitrag unseres Volkes unter Führung der SED im weltweiten Kampf für Frieden und Sozialismus sind nur ungenügend herausgearbeitet worden.

Das zweite Referat, das — wie bereits erwähnt — von Dr. *Heinz Königer* gehalten wurde, beschäftigte sich mit Problemen der Lehre der Geschichte der DDR. Dr. Königer ging von der zentralen Stellung aus, die Geschichte und Staatsbürgerkunde im Schulunterricht einnehmen, und unterstrich die besondere Bedeutung, die dabei der Behandlung der Geschichte unserer Republik zukommt. Im ersten Teil seiner Ausführungen erläuterte er, welche Fragen im Mittelpunkt des Unterrichts stehen müssen, und wies die Lehrer auf verschiedene Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung hin. Zu diesen zentralen Fragen gehören z. B. die Rolle der Volksmassen, die führende Rolle der Arbeiterklasse, die Hilfe der Sowjetunion für die demokratischen Kräfte in Deutschland oder die Gesetzmäßigkeit des Übergangs zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus. Um den Schülern den Prozeß der gewaltigen revolutionären Umgestaltung plastisch darzustellen und richtig bewußt zu machen, appellierte der Referent an die Lehrer, sich stärker auf die Heimatgeschichtsforschung zu stützen. Dabei muß den Schülern nicht nur von der rationalen, sondern auch von der emotionalen Seite her die große Bedeutung unserer historischen Leistungen und Aufgaben klargemacht werden.

Im zweiten Teil seines Referats beschäftigte sich Dr. Königer insbesondere mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Wissenschaftlern und konnte bereits eine Reihe guter Beispiele nennen, die beweisen, daß der Anfang für eine erfolgreiche gegenseitige Unterstützung bereits gemacht wurde. Insgesamt mußte jedoch festgestellt werden, daß Forschung und Lehre noch nicht genügend auf die Bedürfnisse des Schulunterrichts ausgerichtet sind.

Es wäre angebracht gewesen, einen besonderen Arbeitskreis zur Diskussion der in diesem Referat aufgeworfenen Probleme zu bilden. Da das nicht der Fall war, wurde in der Diskussion kaum auf dieses Referat Bezug genommen.

So wichtig die Ausführungen von Dr. Königer auch waren, hatten sie doch einen großen Mangel. Der Referent verstand es nicht, eine klare und begründete Orientierung auf die Hauptquellen der zeitgeschichtlichen Lehre, auf die Beschlüsse der SED und die Dokumente der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, zu geben. Es fehlte auch die gerade für dieses Thema unerläßliche Verbindung zur Praxis. Sicher hat der Referent versucht,

¹ Vgl. Walter Bartel: Der Stand der zeitgeschichtlichen Forschung, Lehre und Publikation und ihre Aufgaben zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Probleme der zeitgeschichtlichen Lehre, Forschung und Publizistik. Bericht über die erste Arbeitstagung der Kommission für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 30. und 31. Januar 1959, Berlin 1959, S. 38 ff.

den Lehrern Hinweise zu geben, aber seine Ausführungen gingen nicht genügend von den tatsächlichen Bedürfnissen der Schulpraxis aus. Das Referat hätte außerordentlich gewonnen, wenn sich Dr. Königer — oder noch besser ein Kollektiv unter seiner Leitung — der Mühe unterzogen hätte, ein paar Dutzend Unterrichtsstunden zu besuchen, wenn er sich über die gegenwärtige tatsächliche Lage in einigen Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung oder in den heimatgeschichtlich arbeitenden Fachgruppen des Deutschen Kulturbundes informiert hätte. Dann wäre es möglich gewesen, klar zu analysieren, was denn nun tatsächlich den Lehrern Schwierigkeiten bereitet, in welchen wissenschaftlichen und ideologischen Fragen wirklich Unklarheiten bestehen. Dann hätten gute und schlechte Erfahrungen aus der Schulpraxis gegenübergestellt und nachgewiesen werden können, wie das allgemeine Niveau des zeitgeschichtlichen Unterrichts verbessert werden kann. Dann hätten die Lehrer und Propagandisten konkrete Hinweise und Hilfe und die Mitarbeiter der zentralen wissenschaftlichen Institutionen präzise Anregungen erhalten können.

Am zweiten Tag tagte die Konferenz in den vier Arbeitskreisen.

Im Arbeitskreis I, der unter Leitung von Prof. *Ernst Hoffmann*, Berlin, das Thema „Der Kampf um ein friedliebendes, demokratisches Deutschland (1945–1949)“ behandelte, wurden von den neunzehn Diskussionsrednern anhand wertvollen neuen Materials die Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR erläutert. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die wichtigste Voraussetzung, um die größte Revolution in der deutschen Geschichte zum Siege zu führen, die prinzipienfeste, auf der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus beruhende Führung der Arbeiterklasse und des Volkes durch die SED war. Wertvolle Gedanken und neues Material zu dieser Frage boten vor allem die Beiträge von Dr. *Stefan Doernberg*, Berlin, über die zwei Etappen der volksdemokratischen Revolution in der DDR, *Wilhelm Arnold*, Berlin, über die Bedeutung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, *Rolf Stöckigt*, Berlin, über die Rolle der Arbeiterklasse bei der demokratischen Bodenreform, *Horst Bednarek*, Bernau, über die Bedeutung der einheitlichen Gewerkschaften und *Hans Müller*, Berlin, über die führende Rolle der SED beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung.

In den Beiträgen über die Entwicklung der örtlichen Staatsorgane in Leipzig von *Eva Georgi*, Leipzig, über die Festigung der Blockpolitik im Kampf gegen reaktionäre Kräfte von *Wolfgang Wilhelmus*, Greifswald, und Dr. *Günter Krüger*, Leipzig, und über die Herausbildung der Aktivistenbewegung von *Horst Lipski*, Berlin, wurde nachgewiesen, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung das Ergebnis eines komplizierten und harten Klassenkampfes war, in dem die Kräfte des Imperialismus und Militarismus in Ostdeutschland völlig entmachtet, reaktionäre und reformistische Auffassungen überwunden und ein stabiles Fundament für eine Zukunft in Frieden und Glück geschaffen wurden.

Von besonderem Interesse waren die Beiträge von *Kurt Wrobel*, Berlin, über die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland², *Rolf Badstübner*, Berlin, über den Kampf der Arbeiterklasse zur Entmachtung der Ruhrmonopole, *Alfred Drögemüller*, Berlin, über die Entwicklung der Volkskongreß-Bewegung in Westdeutschland unter Führung der KPD und *Reinhart Greuner*, Berlin, über die Pressepolitik der imperialistischen Besatzungsmächte in Westdeutschland. In ihnen wurde die große

² Vgl. im vorliegenden Heft S. 51–65.

Bedeutung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 für die Lösung der nationalen Grundfrage in ganz Deutschland dargelegt und der Kampf der Volksmassen Westdeutschlands für die Verwirklichung der im Aufruf gestellten antifaschistisch-demokratischen Aufgaben geschildert. Gleichzeitig wurde nachgewiesen, wie die imperialistische Besatzungspolitik und die arbeiterfeindliche antinationale Spaltertätigkeit der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer die Restaurierung der imperialistischen Verhältnisse in Westdeutschland ermöglichten.

Die Mehrzahl der Diskussionsredner stellte die den Interessen der Nation entsprechende Entwicklung in Ostdeutschland dem antidemokratischen und antinationalen Weg Westdeutschlands gegenüber und zeigte den Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland mit dem Kampf der westdeutschen Werktätigen gegen die Restaurierung der imperialistischen Machtpositionen. Dagegen wurde nur in wenigen Beiträgen eine Auseinandersetzung mit den von der westdeutschen reaktionären Propaganda und Geschichtsschreibung verbreiteten Entstellungen der Nachkriegsgeschichte Deutschlands geführt und die aggressive Zielsetzung solcher Veröffentlichungen entlarvt, die die Geschichte des demokratischen Neuaufbaus in der DDR verfälschen.

In den meisten Beiträgen wurden wichtige Grundfragen aufgeworfen und im Einklang mit den Thesen des Politbüros des ZK der SED beantwortet. Ein Teil der Beiträge aber war ungenügend von den Hauptgedanken dieses Dokuments durchdrungen. Das zeigte sich besonders darin, daß die in den Beschlüssen des V. Parteitages und den Thesen des Politbüros dargelegte nationale Grundfrage, die Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus als Voraussetzung für die demokratische und nationale Wiedergeburt Deutschlands, nicht immer Leitfaden der Darlegungen war. So wurden besonders einige lokalgeschichtliche Untersuchungen weitgehend von den Grundproblemen der revolutionären Umwälzung losgelöst und nicht als konkreter Ausdruck allgemeiner Gesetzmäßigkeiten dargelegt.

Als positiv wurde von Prof. Ernst Hoffmann eingeschätzt, daß die wichtigsten Grundprobleme auch in solchen Diskussionsbeiträgen gebührend berücksichtigt wurden, die erst während der Tagung angemeldet worden waren, um zu den Hauptreferaten Stellung zu nehmen.

Der Arbeitskreis II unter Leitung von *Werner Horn*, Berlin, untersuchte Fragen der inneren Entwicklung der DDR seit 1949. Die sechzehn Diskussionsbeiträge über die Entwicklung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens im ersten Jahrzehnt unseres sozialistischen Aufbaus ließen darauf schließen, daß vielerorts eine intensive Arbeit zur Erforschung und Darstellung unserer jüngsten Vergangenheit begonnen hat.

In zahlreichen Beiträgen wurden bestimmte Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, ihr Wirken im Prozeß der Entwicklung der DDR und ihre bewußte Anwendung in den Beschlüssen der SED und in den Gesetzen und Maßnahmen unseres Staates herausgearbeitet. *Werner Beschorner*, Berlin, untersuchte das Problem der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in unserer Gesellschaft. Im Ergebnis der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung hatten sich ein neues Kräfteverhältnis, neue Wechselbeziehungen zwischen den Klassen und Schichten unserer Republik herausgebildet, die u. a. in einer immer engeren Zusammenarbeit der demokratischen Blockparteien unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse ihren Ausdruck fanden. Die Volkswahlen im Oktober 1950 z. B. widerspiegeln diese Lage; der Verzicht auf gesonderte Parteilisten dokumentierte das wachsende Verständnis in den

Blockparteien für die Bedeutung der festen Einheit aller demokratischen, nationalgesinnten Kräfte und für die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die sozialistische Umgestaltung schafft die sozialökonomische Grundlage für die Herausbildung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der DDR. B. wies nach, daß die volksdemokratische Entwicklung in der DDR ein Beispiel für die Verbreiterung der sozialen Basis der sozialistischen Revolution ist. *Heinz Kallabis*, Berlin, sprach über die Rolle der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie. *Wolfgang Nordmann*, Berlin, behandelte die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bei der demokratischen Entwicklung und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Er wies darauf hin, daß die Zeitgeschichte auch die Perspektive der sozialistischen Landwirtschaft zeigen und beweisen muß, daß es kein Zurück zum Kapitalismus gibt.

Einige Beiträge untersuchten die Entwicklung der Arbeiterklasse unter den Bedingungen unserer volksdemokratischen Ordnung, insbesondere die Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins. *Annelies Voigtländer*, Berlin, legte am Beispiel der Wettbewerbsbewegung zur Steigerung der Grobblecherzeugung im Jahre 1951 dar, wie sich im Kampf um die Überwindung der durch die imperialistische Spaltungspolitik verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, um die ökonomische Stärkung der DDR eine sozialistische Einstellung zur Arbeit und zur Arbeiter-und-Bauern-Macht entwickelte. Dr. *Hans Radandt*, Berlin, kritisierte, daß in zahlreichen Betriebschroniken wohl der Kampf der Arbeiter in der kapitalistischen Vergangenheit ausführlich und lebendig geschildert wird, sich die Darstellung der sozialistischen Gegenwart jedoch oft in einer farblosen Faktologie erschöpft. Vor allem wird die Rolle der Partei nur selten konkret herausgearbeitet.

Mehrere Beiträge würdigten die Ergebnisse des wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR. Dr. *Waltraut Robbe*, Berlin, zeigte anhand der Entwicklung unserer Industrieproduktion, daß die Wirtschaftspolitik der SED und des Arbeiter-und-Bauern-Staates stets von den nationalen Interessen des deutschen Volkes, von den Lebensinteressen der werktätigen Massen ausging und ihnen diente. Gestützt auf die Hilfe der UdSSR, war es der DDR möglich, durch den Aufbau einer starken Schwerindustrie die durch die Spaltung hervorgerufenen wirtschaftlichen Disproportionen weitgehend zu überwinden, aus eigener Kraft eine stabile, krisenfreie Friedenswirtschaft aufzubauen und so das wirkliche deutsche Wirtschaftswunder zu schaffen. *Heinz Wehner*, Dresden, machte interessante Angaben über die Entwicklung unseres Hochseeschiffbaues und unserer Handelsflotte und wies überzeugend ihre volkswirtschaftliche und politische Bedeutung nach.

Wolfgang Schneider, Berlin, untersuchte eingehend die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft für die Entwicklung und Stärkung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Er erläuterte überzeugend, warum die Stellung zur Sowjetunion ein Kriterium für die Stellung zu den nationalen Lebensfragen unseres Volkes ist, und wies nach, daß die anti-sowjetische Grundhaltung des Adenauer-Regimes dessen antinationalem, imperialistischem Wesen entspringt.

Die Diskussion im Arbeitskreis II trug dazu bei, bestimmte Probleme der Zeitgeschichte entsprechend den Thesen des Politbüros des ZK der SED zu klären, jedoch wurde der theoretisch-politische Gehalt der Thesen nicht in vollem Umfange ausgeschöpft. Dr. *Raimund Wagner*, Berlin, unterstrich, daß es unbedingt notwendig ist, die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte der DDR, insbesondere die Rolle der SED sowie die nationale Mission der Arbeiterklasse und ihrer Partei präzise herauszuarbeiten. Die Diskussion konnte dieser

Forderung noch nicht voll genügen. Dr. *Wolfgang Schüssler*, Potsdam-Babelsberg, kritisierte mit Recht, daß den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Diktatur des Proletariats zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet und daß die Rolle des volksdemokratischen Staates als Hauptinstrument der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, der alle Seiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entscheidend beeinflusst, nicht genügend herausgearbeitet wurde. *Werner Horn* wies in seinen abschließenden Ausführungen darauf hin, daß einige wesentliche Fragen — die gesetzmäßige Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung der DDR, die sozialistische Perspektive für alle Bevölkerungsschichten, die Rolle des Mehrparteiensystems in der DDR, Aufbau und Sieg des Sozialismus in der DDR als eine nationale Notwendigkeit — stärker hätten berücksichtigt werden müssen, und kritisierte, daß der Entwicklung der letzten Jahre und den Problemen der Vervollendung der sozialistischen Revolution noch nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Der Arbeitskreis III unter Leitung von Prof. Dr. *Karl Bittel*, Berlin, behandelte den Problemkreis „Die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik“. In den sechzehn dem Arbeitskreis vorgelegten Diskussionsbeiträgen wurde, ausgehend von der grundlegenden Feststellung in den Thesen des Politbüros des ZK: „Die Deutsche Demokratische Republik erweist sich als der erste Friedensstaat in der Geschichte des deutschen Volkes“, reichhaltiges und interessantes Material geboten, um diese Einschätzung konkret zu dokumentieren. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die zahlreichen und vielfältigen Vorschläge und Maßnahmen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Regierung der DDR, der Volkskammer und des Nationalrats der Nationalen Front zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa sowie der zunehmende Einfluß, den unsere Republik auf die Entwicklung in Westdeutschland ausübt.

Besonders interessant waren jene Beiträge, in denen nachgewiesen wurde, wie die Existenz der DDR, des ersten deutschen Friedensstaates, den Friedenswillen und die Verständigungsbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse, stärkt. Immer wieder wurde der enge Zusammenhang zwischen unserer Friedenspolitik und den verschiedensten Aktionen der werktätigen Massen in Westdeutschland gegen die Remilitarisierung und Atomaufrüstung dargelegt.

Georg Konzorek, Berlin, behandelte die Rolle der Paulskirchenbewegung im Jahre 1955 im Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. Er wies nach, daß diese demokratische, antiimperialistische, außerparlamentarische Bewegung ein klares Bekenntnis für die demokratische Wiedervereinigung und gegen die Pariser Verträge darstellte. Eindeutig wird dies durch die Unterschriftensammlung zum Manifest dokumentiert, die als Volksbefragung gegen die Remilitarisierung zu werten ist und in deren Ergebnis 80 bis 90 Prozent der befragten Bevölkerung das Manifest unterschrieben. Der Redner untersuchte auch gleichzeitig die Halbheiten und Schwächen dieser Bewegung, die auf ihrem Höhepunkt, wo sie einen ernsthaften Druck auf die Adenauer-Regierung ausübte, vom sozialdemokratischen Parteivorstand und der Führung des DGB gebremst wurde. Er führte weiter aus, daß die Kommunistische Partei Deutschlands einen bedeutenden Anteil an dieser alle Schichten umfassenden Bewegung hatte. Sie unterbreitete klare Vorschläge, wie die Gefahren, die mit der Restaurierung der alten imperialistischen Kräfte in Westdeutschland heraufbeschworen wurden, beseitigt werden können.

Werner Strauß, Berlin, legte in seinem Beitrag über den Einfluß der Friedenspolitik der DDR auf den Kampf der westdeutschen Arbeiter gegen den Militarismus anhand zahlreicher Beispiele dar, daß in breiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung durch die ökonomischen und politischen Erfolge der DDR der Prozeß des Umdenkens begonnen hat. Ein Beispiel dafür sind die immer zahlreicher werdenden Besuche westdeutscher Arbeiter bei uns. So weilten allein in den Jahren 1951 bis heute 32 855 Gewerkschaftsdelegationen mit 245 877 Teilnehmern in der DDR.

Über die Haltung der beiden deutschen Staaten zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung sprachen Fritz Krause, Leipzig, und Fritz Köhler, Berlin. Mit interessantem Quellenmaterial wiesen sie nach, wie der Bonner Staat unter Bruch seiner eigenen Verfassung die Bevölkerung Westdeutschlands daran hinderte, ihre Meinung zu den Lebensfragen der deutschen Nation zu äußern, indem eine Volksbefragung verboten wurde. Trotzdem sprachen sich neun Millionen westdeutsche Bürger mit ihrer Unterschrift gegen die Remilitarisierung aus. Unterstützt wurden die westdeutschen Patrioten durch die Interessen der gesamten Nation dienende Politik der DDR, in der Bevölkerung und Regierung konsequent für einen Friedensvertrag und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands eintraten.

Hans Frank, Berlin, bewies anhand umfangreichen Materials die Militarisierung der Wirtschaft des Bonner Staates und stellte dem die ökonomische Hauptaufgabe der DDR gegenüber, deren Erfüllung ein entscheidender Beitrag zur Bändigung des deutschen Militarismus ist.

Einen wichtigen Beitrag leistete Robert Leibbrand, Berlin, der über die Notwendigkeit sprach, die Legalität der KPD wiederherzustellen. Er betonte, daß der Kampf um die Aufhebung des Verbots der KPD eine elementare Forderung der Demokratie ist, für die alle friedliebenden patriotischen Kräfte eintreten müssen, um der Volksbewegung gegen den deutschen Militarismus eine klare und konsequente Führung zu geben. Seine Forderung, in der wissenschaftlichen Arbeit stärker als bisher den nationalen Kampf der KPD zu berücksichtigen, verdient uneingeschränkte Unterstützung.

Kritisch muß bemerkt werden, daß nicht alle Beiträge genügend theoretisch durchdrungen waren, sondern oft bei der Schilderung des historischen Ablaufs steckenblieben. Dies trifft besonders auf die Beiträge von Eberhard Heitmann, Berlin, und Harald Lange, Berlin, zu, die über die Wiedervereinigungsvorschläge der DDR und über die Verständigungspolitik der SED gegenüber der SPD sprachen. Ungeachtet dieser Mängel kann jedoch festgestellt werden, daß mit der Diskussion im Arbeitskreis ein nützlicher Anfang gemacht wurde, um die große nationale Bedeutung der Existenz und Politik der DDR, des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte, noch überzeugender und fundierter darzulegen.

Im Arbeitskreis IV, der unter Leitung von Prof. Dr. Herbert Kröger, Potsdam-Babelsberg, die internationale Stellung der DDR behandelte, trug Klaus Bollinger, Potsdam-Babelsberg, das gemeinsam mit Werner Hänisch, Potsdam-Babelsberg, ausgearbeitete Referat „Zu einigen Grundfragen der gesetzmäßigen Entwicklung der internationalen Bedeutung der DDR“ vor. Er untersuchte, wie sich auf der Grundlage des sozialistischen Charakters unserer Staatsmacht das internationale Ansehen der DDR gesetzmäßig und in wachsendem Maße erhöht. Die Entwicklung der DDR entspricht der allgemeinen Gesetzmäßigkeit unserer Epoche, dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, wobei die Politik der führenden Kraft unserer Gesellschaftsordnung, der SED, dieser Gesetzmäßigkeit in Deutschland zum Durch-

bruch verhilft. Die Grundlagen der Außenpolitik der DDR sind der proletarische Internationalismus und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Als hochindustrialisiertes Land haben wir die Pflicht, einen wesentlichen Beitrag zur schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der brüderlichen Gemeinschaft der sozialistischen Staaten zu leisten. Der Referent legte dar, daß mit der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und der Erfüllung des Siebenjahrplanes die Volksmassen besonders stark an der Gestaltung der neuen internationalen Beziehungen mitwirken. Die ständig steigende internationale Bedeutung der DDR und ihr wachsender Einfluß auf die internationalen Beziehungen schaffen immer bessere Bedingungen für die Erhaltung des Friedens. Die Unterstützung der um ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit kämpfenden Völker Asiens und Afrikas betrachtet die DDR als eine wichtige internationale Verpflichtung. Abschließend stellte der Referent fest, daß die Existenz und das Gedeihen der DDR die imperialistische Geschichtslüge widerlegt hat, daß Deutschland nur durch Expansion leben könne.

In der Diskussion sprachen vierzehn Redner zu verschiedenen Teilproblemen des Themas. Im Gegensatz zu der von Klaus Bollinger vorgetragenen Einschätzung, daß die Gründung der DDR in erster Linie gesetzmäßiges Resultat der inneren Entwicklung Ostdeutschlands nach 1945 gewesen sei, wurde in der Diskussion und im Schlußwort von Prof. Dr. Kröger nachgewiesen, daß die DDR im Kampf der besten Kräfte unseres ganzen Volkes gegen die staatliche Zerreißung der Nation und gegen die Wiedererrichtung der Macht der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland geboren wurde. Dr. *Wilhelm Ersil*, Potsdam-Babelsberg, wies u. a. darauf hin, daß der Kampf der DDR um die Lösung des nationalen Grundproblems und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Voraussetzungen für die wachsende internationale Autorität unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates sind. In diesem Zusammenhang setzte er sich auch mit einigen Entstellungen von westdeutscher Seite über die Ursachen unserer zunehmenden internationalen Bedeutung auseinander. Der Redner bemerkte kritisch, daß im Referat die in den Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR enthaltenen Hinweise stärker hätten ausgeschöpft werden müssen.

Karl-Heinz Schulze, Berlin, ging in seinem Beitrag über die Rechtmäßigkeit der DDR davon aus, daß gegenwärtig die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten nicht mehr genügt, sondern daß es erforderlich ist, die DDR als den einzigen deutschen Staat anzuerkennen, der sich in Übereinstimmung mit den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unserer Zeit entwickelt.

In der Diskussion äußerten sich Prof. Dr. *Fritz Geyer*, Potsdam-Babelsberg, und *Otto Schwabe*, Berlin, zu dem im Referat vertretenen Standpunkt, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in erster Linie von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmt würden. Beide Redner wiesen nachdrücklich darauf hin, daß der Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands, wenn auch unter verschiedenen Bedingungen, Sache des deutschen Volkes ist. Die Bändigung des westdeutschen Militarismus ist die entscheidende Aufgabe aller deutschen Patrioten. An dieser Stelle wies Prof. Dr. Geyer nach, daß die Referenten besonders auch bei der Behandlung dieses Problems nicht von den Thesen des Politbüros ausgegangen waren. *Otto Schwabe* sprach dann vor allem über die Bedeutung der DDR und des Kampfes der SED für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Das Bestehen und die Erfolge der DDR schwächen die Machtpositionen des deutschen Imperialismus und stellen damit eine entscheidende Unter-

stützung für die Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern dar. Die DDR gibt das Beispiel für den Aufbau des Sozialismus in einem hochindustrialisierten Land und widerlegt damit durch die Praxis die gegnerischen Verleumdungen.

Herzlich begrüßt, sprach das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Schwedens, *Nils Bengtson*, über den Kampf um die Verwandlung der Ostsee in ein Meer des Friedens und die große Hilfe, die die DDR als „Schaufenster des Sozialismus für die nordischen Länder“ allen fortschrittlichen Kräften in Skandinavien leistet.

Weitere Diskussionsbeiträge behandelten solch wichtige Themen wie die Rolle der Volksmassen in der Außenpolitik der DDR, die Grundlagen der Beziehungen zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers, Fragen der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Volksrepublik China, zur Volksrepublik Polen, zu Indien u. a.

Am dritten Konferenztag trat erneut das Plenum zusammen. Es nahm die Berichte der Arbeitsgruppenleiter entgegen, wobei insbesondere von den Leitern der ersten beiden Arbeitskreise, Prof. Ernst Hoffmann und Werner Horn, wertvolle prinzipielle Hinweise für die Weiterentwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung gegeben wurden. Werner Horn betonte, daß es zwar beachtliche Erfolge auf dem Gebiet der Zeitgeschichte gibt, daß aber die Forderung, eine grundlegende Wende auf diesem Gebiet herbeizuführen, nur zum Teil erfüllt sei. Noch immer herrsche der Zustand, daß wichtige Fragen der Geschichte nicht von den Historikern, sondern von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei geklärt würden.

Anschließend beschloß die Konferenz einstimmig, ein Grußschreiben an den Ministerrat der UdSSR zu richten, in dem die sowjetischen Abrüstungsvorschläge begrüßt und Glückwünsche zum erfolgreichen Start der sowjetischen Mondrakete ausgesprochen wurden. In einem Grußschreiben an das Zentralkomitee dankten die Historiker der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die ständige Hilfe und richtungsweisende Unterstützung in ihrer Arbeit.

Zu einem Höhepunkt der Konferenz wurde das Schlußwort von Prof. Dr. *Ernst Engelberg*, Leipzig. Er schloß sich der Kritik am ersten Hauptreferat an und ging auf eine Reihe prinzipieller Fragen ein, die in den Referaten und in den Arbeitskreisen nicht gebührend herausgearbeitet worden waren. Er unterstrich nachdrücklich, daß die militaristische Politik der deutschen Nation stets nur Erniedrigung und Schande gebracht hat und daß zwischen den Eroberungsplänen des aggressiven deutschen Militarismus und den Interessen des deutschen Volkes eine unüberbrückbare Kluft besteht. Es ist gesetzmäßig, erklärte er, daß die besten Vertreter der Arbeiterklasse als erste das Banner des Kampfes gegen die antinationale Kriegs- und Katastrophenpolitik erhoben haben.

Das Wesen der DDR besteht gerade darin, daß sie im Kampf um den Frieden, im Kampf gegen die Restauration des deutschen Imperialismus entstand. Dieser erste deutsche Friedensstaat kann sich nur behaupten und als entscheidende Gegenkraft zur revanchistischen, aggressiven Politik des westdeutschen Imperialismus entwickeln, wenn er sich im Einklang mit den historischen Gesetzmäßigkeiten befindet. Das heißt, wenn er das große Problem unserer Epoche, den Übergang zum Sozialismus, erfolgreich löst. In diesem Zusammenhang würdigte Prof. Dr. Engelberg den demokratischen Charakter unseres Staates und bewies, weshalb er der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist.

Im letzten Teil seiner Ausführungen ging der Referent davon aus, daß die

Bändigung des deutschen Militarismus zur Kernfrage der nationalen Wiedergeburt und der Sicherung des Friedens in Europa geworden ist. Er entwickelte knapp, aber doch klar und überzeugend die politische Grundkonzeption der SED und der Regierung der DDR zur Lösung der nationalen Frage. Er betonte, daß es zwischen der Friedenspolitik der DDR und dem von der Bonner Regierung beschrittenen Weg des Militarismus keinen dritten Weg geben kann.

Abschließend faßte Prof. Dr. Engelberg zusammen, welche Aufgaben jetzt vor den Historikern stehen, und erhob die notwendige Forderung, den historischen Materialismus gründlich zu studieren und tiefer in die Gesetzmäßigkeiten der historischen Prozesse einzudringen. Er verwies dabei auf die Thesen des Politbüros, die er als musterhafte Anwendung des historischen Materialismus bezeichnete. Er wies weiter darauf hin, daß alle historischen Arbeiten von der nationalen Grundkonzeption ausgehen müssen. Der Gedanke, daß erst die Arbeiterklasse der deutschen Nation wirkliche, echte Weltgeltung verschaffen kann, muß sich wie ein roter Faden durch alle wissenschaftlichen Untersuchungen ziehen.

Der herzliche Beifall, mit dem die Anwesenden Prof. Dr. Engelberg dankten, galt nicht nur dem Inhalt seiner klaren, parteilichen Ausführungen, sondern auch der kämpferischen, leidenschaftlichen Form, die jeden marxistischen Historiker auszeichnen sollte.

Die durchgeführte Konferenz verpflichtet die Historiker der DDR, ihre Ergebnisse und Lehren gründlich auszuwerten.

Wenn wir den Versuch machen — gestützt auf die Bemerkungen im Schlußwort und in den Berichten der Leiter der Arbeitskreise —, die positiven und negativen Seiten der Konferenz abzuwägen, so scheint uns wichtig, daß eine derartige Bilanz dem Umstand Rechnung tragen muß, daß es sich um die erste große wissenschaftliche Konferenz auf dem Gebiet der Zeitgeschichte handelte. Aber es war nicht die erste wissenschaftliche Konferenz überhaupt. Deshalb sind eine Reihe organisatorischer Mängel in der Vorbereitung und Durchführung nicht zu entschuldigen. Wir erinnern nur daran, daß zu keinem der Referate vorher Thesen versandt wurden. Schwerwiegender aber ist, daß nicht die Erfahrung berücksichtigt wurde, daß sich eine echte Diskussion nur auf der Grundlage eines Referates entwickeln kann, das sich nicht in der Darstellung des historischen Verlaufs erschöpft, sondern Probleme aufwirft, und die noch wenig geklärten Fragen in den Mittelpunkt stellt.

Die Hauptlehre, die sich für die Historiker der DDR aus dieser Konferenz ergibt, besteht darin, daß sie sich noch intensiver mit der marxistisch-leninistischen Theorie, insbesondere mit dem historischen Materialismus beschäftigen müssen. Nur so wird es möglich sein, klar und überzeugend die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung Deutschlands nach der Befreiung vom faschistischen Joch herauszuarbeiten und die auf der Konferenz aufgetretenen Tendenzen der Faktologie zu überwinden. Mit der schöpferischen Auswertung des Gedankenreichtums der Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR und der Arbeit von Walter Ulbricht: „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ wird die Zeitgeschichte auf ein höheres wissenschaftliches Niveau gehoben werden und zu einer scharfen Waffe bei der Zerschlagung der imperialistischen Ideologie gemacht werden können. Gerade die ungenügende Entlarvung der antihumanistischen, imperialistischen Ideologie sowie der verderblichen Irrlehre vom „dritten Weg“ war ein schwerwiegender Mangel der Konferenz. Die Auseinandersetzung mit der auf dem Gebiet der Zeitgeschichte immer aktiver werdenden west-

deutschen Historiographie kam über Ansätze nicht hinaus. Damit hängt auch eng zusammen, daß eine Reihe Diskussionsredner es nicht verstand, die Beziehung zwischen ihrem Thema und unserem gegenwärtigen Kampf um die Bändigung des deutschen Militarismus herzustellen.

Die Konferenz hat jedoch bewiesen, daß die Kräfte vorhanden sind, um diese Aufgaben lösen zu können. Es wurden über neunzig Ausarbeitungen zu zeitgeschichtlichen Problemen vorgelegt, die in der Mehrzahl wertvolles Material enthielten und sich teilweise durch gründliche theoretische Analysen auszeichneten. Wenn auch ein Teil der Redner die Thesen des Politbüros nicht gründlich ausgewertet hatte, beziehungsweise nicht verstanden hatte, die bereits vor Veröffentlichung der Thesen eingereichten Beiträge auf das Niveau der in diesem Dokument gegebenen prinzipiellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu heben, so hat doch die Konferenz insgesamt anschaulich demonstriert, wie diese Aufgabe gelöst werden muß. Hervorzuheben ist auch, daß auf der Konferenz stärker als je zuvor Probleme aus der Zeit nach 1949 behandelt wurden, wenn auch nur in Ausnahmefällen die Diskussion zur Problematik der allerjüngsten Zeit und den Perspektiven der Entwicklung vorstieß.

Es ist erfreulich, daß gerade viele junge Wissenschaftler auf der Konferenz mit fundierten Beiträgen auftraten. Gute Erfolge wurden vor allem dort erzielt, wo sich die Zeithistoriker ernsthaft bemühten, die Theorie des Marxismus-Leninismus konsequent anzuwenden, sich auf die wichtigen Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Dokumente der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stützten und eine kollektive Arbeitsweise entwickelten. Wie im Schlußwort von Prof. Dr. Engelberg festgestellt wurde, ist das besonders an den wissenschaftlichen Instituten der Sozialistischen Einheitspartei der Fall.

Die Konferenz war der Beginn einer erfolgreichen Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen der Gesellschaftswissenschaft (Historiker, Juristen, Philosophen, Ökonomen). Man muß jedoch unterstreichen, daß hier nur von einem Anfang gesprochen werden kann, weil bisher noch mehr ein Nebeneinander als ein Miteinander der einzelnen Fachrichtungen festzustellen ist. Der nächste Schritt muß sein, daß Historiker, Juristen, Philosophen und Ökonomen *kollektiv* und zielbewußt die Lösung bestimmter Fragen in Angriff nehmen.

Ein Mangel der Konferenz bestand darin, daß sie zuwenig mit der Praxis der Forschung und der Propaganda verbunden war. Hierzu gehört auch, daß die Konferenz viel zu spät stattfand, um noch auf die ideologische Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR einzuwirken. Die Diskussion stützte sich kaum auf die in der Massenpropaganda, in den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, in den Schulen und anderenorts gesammelten Erfahrungen. Uns scheint, daß auf einer Konferenz zur Zeitgeschichte auch methodologische Fragen eine größere Rolle spielen sollten, denn es ist offensichtlich, daß die herkömmlichen Methoden der historischen Forschung und Darstellung für die Zeitgeschichte nicht ausreichen, daß die Zeithistoriker darüber hinaus noch spezifische Methoden entwickeln müssen. Die Ansätze, die es in dieser Richtung auf der Konferenz gab, verdienen deshalb besondere Beachtung.

Betrachtet man die Konferenz als Ganzes, so kann festgestellt werden, daß sie ein Schritt nach vorn war. Sie gab den auf dem Gebiet der Zeitgeschichte tätigen Historikern und Vertretern anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen Gelegenheit, zum erstenmal in so großem Rahmen mit den erzielten Arbeitsergebnissen öffentlich aufzutreten. Eine Reihe der kritisierten

Mängel der Konferenz sind symptomatisch für den derzeitigen Entwicklungsstand der Zeitgeschichte. Sie entspringen der Tatsache, daß die zeitgeschichtliche Forschung bei uns erst auf eine kurze Zeitspanne ihrer Entwicklung zurückblicken kann und daß die Mehrzahl der Historiker sich erst seit ein oder zwei Jahren dieser Problematik widmet. Diese Mängel sind nur durch beharrliche und systematische Arbeit zu überwinden.

Der große Gewinn aber besteht darin, daß die Zahl der wissenschaftlichen Kader, die sich erfolgreich mit der Zeitgeschichte beschäftigen, außerordentlich gestiegen ist, wie überhaupt das allgemeine Interesse an der Zeitgeschichte gewachsen ist. Daraus dürfen wir die Gewißheit schöpfen, daß dieser junge Zweig der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf dem von der Konferenz gewiesenen Weg rasch und erfolgreich gedeihen wird.

Günter Benser³

Eine wissenschaftliche Tagung zum 10. Jahrestag der DDR in Prag

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik fand in Prag am 7. Oktober 1959 eine wissenschaftliche Tagung des Historischen Instituts an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften statt. Die Bedeutung dieser Tagung wurde durch die Anwesenheit offizieller Gäste, des stellvertretenden Außenministers der ČSR, Dr. Jiří Hájek, von Vertretern der Botschaft der DDR in Prag, des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und des ZK der Nationalen Front der ČSR, des Tschechoslowakischen Ausschusses der Friedenskämpfer u. a., hervorgehoben. Außerdem nahmen wissenschaftliche Mitarbeiter einer Reihe von Instituten und Hochschulen teil.

In der Eröffnungsrede betonte Dr. Pavel Oliva, stellvertretender Direktor des Historischen Instituts an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, daß die Historiker der ČSR der Erforschung der neueren und neuesten deutschen Geschichte erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Im Prager Historischen Institut befaßt sich eine Arbeitsgruppe der Abteilung für allgemeine Geschichte mit dieser Problematik, und im Jahre 1958 wurde beim Institut eine spezielle Kommission zur Erforschung der deutschen Frage gebildet, die auch Mitarbeiter anderer Institutionen zur gemeinsamen Forschungsarbeit vereinigt. Auch die wissenschaftliche Tagung zum 10. Jahrestag der DDR wurde von dieser Kommission vorbereitet.

Das erste Referat — „Der gemeinsame Kampf der tschechoslowakischen und deutschen Arbeiterklasse — die historische Grundlage der Freundschaft

³ Die Berichte über die Tätigkeit der einzelnen Arbeitskreise wurden von Heinz Karl, Gerhard Nitzsche, Eckhard Trümpler und Kurt Wrobel ausgearbeitet.

Eine Tagung zum 10. Jahrestag der DDR in Prag

zwischen der ČSR und der DDR“ — hielt *Jiří Kořalka*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Anhand zahlreicher Beispiele aus der Geschichte der Arbeiterbewegung vom Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848 bis zum Jahre 1945 zeigte der Referent, daß die Grundsätze des proletarischen Internationalismus und der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern von Anfang an unerläßliche Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung beider Länder waren. Dadurch entstand eine neue geschichtliche Tradition, völlig unterschiedlich von den bürgerlich-nationalistischen Auffassungen. Die revolutionären Arbeiter beider Nationen unterstützten einander im Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen jede nationale Unterdrückung. Besonders wichtig waren die Jahre 1933 bis 1938, als die Antifaschisten beider Länder unter der Führung ihrer kommunistischen Parteien gemeinsam gegen den Hitlerfaschismus kämpften.

Im zweiten Referat — „Die Deutsche Demokratische Republik — der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte“ — wies *Antonín Šnejdár*ek, wissenschaftlicher Sekretär des Historischen Instituts an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, nach, wie eng die Entwicklung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg mit den beiden entgegengesetzten Traditionen in der deutschen Geschichte verbunden ist. In den Westzonen kamen erneut, nicht zuletzt mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte, diejenigen reaktionären Kräfte an die Macht, die schon zweimal eine verhängnisvolle Katastrophe sowohl für das deutsche Volk als auch für die Nachbarn Deutschlands verursachten. Dagegen gipfelten in der Gründung der DDR alle fortschrittlichen, revolutionären Traditionen des deutschen Volkes, vor allem der heldenhafte Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Der Hauptteil des Referats befaßte sich mit der Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1949, besonders mit den Vorgängen, die zur Spaltung Deutschlands seitens der Westmächte und zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1949 führten. Im Ausblick wurden dann die weitere Entwicklung der DDR und ihr Anteil an den Erfolgen des sozialistischen Weltlagers gewürdigt.

Das letzte Referat — „Aus den fortschrittlichen Traditionen der deutsch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet“ — wurde von Dr. *Alois Hofman*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kabinetts für moderne Philologie an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, vortragen. Nach einer knappen Darstellung der beiderseitigen deutsch-tschechischen kulturellen Beziehungen in früheren Jahrhunderten wurde im Referat vor allem die Zusammenarbeit fortschrittlicher deutscher und tschechoslowakischer Kulturschaffender in den letzten Jahrzehnten ausführlich geschildert und eingeschätzt.

Zum Abschluß sandten die Teilnehmer der Tagung den Mitarbeitern des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin ein Glückwunschtelegramm zum 10. Jahrestag der DDR.

Der gesamte Verlauf der wissenschaftlichen Tagung zum 10. Jahrestag der DDR in Prag zeigte die politisch aktuelle Bedeutung der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der Beziehungen unserer beiden Nachbarvölker.

Jiří Kořalka

Die Ausstellung „10 Jahre DDR“ im Museum für deutsche Geschichte

Am 20. September 1959 wurde im Museum für deutsche Geschichte, Berlin, die zentrale Festausstellung zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, feierlich eröffnet. In acht großen Hallen des ehemaligen Zeughauses sowie auf einem ausgedehnten Freigelände wurden die Ergebnisse zehnjähriger erfolgreicher Arbeit unserer Werktätigen den Besuchern vermittelt.

Ziel der Ausstellung war, anhand konkreten historischen Materials zu zeigen, daß allein der unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik beschrittene Weg den Lebensinteressen der deutschen Nation dient, daß der Aufbau des Sozialismus den historischen Gesetzmäßigkeiten entspricht und unserem Volk eine Zukunft in Frieden, Wohlstand und Glück sichert. Mit dieser Aufgabenstellung diente die Ausstellung also unmittelbar der sozialistischen Bewußtseinsbildung und war hervorragend geeignet, den Stolz über das Erreichte und selbst Erarbeitete zu wecken. „Der Sozialismus siegt“ — das war das Leitmotiv dieser Ausstellung. Walter Ulbricht sagte anläßlich der Eröffnung: „Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik, das sind zehn Jahre der größten Revolution in der deutschen Geschichte, die die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse nach dem Sturz der Nazierrschaft durchgeführt haben.“¹

Nach einem kurzen historischen Überblick wurden in der Ausstellung folgende Probleme behandelt: Die Republik — das sind wir; Die Deutsche Demokratische Republik — ein bedeutendes Industrieland; Die sozialistische Entwicklung unserer Landwirtschaft; Volksbildung und Kultur im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat; Wie lebt der Werktätige in der Deutschen Demokratischen Republik?; Die Wissenschaft und das Gesundheitswesen im Sozialismus. Diese thematische Behandlung der Entwicklung unserer Republik — auf sie wird noch näher eingegangen — wurde sinnvoll ergänzt durch eine große Maschinenhalle und durch das Freigelände für landwirtschaftliche Maschinen, für Verkehrswesen und verschiedene andere Großobjekte. Neu für das Ausstellungswesen war auch die Einrichtung einer Muster-gaststätte durch das Ministerium für Handel und Versorgung. In dieser Zelt-gaststätte unterhielten namhafte Künstler und Ensembles die Besucher.

Auch schon bei früheren Ausstellungen waren von Mitarbeitern des Museums einzelne Vorträge gehalten worden. Dieses Mal hatte man jedoch besonderen Wert darauf gelegt, durch Vorträge über die verschiedensten Wissensgebiete das in der Ausstellung dem Besucher Gebotene zu vervollständigen und zu vertiefen. Überhaupt trug das gesprochene Wort sehr erheblich zum Erfolg dieser großen Leistungsschau bei. In der Industriehalle gaben Mitglieder sozialistischer Brigaden aus Großbetrieben der DDR Auskunft über neue Arbeitsmethoden, erläuterten Neuerermethoden und sprachen zu

¹ Neues Deutschland (B) vom 21. September 1959.

Fragen der sozialistischen Rekonstruktion. Filmstreifen über die Arbeit der jeweiligen Brigade ergänzten und illustrierten ihre Berichte. Es wäre zu wünschen gewesen, daß noch mehr Besucher die Möglichkeit zu Aussprachen genutzt hätten.

Ein umfangreiches und außerordentlich vielseitiges Filmprogramm — insbesondere wurden Dokumentar- und populärwissenschaftliche Filme gezeigt — ergänzte die Ausstellung.

Wir erwähnen diese positiven Neuerungen im Ausstellungswesen deshalb, weil derartige Erfahrungen unseres Erachtens bei kommenden Ausstellungen unbedingt berücksichtigt werden sollten. Die Verbindung dieser Ausstellung mit den verschiedensten kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen zeigte die großen Möglichkeiten, die dem Ausstellungswesen in einem sozialistischen Staat gegeben sind. Nicht alles wird die Museumswissenschaft direkt übernehmen können, doch geben die bei dieser Ausstellung gesammelten Erfahrungen wertvolle Anregungen für die Neugestaltung unserer Museen.

Grundlage für die wissenschaftliche Bearbeitung und museale Gestaltung der verschiedenen Themen der Ausstellung waren die Beschlüsse des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie die Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR. Im folgenden soll versucht werden einzuschätzen, ob es dem Kollektiv des Museums gelungen ist, einen Beitrag zur sozialistischen Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen zu leisten und die historischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der DDR richtig darzustellen. Aus Raumgründen wird das nur anhand einzelner Beispiele möglich sein.

Die Gründung der DDR war ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. „In ihr verkörpern sich die Erfahrungen des jahrhundertelangen Kampfes des deutschen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung.“² Diese Erfahrungen der Geschichte, vor allem die Lehre, daß der deutsche Militarismus der Todfeind der Nation ist, wurden dem Besucher in der knappen historischen Einleitung anhand von Großfotos, Fotomontagen und Statistiken vermittelt. Die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis wurden richtig als konsequente Fortsetzung des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse für die nationalen Interessen des deutschen Volkes gezeigt.

Die Ausstellung bewies erneut, daß die Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung eines friedliebenden deutschen Staates ist.

Gut waren in dem geschichtlichen Abriß die historische Rolle der Arbeiterklasse und die führende Rolle ihrer Partei herausgearbeitet. Bereits wenige Wochen nach dem Zusammenbruch des Faschismus wies die KPD mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 den Weg aus den Trümmern in eine gesicherte Zukunft. „... die Partei der revolutionären Arbeiterklasse rief das Volk auf, seine Geschicke endlich in die eigenen Hände zu nehmen.“³ Dieser Aufruf bildete die Grundlage für die Vereinigung von KPD und SPD. Großfotos und die Fahne des Vereinigungsparteitages demonstrierten anschaulich den bedeutendsten der nach 1945 errungenen Erfolge, die Herstellung der revolutio-

² Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 663.

³ Walter Ulbricht: Eine schöne Menschengemeinschaft. In: Neues Deutschland (B) vom 7. Oktober 1959.

nären Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Ausstellung machte deutlich, daß nach der Befreiung vom faschistischen Joch nicht die sozialistische Umwälzung auf der Tagesordnung stand, sondern daß es galt, die Grundlagen des Imperialismus zu beseitigen und antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Dabei kam die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei augenfällig zum Ausdruck, was nicht in allen Abteilungen der Ausstellung der Fall war. So genügte es beispielsweise bei der Darstellung der Volksbildung nicht, nur einzelne Thesen des ZK der SED zur sozialistischen Entwicklung des Schulwesens zu zitieren, ohne die führende Rolle und den unmittelbaren Einfluß der marxistisch-leninistischen Partei auf die Umgestaltung der Volksbildung an konkreten Beispielen zu behandeln.

Die Darstellung des Berufs- und Fachschulwesens zeigte besonders eindrucksvoll die vielen Möglichkeiten, die der Werktätige in der Deutschen Demokratischen Republik hat, um sein Wissen zu bereichern und sich fachlich zu qualifizieren. Von besonderer Aktualität in Hinsicht auf Westdeutschland waren auch die Angaben über die soziale Zusammensetzung der Studenten, über die Stipendien und über die Ausgaben des Staates für die Hochschulen, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet. Sehr eindeutig schlußfolgert der Besucher, daß die Wissenschaft im Sozialismus eine nie dagewesene Blüte erreicht, während sie in Westdeutschland ein Schattendasein fristet.

Die geschichtsbildende Rolle der Volksmassen war auch in dem der kulturellen Entwicklung gewidmeten Abschnitt gut herausgearbeitet. Sinnfälligster Ausdruck des Neuen im kulturellen Leben unserer Republik waren die ersten Arbeiterfestspiele im Bezirk Halle. 244 Veranstaltungen in 32 Festspielorten, besucht von 60 000 Menschen — wann hat es auch nur annähernd Ähnliches in Deutschland gegeben! Der Schriftsteller geht zum Kumpel, der Maler in die LPG, der Musiker in den Großbetrieb — aber nicht nur das: der Arbeiter wird selbst zum aktiven Mitgestalter an der künstlerischen Wiedergabe des neuen Lebens, der lesende Arbeiter entwickelt sich zum schreibenden Arbeiter. Interessant war, wie sich in den ausgestellten Filmplakaten gewisse Etappen unserer gesellschaftlichen und insbesondere kulturpolitischen Entwicklung widerspiegelten: Rechneten die Filme zunächst mit dem Faschismus und Militarismus ab, wandten sie sich anschließend den revolutionären Traditionen unseres Volkes zu, so ist die Gestaltung der Probleme des sozialistischen Aufbaus nunmehr vorrangig.

Eine unserer zentralen Aufgaben auf kulturpolitischem Gebiet ist, auf dem Lande und in den Betrieben ein kulturelles Leben zu entwickeln. Neben den Betriebs- und Dorfakademien und den Dorfklubs spielen bei der Lösung dieser Aufgabe die Kulturhäuser eine entscheidende Rolle. Es war daher ein guter Gedanke, in der Mitte der Ausstellungshalle ein Kulturhaus als Zentrum der kulturellen Massenarbeit aufzubauen. Aber es wäre zu wünschen gewesen, daß dieses Kulturhaus den Höhepunkt der Abteilung gebildet hätte. Sowohl in der Auswahl des Materials wie in der Darstellung blieb vieles offen. Man hätte gewünscht, anhand von Beispielen etwas über die Beteiligung der Arbeiter an den Veranstaltungen eines bestimmten Klubhauses zu erfahren. Günstig wäre es sicher auch gewesen, erfahrene Leiter von Kulturhäusern als Betreuer zu verpflichten. Jedoch: im ganzen gesehen wurde dieser Abschnitt der Bedeutung der Kultur bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung gerecht. Er machte deutlich, daß der Aufbau des Sozialismus ein höheres Bewußtsein, ein aktives Verhältnis zur Kultur erfordert. Er zeigte, daß — wie es besonders das 4. Plenum des ZK der SED betonte — sozialisti-

sche Demokratie und revolutionäre Umwälzung auf ideologisch-kulturellem Gebiet sich gegenseitig bedingen, daß erst die sozialistische Demokratie alle schöpferischen Kräfte des Volkes freisetzt.

Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildeten die Entwicklung und die sozialistischen Perspektiven unserer Industrie. Neben der Behandlung der im Beschluß des V. Parteitages der SED festgelegten ökonomischen Hauptaufgabe, bis 1961 Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel und Konsumgüter einzuholen und zu überholen, wurde der Bedeutung der Arbeiterklasse und der entscheidenden Rolle des Staates beim Aufbau des Sozialismus sowie der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Anhand von Fotos, Statistiken über die Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb, Material über die Anstrengungen und Erfolge Zehntausender Arbeiter, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ ringen, wurde die historische Rolle der Arbeiterklasse als Schöpfer einer neuen Gesellschaftsordnung behandelt. So gut dieses zentrale Problem dem Besucher nahegebracht wurde, so wäre doch zu wünschen gewesen, die nationale Bedeutung der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe noch stärker herauszuarbeiten; richtet sich doch die Verwirklichung dieses großen Zieles unmittelbar gegen die Pläne der westdeutschen Imperialisten und Militaristen, bis 1961 die Atomausrüstung ihrer Armee zu vollenden. Die Überlegenheit des Sozialismus auf allen Gebieten zu beweisen bedeutet, die Friedenskräfte in Westdeutschland zu stärken und damit zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung entscheidend beizutragen. „Die ökonomische Hauptaufgabe hat infolgedessen einen tiefen politischen Inhalt.“⁴ Dieser Gedanke durchdrang nicht in genügendem Maße den gesamten Abschnitt.

Durchaus gelungen war die Gestaltung des Chemieprogramms, dessen zentrale Bedeutung für alle Bereiche unseres sozialistischen Aufbaus durch die äußerst vielseitigen Exponate anschaulich und überzeugend demonstriert wurde.

Der sozialistischen Umwälzung auf dem Dorfe und der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft war der nächste Abschnitt gewidmet. Großmodelle, Graphiken und Statistiken veranschaulichten den Weg der Landwirtschaft der DDR zum Sozialismus. Besonders begrüßt wurde, daß LPG-Mitglieder anwesend waren, die den Besuchern über alle landwirtschaftlichen Probleme sachkundige Auskunft geben konnten. Die ausgestellten Materialien brachten richtig zum Ausdruck, daß die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande in entscheidendem Maße eine Frage der Bewußtseinsbildung ist. Es war daher sehr zu begrüßen, daß in allen Einzelheiten die Entwicklung „vom Ich zum Wir“ geschildert, die Rolle des Staates bei der sozialistischen Umgestaltung gezeigt und wissenschaftliche Erkenntnisse allgemein verständlich dargestellt wurden. So wurde bewiesen, daß nur die sozialistische Großproduktion eine höhere Marktproduktion garantiert. Erstmals erhalten die Werktätigen der Landwirtschaft durch die gemeinsam organisierte und ausgeführte genossenschaftliche Arbeit auch die Möglichkeiten, sich kulturell zu betätigen. Allein schon die Gegenüberstellung des Arbeitstages einer LPG-Bäuerin und einer Einzelbäuerin zeigte, wie sich erst durch die genossenschaftliche Arbeitsweise auch auf dem Dorf die Perspektive eines glücklichen, kulturvollen Lebens eröffnet.

⁴ Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 680.

Eine gute Ergänzung fand dieser Abschnitt der Ausstellung in den zahlreichen auf dem Schinkelplatz zu besichtigenden Landmaschinen.

Der anziehendste Teil der Ausstellung war wohl die Abteilung „Wie lebt der Werktätige in der DDR?“. Sozialismus ist Frieden, Wohlstand und Glück. Diese historische Gesetzmäßigkeit suchte man auf vielfältige Weise zu veranschaulichen, so beispielsweise, indem anhand der Auslagen großer Schaufenster der steile Aufschwung unseres Lebensstandards sichtbar gemacht wurde. Aber nicht allein im Inhalt der Lohntüte kommt der erreichte Lebensstandard zum Ausdruck, sondern er zeigt sich in der *allseitigen* Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Menschen, so auch in den Errungenschaften unserer Republik auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens und der Kultur. Richtig war, daß in diesem Zusammenhang die Fragen der sozialistischen Rekonstruktion erneut behandelt wurden. Gerade auf diesem Gebiet war anhand konkreten statistischen und Bildmaterials die Gegenüberstellung unserer ökonomischen Entwicklung zu der Westdeutschlands besonders überzeugend veranschaulicht.

Der Prozeß der sozialistischen Umwälzung erfaßt *alle* Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens. Überall entwickeln sich Hand in Hand mit der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse auch neue, sozialistische Verhältnisse zwischen den Menschen, verbinden sich Theorie und Praxis, werden durch die Entfaltung der sozialistischen Demokratie ungeahnte schöpferische Kräfte der Volksmassen erschlossen. Von diesem Neuen in unserem Leben kündeten jene Teile der Ausstellung, die den Errungenschaften der Wissenschaft, der Sportbewegung, des Gesundheitswesens gewidmet waren.

Wo auch immer und in welchen Formen auch immer zeigte die Ausstellung, was unter dem Motto „Die Republik, das sind wir!“ bereits zu Beginn des Rundganges dokumentiert wurde: „Die einheitliche Arbeiterklasse, die im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen, die Einheit und Geschlossenheit der Werktätigen unserer Republik in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bilden die Grundlage der breiten Entfaltung wahrer Demokratie in unserem jungen Staat. Das Volk selbst bestimmt und gestaltet unter Führung der Partei der Arbeiterklasse die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Produktion... In der Deutschen Demokratischen Republik geht – wie es in der Verfassung vorgesehen ist – alle Macht vom Volke aus.“⁵

Diese nur in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat mögliche schöpferische Anteilnahme *aller* Schichten der Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus kam in der Ausstellung zum Ausdruck. Dadurch vermittelte sie die wichtige politische Erkenntnis, daß unsere Stärke in der Gemeinschaft, in der moralisch-politischen Einheit des ganzen Volkes liegt, daß erst unter sozialistischen Bedingungen ein wahrhaft menschliches Leben möglich ist. Indem die Ausstellung die demokratische Entwicklung in der DDR zeigte, wo die Wurzeln des Militarismus und Imperialismus ausgerottet und das Potsdamer Abkommen konsequent eingehalten wurden, indem sie andererseits mit nüchternem Tatsachenmaterial den klerikal-militaristischen Charakter des Bonner Obrigkeitsstaates, in dem aktive Nazis und selbst Kriegsverbrecher Minister sind oder „Recht“ sprechen, veranschaulichte und leidenschaftlich anprangerte, dokumentierte sie gleichzeitig, daß die Deutsche Demokratische Republik der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist.

⁵ Wilhelm Pieck: Geleitwort zu „10 Jahre DDR“. Festschrift zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, S. 9.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Ausstellung „10 Jahre Deutsche Demokratische Republik“ entsprach sowohl hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Konzeption als auch ihrer künstlerischen und musealen Gestaltung den hohen Anforderungen, die wir heute an eine derartige Ausstellung stellen müssen. In ihr wurden die historischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung unserer Republik aufgedeckt, wurde die DDR als Bastion des Friedens im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus und für die Lösung des nationalen Grundproblems gezeigt. Die Ausstellung bewies, wo wahre Demokratie herrscht, und arbeitete die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, im wesentlichen wissenschaftlich richtig und überzeugend heraus. Sie bewies dadurch: „Die sozialistische Arbeiterbewegung der DDR hat einen neuen Inhalt erhalten: Schaffung der neuen Produktivkräfte, der materiell-technischen Basis des Sozialismus, eine neue Moral und Ethik und Entfaltung des ganzen Reichtums der sozialistischen Kultur.“⁶

Die Ausstellung zeigte den erreichten Entwicklungsstand auf den verschiedensten Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens, wies die klare Perspektive des siegreichen Aufbaus des Sozialismus in der DDR und konfrontierte überzeugend die Errungenschaften unserer jungen Republik mit den Ergebnissen des sogenannten Wirtschaftswunders in Westdeutschland. Damit trug sie mit ihren Mitteln unmittelbar zur sozialistischen Bewußtseinsbildung unserer Menschen bei. Ihre Anschaulichkeit und Vielseitigkeit sowie ihre politische Aussagekraft wurden von den Besuchern durch zahlreiche Eintragungen im Gästebuch bestätigt. Welch großen Anklang die Ausstellung fand, zeigt die Zahl von allein 45 000 Besuchern am Tag der Republik. In den insgesamt sechs Wochen kamen über 380 000 Menschen, prüften aufmerksam das Dargestellte, kritisierten Schwächen oder gaben Hinweise und demonstrierten damit eindeutig ihre Verbundenheit mit der Entwicklung ihrer Republik.

Die Ausstellung brachte auch neue Erkenntnisse auf musealem und ausstellungstechnischem Gebiet. Sie bewies erneut, daß und auf welche Weise theoretische Probleme anschaulich und ansprechend zu gestalten sind. Die neu gesammelten Erfahrungen bei der Darstellung historischer und zeitgeschichtlicher Probleme gilt es in Zukunft im gesamten Museumswesen unserer Republik auszuwerten.

Jedoch muß man aber auch auf einige Schwächen hinweisen. Trotz aller Bemühungen, die unverkennbar waren, war es nicht in allen Abteilungen gelungen, der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands genügend Ausdruck zu verleihen. Auch hätte bei einzelnen Themen die Rolle der Nationalen Front des demokratischen Deutschland als Vertreterin aller Schichten der Bevölkerung klarer herausgearbeitet werden müssen. Das trifft beispielsweise bei der Würdigung der Leistungen des Mittelstandes zu.

Auch der von Besuchern mehrfach geäußerte Wunsch, Berlins Rolle als Hauptstadt und seinen Anteil am Aufbau des Sozialismus in einer zusammenhängenden Darstellung zu sehen, war nicht unberechtigt. Natürlich mußte die Ausstellung die in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik erreichten Erfolge beim sozialistischen Aufbau dokumentieren und für alle Bezirke unserer Republik die Perspektiven im Siebenjahrplan veranschau-

⁶ Thesen des Politbüros des ZK zum zehnten Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 682.

lichen. Aber angesichts der besonderen politischen Bedeutung Berlins wäre an einer Stelle eine zusammenhängende Darstellung am Platze gewesen.

Schließlich noch eins: So begrüßenswert in einer Ausstellung kurze Texte sind, so dürfen sie aber nicht dort fehlen, wo sie zur Erklärung der Exponate oder Bilder unbedingt notwendig sind. Nicht jedes Foto ist ohne Text verständlich, auch wenn es noch so sorgfältig ausgewählt wurde. Besonders bei Modellen und Maschinen fehlten vielfach Hinweise über Verwendungszweck und Arbeitsweise, die dem interessierten Besucher mehr Aufschluß hätten geben können.

Die hier genannten Schwächen beeinträchtigen jedoch nicht die berechtigte Feststellung, daß das Kollektiv von Arbeitern, Wissenschaftlern und Künstlern des Museums für deutsche Geschichte, das die Ausstellung vorbereitete, aufbaute und betreute, einen aner kennenswerten Beitrag zur wissenschaftlichen Darstellung der revolutionären Umwälzungen auf dem Gebiet der DDR, zur sozialistischen Bewußtseinsbildung und zur würdigen Gestaltung des zehnten Geburtstages unserer Republik geleistet hat.

Rolf Kiau

Die Kommission für historische Studien der Kommunistischen Partei Chiles¹

Seit einigen Jahren schenkt die Kommunistische Partei Chiles dem Studium und der Popularisierung der chilenischen Geschichte und ihrer fortschrittlichen Traditionen gesteigerte Aufmerksamkeit. In voller Illegalität bildete sie eine Kommission, die sich mit diesen Studien befaßte. Die Kommission erhielt die Aufgabe, eine Biographie des Generalsekretärs der Partei, des Genossen Ricardo Fonseca, zu schreiben. Doch sollte die Lebensbeschreibung des verstorbenen Arbeiterführers gleichzeitig Darstellung einer wichtigen Periode des Kampfes der Kommunistischen Partei Chiles sein. Das Ergebnis dieser Arbeit war die Veröffentlichung des Buches „Ricardo Fonseca — ein vorbildlicher Kämpfer“. Nach Veröffentlichung der Biographie, der infolge mangelnder Gründlichkeit der Untersuchung einige Mängel anhafteten, hörte die erwähnte Kommission auf zu bestehen.

Zwischen 1950 und 1959 begannen einige Historiker, die aktiv in der Partei mitarbeiten, einige wichtige Vorgänge in der historischen Entwicklung Chiles auf der Grundlage des historischen Materialismus zu studieren.

Im Frühjahr 1959 beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chiles eine Ständige Kommission für historische Studien zu bilden. Ihr gehören zwei Berufshistoriker an. Den Vorsitz in der Kommission übernahm der Generalsekretär der Partei. Die Kommission hat einen umfassenden Arbeitsplan aufgestellt, der, so hoffen wir, auch erfüllt werden wird.

Der Arbeitsplan sieht folgende Hauptaufgaben vor:

1. Eine kritische Analyse der Entwicklung und der Kampferfahrungen der Kommunistischen Partei Chiles seit ihrer Gründung. Diese Arbeit soll

keine Geschichte der Partei werden, sondern kann in gewissem Sinne der Vorbereitung eines Lehrbuches der Parteigeschichte dienen;

2. die Fortsetzung der im Jahre 1956 vom Verfasser dieses Berichts begonnenen „Geschichte der Arbeiterbewegung in Chile“. Der zweite Band wird die Periode von 1900 bis 1925 umfassen, an seiner Ausarbeitung wirkt Fernando Ortiz mit. Dieser Teil wird 1960 veröffentlicht. Der dritte Band des Werkes wird die Periode von 1925 bis in die Gegenwart umfassen. Dieser Teil wird die Geschichte der Kommunistischen Partei Chiles zum Hauptinhalt haben;

3. Ausarbeitung einer marxistischen Darstellung der Geschichte Chiles. Dieser Aufgabe mißt die Partei große Bedeutung bei; bei ihrer Verwirklichung sind bereits große Fortschritte zu verzeichnen;

4. Herausgabe einer Zeitschrift für Geschichte, deren erste Nummer 1960 zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit Chiles erscheinen soll. Wir hoffen, dieser Zeitschrift eine feste theoretische Position und hohes wissenschaftliches Niveau geben zu können;

5. Veröffentlichung einer Auswahl der Schriften von Luis Emilio Recabarren, dem Begründer der Kommunistischen Partei Chiles, sowie seiner Biographie. An dieser Aufgabe wird schon gearbeitet;

6. Veröffentlichung einer Dokumentensammlung zur Geschichte der Kommunistischen Partei Chiles;

7. Einrichtung einer Bibliothek, eines Archivs und Museums der Kommunistischen Partei Chiles. Was die Schaffung der Bibliothek anbetrifft, so denken wir daran, die Materialien zu sammeln, die aus naheliegenden Gründen nicht in den öffentlichen Bibliotheken enthalten sind. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Nationalbibliothek und die Kongreßbibliothek nahezu vollständige Sammlungen der Arbeiterzeitungen und zahlreiche Bücher und Broschüren über die Arbeiterbewegung besitzen. Zu den Materialien, die wir für unser Archiv sammeln wollen, gehören die Protokolle von Unterredungen, die systematisch und planmäßig mit alten Funktionären der Partei oder Gewerkschaftsveteranen geführt werden sollen. Außerdem werden wir uns um Fotokopien der Materialien bemühen, die von der Kommunistischen Partei Chiles an die leitenden Organe der III. Internationale geschickt wurden;

8. Unterstützung der wissenschaftlichen Untersuchungen, die von den kommunistischen Historikern Chiles individuell durchgeführt werden.

Der hier skizzierte Plan der chilenischen kommunistischen Parteihistoriker scheint sehr weitgespannt zu sein und ist es auch. Doch glauben wir, daß er mit Hilfe der Partei und unter Anspannung aller Kräfte in relativ kurzer Zeit verwirklicht werden kann.

Hernán Ramírez Necochea

¹ Der Verfasser dieses Berichts, Hernán Ramírez Necochea, Mitglied der Kommission für historische Studien der Kommunistischen Partei Chiles und Professor an der Universität von Chile, Santiago, veröffentlichte in den letzten Jahren u. a. folgende Bücher: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Chile. 19. Jahrhundert, 1956; Balmaceda und die Konterrevolution von 1891, 1958; Die ökonomischen Voraussetzungen der Unabhängigkeit Chiles, 1959. Gegenwärtig bereitet er eine „Wirtschaftsgeschichte von Chile“ vor. — *Die Redaktion.*

Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin 1959, 328 S.

Mit der Edition der Dokumente vom I. und II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der betreffenden Reden Lenins legt das Institut für Marxismus-Leninismus bedeutsame Materialien über die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung in den ersten Jahren der revolutionären Nachkriegskrise vor.

In einer knappen, aber gut fundierten und die Hauptprobleme enthaltenden Einleitung werden der Zerfall und schmachvolle Untergang der II. und die Entstehungsgeschichte der III. Internationale dargestellt. Dabei wird deutlich, daß die von Lenin geführte bolschewistische Partei am konsequentesten für die Schaffung der neuen Internationale eintrat. Insbesondere wird der internationale Widerhall gewürdigt, den die Gründung der Kommunistischen Internationale hervorrief. Dabei werden die für den heutigen Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung aktuellen Gesichtspunkte hervorgehoben, indem nachdrücklich festgestellt wird, daß der Sieg über den internationalen Revisionismus zugleich für den Imperialismus eine Niederlage bedeutete. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Gründung der III. Internationale hat der Marxismus-Leninismus seinen Siegeszug in der Welt angetreten und die werktätigen Massen auf die entscheidenden Fragen des proletarischen Befreiungskampfes orientiert. Die III. Internationale hat das

ideologische und organisatorische Fundament für den Vormarsch der kommunistischen Bewegung gelegt, die trotz erbitterten Widerstandes der Imperialisten aller Länder, trotz faschistischer Diktatur und Verbote ihren Einfluß auf die Arbeitermassen von Jahr zu Jahr verstärkt hat und heute zur bestimmenden Kraft in der Weltpolitik geworden ist. Wie aus den publizierten Dokumenten des Bandes ersichtlich wird, konnte sich die Gründung der III. Internationale nur im schärfsten Kampf mit den Opportunisten und Sozialchauvinisten vollziehen, die die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation verraten hatten. Der Kampf der III. Internationale gegen Imperialismus, Militarismus und Kriegsgefahr, gegen den Einfluß der opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer der Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse und alle Werktätigen vom Kampf gegen die Verderber der Nation abzuhalten suchten, half der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung entscheidend in ihrem schweren Ringen und entsprach zutiefst den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Es waren vor allem die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental, auf denen Lenin für eine klare und den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart und Basel entsprechende Haltung gegen den imperialistischen Raubkrieg eintrat, der nur durch den revolutionären Klassenkampf, nur durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg beendet werden konnte. Diese großen Aufgaben erforderten die Existenz einer marxistisch-leninistischen Partei, einer Partei neuen Typus, die fähig war, die Massen im Kampf um die Macht zu führen. Die Große So-

zialistische Oktoberrevolution hatte den welthistorischen Beweis erbracht, daß der Imperialismus auch in einem einzelnen Land gestürzt und beseitigt und nur durch die Diktatur des Proletariats der Sozialismus errichtet und behauptet werden kann. Diese für den proletarischen Emanzipationskampf äußerst wichtige Erfahrung spiegelt sich in allen Dokumenten der beiden Kongresse wider. Proletarische oder bürgerliche Diktatur, diese Alternative stand vor den Volksmassen der kapitalistischen Länder, und darüber mußte um so mehr Klarheit bestehen, als die reformistischen und zentristischen Ideologen versuchten, dieses entscheidende Problem mit allen Mitteln zu verfälschen bzw. zu verschleiern. Lenin hatte in grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit den Zentristen, besonders in den Arbeiten „Staat und Revolution“ sowie „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, die Bedeutung der Rätebewegung hervorgehoben und den kleinbürgerlichen und illusorischen Charakter der Phrase vom „dritten Weg“ entlarvt.

Gerade für die Erforschung und das Studium der deutschen Novemberrevolution geben die Dokumente der ersten beiden Weltkongresse wichtige theoretische Aufschlüsse. Insbesondere die auf dem ersten Kongreß angenommenen Richtlinien, das Manifest, die Thesen und das Referat Lenins über proletarische Diktatur und bürgerliche Demokratie lassen erkennen, welche Bedeutung die Frage der Macht besitzt, daß es keine Kompromisse, sondern nur die Herrschaft einer der beiden Grundklassen geben kann.

Ein Meisterwerk marxistischer Analyse sind Lenins Thesen über proletarische Diktatur und bürgerliche Demokratie. Sie schaffen für den Kampf der Arbeiterklasse nicht nur theoretische Klarheit, sondern sind zugleich Aktionsprogramm.

Allen reformistischen Spekulationen über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus durch Wahlen oder Koalitionspolitik, die nichts anderes bedeutet als sich den imperialistischen Machtinteressen unterzuordnen, stellte Lenin mit der ihm eigenen theoretischen Schärfe und Prägnanz die Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes um die politische Macht gegenüber. Seine Feststellungen besitzen große Aktualität gerade in den Auseinandersetzungen mit den modernen Revisionisten. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei auf die 12. These (S. 59)¹ verwiesen. Dort setzt sich Lenin mit opportunistischen Spekulationen über einen „dritten Weg“ auseinander und gelangt dabei zu folgender Feststellung: „Was die Sozialisten vor allem nicht verstehen und was ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihr Verharren im Banne bürgerlicher Vorurteile, ihren politischen Verrat am Proletariat ausmacht, ist, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgend etwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers. Davon zeugt die Erfahrung einer mehr als hundertjährigen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiterbewegung in allen fortgeschrittenen Ländern und besonders die Erfahrung der letzten fünf Jahre.“ Die Thesen über proletarische Diktatur und bürgerliche Demokratie enthalten die Hauptgesichtspunkte der leninistischen Strategie und Taktik, deren Anwendung von den kommunistischen Parteien ein hohes Maß prinzipieller Festigkeit und politi-

¹ Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf den hier besprochenen Band.

scher Beweglichkeit erforderte. Einerseits mußten der Klassencharakter und die Funktion der bürgerlichen Demokratie gründlich analysiert werden, zum anderen war es ebenso notwendig, die dadurch bedingten neuen politischen Aufgaben für die kommunistischen Parteien zu begründen. In dieser Hinsicht geben die Dokumente der ersten beiden Weltkongresse wertvolle Aufschlüsse über die klare politische Zielsetzung der III. Internationale.

Die Kommunistische Internationale hatte an der Formierung und Entwicklung marxistisch-leninistischer Parteien in den einzelnen Ländern großen Anteil. In dem Maße, wie die kommunistischen Parteien heranwuchsen und immer aktiver in das politische Geschehen ihrer Länder eingriffen, erhöhte sich die Autorität der Kommunistischen Internationale und ihre Führerrolle in der internationalen Arbeiterbewegung. Ein Hauptanliegen der III. Internationale war die schonungslose, parteiliche Kritik aller opportunistischen Anschauungen. Damit beschleunigte sie den Lösungsprozeß der Arbeitermassen von reformistischen Illusionen bedeutend, gab gleichzeitig dem proletarischen Befreiungskampf eine klare Zielsetzung und Perspektive und festigte die marxistischen Positionen des internationalen Proletariats. Die Überwindung überlebter, nicht mehr den Bedingungen des Klassenkampfes entsprechender Auffassungen erwies sich gerade in den damaligen Revolutionsjahren als besonders notwendig. Wie überzeugend, treffend und konstruktiv wirken zum Beispiel die bekannten 21 Bedingungen, die den unter dem Einfluß der Zentristen stehenden Arbeitermassen den Weg zur Kommunistischen Internationale erleichterten. Mit ihrem programmatischen Dokument wurden die Voraussetzungen für die revolutionäre Einheit und

Reinheit der Kommunistischen Internationale geschaffen und den zentristischen und reformistischen Elementen der Weg in die Reihen der kommunistischen Weltbewegung versperrt. Und was konnten Kautsky, Hilferding und Konsorten dem entgegenzusetzen? Nichts als Verleumdungen aus dem Arsenal übelster reformistischer Demagogie, haltlose Spekulationen und Konstruktionen, die mit der politischen Wirklichkeit auf Schritt und Tritt kollidierten und deshalb nur von kurzer Lebensdauer waren.

Die Klärung grundsätzlicher Fragen des proletarischen Klassenkampfes auf dem II. Weltkongreß, so in den 21 Bedingungen, in den Leitsätzen über die proletarische Revolution, in der Nationalitäten- und kolonialen Frage, in der Agrarfrage, hinsichtlich des Parlamentarismus und der Gewerkschaftspolitik, um nur einige zu nennen, orientierte die internationale Arbeiterbewegung auf die wichtigsten Probleme und führte zur weltweiten Ausbreitung des Leninismus.

Wer die internationale Lage, die außenpolitischen Beziehungen der damaligen Zeit untersuchen will, kann nicht an den wissenschaftlich fundierten Einschätzungen vorbeigehen, die in den Dokumenten des I. und II. Kongresses enthalten sind. Schon allein die Charakterisierung des Versailler Diktats und die hiervon abgeleitete Aufgabenstellung für die Arbeiterklasse sind ein klassisches Beispiel einer marxistisch-leninistischen Analyse und unterscheiden sich prinzipiell von allen bürgerlichen und rechtssozialistischen Lamentationen, die an die „Großzügigkeit“ und „Nachgiebigkeit“ der Siegermächte appellierten und gleichzeitig den Nationalismus schürten. In den Dokumenten der Kongresse wurden die tieferen Ursachen des ersten Weltkrieges aufgedeckt und damit ge-

holfen, Millionen von Arbeitern klarzumachen, daß die imperialistische Politik die Nation in die Katastrophe führt.

Besonders wertvoll sind die im Anhang publizierten Reden und Aufsätze Lenins über Bedeutung und Wirken der III. Internationale. Sie verdeutlichen den grundlegenden Unterschied, der zwischen der revolutionären, marxistisch-leninistischen III. Internationale und der II. Internationale besteht, die mit Ausbruch des ersten Weltkrieges in einzelne sozialchauvinistische Parteien zerfiel, und geißeln den Versuch der Opportunisten, 1919 in Bern den Leichnam der vom Revisionismus zerfressenen II. Internationale auf einer konterrevolutionären, antisowjetischen Basis wiederaufleben zu lassen. Sie zeugen von der Aufmerksamkeit und Sorge des Leiters des jungen Sowjetstaates für die kommunistische Bewegung, deren Fortschritte und Gedeihen durch die Konstituierung der III. Internationale das Kräfteverhältnis immer schneller zugunsten der Revolution veränderten. Mit Stolz konnte Lenin in seinem Aufsatz über den II. Weltkongreß schreiben: „In allen Ländern der Welt haben sich die besten Vertreter der revolutionären Arbeiter bereits auf die Seite des Kommunismus, der Sowjetmacht und der proletarischen Diktatur gestellt. In allen fortgeschrittenen Ländern Europas und Amerikas gibt es bereits kommunistische Parteien oder zahlreiche kommunistische Gruppen. Auf dem am 7. August beendeten Kongreß waren es nicht mehr die ersten Kämpfer der proletarischen Revolution, die sich zusammenschlossen, sondern Delegierte starker, mächtiger Organisationen, die mit den Proletariatsmassen in engster Fühlung stehen. Eine Weltarmee des revolutionären Proletariats kämpft heute für den Kommunismus“ (S. 315).

Dieser Armee von revolutionären

Proletariern ein ideologisches und organisatorisches Fundament zu geben, war Sinn und Aufgabe der III. Internationale. Die in dem Band veröffentlichten Beschlüsse, Erklärungen, Thesen und Leitsätze widerlegen eindeutig die Verleumdungen und Fälschungen ihrer Gegner, die behaupten, daß die kommunistischen Parteien „Agenturen Moskaus“ wären, daß die III. Internationale den „verlängerten Arm der sowjetischen Außenpolitik“ darstelle und ähnliche Lügen. Die III. Internationale verkörperte echten revolutionären Demokratismus. Sie war auf dem Boden der revolutionären Arbeiterbewegung in allen Ländern entstanden und vertrat mit den Interessen der weltweiten Befreiungsbewegung des Proletariats und aller Werktätigen gleichzeitig die nationalen Interessen der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes. Ihre Sektionen waren gleichberechtigt, und die Beratungen der Kongresse zeugen von einer Atmosphäre echter proletarischer Demokratie wie auch von dem Bestreben, das gemeinsam Festgelegte mit der vereinten Kraft der Organisation zu erfüllen.

Die im Vorwort gegebene Einschätzung der Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der III. Internationale bis zum II. Weltkongreß erhärtet diese Feststellungen anhand umfangreichen Tatsachenmaterials. Besonders die Hinweise auf Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

Die übersichtliche Gestaltung des Buches, durchgängig nach dem chronologischen Prinzip angelegt, die für jede einzelne Publikation enthaltene Quellenangabe sowie die Auswahl der wichtigsten und für unseren gegenwärtigen politischen Kampf höchst aktuellen Dokumente machen diesen Band zu einer bedeutungsvollen Publikation, die unseren

Kampf gegen antikommunistische Verleumdungen und Entstellungen und für die Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse wirkungsvoll unterstützt. Damit hat das Institut einen guten Anfang bei der Veröffentlichung von Dokumenten gemacht, die die Entwicklung und die welthistorische Bedeutung der Kommunistischen Internationale würdigen, und man hofft auf eine baldige Fortsetzung der Arbeit, auf die Herausgabe der Dokumente und Materialien der folgenden Kongresse und Tagungen.

Unter den hier knapp skizzierten Gesichtspunkten sollten die veröffentlichten Dokumente des I. und II. Kongresses der III. Internationale studiert und ausgewertet werden. Sie vermitteln einerseits das notwendige Wissen für unseren gegenwärtigen politischen Kampf und fordern zugleich auf, sich von jener echten Begeisterung und revolutionären Entschlossenheit leiten zu lassen, die stets die kommunistische Bewegung auszeichnete.

Gerhard Seifert

Fritz Köhler: Drei gerechte Forderungen. Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein, Verlag Tribüne, Berlin 1958, 116 S.

Die Bändigung des westdeutschen Militarismus ist zur Lebensfrage des deutschen Volkes geworden. Die einzige reale Kraft, die die aggressiven Pläne des westdeutschen Monopolkapitals durchkreuzen kann, ist die in Aktionseinheit handelnde deutsche Arbeiterklasse, fest verbunden mit allen anderen demokratischen Kräften. Die Mobilisierung der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus, für einen Friedensvertrag, wie ihn die Sowjetunion vorgeschlagen hat, ist aufs

engste mit dem Kampf um die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden. Jede geschichtswissenschaftliche Arbeit, die uns bei der Lösung dieser Aufgaben unterstützt, ist ein begrüßenswertes Vorhaben.

Auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik wurde die Einheit der Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des Faschismus geschaffen. Sie war die Grundlage für den erfolgreichen Kampf zur Vernichtung des Militarismus und Imperialismus im Osten Deutschlands, für die Sicherung und völlige Entfaltung der Demokratie und für die sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, Errungenschaften, die heute auch auf die Arbeiterklasse in Westdeutschland ihren starken Einfluß ausüben. Im imperialistischen Teil Deutschlands muß im Kampf gegen den Militarismus, gegen die Angriffe des Monopolkapitals auf die sozialen und politischen Rechte der Werktätigen die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse noch geschmiedet werden, die allein in der Lage ist, die demokratischen Rechte der Werktätigen wirkungsvoll zu verteidigen und zu erweitern.

Eine der wenigen bisher erschienenen Arbeiten, die sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland beschäftigen, ist die Broschüre „Drei gerechte Forderungen“ von Fritz Köhler. Der Verfasser erschließt in seiner Untersuchung über den Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein (24. Oktober 1956 bis 14. Februar 1957) eine Reihe wichtiger Materialien, die ein zusammenfassendes Bild vom Kampf der Metallarbeiter geben. Die Broschüre, die bereits kurze Zeit nach dem Streik der Metallarbeiter erschien, ist ein anerkannter Beginn in der Darstellung des Klassenkampfes der westdeutschen Ar-

beiter gegen Unternehmerwillkür und politische Entrechtung. Gerade auf diesem Gebiet gibt es noch große Lücken, und es wäre dringend notwendig, daß sich mehr marxistische Historiker diesen Problemen zuwenden, um auf diese Weise den Klassenkampf der westdeutschen Arbeiter zu unterstützen. Dabei kommt es vor allem darauf an, herauszuarbeiten, welche Bedeutung der konsequent geführte gewerkschaftliche Kampf für die Bändigung des westdeutschen Militarismus hat.

Der Verfasser betont zu Recht, daß der Kampf der Schleswig-Holsteiner Metallarbeiter um ihren neuen Manteltarif von großer Bedeutung für die prinzipiellen sozialpolitischen Forderungen aller Arbeiter Westdeutschlands war. Die Industriegewerkschaft Metall hatte „3 gerechte Forderungen“ in den Mittelpunkt des Kampfes gerückt: 1. Lohnausgleich bei Krankheit, 2. längere Urlaubszeit, 3. besonderes Urlaubsgeld. Gleichzeitig kämpften die Arbeiter für die ungehinderte gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben. Sie erhoben Forderungen, um die elementarsten Rechte der Gewerkschaften durchzusetzen, wie das Recht, gewerkschaftliche Schriften in den Betrieben zu verteilen, das Recht, die Beiträge in den Betrieben kassieren, Gewerkschaftsversammlungen abhalten und Anschlagtafeln in den Betrieben anbringen zu dürfen.

Auf den Kampf der Schleswig-Holsteiner Metallarbeiter übte, wie K. zeigt, das Beispiel der DDR nachhaltigen Einfluß aus, was sich auch in den Streikforderungen der Metallarbeiter widerspiegelte. Die Kampflosung der Arbeiter „Wir wollen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein“ hätte der Verfasser stärker in den Mittelpunkt rücken sollen, da sie in diesem Kampf eine mobilisierende Rolle spielte.

Somit war der Streik ein Versuch,

die Sozialpolitik des Bonner Staates mit außerparlamentarischen Mitteln zu verändern, und ein wichtiger Schritt zur Anbahnung der Aktionsgemeinschaft im Kampf um die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Rechte. Das war objektiv zugleich ein Kampf gegen die forcierte Kriegsvorbereitung der westdeutschen Militaristen, denn die verstärkte Aufrüstung ist zwangsläufig mit dem Abbau der sozialen Sicherheit und der Rechte der Gewerkschaften verbunden. Leider verfolgt K. das Ringen um die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Rechte, das für die Bewußtseinsentwicklung der Arbeiter große Bedeutung hatte, fast gar nicht.

Im ersten Kapitel – „Die Ursachen des Streiks“ – untersucht der Autor die soziale Lage der Arbeiter in Westdeutschland und belegt seine Ausführungen mit zahlreichen Beispielen aus Schleswig-Holstein. Der ständig steigende Ausbeutungsgrad und die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen bedeuten verstärkten Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, aber Millionenprofite für die Monopolisten.

Die Beispiele beweisen, wie auch unter den Bedingungen der westdeutschen Hochkonjunktur, des angeblichen „Wirtschaftswunders“, das Gesetz der relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus wirkte und wirkt.

Unmittelbar vor dem Streik sagte – in diesem Fall sehr zutreffend – der Vorsitzende der IG-Metall, Brenner, auf dem IV. DGB-Kongreß in Hamburg: „Die volkswirtschaftliche Konzeption der Bundesregierung ist ... mit der der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände identisch.“¹ Alle Gesetze des Bonner Staates entsprechen den Interessen der Monopolherren, ihre Profite zu sichern. Das zeigt K. überzeugend

¹ Was brachte der 4. DGB-Kongreß, o. O. u. J., S. 20.

hinsichtlich der Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes. Er führt viele Tatsachen an, die beweisen, daß dieses Gesetz den Kapitalisten allein dazu dient, ein ihnen genehmes „Betriebsklima“ zu schaffen und ihren „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zu festigen und zu sichern. Das Gesetz ist ein Ausdruck der immer weiteren Einschränkung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. Mit ihm wollen die Monopolisten die Arbeiter rechtlos machen, um die Wiederaufrüstung und ihre aggressive Revanchepolitik ungestört durchsetzen zu können; und in der Tat liefert das Betriebsverfassungsgesetz die Arbeiter faktisch völlig den Monopolisten aus. Deshalb kann man sich mit folgender absoluter Behauptung des Autors nicht einverstanden erklären: „Selbstverständlich — und daran muß nachdrücklichst erinnert werden — ermöglicht das Betriebsverfassungsgesetz trotz aller Beschränkungen und Hemmnisse den Betriebsräten und den Gewerkschaften, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, bietet das Betriebsverfassungsgesetz auch heute noch die Möglichkeit, auf seiner Grundlage gegen die massiven Angriffe der Unternehmer zurückzuschlagen“ (S. 21).² K. behauptet, trotz aller Beschränkungen ermögliche das Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Aber die Interessen der Arbeiter erfordern doch in erster Linie — und das darf man nie außer acht lassen — die Bändigung des deutschen Militarismus, die Beseitigung der vom Bonner Staat ausgehenden Gefahr eines Atomkrieges. Aber gerade gegen die Wahrnehmung dieser Interessen der Arbeiterklasse richtet sich das Betriebsverfassungsgesetz. Was die geringen

Möglichkeiten betrifft, die das Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften bietet, um die ökonomischen Interessen der Arbeiter zu vertreten, so hat das Kasseler Urteil³ bewiesen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich die Bonner Justiz über die Rechte der Gewerkschaften hinwegsetzt. Eine Überbetonung der gesetzlichen Möglichkeiten, besonders bei dem Betriebsverfassungsgesetz, hilft nicht, die Arbeiter auf den Kampf gegen die Monopolisten zur Erringung wahrhaft demokratischer Rechte zu orientieren.

Schon während des Streiks stellte Walter Ulbricht auf dem 30. Plenum des ZK der SED fest, daß die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands nur Sache des deutschen Volkes selbst, und zwar der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, den städtischen Mittelschichten und Kreisen des nationalen Bürgertums, sein kann. „Das erste ist die Aufhebung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Herstellung der vollen Rechte der Arbeiter einschließlich der Arbeiterkontrolle in den Großbetrieben.“⁴

Das schließt nicht aus, daß die werktätigen Massen an jede und sei es noch so geringfügige „gesetzliche“ Möglichkeit anknüpfen und um die Erweiterung der demokratischen Rechte mit den Kampfmethoden der Arbeiterklasse ringen müssen. So taten es auch die Arbeiter in Schleswig-Holstein.

Im zweiten Kapitel — „Anlaß und Verlauf des Streiks“ — schildert der Verfasser das Verhalten und Vorgehen der Arbeiter und der Gewerkschaftsfunktionäre während des

³ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 2. November 1958.

⁴ Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 30. Januar 1957, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 65.

² Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf Fritz Köhler: Drei gerechte Forderungen, Berlin 1958.

Streikverlaufs. Von der Durchführung der Urabstimmung, der Darlegung der Streikforderungen an bis zu den letzten Streiktagen kann der Leser diesen großen Kampf der Metallarbeiter verfolgen.

Es kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter während des Streiks Erfahrungen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung anwandten und auf diese Weise dazu beitrugen, daß sich die Kampfkraft festigte. Massendemonstrationen und -kundgebungen, wie sie K. schildert, waren von großer Bedeutung für die ideologische und organisatorische Festigung der Kampffront der Arbeiter.

Eine wichtige Rolle spielte die Streikzeitung „Streik-Nachrichten“ als wirkliches Kampforgan der Arbeiter. Der Verfasser zeigt, wie die Streikenden mit ihr gearbeitet haben und wie die Zeitung half, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln. So berichtet K. anhand ausführlicher Beispiele darüber, wie die Arbeiter mit Streikbrechern verfahren, wie die Familien mit in die Streikbewegung einbezogen wurden, wie die Arbeiter im Verlauf des Streiks die Taktik ihrer Gewerkschaftsführung korrigierten und erreichten, daß gewählte Vertrauensleute zu den Beratungen der Zentralen Streikleitung hinzugezogen wurden.

Leider wird das Zusammenwachsen der Arbeiter über parteipolitische und religiöse Meinungsverschiedenheiten hinweg nur in der Vorbemerkung erwähnt.

K. versucht die Haltung der Gewerkschaftsfunktionäre während des Streiks zu differenzieren und weist nach, daß die bei Streikbeginn einheitliche Haltung der Gewerkschaftsführung mit der Länge des Streiks und unter dem Druck der massiven Angriffe der Unternehmer und der Bonner Regierung immer stärker ins Wanken geriet. Die Kampfkraft der Arbeiter dagegen festigte sich, wie

das K. an den Ergebnissen der Urabstimmungen nachweist, in denen sich die Arbeiter für die Weiterführung des Streiks aussprachen.

Wie immer bei großen Kämpfen der Arbeiterklasse entstand eine breite Solidaritätsbewegung für die Streikenden. Sie war besonders stark und wirksam dank der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik. Diese aktive Unterstützung durch die Werktätigen der DDR, die in den mannigfaltigsten Formen erfolgte, bringt K. auf den Seiten 56–67 gut zum Ausdruck. Sie wurde von den Streikenden, trotz der ablehnenden Haltung ihrer Gewerkschaftsführung, herzlich begrüßt. Durch Presse, Rundfunk, Briefe und auf vielfältige andere Weise stärkten die Werktätigen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates die Kampfkraft der Schleswig-Holsteiner Metallarbeiter und gaben ihnen die Gewißheit, daß sie sich in ihrem gerechten Kampf auf die solidarische Hilfe ihrer Klassenbrüder in der DDR verlassen können. Auch in diesem Streik bewahrheitete sich, daß die Existenz der DDR der Kraftquell der westdeutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte ist.

Im dritten Kapitel behandelt der Verfasser „Ergebnisse, Auswirkungen und Lehren des Streiks“. Dieses Kapitel hätte stärker analytischen Charakter tragen müssen. Als Ergebnisse und Lehren nennt der Verfasser u. a. die Erkenntnis, daß die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf ist, daß der Streik die Unmöglichkeit der Klassenharmonie und des „Volkskapitalismus“ bewies, daß der Schleswig-Holsteiner Streikkampf die Bewußtseinsbildung der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse förderte. K. entwickelt auch die sich für die Streiktaktik ergebenden Lehren.

Der Verfasser hat sich bemüht, einen Überblick über die Ursachen,

den Verlauf und die Lehren des Streiks zu geben. Das ist ihm auch gelungen. Aber die hauptsächlich deskriptive Methode, die K. gewählt hat, führt dazu, daß die politische Bedeutung des Streiks in seiner Gesamtheit nicht genügend gewürdigt wird. K. schreibt in der Vorbemerkung selbst, daß der Schleswig-Holsteiner Metallarbeiterstreik seit 1905 der längste Streik in Deutschland war und in einer Zeit geführt wurde, „da die Bundesrepublik zur Hauptbasis der aggressiven NATO und zu einem gefährlichen Kriegsherd in Europa geworden ist“ (S. 4). Diese Einschätzung hätte vom Verfasser bei der Untersuchung des Streiks stärker berücksichtigt werden müssen. Dann hätte er sicher die politische Bedeutung der fast einmütigen Ablehnung des Kieler Schiedsspruches am 7. Januar 1957 durch die Arbeiter klar herausgearbeitet und gezeigt, daß sich die Streikenden bewußt gegen die staatliche Einmischung durch den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, von Hassel (CDU), wandten. Der Streik „drohte“ immer stärker, politischen Charakter anzunehmen. Während es die Monopolisten noch zu Beginn des Streiks auf eine Machtprobe ankommen ließen, waren sie und ihre Regierung später in gar keiner Weise an der Fortsetzung des Kampfes interessiert, sondern hatten Furcht, daß das Schleswig-Holsteiner Beispiel zur Mobilisierung der Arbeiter in ganz Westdeutschland beitragen könnte. Das aber hätte für die Bonner Regierung, die die Stationierung von Atomwaffen vorbereitete, angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen eine ernste Gefahr bedeutet. Deshalb wurde zur Abwürfung des Streiks sogar der „Bundeskanzler“ herbeigerufen. Doch auch ihm gelang es nicht, den Auftrag der Konzernherren zu erfüllen, obwohl sich die Gewerkschaftsführung für den „Schlichtungsvorschlag“ aus-

sprach. K. begnügt sich mit wenigen Zeilen, auf die außerordentlich bedeutungsvolle Ablehnung der Adenauerschen „Schlichtungsvorschläge“ einzugehen (Vgl. S. 93). Hier zeigt sich beim Autor ein mangelndes Erkennen der politischen Zusammenhänge.

Rudi Kirchner schreibt zu dieser Frage: „Es zeugt von einem hohen Klassenbewußtsein der streikenden Metallarbeiter, daß sie sich in zwei Urabstimmungen für die Weiterführung des Streiks entschieden und den Unternehmern und ihrem Adenauer-Staat beachtliche Niederlagen bereiteten.“⁵

Ferner wäre es angebracht gewesen, bei der Auswahl von Zitaten etwas sorgfältiger zu verfahren. So führt der Autor einen Ausspruch des amerikanischen Hauptanklägers im Nürnberger Prozeß an, ohne zu berücksichtigen, aus welchen Motiven damals von amerikanischer Seite eine derartige politische Haltung eingenommen wurde (S. 19). Ähnlich verhält es sich mit der auf Seite 99 zitierten demagogischen Bemerkung Schumachers, die kommentarlos übernommen wird. Aber gerade Schumacher hat die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung nach 1945 mit allen Mitteln verhindert. Wenn ein marxistischer Historiker schon Schumacher als Kronzeugen anruft, so muß er sich doch gleichzeitig von ihm abgrenzen. K. hat das unterlassen.

Nicht befriedigend gelöst ist das ohne Zweifel schwierige Problem: Wie zeigen wir in Darstellungen über die Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse das Wirken der führenden Kraft, die Rolle der in die Illegalität gedrängten KPD? Zweifellos gibt es hier viele Schwierig-

⁵ Rudi Kirchner: Die westdeutschen Gewerkschaften im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus und für die Wahrung der Arbeiterrechte. In: Einheit, 1957, Heft 3, S. 362.

keiten, aber der Verfasser hat selbst die gebotenen Möglichkeiten kaum ausgenutzt. Beispielsweise bleibt das in der Broschüre abgedruckte Flugblatt (S. 55) in der Darstellung völlig unbeachtet.

Zusammenfassend können wir feststellen: Das Beispiel, das der Verfasser gegeben hat, indem er schnell auf ein wichtiges Ereignis des Klassenkampfes in Westdeutschland reagierte, verdient unbedingt Nachahmung. Seine Darstellung des Streiks vermittelt uns wertvolle Kenntnisse über diese große Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und den westdeutschen Konzernherren, aber das Buch enthält auch einige Mängel, die bei gründlicherer politischer Analyse zu vermeiden gewesen wären.

Gerhilde Weber

Celina Bobińska: Marx und Engels über polnische Probleme, Dietz Verlag, Berlin 1958, 308 S.

Die polnische Historikerin *Celina Bobińska*, Professor an der Jagiellonen-Universität in Krakau, Leiterin des Lehrstuhls für neuere Geschichte, gehört zu denjenigen polnischen Historikern der jüngeren Generation, die sich bei der Entwicklung der polnischen Geschichtswissenschaft nach dem zweiten Weltkrieg große Verdienste erworben haben. Ihr Name ist eng verbunden mit dem Kampf um die Durchsetzung des historischen Materialismus in der polnischen Geschichtswissenschaft.

Auf der ersten wissenschaftlichen Konferenz des polnischen Historikerverbandes nach dem Kriege, die 1948 in Wrocław stattfand und auf der die marxistischen Historiker noch eine verschwindende Minderheit bil-

deten¹, auf der ersten methodologischen Konferenz um die Jahreswende 1950/51 in Otwock bei Warschau², in den Diskussionen über die progressive Bedeutung der polnischen Aufklärung³ und in dem Meinungsstreit um die Einschätzung der polnischen Historiographie des 19. Jhs.⁴ — immer stand B. in der vordersten Front der wissenschaftlich-ideologischen Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft als konsequente Verfechterin der Prinzipien des historischen Materialismus.⁵

In den letzten Jahren gab es unter den polnischen Historikern ernste und leidenschaftliche Diskussionen über den wissenschaftlichen Wert ihrer bisherigen Arbeiten. Dabei wurde berechtigte Kritik an gewissen Verzerrungen des Marxismus geübt, die in einer starken Vereinfachung und Vulgarisierung des hi-

¹ Celina Bobińska: *Sprawa polska w teorii i praktyce twórców socjalizmu naukowego w wieku XIX* (Die polnische Frage in der Theorie und Praxis der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus im 19. Jh.). In: *Pamiętnik VII Powszechnego Zjazdu Historików Polskich w Wrocławiu*, 19.–22. Września 1948 (Denkschrift des VII. Allgemeinen Kongresses der polnischen Historiker in Wrocław vom 19. bis 22. September 1948), Bd. I, Warszawa 1948.

² Vgl. *Pierwsza konferencja metodologiczna historików polskich*, Bd. II, Warszawa 1953, S. 100–106.

³ Vgl. Celina Bobińska: *Szkice ideologów polskiego Oświecenia*, Staszic i Kollataj, Wrocław 1952.

⁴ Celina Bobińska: *Spór o ujęcie pozytywizmu i historików pozytywistów* (Der Streit um den Begriff des Positivismus und der positivistischen Historiker). In: *Kwartalnik Historyczny*, Jg. 61, Bd. 1, Warszawa 1954, S. 178 bis 204.

⁵ Über „Die Geschichtswissenschaft im ersten Dezennium Volkspolens“ vgl. den Artikel von B. Leśnodorski in: *Neue polnische Geschichtswissenschaft*, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Beiheft 3, Berlin 1956, S. 3–62.

storischen Materialismus, in einer schematischen Anwendung der marxistischen Theorie auf die Geschichte Polens und in der ungenügenden Analyse der konkreten historischen Erscheinungen ihren Ausdruck fanden. Daneben wurden aber auch Stimmen laut, die die Gültigkeit des historischen Materialismus überhaupt in Zweifel stellten und als Verteidiger nationalistischer und antidemokratischer Konzeptionen der Vergangenheit auftraten. Hier war es besonders wieder B., die — ohne Unterschätzung der Mängel in der zurückliegenden Arbeit — konsequent und prinzipienfest gegen alle pessimistischen Stimmungen in bezug auf die Einschätzung der bisherigen Leistungen der polnischen Geschichtswissenschaft kämpfte. Sie wies vornehmlich all jene Angriffe auf das entschiedenste zurück, die unter der Flagge des Kampfes gegen die Vulgarisierung des Marxismus in Wahrheit gegen die Theorie des Marxismus-Leninismus geführt wurden.⁶

Sie erkannte, daß eines der besten Mittel, den Marxismus in der polnischen Geschichtswissenschaft durchzusetzen und die nationalistischen Konzeptionen restlos zu überwinden, in der Darstellung der Ansichten der Klassiker des Marxismus zur polnischen Frage lag. Daher galt ihr besonderes Interesse den Einschätzungen und Gedanken, die die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, zur polnischen Frage geäußert hatten, und ihren Beziehungen zu den polnischen Revolutionären. Seit Jahren arbeitete sie an diesem für die marxistische Einschätzung der polnischen Geschichte, für die Geschichte des internationa-

len Proletariats sowie für die Erforschung des Wirkens der beiden Klassiker gleich wichtigen Thema.

Über die Ergebnisse ihrer Forschungen berichtete sie bereits 1948 auf dem Historiker-Kongreß in Wrocław (vgl. Anm. 1). Sie veröffentlichte über dieses Problem ferner mehrere Beiträge in polnischen Fachzeitschriften, von denen einer auch in deutscher Übersetzung erschienen ist.⁷ Das Gesamtergebnis ihrer Studien über dieses Thema legte sie im Jahre 1954 in einem Werk vor, das 1955 in zweiter, vervollständigter Auflage erschien.⁸ Die deutsche Ausgabe dieser Arbeit liegt jetzt auch bei uns vor und bildet den Gegenstand dieser Besprechung.⁹

⁷ Celina Bobińska: Marx und die Frage Polens in der Zeit der I. Internationale. In: Die Presse der Sowjetunion. Die Länder der Volksdemokratie, Nrn. 37 und 49 vom 29. März und 1. Mai 1953, S. 321–324, 419–423.

⁸ Celina Bobińska: Marks i Engels a sprawy polskie do osiemdziesiątych lat XIX wieku (Marx und Engels und die polnischen Probleme bis zu den achtziger Jahren des 19. Jh.), 2. vervollständigte Ausgabe, Warszawa 1955.

⁹ Vgl. auch die Rezension über B.s Buch von Waclaw Długoborski in: Kwartalnik Historyczny, 63. Jg., Nr. 3, Warszawa 1956, S. 185–200. Der Rezensent kritisiert dort die Tatsache, daß die Bedeutung, die Marx' und Engels' Ansichten zur polnischen Frage für das deutsche Volk hatten, stiefmütterlich behandelt werden, daß die deutsche Polenfreundschaft der dreißiger Jahre des 19. Jh., die Stellung der kleinbürgerlichen Demokratie und des deutschen Proletariats zur polnischen Frage nicht dargelegt und mit den Auffassungen der Klassiker verglichen werden. Zweifellos würde die Behandlung dieser Fragen dem deutschen Leser, besonders dem für die Geschichte des 19. Jh. interessierten Historiker, das Buch noch wertvoller machen. Doch dürfte sich diese berechtigte Kritik wohl in erster Linie an die Adresse der deutschen Historiker richten, für die es auf diesem Gebiet noch viel aufzuholen gibt.

⁶ Vgl. den Diskussionsbeitrag „Walka z wulgaryzacją i marksistowska metoda krytyczna (Der Kampf gegen die Vulgarisierung und die marxistische kritische Methode). In: Kwartalnik Historyczny, Jg. 64, Nr. 4–5, Warszawa 1957, S. 171 ff.

Die polnische Frage war im 19. Jahrhundert für die Geschichte ganz Europas von vorrangiger Bedeutung. Die Teilungen Polens waren das Band, das die reaktionären Teilmächte Rußland, Österreich und Preußen zusammenhielt. Sie verliehen dem zaristischen Rußland bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ein bedeutendes Übergewicht in Europa, wodurch die fortschrittliche Entwicklung in zahlreichen europäischen Ländern gehemmt und die bürgerliche Revolution in diesen Ländern zur Niederlage verdammt wurde. Das Übergewicht des zaristischen Rußlands konnte nur durch die erfolgreiche Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution gebrochen werden. Ihre wichtigste Aufgabe in Polen war die Lösung der nationalen Frage, die, wenn sie von Erfolg sein sollte, nur unter Beteiligung der Bauernmassen erfolgen konnte; das aber war wiederum nur möglich, wenn die Bauern von der feudalen Ausbeutung befreit wurden. Polen war das Land, in dem damals die Bedingungen für die Verbindung des antifeudalen mit dem nationalen Befreiungskampf am günstigsten waren, das unaufhörlich gegen die nationale Unterdrückung durch den Zaren, durch das kaiserliche Österreich und das reaktionäre Preußentum ankämpfte, das für die Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit immer wieder sein Blut zu vergießen bereit war. Der Kampf des polnischen Volkes um die Wiedervereinigung und die Herstellung eines *demokratischen* Polens mußte von entscheidendem Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung in Europa und insbesondere in Deutschland sein. „Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands“ — das war einer der Kernsätze von Marx und Engels, die als einzige damals die Bedeutung der polnischen Frage für die fortschrittliche Entwicklung

in Europa in ihrem vollen Umfang erkannten. Gleichzeitig entlarvten Marx und Engels alle Pläne des aristokratischen Lagers der polnischen Emigration, das eine Wiedervereinigung auf reaktionärem Wege anstrebte, durch die der Bauer weiter unter der Knute seines adligen Gutsherren bleiben und die nationale Unterdrückung der ukrainischen, belorussischen und litauischen Bevölkerung durch die polnischen Pans wiederhergestellt werden sollte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich in Polen die kapitalistische Entwicklung „auf preußischem Wege“, d. h. durch großagrarisch-kapitalistische Reformen, durchgesetzt und den nationalen Aufständen ein Ende bereitet. Gleichzeitig betrat das russische Proletariat die politische Bühne und begann gewaltig an den Pfeilern der Zarenherrschaft zu rütteln. Polen konnte seine Freiheit nur noch im gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen den Zarismus erlangen. Damit verschwand auch die vorrangige internationale Bedeutung der polnischen Frage. Die Ideologen der Polnischen Sozialistischen Partei wurden jedoch nicht müde, zur Rechtfertigung ihrer revisionistischen und nationalistischen Theorien die Aussprüche von Marx und Engels, die für eine bestimmte Periode Gültigkeit hatten, mechanisch auf die veränderten Kampfbedingungen in der imperialistischen Epoche zu übertragen. Lenin war es, der diese Fälscherpraktiken entlarvte und die Einschätzungen von Marx und Engels wieder in das richtige Licht rückte.¹⁰ Diese Gedanken werden von der Verfasserin in der Einleitung ihres Buches entwickelt.

Die Ausführungen zum Thema selbst beginnen mit den Bemerkun-

¹⁰ Vgl. W. I. Lenin: Die nationale Frage in unserem Programm (1903). In: W. I. Lenin: Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 452–461.

gen von Marx und Engels zu den Teilungen Polens und den fortschrittlichen Traditionen Polens Ende des 18. Jahrhunderts und enden mit der Pariser Kommune und der Periode der I. Internationale, d. h., sie behandeln den Zeitraum, in dem Polen nach einem bezeichnenden Ausspruch von Marx als „auswärtiger“ Thermometer“ der europäischen Revolutionen anzusehen war.¹¹

Die Einteilung des Buches folgt der Chronologie der polnischen Geschichte. Mit Ausnahme der beiden ersten Kapitel, die rückblickend die Entwicklung bis 1846 behandeln, deckt sie sich mit der Chronologie der gesamteuropäischen Geschichte und der des revolutionären Wirkens von Marx und Engels innerhalb der Arbeiterbewegung. Dabei wird auf spätere Äußerungen der Klassiker, die sich auf weiter zurückliegende Ereignisse beziehen, vorgegriffen. Dadurch gelingt es der Autorin, die Geschichte Polens im 19. Jahrhundert in den Gesamtzusammenhang der europäischen Geschichte einzuordnen und sie mit den Augen von Marx und Engels vom allein richtigen historischen Standpunkt, vom Standpunkt des sozialen und politischen Emanzipationskampfes des europäischen Proletariats, zu sehen und sie von allem nationalistischen Beiwerk zu befreien.

Die Verfasserin versteht es auch, die zahlreichen Äußerungen von Marx und Engels über Polen, von denen die meisten sich im Briefwechsel der beiden Freunde befinden, aus der jeweiligen historischen Situation, aus der sie entstanden, zu erklären. Von großem Wert sind dabei die gleichzeitigen Äußerungen polnischer Zeitgenossen, die die Autorin in polnischen Archiven gesammelt hat. B. zeigt überzeugend, wie richtig

die Einschätzung der Situation in Polen durch Marx und Engels war — trotz der vielfach unzulänglichen Informationsmöglichkeiten, auf die sie angewiesen waren. Sie zeigt vor allem, daß sich die Taten und Ansichten der fortschrittlichen Vertreter der polnischen Gesellschaft, d. h. damals der radikalen Vertreter der revolutionären Demokratie, die mehr im Lande als in der Emigration zu suchen waren, fast völlig mit den Auffassungen und Einschätzungen von Marx und Engels deckten. Diese Übereinstimmung bezog sich nicht nur auf die Notwendigkeit, den nationalen mit dem sozialen Befreiungskampf zu verbinden, sondern auch auf die Prinzipien des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Völker, auf den Grundsatz, der sich wie ein roter Faden durch B.s Buch hindurchzieht, daß eine Nation, die andere Nationen unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Dieser Grundsatz gilt sowohl für die Ostgrenze Polens, die die reaktionären Kräfte in der polnischen Emigration unter der Parole der Wiederherstellung der Grenzen von 1771 weit in ukrainisches, belorussisches und litauisches Gebiet vorschieben wollten, wie auch für Deutschland, das im Interesse seiner eigenen nationalen Befreiung auf die Herrschaft über die polnischen Gebiete des preußischen Staates verzichten mußte.

Der Nachweis, den B. auf diese Weise für die Richtigkeit der meisten auf einer gründlichen Analyse der klassenmäßigen und internationalen Beziehungen beruhenden Einschätzungen der polnischen Probleme durch Marx und Engels liefert, hat große aktuelle Bedeutung für die Auseinandersetzung mit den modernen „Marx-Kritikern“ in der Geschichtswissenschaft.

So bezeichnete es z. B. Prof. Dr. Henryk Wereszycki (Kraków) auf der Konferenz über den II. Band des Lehrbuches zur Geschichte Polens,

¹¹ Brief von Marx an Engels vom 2. Dezember 1856. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, II. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 197.

die im April 1957 in Sulejówek bei Warschau stattfand, als einen „Pessimismus der historischen Werkstatt“, wenn sich ein Historiker auf die Autorität von Marx und Engels berufe. Diese hätten ihre Ansichten über die polnische Geschichte doch bereits vor hundert Jahren formuliert, während dagegen der bürgerliche Historiker Marcin Handelsman (er wurde während des zweiten Weltkrieges von den Faschisten ermordet) über dieselben Fragen auf Grund authentischen Quellenmaterials angeblich zutreffendere Aussagen gemacht habe. Doch die weiteren Ausführungen Wereszyckis zeigten deutlich, daß die angeblich veralteten Ansichten der Klassiker nur ein Vorwand waren, um grundsätzlich gegen den Marxismus Front zu machen. Denn was er ablehnte, das war die parteiliche Stellungnahme von Marx und Engels und aller ihrem Vorbild folgenden Historiker für die revolutionären Klassen, für den historischen Fortschritt.¹²

In B.s Buch verfolgen wir mit den Augen der Klassiker des Marxismus die Geschichte Polens von den Teilungen, der Aufklärung und dem Aufstand Kościuszkos (Kap. 1) über den Novemberaufstand von 1830/31, dessen fortschrittliche Züge bei seinem konservativen Grundcharakter herausgestellt werden (Kap. 2), bis zum Krakauer Aufstand von 1846, in dem zum erstenmal die revolutionär-demokratischen Kräfte, wenn auch nur vorübergehend, den Sieg davontrugen und in dem zum erstenmal sozialistische Tendenzen zutage traten (Kap. 3). Seit dem Krakauer Aufstand wurde die polnische Frage für Marx und Engels eine der Grundfragen der europäischen Politik, und während der Revolution von 1848 sahen sie in einem Sieg des

polnischen nationalen Befreiungskampfes in Verbindung mit der Revolution in Deutschland und einem gemeinsamen deutsch-polnischen revolutionären Befreiungskrieg gegen das zaristische Rußland die wichtigste Voraussetzung für den Sieg der europäischen Revolution. Die Aufsätze von Engels zur polnischen Frage in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ sind auch heute noch für den Kampf gegen die chauvinistische Verhetzung in Westdeutschland, für den Kampf gegen die reaktionäre „Ostforschung“ mit ihrer Verherrlichung der „deutschen Kulturmission im Osten“, die Engels anhand feststehender ökonomischer Tatsachen widerlegt, von hochaktueller Bedeutung. Friedrich Engels' Feststellung, daß ein wiederhergestelltes demokratisches Polen zu seiner normalen Entwicklung freien Zugang zur Ostsee und die Ostseeküste mit ihren Häfen selbst besitzen muß, ist für die Bekämpfung der westdeutschen Revisionskampagne gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze für uns von großer Wichtigkeit (Kap. 4).

Mit Recht betont die Verfasserin sehr stark den aktuellen Wert der „Neuen Rheinischen Zeitung“ für unsere Tage: „Die Stimme der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ war und blieb in der damaligen deutschen Gesellschaft die einzige dieser Art. Diese Zeitung forderte kühn die Schmälerung des deutschen Besitzstandes, die Abtrennung großer und aus strategischen wie auch wirtschaftlichen Gründen wichtiger Gebiete vom mächtigsten deutschen Staat zugunsten eines unterdrückten Volkes und bewies, daß dieser Eingriff im Interesse Deutschlands selbst liegt“ (S. 122¹³).

Die Niederlage der Revolution von 1848/49, das Ausbleiben einer nationalen Revolution in den polnischen

¹² Vgl. H. Wereszycki: Pesymizm błędnych tez (Der Pessimismus falscher Thesen). In: Kwartalnik Historyczny, 64. Jg., Nr. 4–5, Warszawa 1957, S. 14 ff.

¹³ Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Teilungsgebieten, die Stärkung der gesamteuropäischen Reaktion und insbesondere der Macht des Zaris-
mus führten vorübergehend bei den
Klassikern zu einer anderen Ein-
schätzung der gegenüber Polen zu
ergreifenden auswärtigen Politik. In
einem Brief Engels' an Marx vom
22. Mai 1851 kommt diese Einschät-
zung zum Ausdruck: Da in Polen
vorerst keine Revolution, bestenfalls
nur ein Aufstand einiger Adliger zu
erwarten sei, müsse man die Ost-
grenzen Preußens so weit wie mög-
lich nach Osten verschieben und be-
festigen, um so gegen das Vordrin-
gen der zaristischen Reaktion gesi-
chert zu sein, bis in Rußland die Re-
volution gesiegt habe, die dort vor-
aussichtlich früher zustande kommen
würde als in Polen.¹⁴ Dieser Brief
wurde und wird von Gegnern des
Marxismus immer wieder ausge-
schlachtet, um zu „beweisen“, daß
sich Marx und Engels gegenüber
Polen und seinem nationalen Befrei-
ungskampf ablehnend verhalten hät-
ten, ja, um Marx und Engels als
Kronzeugen für eine imperialistische
Uralstürmer-Politik zu mißbrauchen.
Selbst in Ricarda Huchs Buch „1848.
Die Revolution des 19. Jahrhunderts
in Deutschland“ ist diese Tendenz zu
finden.¹⁵

Zweifelloso war die von Engels in
diesem Brief wie auch in der Arti-
kelserie „Revolution und Konter-
revolution in Deutschland“ gegebene
negative Einschätzung der revolution-
ären Potenzen des polnischen Vol-
kes nicht richtig und wurde von ihm
und Marx wieder korrigiert, als im
Jahre 1863 die polnische revolution-
äre Bewegung einen neuen Auf-
schwung erlebte. Aber der Gedanke,
daß der Zusammenbruch der polni-
schen nationalen und demokratischen

Bewegung auch für Deutschland und
seine demokratische Entwicklung
eine ernste Gefahr bedeutete, war
unbedingt richtig.¹⁶

Dagegen erscheint mir die Ein-
schätzung dieses Briefes durch B.
nicht glücklich (S. 128). Sie berück-
sichtigt bei der Stellungnahme En-
gels' nicht genügend die historischen
Zusammenhänge und sieht in ihr
einen „fatalen Mißton“, obwohl sie
gegen den gleichgearteten Vorwurf
des polnischen bürgerlichen Histori-
kers Józef Feldman mit Recht pole-
misiert.

Das folgende Kapitel über die Pe-
riode des Krimkrieges, das ebenso
wie die beiden nächsten Kapitel auf
einer sehr guten Quellengrundlage
beruht, vor allem was die Geschichte
Polens betrifft, behandelt besonders
die Beziehungen zwischen der polni-
schen Frage und dem Klassenkampf
in England. Es analysiert die Ein-
schätzung des aristokratischen und
demokratischen Flügels der polni-
schen Emigration durch Marx und
Engels und ist gleichzeitig mit einer
Auseinandersetzung mit der bisheri-
gen polnischen Literatur über die
Emigration verbunden.

Im 6. Kapitel über den Januar-
Aufstand 1863/64 wird das Schwer-
gewicht auf die Verbindung des Auf-
standes mit einer möglichen Agrar-
revolution in Rußland und auf das
Bündnis der russischen und polni-
schen revolutionären Demokratie ge-
legt, das auch von Marx und Engels
als eine grundlegende Vorausset-
zung für den Sieg des polnischen
Aufstandes angesehen wurde. Aber
auch auf die Bedeutung des Auf-
standes für die Bekämpfung der re-
aktionären Kreise in Preußen wird
der Blick gelenkt. Leider fehlt aber
hier jeder Hinweis auf den Wider-
hall des Januar-Aufstandes bei dem

¹⁴ Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels:
Briefwechsel, I. Bd., S. 249–253.

¹⁵ Vgl. Ricarda Huch: 1848. Die Re-
volution des 19. Jahrhunderts in
Deutschland, Hagen i. W. 1948, S. 273.

¹⁶ Vgl. Felix-Heinrich Gentzen: Karl
Marx über Polen. In: Zeitschrift für
Geschichtswissenschaft, 1953, Heft 2,
S. 326 ff.

fortschrittlichen Teil der deutschen Bevölkerung, besonders bei der deutschen Arbeiterklasse. So wäre z. B. die Flugschrift Johann Philipp Bickers, eines Freundes von Marx und Engels, des Leiters der deutschen Sektion der I. Internationale, die 1863 unter dem Titel „Polen, die Diplomatie und die Revolution“ in Genf erschienen, unbedingt erwähnenswert gewesen.¹⁷

Das letzte Kapitel über die I. Internationale zeigt, wie die fortschrittlichsten Vertreter des polnischen Volkes ihren nationalen Befreiungskampf mit dem Emanzipationskampf des internationalen Proletariats verbanden, wie sie auf den Barrikaden von Paris als Führer der Kommunarden ihr Blut vergossen und danach, als treue Freunde von Marx und Engels, in den Reihen der I. Internationale ihren Platz fanden. Dieses Kapitel zeigt auch, wie schwer Marx und Engels — vor allem gegen die Proud-honisten — dafür kämpfen mußten, daß die Bedeutung der polnischen Frage für den Kampf des europäischen Proletariats allgemein anerkannt wurde. Wir finden in diesem Kapitel eines der schönsten Zeugnisse dafür, wie untrennbar die polnische nationale Befreiungsbewegung mit dem internationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse verschmolz. Theofil Dąbrowski, der Bruder des auf den Barrikaden von Paris gefallenen Generals der französischen Kommunarden, schrieb am 20. Oktober 1871 in einem Brief: „Der Aufstand bricht zusammen, der Kampf ist zu Ende. Das Standrecht einer betrunkenen Soldateska, das dreißigtausend Menschen in den Pariser Straßen ermordete, kann jedoch nicht die Idee zum Verstummen

bringen, sie töten, denn sie ist richtig, sie wird also weiter bestehen und muß triumphieren. Der beste Beweis ist der, daß heute mehr als je zuvor der *Kampf der Arbeit gegen das Kapital* auf der Tagesordnung steht. Die soziale Revolution ist in Europa unausweichlich, wenn nicht heute, wenn nicht in einem Jahr, dann in einigen Jahren. Wir wußten also wohl, was wir taten, als wir an der Pariser Bewegung teilnahmen“ (S. 282/283).

B. schließt ihr Werk mit dem Hinweis auf die nunmehr einsetzende enge Verbindung der polnischen Frage mit dem revolutionären Kampf des russischen Proletariats, die auch darin seinen Ausdruck fand, daß Marx, in Erkenntnis der eminent wichtigen Bedeutung gerade der Entwicklung in Rußland, die Leitung der russischen Sektion der I. Internationale übernahm.

Die Übersetzung des Buches durch Rudolf Pabel muß als gelungen bezeichnet werden. Er hat es verstanden, den geschliffenen Stil und die dialektische Gedankenführung der polnischen Verfasserin gut widerzugeben.¹⁸

Die Autorin schreibt in ihrem Vorwort zur deutschen Ausgabe ihres Buches: „Dieses Buch ist vier Jahre alt. Das ist wenig und viel zugleich. Viel unter anderem deshalb, weil wir gerade in den letzten Jahren gelernt haben, die eigene Arbeit strenger zu beurteilen und höhere Anforderungen an sie zu stellen“ (S. 5). Wer das Buch gelesen hat, wird feststellen müssen, daß es trotz der vier Jahre, die seit dem Erscheinen des polnischen Originals vergangen sind, trotz der notwendigen kritischen Bemerkungen nichts von seiner aktuellen Bedeutung verloren hat. Das vorliegende Buch ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Geschichte Po-

¹⁷ Auf den Widerhall des Januar-Aufstandes in Deutschland habe ich im letzten Kapitel meines Buches: *Großpolen im Januar-Aufstand*, Berlin 1958, wenn auch keineswegs erschöpfend, hinzuweisen versucht.

¹⁸ Auf S. 91 müßte im Zusammenhang mit Wilhelm Wolff von Breslau, nicht von „Wrocław“ die Rede sein.

lens und zum Schaffen von Marx und Engels, der größten Söhne des deutschen Volkes, und somit ein wertvolles Zeugnis der deutsch-polnischen Freundschaft. Es ist für uns auch eine wertvolle Waffe im Kampf gegen Revisionismus und Nationalismus, im Kampf gegen die Geschichtsfälschungen der Ideologen

des kalten Krieges. B.s Buch dient somit der Erfüllung unserer nationalen Hauptaufgabe, der Bändigung des Militarismus in Westdeutschland. Deshalb sollte ihr Buch nicht nur von jedem Historiker, sondern von jedem politisch interessierten Menschen gelesen und studiert werden.

Felix-Heinrich Gentzen

Neue tschechoslowakische Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Proti revisionismu (Gegen den Revisionismus). Ein Sammelband von Aufsätzen über den Kampf kommunistischer Parteien gegen den modernen Revisionismus, Státní nakladatelství politické literatury (SNPL), Praha 1959, 421 S.

Der erste Teil dieses Sammelbandes umfaßt drei Beiträge, die die Grundlagen des Revisionismus, seine Zielsetzung und Einschätzung sowie seine Rolle in der Geschichtswissenschaft behandeln. Paul Reimann schreibt über den Kampf gegen den Revisionismus in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg, Karel Pichlik analysiert Bernsteins revisionistische Theorien und die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen, die zu ihrem Entstehen führten, und Zdeněk Bradáč behandelt Kautskys Entwicklung vom orthodoxen Marxisten zum Renegaten.

Der zweite Teil des Sammelbandes enthält Beiträge, die sich mit den verschiedenen Spielarten des modernen Revisionismus in England, den USA, Frankreich, Italien, Deutschland, Ungarn und China auseinandersetzen, sowie eine Kritik des

Programms des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

Der Sammelband gibt dem Leser einen guten Überblick über die klassenmäßigen, ideologischen und methodologischen Grundlagen des Revisionismus sowie seiner den neuen Bedingungen entsprechenden Besonderheiten, und lehrt ihn, sich mit marxistisch-leninistischer Parteilichkeit mit den modernen Revisionisten, den ideologischen Helfershelfern des Imperialismus, auseinanderzusetzen.

Bohuslav Graca: 14. Marec 1939 (Der 14. März 1939), Verlag SVPL, Bratislava 1959, 154 S.

Diese Monographie gibt uns einen zusammenfassenden Überblick über die historischen Ereignisse in den Jahren 1938 bis 1945. Der Autor schildert einleitend die Bedeutung der Septembertage 1938, analysiert und charakterisiert die treibenden reaktionären Kräfte, die die Proklamierung des sogenannten autonomen slowakischen Staates am 6. Oktober 1938 erzwangen und zeigt vor allem die Rolle der Hlinka-Partei als Spionagezentrum im Dienste des fa-

schistischen Deutschlands, Polens, Ungarns und anderer imperialistischer Staaten.

Miloš Hájek: Od Mnichova k 15. březnu (Von München zum 15. März), Verlag SNPL, Praha 1959, 179 S.

Diese Monographie, die zum 20. Jahrestag der Okkupation der Rest-Tschechoslowakei durch die Hitlerfaschisten veröffentlicht wurde, ist eine der bedeutendsten der bisher publizierten Analysen jener Ereignisse, die sich zwischen dem 30. September 1938 und dem 15. März 1939 in den böhmischen Ländern abgespielt haben. Einleitend gibt uns der Autor eine Schilderung der politischen Krise, in welche die Münchner Katastrophe die tschechische Bourgeoisie stürzte, wobei den Zersetzungserscheinungen des Staatsapparats in der Slowakei und in Karpatho-Rußland, der Kapitulationspolitik der Koalitionsparteien sowie der volksfeindlichen Tätigkeit des ehemaligen Präsidenten Dr. Eduard Beneš besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Der Verfasser schildert sodann den Verlauf der ersten Etappe des Faschisierungsprozesses, deren Meilensteine die Propagierung der faschistischen Ideologie, eine auf das faschistische Deutschland orientierte Außenpolitik, die Gleichschaltung aller bürgerlichen und reformistischen Parteien, die Wahl Hachas als Staatspräsident und schließlich die Bildung der Beran-Regierung waren.

Die Maßnahmen der Beran-Regierung zur Vervollendung der faschistischen Diktatur stellten die zweite Etappe dar. Sie bestanden vor allem in der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 15. Dezember 1938, in der Aufhebung aller bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechte, in der Aktivierung der faschistischen Kräfte, vor allem aber in der skla-

vischen Unterwürfigkeit, mit der die Beran-Regierung alle Wünsche der Naziführer, denen sie ihre Existenz verdankte, ausführte.

Der dritte Teil der Arbeit behandelt das Ende des tschechoslowakischen Staates, den Zusammenbruch der Illusionen der tschechischen Bourgeoisie, den Abfall der Slowakei, die Besetzung Karpatho-Rußlands durch Horthy-Ungarn und die erbärmliche Kapitulation Hachas. — Die Monographie gibt eine zusammenfassende, gründliche Analyse einer Periode, der von den Historikern bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Sie verdient große Aufmerksamkeit.

Ludovit Holotík: Štefánikovská legenda a vznik ČSR (Die Stefanik-Legende und die Gründung der ČSR), Verlag SAV, Bratislava 1959.

Von der bürgerlichen Geschichtsschreibung als Mitbegründer der Tschechoslowakischen Republik dargestellt, wurde Stefanik von ihr — ähnlich Masaryk und Beneš — in legendärer Weise verherrlicht. Der Verfasser stellte sich die Aufgabe, diese Legenden zu zerstören und ein reales Bild dieses bürgerlichen Politikers zu entwerfen. Seine Monographie gibt daher vorerst einen Überblick über die Tätigkeit Stefaniks vor und während des ersten Weltkrieges, schildert sodann die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme der Slowakei, die mit der Gründung des tschechoslowakischen Staates in engstem Zusammenhang stehen, um schließlich die Wurzeln der Stefanik-Legende bloßzulegen.

Für Leser, die sich mit den Problemen des nationalrevolutionären Befreiungskampfes des slowakischen Volkes in der Periode des ersten Weltkrieges bekannt machen wollen, ist dieses Werk eine wertvolle Hilfe.

Ota Krajnák: *Komunisti bratislavskej oblasti v boji proti fašizmu v rokoch 1938—1942* (*Die Kommunisten des Bratislaver Gebietes im Kampf gegen den Faschismus in den Jahren 1938—1942*), Verlag SVPL, Bratislava 1959, 202 S.

Diese Monographie ist eine der ersten Arbeiten über die Anfänge des nationalrevolutionären Kampfes in der Slowakei in der Periode des zweiten Weltkrieges. Der Wert dieser Publikation besteht darin, daß sie sich mit den Problemen der Umgruppierung und Sammlung der fortschrittlichen Kräfte in der ersten Periode des nationalen Befreiungskampfes befaßt. Der Autor behandelt die politischen, organisatorischen und materiellen Vorbedingungen der breiten bewaffneten Widerstandsbewegung gegen die Okkupanten sowie gegen die klerofaschistische Regierung, und zwar im wichtigsten politischen Zentrum der Slowakei, im Bratislaver Gebiet, und zeigt die Methoden des Kampfes der Kommunistischen Partei als Führer dieser Bewegung.

Jindřich Veselý: *Z prvních bojů KSČ 1921—1924* (*Aus den ersten Kämpfen der KPČ 1921—1924*), Verlag SNPL, Praha 1958, 177 S.

In dieser Arbeit wird eine der wichtigsten Perioden der Geschichte der KPČ behandelt. Die junge, eben gegründete, noch ungestählte Kommunistische Partei ist in den Jahren 1921 bis 1924, die durch große Zusammenstöße des Proletariats mit der Bourgeoisie und den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit des werktätigen Volkes charakterisiert sind, gezwungen, harte Auseinandersetzungen mit rechten und linken Opportunisten in den eigenen Reihen zu führen.

Der Autor analysiert die wirtschaftliche und politische Situation dieser Periode und erläutert gleich-

zeitig die Politik und Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Er zeigt, wie die Partei es verstand, den Kampf für die Tagesforderungen der Massen mit den revolutionären Perspektiven zu verbinden, wie die Partei die Leninsche Losung „Heran an die Massen“ bei der Vorbereitung und Führung der Tageskämpfe in die Tat umsetzte.

Theodor Syllaba: *T. G. Masaryk a revoluce v Rusku* (*T. G. Masaryk und die Revolution in Rußland*), Armee Verlag, Praha 1959, 265 S.

Masaryk war Jahrzehnte hindurch der bedeutendste Ideologe der tschechischen Bourgeoisie. Im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus werden von bourgeois und revisionistischen Ideologen immer neue Versuche gemacht, Masaryk als großen Humanisten und Demokraten, als Repräsentanten eines „linken“, demokratischen Flügels der Bourgeoisie, als fortschrittlichen Politiker und Denker hinzustellen. Seine feindliche Einstellung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wird damit begründet, daß er deren Bedeutung nicht voll erfaßte. Diese Fehleinschätzung Masaryks soll seine sowjetfeindliche Tätigkeit nicht nur erklären, sondern auch entschuldigen, eine Tätigkeit, die nicht nur den Kampf der Völker der Sowjetunion in den Jahren des Bürger- und Interventionskrieges erschwerte, sondern der zugleich eine nicht geringe Schuld an dem Verlust der Selbstständigkeit der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1938 zukommt.

Der Autor, der sich keineswegs die Aufgabe stellt, eine vollständige Analyse des Werkes Masaryks zu geben, beschränkt sich darauf, die Masaryk-Legenden zu widerlegen, indem er seine Beziehungen zu den wichtigsten politischen Kräften und

Parteien im Verlauf der drei russischen Revolutionen aufdeckt und analysiert.

Die Arbeit ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Überreste der bürgerlichen Ideologie, den „Masarykismus“, der immer noch in bestimmten Schichten anzutreffen ist.

F. D. Pór: *Maďarská sovětská republika 1919 a její ohlas na Slovensku* (Die Ungarische Räterepublik 1919 und ihr Echo in der Slowakei), Verlag SNPL, Praha 1959, 74 S.

Diese populärwissenschaftliche Arbeit erläutert den nationalrevolutionären Freiheitskampf des ungarischen Volkes vor dem ersten Weltkrieg, vor allem aber die revolutionären Ereignisse, die — unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — in der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Ungarn am 21. März 1919 gipfelten.

Während sich die USA, England und Japan auf die Intervention gegen Sowjetrußland konzentrierten,

wurde Frankreich zum Initiator der Konterrevolution gegen die Ungarische Räterepublik. Der Autor schildert den heldenhaften Kampf der ungarischen Arbeiterklasse gegen die französischen, tschechoslowakischen und rumänischen Interventionsarmeen und deren Verbündete, die inneren gegenrevolutionären Kräfte, sowie die verräterische Rolle der ungarischen Sozialdemokratie.

Das letzte Kapitel schildert zunächst die feindliche Reaktion der tschechischen Bourgeoisie und des rechten Flügels der tschechischen Sozialdemokratie, würdigt dann aber die revolutionären Aktionen der slowakischen Volksmassen, die am 11. Juni 1919 im Zusammenhang mit dem siegreichen Vormarsch der ungarischen Roten Armee auf einem Drittel des Territoriums der Slowakei die Slowakische Räterepublik errichteten.

Im Anhang befinden sich siebzehn Fotokopien wichtiger Dokumente, die das Echo der ungarischen Revolution in der Slowakei widerspiegeln.

Otto Falta

AUTOREN DIESES HEFTES

- N. I. Schatagin**, Doktor der Geschichtswissenschaft; Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU, Moskau
- Kurt Wrobel**, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Ernesto Ragionieri**, Professor an der Universität Florenz
- Stefan Heymann**, Botschafter; Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin
- Dr. Bruno Kaiser**, Leiter der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Heinrich Gemkow**, stellvertretender Chefredakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Klaus Mammach**, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Paul Schwenk**, Parteiveteran, Berlin-Biesdorf
- Dr. h. c. Rudolf Lindau**, Professor; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Kurt Meissner**, Lektor für Geschichte an der Bildungsstätte der Bezirksleitung Magdeburg der SED
- Fritz Knittel**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Günter Benser**, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Jiří Kořalka**, Kandidat der Geschichtswissenschaft; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag
- Rolf Kiau**, Leiter der Abteilung Sammlung am Museum für deutsche Geschichte, Berlin
- Hernán Ramirez Necochea**, Professor für Geschichte an der Universität von Chile, Santiago
- Dr. Gerhard Seifert**, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität, Leipzig
- Gerhilde Weber**, wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Felix-Heinrich Gentzen**, Leiter der Abteilung Geschichte Polens am Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien der Karl-Marx-Universität, Leipzig
- Otto Falta**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der KPČ beim Zentralkomitee der KPČ, Prag

REDAKTIONSKOLLEGIUM

Ludwig Einicke (Chefredakteur), Ludwig Arnold, Horst Bartel, Herwig Förder, Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe, Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner, Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur)

СО Д Е Р Ж А Н И Е

Задачи партийных историков при выполнении Семилетнего плана; Резолюция V Международной конференции Институтов марксизма-ленинизма, а также институтов и комиссий по истории партии при Центральном комитете коммунистических и рабочих партий, Бухарест, август-сентябрь 1959 г.; **Н. И. Шатагин**, Задачи исторической науки в борьбе против современного ревизионизма; **Курт Вробель**, Традиции борьбы западно-германских рабочих за единство действий рабочего класса в 1945—1946 гг.; **Эрнесто Раджонери**, Влияние немецкой социал-демократии на возникновение Социалистической партии Италии; Воспоминания; Документы и материалы: **Бруно Кайзер**, Известная работа молодого Фридриха Энгельса; Август Бебель — смертельный враг капитализма, передовой борец за марксистскую рабочую политику; **Генрих Гемков**, Письма Августа Бебеля 1886—1887 гг.; **Клаус Маммах**, К письму протеста Эрнста Тельманна; Научные сообщения и заметки: **Пауль Швенк**, Материал для референтов округа Нидербарним; **Рудольф Линдау**, Послесловие к статье Пауля Швенка; Сообщения; О работе комиссий по истории местного рабочего движения; Отчеты и замечания: Отчет о V Международной конференции Институтов марксизма-ленинизма, а также институтов и комиссий по истории партии в Бухаресте (**Фритц Книттель**); Отчет о научной конференции «Значение истории ГДР» (**Гюнтер Бензер**); Научная сессия по поводу 10 годовщины ГДР в Праге (**Иржи Коржалка**); Выставка «Десять лет ГДР» в Музее немецкой истории (**Рольф Кнау**); Комиссия по изучению истории Коммунистической партии Чили (**Эрнан Рамирес Некоча**); Критика и библиография; Указатель материалов, помещенных в журнале в 1959 году.

C O N T E N T S

The Tasks of the Party Historians in the Realisation of the Seven Year Plan; Resolution of the Vth International Conference of the Institutes for Marxism-Leninism as well as the Institutes and Committees for Party History at the Central Committees of the Communist and Workers' Parties, Bukarest August/September 1959; *N. I. Schatagin*, The Tasks of Historical Science in the Struggle against Modern Revisionism; *Kurt Wrobel*, Traditions of the West German Workers' in their Struggle for the Unity of Action of the Working Class 1945/46; *Ernesto Ragionieri*, The Influence of the German Social Democracy upon the Formation of the Socialist Party in Italy; Recollections; Documents and Materials: *Bruno Kaiser*, An Unknown early Work by Frederick Engels; August Bebel — Deadly Enemy of Capitalism, Champion of a Marxist Labour Policy; *Heinrich Gemkow*, Letters by August Bebel from 1886/1887; *Klaus Mammach*, About a Letter of Protest by Ernst Thälmann; Scientific Informations and Notes: *Paul Schwenk*, The Niederbarnim Materials for Party Speakers; *Rudolf Lindau*, An Epilogue to Paul Schwenk's Contribution; Informations; From the Work of the Committees for the History of the Local Working-Class Movement; Reports and Remarks: Report on the Vth International Conference of the Institutes for Marxism-Leninism and for Party History in Bukarest (*Fritz Knittel*); Report on the Scientific Conference "The Significance of the

History of the GDR" (*Günter Benser*); A Scientific Conference in Prague on the Occasion of the Anniversary of the GDR (*Jiri Koralka*); The Exhibition "10 Years GDR" in the Museum for German History (*Rolf Kiau*); The Committee for Historical Studies of the Communist Party of Chile (*Hernán Ramírez Necochea*); Criticism and Bibliography; Contents of Vol. I (1959).

C O N T E N U

Les tâches des historiens du Parti dans l'accomplissement du plan de sept ans; Résolution de la 5^e Conférence Internationale des Instituts de Marxism-Léninisme ainsi que des Instituts et Commissions d'étude de l'histoire du Parti près le Comité Central des Partis communistes et des Partis ouvriers, Bucarest, août-septembre 1959; *N. I. Schatagin*, Les tâches de la science historique dans la lutte contre le révisionnisme moderne; *Kurt Wrobel*, Traditions de la lutte des ouvriers d'Allemagne Occidentale pour l'unité d'action de la classe ouvrière 1945/46; *Ernesto Ragonieri*, L'influence de la social-démocratie allemande sur l'origine du Parti socialiste en Italie; Souvenirs; Documents: *Bruno Kaiser*, Un travail inconnu de Friedrich Engels, datant de sa jeunesse; August Bebel — l'ennemi mortel du capitalisme, un des combattant de première ligne pour une politique ouvrière marxiste; *Heinrich Gemkow*, Lettres d'Auguste Bebel des années 1886/1887; *Klaus Mammach*, Au sujet d'une lettre de protestation d'Ernest Thälmann; Communications et notes scientifiques: *Paul Schwenk*, Matériel de divulgation de Niederbarnim; *Rudolf Lindau*, Un épilogue à la contribution de Paul Schwenk; Communications Travaux des Commissions d'étude de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: Rapport sur la 5^e Conférence internationale des Instituts de Marxism-Léninisme et de l'histoire du Parti à Bucarest (*Fritz Knittel*); Rapport sur la Conférence scientifique « La signification de l'histoire de la R.D.A. » (*Günter Benser*); Un Congrès scientifique à Prague à l'occasion du X^e anniversaire de la R.D.A. (*Jiří Koralka*); L'exposition « 10 années d'existence de la R.D.A. » au musée de l'histoire allemande (*Rolf Kiau*); La Commission d'étude de l'histoire du Parti communiste du Chili (*Hernán Ramírez Necochea*); Critique et bibliographie; Contenu du cahier de la 1^{ère} année (1959).

Redaktionsschluß: 20. November 1959

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 — Verlag: Dietz Verlag GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76–79, Tel. 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 — Zuschriften, die den Inhalt betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag zu richten — Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM — Bezugsmöglichkeiten: Für das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin örtliche Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1, Leninstraße 16 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

In Kürze erscheint:

KARL LIEBKNECHT

Gesammelte Reden und Schriften

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck

BAND II · Februar 1907 bis 1910

530 Seiten · Mit 7 Bildern und Faksimiles · Kunstleder 7,— DM

Politische Festigung und Erziehung der proletarischen Jugendorganisation und unerbittlicher Kampf gegen den Militarismus, diese Geißel der Völker — darin sah Karl Liebknecht seine vordringlichsten Aufgaben in den Jahren 1907 bis 1910, aus denen dieser Band Arbeiten vereinigt. Dafür tritt er ein in Massenversammlungen, auf der I. Internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart, in seiner Schrift „Antimilitarismus und Hochverrat“, in seinen Briefen aus der Festung Glatz, wohin ihn die kaiserliche Klassenjustiz verbannt hatte. Auch zu den vielen anderen politischen Problemen jener Jahre nimmt er Stellung, im preußischen Abgeordnetenhaus, auf den Parteitag der Sozialdemokratie, vor Arbeitern und Jugendlichen, Liebknecht und seine Kampfgefährten waren das revolutionäre Gewissen der deutschen Arbeiterklasse.

Bisher erschienen:

BAND I · September 1900 bis Februar 1907

560 Seiten · Mit 5 Bildern und Faksimiles · Kunstleder 7,— DM

Die Gesamtausgabe wird etwa 6 Bände umfassen



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76—79

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)

Auszug aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie, Band 50, Abschnitt VI
91 Seiten · Broschiert —,80 DM

William Z. Foster / Robert Thompson

Die Krise in der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten und ihre Überwindung

80 Seiten · Broschiert —,90 DM

Santiago Alvarez

Kampf dem diktatorischen Franco-Regime

75 Seiten · Broschiert —,90 DM

Horst Lehfeld

Die kommunistische Weltbewegung — eine Bewegung des Sieges

83 Seiten · Broschiert 1,40 DM

Irén Komját

Der Kampf der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gegen Revisionismus und Dogmatismus

30 Seiten · Broschiert —,50 DM

Horst Sindermann

Chinas großer Sprung

39 Seiten · Broschiert —,40 DM

D. N. Aidit

Die indonesische Gesellschaft und die indonesische Revolution

64 Seiten · Broschiert 1,— DM

Elie Mignot

Der Kampf der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen den Kolonialismus für den Frieden in Algerien

39 Seiten · Broschiert 1,— DM

Foto Cami

Das albanische Volk im Kampf für nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus

59 Seiten · Broschiert 1,— DM

Rudolf Thiele

Die Sowjetunion besiegt die USA im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb

71 Seiten · Broschiert 1,— DM

In Vorbereitung:

Zehn Jahre Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Die Volkskommune in China



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76—79

*Im März erscheint unser Sonderheft
zum 15. Jahrestag
der Befreiung Deutschlands
vom Hitlerfaschismus*

Das Sonderheft wird u. a. folgende Beiträge enthalten:

Heinz Schumann / Heinz Kühnrich: Die Übereinstimmung der Ziele der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg mit dem Kampf der deutschen Antifaschisten · *Ludwig Einicke:* Die antifaschistische Bewegung und der Freiheitskampf der Völker als wichtige Faktoren für die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg · *Wilhelm Arnold:* Zur Bedeutung und Verbreitung des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 · *Klaus Drobisch:* Der Kampf um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Leipzig 1945/46 · *Robert Büchner:* Zur Geschichte des Lenin-Denkmal in Eisleben (Erinnerungen) · *Rudi Graf:* Hermann Aubin im Dienst des "Dranges nach Osten" und der Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus in Polen.

Unsere Abonnenten erhalten das Sonderheft zum Preise von 2,- DM durch die Post oder durch die Buchhandlung zugestellt. Allen anderen Leser bitten wir, ihre Bestellungen beim zuständigen Postamt bzw. bei ihren Buchhandlungen sofort aufzugeben.

Beiträge zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung
Redaktion

